

EXTRACT FROM THE THIRTEENTH OF THE RULES FOR THE LIBRARY AND READING ROOM OF THE BOSTON ATHENÆUM

"If any book shall be lost or injured, or if any notes, comments, or other matters shall be written, or in any manner inserted therein, the person to whom it stands charged shall replace it by a new volume, or set, if it belongs to a set."

10M 11-08




University of Florida
1853





Das Staatsarchiv.

Sammlung

der offiziellen Aktenstücke

zur

Geschichte der Gegenwart.

Begründet

von

Aegidi und **Klauhold.**

Herausgegeben

von

Gustav Roloff.

Sechsundsiebzigster Band.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1909.

Inhaltsverzeichnis.

Marokkanische Frage 1906/08.

I.

Das Vorgehen gegen Raisuli.
Die französisch-spanische Flottendemonstration.

II.

Die Ermordung des Arztes Mauchamp.

III.

Die Unterdrückung des Waffenschmuggels.

IV.

Weitere Unruhen in Marokko.

V.

Anrufung der Kaiserlichen Regierung durch Mulay Abdul Asis und Mulay Hafid.

VI.

Entschädigungen aus Anlaß der Vorgänge in Casablanca.

Verhandlungen über die Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 8 auf 11 Prozent.

Grenzstreit zwischen Ägypten und der Pforte über Taba 1906.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle usw.

Aktenstücke zur Marokkanischen Frage 1906—1908*).

I.

Das Vorgehen gegen Raisuli. Die französisch-spanische Flottendemonstration.

Nr. 13853. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Aufruhr in Arsila.

Tanger, den 23. Oktober 1906.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurde Arsila von zwei Bandenführern überrumpelt und nach kurzem Kampfe besetzt. Die Besatzung hat trotz ihrer überlegenen Anzahl die Flucht ergriffen. Das Magazin eines jüdischen Kaufmannes wurde geplündert. An Europäern befinden sich in der Stadt zwei Spanier und eine englische Missionarin. Der gemeinsame Konsularagent von Spanien, Italien, England und Österreich-Ungarn, der Araber ist, hat an seine hiesigen Gesandten geschrieben und dringend um Schutz gebeten oder doch wenigstens um die Möglichkeit, ungefährdet die Stadt zu verlassen. || Sowohl dem spanischen Gesandten wie dem englischen Geschäftsträger wurde von Torres bezw. dessen Vertreter erwidert, sie hätten sich an Raisuli gewandt mit dem Ersuchen, allen, die es wünschten, das sichere Verlassen der Stadt zu ermöglichen, da Raisulis Bezirk an denjenigen von Arsila grenze. Dieser habe geantwortet, er werde über den Vorfall Erkundigungen einziehen. Auf eine nochmalige Aufforderung ist noch keine Antwort erfolgt und Sid Torres hat dem spanischen Gesandten gegenüber geäußert, der eigentliche Anstifter des Vorfalls sei Raisuli. Herr Llaveria hat daraufhin an seine Regierung telegraphiert und ihr anheimgestellt, nach Tanger für alle Fälle ein Kriegsschiff zu senden. Im übrigen werden voraussichtlich die

*) Aus dem Deutschen Weißbuche, dem Reichstage am 30. April 1908 vorgelegt. Red.

Marokkaner Truppen nach Arsila schicken, wobei nur die Schwierigkeit besteht, daß dies so zu geschehen hat, daß das Leben der in Arsila weilenden Europäer möglichst wenig gefährdet wird.

gez. Langwerth.

Nr. 13854. **MAROKKO.** Protokoll über die Unterredung des Doyens des diplomatischen Korps in Tanger mit Hadj Mohammed Torres (Übersetzung).

Tanger, den 24. Oktober 1906.

Auf die Fragen und Erklärungen des Doyen antwortete der Kaiserlich marokkanische Delegierte Hadj Mohammed Torres — im Beisein des Fkih Sid Mohammed El Mokri — in folgender Weise:

Die Ereignisse von Arsila beunruhigen uns, und wir zögern eine Entscheidung zu treffen. || Durch die Entsendung einer bewaffneten Macht, sei es auf dem Seewege oder dem Landwege, fürchten wir äußerste Gewaltakte von seiten der Rebellen gegen die Mitglieder des israelitischen Gemeindewesens, die unter fremdem Schutze Stehenden und die Fremden hervorzurufen. || Andererseits können wir die Garnison von Tanger nicht vermindern, ohne die zahlreiche europäische Kolonie, die außerhalb der Mauern der Stadt wohnt, Gefahren auszusetzen, die nicht geringer sind. || Die Truppen, über welche wir verfügen, genügen freilich, um Raisuli, den Urheber der Unruhen von Arsila, in Schranken zu halten, aber ein Angriff gegen seine Leute würde eine Vergeltung zur Folge haben, von der die Einwohner von Arsila zuerst zu leiden hätten. || Wir hatten daran gedacht, einen Dampfer zu senden, um den in Arsila eingeschlossenen Israeliten und Fremden zu Hilfe zu kommen, aber Raisuli hat sich geweigert, seinen Anhängern entsprechende Befehle zu geben; er hat nur eingewilligt, die gestern abend in Tanger eingetroffenen Regierungsbeamten freizugeben. Wir setzen den Schriftwechsel mit ihm fort, um den freien Abzug der Einwohner zu erlangen.

gez. Laredo.

Nr. 13855. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Ankunft eines spanischen Kriegsschiffes.

Tanger, den 25. Oktober 1906.

Hier traf heute früh ein spanisches Kanonenboot ein. Vorerst besteht jedoch nicht die Absicht, es nach Arsila zu senden, weil man dadurch das Leben der Europäer zu gefährden fürchtet.

gez. Langwerth.

Nr. 13856. DEUTSCHES REICH. Der kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Beschlüsse des Ministerrates.

Paris, den 28. Oktober 1906.

Der gestrige Ministerrat beschloß die Entsendung des Kreuzers „Jeanne d'Arc“ nach den marokkanischen Gewässern. Gleichzeitig erging an den Kommandanten der südoranischen Truppen, General Lyautey, der Befehl, sich für alle Eventualitäten bereit zu halten, jedoch jede Offensivaktion und jedes Eindringen in marokkanisches Gebiet zu vermeiden. || Ministerpräsident Clemenceau gab nach der Sitzung des Ministerrats mehreren Berichterstattern gegenüber folgende Erklärung ab: || „Nous nous abstiendrons de toute action offensive. Nous resterons sur notre territoire. Nous nous tenons prêts à riposter à toute agression.“*)

gez. Radolin.

Nr. 13857. FRANKREICH. Mitteilung des „Temps“ vom 28. Oktober 1906 über die Beschlüsse des Ministerrats (Übersetzung).

Ministerrat.

Die Minister und Unterstaatssekretäre haben gestern Abend um 5 Uhr im Ministerium des Innern unter Vorsitz des Herrn Clemenceau erneut eine Beratung abgehalten. || Der Marineminister teilte mit, daß er in Übereinstimmung mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und unter Zustimmung des Präsidenteu der Republik dem Kreuzer „Jeanne d'Arc“ den telegraphischen Befehl erteilt habe, nach Tanger in See zu gehen. || Als Grund für diese Maßregel wurde angeführt die Gefangennahme eines Engländers und eines Spaniers, die von marrokanischen Briganten in dem zwischen Tanger und Larrasch gelegenen kleinen Hafenort Arsila festgenommen seien. || Aus dem gleichen Anlasse habe auch die spanische Regierung ein Kriegsschiff in die marokkanischen Gewässer entsandt. || Bei Ergreifung dieser Maßnahmen handelten die französische und die spanische Regierung kraft des ihnen von der Algeciraskonferenz übertragenen Polizeimandats. || Außerdem habe die französische Regierung angesichts der Bewegungen gewisser marokkanischer Stämme an der algerischen Grenze die Militärbehörden an-

*) Übersetzung: „Wir werden uns jeden offensiven Vorgehens enthalten. Wir werden in unserm Gebiete bleiben. Wir halten uns bereit, jeden Angriff zurückzuschlagen.

gewiesen, jeden Angriff beziehungsweise jede etwaige Grenzverletzung in energischer Weise zurückzuweisen, sich aber andererseits jeder Offensive auf das sorgfältigste zu enthalten.

Nr. 13858. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Raisuli der Urheber des Aufruhrs.

Tanger, den 5. November 1906.

Inwieweit Raisuli bei der Arsilaaffäre als Anstifter anzusehen ist, war bislang nicht mit Sicherheit festzustellen. Tatsache ist, daß die hiesigen marokkanischen Behörden ihn verschiedenen Missionschefs gegenüber unumwunden als den Urheber des Vorfalls bezeichnet haben. Der Hauptakteur bei der ganzen Geschichte, ein gewisser Berrian, scheint dann aber den Versuch gemacht zu haben, sich Raisulis Einfluß zu entziehen, woraufhin dieser das ihm von Torres angetragene Mandat übernahm, den Ort zu pazifizieren. Seiner großen Übermacht wagte man keinen Widerstand zu leisten. Er konnte ohne Schwertstreich in die Stadt einziehen, ließ die Rädelsführer und viele der Ihren auspeitschen und sandte sie gefesselt nach Tanger. Dann wurden die Notabeln des Ortes, einschließlich des Konsularagenten von Österreich-Ungarn, Italien, Spanien und England, der allerdings seiner Nationalität nach marokkanischer Jude ist, auf die Kasba eingeladen und unterschrieben ein Gesuch an den Sultan, in dem sie um die Ernennung Raisulis zum Gouverneur von Arsila bitten.

gez. Langwerth.

Nr. 13859. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Botschafter in Madrid an das Auswärtige Amt. Spaniens Vorgehen in Marokko.

Madrid, den 21. November 1906.

Heute teilte mir der Staatsminister mit, daß es nunmehr wünschenswert erscheine, mit mehr militärischer Macht in Marokko aufzutreten, damit die Ausführung des an Spanien und Frankreich erteilten Polizeimandats vorbereitet und ermöglicht werde. Deshalb würde von Spanien ein weiteres Kriegsschiff mit Marinetruppen nach Tanger entsandt werden, um für alle Eventualitäten bereit zu sein. Eine (mündliche) Verständigung darüber mit Frankreich sei erfolgt; demnächstige amtliche Mitteilung an

die übrigen Vertragsmächte von Algeciras bleibe vorbehalten. Der Staatsminister hob besonders hervor, Spanien werde sich strikt an das Polizeimandat halten und wolle keine andere Intervention unterstützen. Auch seien übrigens jetzt die dortigen Zustände noch keineswegs so gefährlich, wie dies von der Presse fortwährend behauptet werde.

gez. Radowitz.

Nr. 13860. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Beschwerden der Konsuln.

Tanger, den 24. November 1906.

In einer aus Anlaß der Reglementsberatung einberufenen Sitzung des diplomatischen Korps erbat der französische Gesandte das Wort und wies auf den „Ernst der Lage" hin. Er legte eine Liste von Rechtsverweigerungen und Übergriffen gegen französische Staatsangehörige und Schutzgenossen, begangen durch Beamte Raisulis, vor und erbat Unterstützung seitens des diplomatischen Korps. Der englische, spanische und portugiesische Vertreter führten ähnliche Fälle an. Der Vorschlag, daß der Doyen ein Schreiben an Abdel Kerim ben Sliman richten soll, worin die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Mißstände gelenkt wird, fand allgemeine Zustimmung. In Fes werden, wie üblich, die Konsuln beauftragt, die Demarche einzeln zu unterstützen. gez. Rosen.

Nr. 13861. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Kaiserlichen Botschafter in Paris und Madrid. Unterredung mit dem spanischen Botschafter.

Berlin, den 27. November 1906.

Der spanische Botschafter brachte das Gespräch auf Marokko und fragte mich, ob ich Nachrichten von dort erhalten hätte. || Ich sagte, daß, nach dem, was unser Gesandter melde, weitgehende Unruhen in nächster Zeit wohl kaum zu befürchten sein würden. || Im Laufe der längeren Unterhaltung versicherte ich schließlich dem Botschafter, daß wir weit davon entfernt wären, ein Urteil über die spanisch-französischen Maßnahmen zu fällen. Unsere Interessen gingen nur dahin, daß die Sicherheit der europäischen Bevölkerung, friedliche Einführung der Reformen und Freiheit des Handels sichergestellt würden.

gez. Tschirschky.

Nr. 13862. **DEUTSCHES REICH.** Der kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Französische Absichten in Marokko.

Paris, den 28. November 1906.

Minister Pichon sagte mir gelegentlich einer Unterredung, er habe alle in Betracht kommenden französischen Missionen angewiesen, die beruhigendsten und ausgiebigsten Erläuterungen über die korrekten und friedlichen Absichten der französischen Regierung in Marokko zu geben Diese beabsichtige, um die spätere Einführung der Polizei zu ermöglichen, streng im Rahmen des erteilten Mandats die Ordnung in den Hafenplätzen und zunächst nur in Tanger aufrecht zu erhalten. Sie hoffe, daß die bloße Anwesenheit der zur Absendung bestimmten drei Kriegsschiffe, welche unter dem Oberbefehle des Admirals Touchard die jetzt vor Tanger liegenden Schiffe ablösen sollen, dazu schon genügen werde. Die Regierung werde sich keinesfalls auf irgendwelches Vorgehen außerhalb der Hafenplätze in das Innere des Landes einlassen. Ferner erklärte mir Herr Pichon, die auf den Schiffen mitgeführten Truppen seien lediglich dazu bestimmt, im eventuellen Notfall einer Ausschiffung die Matrosen zu ersetzen, welche erfahrungsgemäß an Land dauernd schwer in Ordnung zu halten wären.

gez. Radolin.

Nr. 13863. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Botschafter in Paris. Erklärung über die französische Politik in Marokko.

Berlin, den 30. November 1906.

Der französische Botschafter suchte mich heute auf, um mir im Auftrage seiner Regierung folgendes mitzuteilen: ‖ Es sei zwischen Frankreich und Spanien ein Abkommen betreffend ein gemeinsames Vorgehen vor Tanger getroffen worden. Die Bestimmungen enthielten im wesentlichen folgendes: die provisorische Maßnahme einer Ausschiffung von Truppen würde nur stattfinden, „dans le cas que d'après l'avis des représentants la présence des bâtiments devant Tanger ne suffirait pas au maintien de l'ordre.“ Es würden dann 350 Franzosen und 350 Spanier an Land gesetzt werden. Auf den Gebäuden in der Stadt würde aber nur die Flagge des Sultans gehißt werden. Die Autorität des Gouverneurs in Tanger müßte bestehen bleiben, und der Sultan solle gebeten

werden, diese Autorität in der Weise zu verstärken, daß der Gouverneur in der Lage sei, Raisuli in Schranken zu halten. || Ich habe dem Botschafter darauf erwidert, aus seinen Eröffnungen gehe nicht hervor, wer diese représentants wären, auf deren „avis“ hin die Ausschiffung erfolgen solle. Der Botschafter meinte, seiner Ansicht nach, wie er die Instruktion seiner Regierung verstehe, handele es sich dabei nur um den französischen und spanischen représentant. Ich entgegnete hierauf, daß meines Erachtens die Ausschiffung von Truppen nicht mit in dem Mandat der Algeciras-Akte enthalten sei, sondern lediglich die Kreirung einer Polizeitruppe im Einverständnisse mit dem Sultan. Es wäre mir daher von Interesse, eine authentische Erklärung der französischen Regierung darüber zu erhalten, ob tatsächlich nur der französische und spanische Vertreter dort zu entscheiden haben würden, ob die Unsicherheit, in der sich die gesamte europäische Kolonie dort befinde, eine derartige sei, daß eine Ausschiffung von Truppen nötig wäre, oder ob es nicht vielmehr Sache des gesamten diplomatischen Korps sei, diese Entscheidung zu treffen. Außerdem bat ich Herrn Bihourd mir bald möglichst ein schriftliches Resümee seiner Instruktion zukommen zu lassen. Der Botschafter sagte dies zu, wollte aber vorher telegraphisch in Paris um authentische Auslegung obiger Frage bitten.

gez. Tschirschky.

Nr. 13864. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Gefahr bei Truppenlandungen.

Tanger, den 4. Dezember 1906.

Heute fragte Sid Torres Herrn Marum, der in anderer Gelegenheit bei ihm war, was eine Truppenlandung denn zu bedeuten habe; es sei ja doch alles ruhig. Herr Marum gab ihm eine beruhigende Antwort. Hierauf sagte Sid Torres: „Ich kann für die Sicherheit der Europäer nicht einstehen, wenn wirklich Truppen ausgeschifft werden. Vielmehr bin ich überzeugt, daß die ganze Landbevölkerung sich erheben und alle Europäer, welche in den Außenstadtteilen Tangers leben, überfallen wird.“

gez. Rosen.

Nr. 13865. **FRANKREICH und SPANIEN.** Diplomatische Mitteilung, die in gleichlautender Form von den Botschaftern Frankreichs und Spaniens dem Auswärtigen Amt in Berlin am 5. Dezember 1906 übergeben wurde.

5. Dezember 1906.

Les événement récents de la région de Tanger et les incidents qui ont eu lieu dans cette ville sont de nature à faire craindre que les étrangers n'y trouvent plus de garanties suffisantes pour leur sécurité. Si la situation empirait au point d'aboutir à des désordres plus graves, l'institution de la police prévue par l'acte d'Algéciras apparaîtrait avec un caractère de nécessité urgente et la France et l'Espagne auraient à prendre des mesures pour en hâter l'organisation dans les conditions acceptées par les Puissances qui ont participé à la conférence. C'est dans cet esprit que les deux gouvernements ont décidé d'envoyer à Tanger des forces navales capables de pourvoir à toute éventualité. Suivant les circonstances, les ministres français et espagnols, préalablement d'accord à cet effet, pourront, après s'être concertés avec leurs collègues du corps diplomatique à Tanger, requérir du commandant en chef des forces navales le débarquement des détachemants nécessaires pour le maintien de l'ordre dans la ville et sa banlieue. En cas d'attaque à main armée, les ministres de France et d'Espagne, d'un commun accord, pourront requérir d'urgence le dit débarquement, et ils en rendront compte à leurs collègues. Le commandement appartiendra à l'officier du grade le plus élevé et dans le même grade au plus ancien de l'une ou de l'autre nationalité. On proposerait immédiatement au Makhzen de créer à l'abri de cette protection indispensable mais purement provisoire les corps de police. Les détachements seraient réembarqués aussitôt que possible et au plus tard, dès que la police aurait été mise à même de fonctionner. L'autorité du Gouverneur de Tanger serait maintenue et on demanderait au Sultan de rétablir le fonctionnement de la juridiction de son représentant à Tanger et dans sa région dans les conditions normales qu'il avait précédemment. Le pavillon chérifien resterait seul arboré sur les bâtiments de Tanger. || Les deux gouvernements désireux de donner aux Puissances signataires de l'acte d'Algéciras avant même sa ratification toute garantie qu'ils se conformeront à son esprit dans l'accomplissement de la mission particulière qui leur a été reconnue pour assurer la sécurité des étrangers au Maroc, tiennent à faire connaître d'avance aux Puissanses leur projet éventuel, afin de bien marquer le caractère de leur action.

Nr. 13866. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Marokkanische Regierung und Unruhen.

Tanger, den 9. Dezember 1906.

Der Vertreter Raisulis, Ben Mansur, ist, im Augenblick des Eintreffens des französischen Geschwaders vor Tanger, aus Zinat hierher zurückgekehrt und hat seine Funktionen wieder übernommen. Da Ben Mansur die Hauptursache der Unzufriedenheit der hiesigen Europäer war und zu den schwersten Klagen Veranlassung gegeben hat, ferner die Kollektivnote des diplomatischen Korps sich hauptsächlich gegen ihn richtete, dürfte seine Wiedereinsetzung als grobe Mißachtung des Machsen und der fremden Vertreter angesehen werden. Möglich ist es, daß der Kriegsminister Gebbas hier Abhilfe schaffen wird; dieser kann in vier Tagen hier eintreffen. Sollten jedoch schon vorher Schritte gegen Raisuli beziehungsweise Ben Mansur beantragt werden, so glaube ich in Übereinstimmung mit meinen Kollegen vorgehen zu sollen.

gez. Rosen.

Nr. 13867. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Konsulatsverweser in Fez an den Kaiserlichen Gesandten in Tanger. Dasselbe. Schwäche der Regierung.

Fes, den 6. Dezember 1906.

Euer Hochwohlgeboren Erlaß vom 2. d. M. erhielt ich heute früh und habe mich alsbald bei dem Minister Ben Sliman melden lassen Er empfing mich heute Nachmittag. || Meinen Vortrag hörte er mit Interesse an und erklärte darauf, daß er bisher die Note des diplomatischen Korps nicht erhalten habe, und daß ihm von den andern hiesigen Konsuln auch keine Vorstellungen mit bezug auf dieselbe gemacht seien. Er ließ sich darauf die Note genau von mir übersetzen. Er folgte, überlegte aber beim Zuhören schon die Antwort. Bei der Stelle „l'aveu répété de leur impuissance“ rief er aus: „Ja, sie haben keine Macht hinter sich!“ || Als ich die Übersetzung beendet hatte, erklärte der Minister, die Note werde von ihm sofort nach deren Eingang dem Sultan vorgelegt werden und ihren Eindruck auf Seine Majestät nicht verfehlen. Er werde schon morgen über meine Demarche Vortrag halten. Die Regierung habe den lebhaften Wunsch, alles zu vermeiden, was die Einsetzung der Polizei stören könnte, und mißbillige daher die eigenmächtigen Übergriffe ihrer lokalen Beamten. Da sie unter der Hand

von dem bevorstehenden Kollektivschritte der Mächte gehört habe, habe sie nicht erst abgewartet, sondern die mir bekannten Anstrengungen gemacht, um durch ein militärisches Aufgebot „eine Schranke zwischen Tanger und den Urhebern der administrativen Mißstände“ zu schaffen Ich würde ihm wohl kaum verraten, daß mein eigener, innerster Gedanke Spott über diesen späten Anlauf zu den Waffen sei. Er könne solche Beurteilung verstehen und wolle auch keineswegs weiß machen, daß Marokko nun zu guter Letzt noch „deutsche Soldaten“ improvisiert habe. Aber er wünsche zu betonen, daß Marokko nie mit gleicher Sorgfalt eine Mehalla ausgerüstet habe. Der Sultan habe ein ganz ungewöhnliches persönliches Interesse an dieser Expedition genommen. Der Ernst der Sache sei Ihm bewußt geworden, und Er habe daher gewisse Entscheidungen über Personen und Dinge getroffen, die kein Mensch von ihm hätte erwarten können. Es stehe die Hälfte der verfügbaren besten Truppen bei der neuen Mehalla. Sei sie nicht imstande, die Ordnung bei Tanger aufrecht zu halten, so sei es um das marokkanische Reich überhaupt geschehen. Für den Erfolg dieser militärischen Maßregel, die der erste Schritt zu der marokkanischen Mitarbeit an der Schaffung der neuen Polizei sei, bürge ihm die Persönlichkeit Gebbas'. Keine Mehalla sei je von einem so uneigennützigen und von der Wichtigkeit seiner Mission so überzeugten Manne befehligt gewesen. || Ich erwiderte dem Minister, daß es mir mit jedem Jahre schwerer werde, mir die Erfolge von Maßnahmen des Machsen vorweg zu veranschlagen, da ich als Europäer von dem marokkanischen Hause doch nur den Flur zu sehen bekäme. Daher reservierte ich meine Meinung über die Expedition Gebbas'. Doch hätte es mich erstaunt, daß er, einmal unterwegs, nicht frisch vorwärts marschiert sei, und noch immer einen Tag vor Fes lagere. Ben Sliman schob das darauf, daß der Amin der Mehalla erst heute aufgebrochen sei. Nun stehe dem Vormarsch nichts mehr im Wege. || Ich fragte, ob die von den Zeitungen gemeldete Verhaftung des Kalifa Ben-Mansur durch Raisuli wahr und durch die Regierung veranlaßt sei. Ben Sliman wußte davon gar nichts und Sidi Dris L'Ukili nur durch die Zeitung. Der Minister glaubte, daß man sich mit Raisuli auf Befehle in Einzelheiten lieber nicht einlassen solle. Es sei eine wirkliche Besserung der Lage nur durch eine militärische Aussperrung Raisulis aus dem Weichbild Tangers zu erwarten. Er wollte sich nicht darüber aussprechen, ob man ihn verhaften wolle. Ich hatte den Eindruck, daß man es gern täte, aber dem alten Gebbas diese Gewandheit doch nicht recht zutraut. gez. Vassel.

Nr. 13868. DEUTSCHES REICH. Note des Sultansvertreters Mohammed Torres an den Doyen des diplomatischen Korps in Tanger. — Expedition gegen Raisuli.

(Übersetzung aus dem Arabischen)

An Seine Exzellenz, den Herren Grafen von Martens-Ferrao, Doyen des diplomatischen Korps.

(Nach den üblichen Grußworten.)

Wir bringen Euerer Exzellenz zur Kenntnis, daß die scherifische Regierung — Gott stärke sie — aus ihrer blühenden Hauptstadt zwei Truppenkörper nach Tanger hat aufbrechen lassen. Der eine der beiden steht unter dem Befehle des Kriegsministers Sid Mohammed el Gebbas und der andere unter dem Befehle des Scherifen Mulai Abd es Salam el Amrani. Der Zweck der Entsendung derselben ist, die Durchführung der Polizei und der übrigen Reformen zu unterstützen, gemäß dem provisorischen Übereinkommen von Algeciras, und eine vollkommene Sicherheit in dieser Gegend und den benachbarten Gebieten herzustellen, so daß kein Grund zur Beunruhigung übrig bleibt und sich das ganze diplomatische Korps und die fremden Untertanen im Schatten der Sicherheit befinden unter der Ägide Seiner Majestät — Gott stärke Sie — und jeder Grund für die von Ihnen gehegten Besorgnisse beseitigt wird. Wir haben Euer Hochgeboren dies mitgeteilt, damit Sie Kenntnis davon nehmen und das gesamte diplomatische Korps davon in Kenntnis setzen.

(Die übliche Schlußformel.)

Am 24. Schouwwal 1324 — 11. Dezember 1906.

gez. Mohammed ben el Arbi et Torres.

Nr. 13869. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. — Verhandlungen des diplomatischen Korps mit der Regierung über Raisuli.

Tanger, den 26. Dezember 1906.

Eurer Durchlaucht überreiche ich hier angeschlossen eine französische Übersetzung der Note, mit der die marokkanische Regierung die Kollektivnote des diplomatischen Korps vom 24. November beantwortet hat, sowie eine Abschrift des französischen Textes derjenigen Kollektivnote, die das diplomatische Korps in einer auf Antrag des französischen Gesandten soeben abgehaltenen Sitzung an den Machsen als Erwiderung auf dessen oben genannte Note zu richten beschlossen hat. || In der Sitzung war zu-

nächst beantragt worden, von den Marokkanern die Absetzung Raisulis zu verlangen. Ich hielt dies mit Rücksicht auf die gesamte Lage für bedenklich und erreichte, daß schließlich einstimmig beschlossen wurde, lediglich Raisulis Entfernung aus der den Fremden in Algeciras für den freien Grundstücksverkehr eingeräumten 10 Kilometerzone zu fordern und den modus agendi dem Machsen zu überlassen.

gez. Rosen.

Anlage 1.

Le Ministre des Affaires Etrangères au Corps Diplomatique à Tanger.

Louange à Dieu Unique.

(Après les compliments d'usage:)

Nous avons eu l'honneur de recevoir la lettre que vous nous avez adressée au nom des Honorables Représentants des Puissances Etrangères concernant la situation à Tanger et les troubles, les dénis de Justice, et les préjudices commis par Raisuli et ses acolytes vis-à-vis des habitants indigènes et étrangers de sorte que la situation du pays menace de devenir insupportable par suite de l'augmentation des événements effrayants. Vous exprimez l'espoir que Sa Majesté Chérifienne, notre Auguste Seigneur, S'empressera de prévenir cet état de choses en prenant les mesures suffisantes pour écarter les dangers. Nous avons pris bonne note de votre communication et l'avons portée à la connaissance de Sa Majesté Chérifienne Laquelle avait déjà été informée de ce qui s'est passé dans la région en question. Sa Majesté à regretté cet événement qu'Elle a pris vivement à cœur et qui L'a jeté dans une grande émotion — en arabe: „Elle S'est levé et S'est assis“ —. Sa Majesté Chérifienne ne S'est contentée pour prévenir l'état de choses signalé que par l'envoi de Son Ministre de la Guerre accompagné des troupes dont on a pu disposer en toute hâte à la Cour Chérifienne, en lui ordonnant de se presser pour arriver le plutôt possible dans votre région et de frapper sur la main des auteurs des troubles qui s'y trouvent, faire cesser les méfaits des intrigants et de couper court aux agitations des rebelles et malfaiteurs. Sa Majesté ne cesse de porter toute la sollicitude, afin de faire renaître la tranquillité dans cette région et d'y mettre ordre ainsi que de renforcer les troupes, afin d'arriver au but désiré, pour que le calme et la tranquillité soient rétablies comme ils étaient auparavant.

Le 24 Schouwwal 1324 — 11 décembre 1906 —.

signé: Abdelkerim ben Sliman.

Anlage 2.

Le Corps Diplomatique au Ministre des Affaires Étrangères.

Le corps diplomatique a pris connaissance de la lettre de S. E. Torres par laquelle il lui notifie l'arrivée prochaine de 2 mehallas, l'une sous le commandement de Mulai Abd es Salam el Merani, l'autre sous le commandement du Ministre de la guerre Sid Mohammed Gebbas, ainsi que de la lettre de S. E. du 24 Schouwwal 1324. Il a lu avec plaisir les indications contenues dans les dites lettres, notamment que les deux forces militaires étaient envoyées à Tanger pour aider à la mise en pratique de la réforme de la police et des autres réformes conformément à l'acte d'Algéciras, en vue de supprimer l'inquiétude dans la région et de placer le corps diplomatique et les ressortissants étrangers dans une sécurité complète en punissant les agitateurs et les fauteurs de désordres. || Le corps diplomatique est heureux de trouver dans ces lettres les marques de la sollicitude de S. M. Chérifienne pour la paix et la prospérité des colonies étrangères ainsi que l'expression renouvelée de Son désir sincère de coopérer à l'application des réformes arrêtées à Algéciras. Il estime que ces résultats si féconds ne sauraient être atteints si l'autorité de S. M. Chérifienne et de Son Makhzen n'est pas intégralement respectée et si Raisuli qui a étendu ses pouvoirs jusqu'aux portes de la ville, n'est pas éloigné définitivement de la province de Tanger ainsi que les agents établis par lui. Le corps diplomatique est unanimement d'accord pour demander que des ordres précis soient adressés à Sid Mohammed Gebbas, pour qu'il restore sans tarder l'autorité du Pacha de Tanger, en donnant à ce fonctionnaire les attributions et les pouvoirs d'un gouverneur dans la province et particulièrement dans la zone où S. M. Chérifienne a accordé aux étrangers la faculté d'acquérir des propriétés immobilières sans autorisation spéciale, ainsi qu'il est dit à l'article 60 de l'acte général d'Algéciras. || C'est par ces mesures que la tranquillité sera rétablie, que la confiance renaîtra et que la réforme de la police pourra recevoir sa plaine exécution, conformément à la volonté de S. M. Chérifienne — que Dieu l'assiste. || Le corps diplomatique prie S. E. de porter ce qui précède à la connaissance de S. M.

Nr. 13870. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Niederlage Raisulis.

Tanger, den 5. Januar 1907.

Nach längerem Gefechte, das mit Beschießung nnd teilweiser Zerstörung der Burg Raisulis endigte, ist Zinat augenblicklich von Sultans-

truppen umzingelt. Raisuli soll sich daselbst befinden, ob lebend, ist hier zur Zeit nicht festzustellen. Das Gefecht war von hier aus sichtbar; trotzdem blieb in Tanger alles ruhig.

gez. Rosen.

Nr. 13871. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 7. Januar 1907.

Die Sultans-Mehalla hatte sich nach dem gestrigen Angriff in ihr Lager zurückgezogen. Dies ermöglichte Raisuli den Abzug mit seinen Anhängern sowie mit Waffen und Munition. Vorher hat er die bei ihm befindlichen Gefangenen freigelassen und sich über Nadras und das Gebiet der Beni Messauar wahrscheinlich zu den Beni Arus südlich von Tanger geflüchtet.

gez. Rosen.

Nr. 13872. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Rückzug der europäischen Kriegsschiffe.

Tanger, den 23. Januar 1907.

Gestern wurde von dem französischen und dem spanischen Gesandten an Torres eine gleichlautende Note überreicht, die der Befriedigung über die Wiederherstellung der Ruhe Ausdruck gibt und die Zurückziehung des Geschwaders ankündigt.*) Gleichzeitig wird der Machsen um seine Mitwirkung bei der beschleunigten Einführung der Polizei gebeten.

gez. Rosen.

II.

Die Ermordung des Arztes Mauchamp.

Nr. 13873. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Ermordung Mauchamps.

Tanger, den 23. März 1907.

Der französische 1. Legationssekretär erschien heute morgen, als das diplomatische Korps mit den scherifischen Delegierten auf der Kasba ver-

*) Sie verließen am 24. die Reede von Tanger. Red.

sammelt war und nur noch auf den französischen Gesandten wartete, und teilte dem Doyen mit, daß der französische Arzt Mauchamp in Marrakesch von einer aufgeregten Volksmenge mit Steinen und Dolchen ermordet worden sei. Herr Regnault könne deshalb nicht zur Sitzung kommen, und es wäre ihm sehr angenehm, wenn zum Zeichen der Trauer die Sitzung überhaupt aufgehoben würde. Der Doyen wandte sich hierauf an uns einzeln mit der Frage, ob wir hiermit einverstanden seien. Alle Anwesenden einschließlich der scherifischen Delegierten gaben ihrer Zustimmung Ausdruck. Dem französischen Gesandten machte ich später einen Kondolenzbesuch und traf dort mehrere Kollegen. Herr Regnault sagte uns, Dr. Mauchamp sei am 19. vor seinem Dispensaire von der Menge ermordet worden, die anscheinend darüber aufgeregt gewesen sei, daß er auf seinem Hause eine Stange mit weißer Signalflagge aufgerichtet hatte. Wahrscheinlich hatte sie dies irrtümlich für einen Apparat für Funkentelegraphie gehalten. gez. Rosen.

Nr. 13874. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Botschafter in Paris. Unterhaltung mit dem französischen Geschäftsträger über das französische Vorgehen.

Berlin, den 26. März 1907.

Der französische Geschäftsträger machte mir im Auftrage seiner Regierung die offizielle Mitteilung, daß Frankreich beschlossen habe, Udschda provisorisch zu besetzen, bis die morokkanische Regierung Genugtuung für den letzten Mord in Marrakesch und für einige andere noch ungesühnte Verbrechen geleistet haben würde. Die französische Regierung halte eine solche Demonstration für notwendig, um die marokkanische Regierung zu schnellerer Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten. || Ich habe von der Meldung des Geschäftsträgers Akt genommen und darauf erwidert, daß es sich im vorliegenden Falle um eine Sache handele, die ausschließlich Frankreich und Marokko angehe, und die seitens Frankreichs nach Maßgabe seiner eigenen Interessen zu regeln wäre. || Auf die Bemerkung des Geschäftsträgers, daß Frankreich mit Freuden die Einmütigkeit des diplomatischen Korps in Tanger bei der Verurteilung der letzten Bluttat konstatiert habe, entgegnete ich, wie es selbstverständlich im Interesse sämtlicher christlichen Nationen liege, daß derartigen Ausschreitungen gegenüber den Fremden in Zukunft vorgebeugt würde.

gez. Tschirschky.

Nr. 13875. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Forderungen Frankreichs.

Tanger, den 10. April.

Die französischen Forderungen sind folgende:

1. Verhaftung des Gouverneurs in Marrakesch und Überführung desselben nach Tanger. || 2. Vornahme der Untersuchung in Marrakesch, über die Ermordung Mauchamps, durch den französischen Konsul in Mogador. || 3. Ausführung der vom Sultan ratifizierten Reformen, insbesondere Beschleunigung der Ausarbeitung des Polizeireglements. || 4. Ausführung der französisch-marokkanischen Grenzverträge von 1901 und 1902 betreffend die Errichtung eines Polizeipostens an der marokkanischen Grenze. Im Falle des Unterbleibens Ankündigung, daß Frankreich den Posten selbst errichten wird. || 5. Zahlung einer Entschädigung an die Angehörigen Mauchamps und außerdem an die französische Regierung zum Bau eines Hospitals in Marrakesch, das den Namen Mauchamps tragen soll. || 6. Bestrafung der Täter in den Affären Charbonnier, Gironcourt und Lassallas. || 7. Zurückberufung des Scherifs Mulay Dris, welcher angeblich in Mauretanien die Eingeborenen gegen die Franzosen aufhetzt. || 8. Aufhören der Waffenlieferungen an den Scheich Ma el ai nin. || 9. Erledigung sämtlicher in Fes und hier anhängigen französischen Reklamationen.

Bis zur befriedigenden Erledigung dieser Anträge wird Udjda von den Franzosen besetzt werden.

Die Antwort des Sultans ist Sonntag Abend hier eingegangen und dem französischen Gesandten übergeben worden. Sid Torres, der Kriegsminister Gebbas, Mokri und Benaser sind vom Sultan beauftragt, mit dem französischen Gesandten über die Forderungen zu verhandeln, damit letztere in befriedigender Weise erledigt werden. Gestern Abend war die marokkanische Abordnung bei Herrn Regnault, der auf Grund von Instruktionen aus Paris zur Zeit ablehnte auf Verhandlungen einzugehen. Die Marokkanische Regierung müsse zunächst erklären, daß sie sämtliche französische Forderungen ohne weiteres annehme. Erst dann würde er der Abordnung Einzelheiten mitteilen.*)

gez. Rosen.

---

*) Im Juni nimmt die marrokkanische Regierung die französischen Forderungen an. Red.

III.

Die Unterdrückung des Waffenschmuggels.

Nr. 13876. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Klagen über Waffenschmuggel.

Paris, den 17. Februar 1906.

Herr Louis sagte mir heute, als ich ihn in Vertretung des Ministers aufsuchte, daß der von dem Prätendenten betriebene Waffenschmugel bekannt sei. Infolgedessen kreuze, um etwaige französische Schiffe mit Waffen abzufassen, das französische Kriegsschiff „Lalande" in den Gewässern vor Mar Chica. Es könne in den Hafen selbst nicht einlaufen, da dieser fremdes Gebiet sei. Man habe außerdem festgestellt, daß nicht nur französische Schiffe, sondern auch schwedische, englische, spanische und deutsche Schiffe (aus Hamburg) Waffenschmuggel trieben, gegen welche der französische Kreuzer machtlos sei. Da die Waffen an der algerischen Grenze zu Kämpfen unter den feindlichen Stämmen benutzt würden, läge der französischen Regierung schon deshalb sehr am Herzen, diesem Schmuggel Einhalt zu tun. Ferner habe die französische Regierung den Machsen ernstlich gedrängt, auch seinerseits gegen denselben Vorkehrungen zu treffen.

gez. Radolin.

Nr. 13877. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Paris. Dasselbe. Vorschläge des französischen und spanischen Botschafters.

Berlin, den 21. September 1907.

Der französische Geschäftsträger hat unter Hinweis auf eine neuerliche Zunahme des Waffenschmuggels an der marokkanischen Küste unsere Zustimmung dazu erbeten, daß die französischen und spanischen Kriegsschiffe ermächtigt werden, im Interesse der Unterdrückung des Waffenschmuggels nach Marokko verdächtige Fahrzeuge anzuhalten, sich über ihre Flagge und Ladung zu vergewissern und sie gegebenenfalls in einen benachbarten marokkanischen Hafen zu führen, wo dann eine Untersuchung in Gegenwart eines Konsulatsbeamten derjenigen Macht, der das Schiff angehört, eines Vertreters der marokkanischen Zollbehörde sowie des Kapitäns oder eines ihn vertretenden Offiziers stattfinden soll. Die Schiffe der nach Marokko regelmäßig verkehrenden Dampferlinien

würden den Maßnahmen nicht unterliegen. || Der spanische Botschafter hat hier eine gleiche Demarsche gemacht. || Ich habe mich zunächst mit dem an der Schiffahrt nach Marokko hauptsächlich interessierten deutschen Hause in Verbindung gesetzt.

gez. Tschirschky.

Nr. 13878. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Paris. Antwort auf die vorigen Vorschläge.

Berlin, den 28. September 1907.

Vu la situation actuelle au Maroc, le Gouvernement Impérial reconnaît la nécessité de procéder d'une manière efficace à la suppression de l'importation illicite au Maroc des armes et munitions. || En même temps il est d'avis que les mesures à prendre à cet effet devraient ménager, autant que possible, le commerce légitime. || S'inspirant de ce double point de vue, le Gouvernement Impérial ne fait pas d'objection aux mesures proposées, à savoir: || 1° L'exercice des droits attribués au Makhzen par les articles 24, 25, 80 et 91 de l'Acte d'Algéciras serait transféré provisoirement, avec le consentement des Puissances signataires de cet Acte, aux Gouvernements Français et Espagnol. || 2° Les vaisseaux de guerre Français et Espagnols auraient la faculté d'arrêter les navires suspects, se trouvant dans les eaux Marocaines, d'en vérifier le pavillon et la cargaison, de les conduire, le cas échéant, dans un port Marocain et de les y soumettre à une perquisition, à laquelle assisteraient un fonctionnaire consulaire de la Puissance à laquelle appartient le navire, un représentant de l'autorité douanière du pays et le capitaine ou un autre représentant de l'équipage du bâtiment de guerre.

Le Gouvernement Impérial prend acte de ce que ces mesures ne seraient pas appliquées aux bâtiments de commerce faisant un service régulier dans les ports Marocains et dont la liste serait remise par chaque légation au Doyen du corps diplomatique qui la communiquerait aux Représentants des Puissances à Tanger. || D'autre part, dans le même but de sauvegarder le commerce légitime, le Gouvernement Impérial croit qu'il serait utile d'apporter certaines modifications aux pouvoirs extraordinaires qui seraient conférés aux vaisseaux de guerre Français et Espagnols. D'abord on pourrait limiter la durée de ces pouvoirs à un délai fixe, peut-être de six mois, de sorte que si, ce délai écoulé, les circonstances exigeaient la continuation de ces pouvoirs, les deux Gou

vernements pourraient s'adresser aux Puissances signataires de l'Acte d'Algéciras en vue d'obtenir une prolongation. || En outre il paraîtrait juste que dans le cas où le résultat de la perquisition ne justifierait pas le soupçon qui avait provoqué cette mesure, le Gouvernement dont les agents ont ordonné la perquisition, serait responsable de toute perte et dommage échus au propriétaire ou fréteur. || Le Gouvernement rendu ainsi responsable serait libre de recourir après, pour le remboursement, au Gouvernement Marocain. || En procédant de la sorte on se conformerait aux précédents qui prêtent une certaine analogie, par exemple les saisies, opérées par la marine anglaise, des navires de commerce dans la guerre sudafricaine en 1901.

Nr. 13879. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Paris. Dauer der außerordentlichen Befugnisse Frankreichs und Spaniens.

Berlin, den 10. Oktober 1907.

Herr Cambon hat mir inzwischen ausdrücklich erklärt, daß Frankreich und Spanien für ihre Kriegsschiffe nur diejenigen Befugnisse zu beanspruchen beabsichtigen, die die Algeciras-Akte den marokkanischen Behörden zugebilligt habe, das heißt also, daß sie streng im Rahmen der Akte bleiben würden. || Hieraus folgere ich, daß die Durchsuchung nach wie vor Sache des zuständigen Konsuls sein wird; in den Fällen der Artikel 24 und 80 der Konferenzakte würde dieser außer dem Agenten der marokkanischen Zollbehörde noch den Kapitän oder einen Offizier des betreffenden französischen oder spanischen Kriegsschiffs hinzuzuziehen haben. || Falls französischerseits die Richtigkeit dieser Schlußfolgerung bestätigt würde, könnten wir die Frage des Schadenersatzes, als voraussichtlich für uns ohne praktischen Belang, vorläufig auf sich beruhen lassen, davon ausgehend, daß eine Ersatzpflicht Frankreichs oder Spaniens nur dann entsteht, wenn der an Stelle der marokkanischen Zollbehörde handelnde Kommandant des französischen oder spanischen Kriegsschiffs dabei mißbräuchlich, also böswillig oder fahrlässig, vorginge. || Ich stelle Ihnen anheim, sich der dortigen Regierung gegenüber in diesem Sinne auszusprechen. || Dem Vorschlag der französischen Regierung, die Dauer der ihr und Spanien übertragenen außerordentlichen Befugnisse statt auf 6 Monate auf 1 Jahr bemessen zu sehen, habe ich zugestimmt.

gez. Tschirschky.

Nr. 13880. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt. Versicherung der französischen Regierung.

Paris, den 11. Oktober 1907.

Ich habe Herrn Pichon die befohlenen Mitteilungen gemacht. Derselbe sagte mir darauf, daß die französische Regierung für ihre Kriegsschiffe nur die durch die Algeciras-Akte den Marokkanern seinerzeit zugebilligten Befugnisse beanspruche, wie sie überhaupt strengstens im Rahmen dieser Akte bleiben wolle. Unsere Schlußfolgerung, daß die Durchsuchung verdächtiger Schiffe Sache des zuständigen Konsuls bleibe, sei richtig, und somit nehme er Akt von unserer Erklärung, daß wir die Schadenersatzfrage vorläufig auf sich beruhen lassen wollten. Ferner versicherte der Minister, seine Regierung werde das Ihrige tun, damit keinem französischen Kommandanten mißbräuchliches oder fahrlässiges Vorgehen würde vorgeworfen werden können. gez. Lancken.

Nr. 13881. **DEUTSCHES REICH.** Mündliche Mitteilung des Staatssekretärs des Auswärtigen an den spanischen u. französischen Botschafter über den Waffenschmuggel.

Berlin, den 20. Oktober 1907.

Communication verbale.

En établissant la condition que, dans le cas où le résultat de la perquisition d'un bateau de commerce ne justifierait pas le soupçon de la contrebande des armes, le Gouvernement dont les agents ont ordonné la perquisition serait responsable de toute perte et dommage échus au propriétaire ou fréteur, le Gouvernement Impérial avait supposé que cette perquisition devrait s'opérer par le commandant ou un autre officier du vaisseau de guerre Espagnol ou Français et non par le consul de la Puissance à laquelle appartient le bateau en question. || Sur cela le Gouvernement Français nous a déclaré qu'une mesure pareille n'était pas dans ses intentions, mais par contre que la perquisition devrait être effectuée par le consul de la Puissance dont le bateau de commerce porte le pavillon, opération à laquelle devrait assister un officier du vaisseau de guerre. || En présence de cette déclaration de S. E. M. Pichon nous avons cru ne plus devoir insister sur la condition ci-dessus mentionnée, à l'exception des cas dans lesquels le commandant du vaisseau de guerre, en exerçant le droit de perquisition, se rendrait coupable d'un abus et agirait de cette façon ou de mauvaise foi ou par négligence.

IV.

Weitere Unruhen in Marokko.

Nr. 13882. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Unruhen in Casablanca.

Tanger, den 31. Juli 1907.

Der Vertreter des deutschen Hauses N. N. in Hamburg, der hier soeben mit einem von Casablanca kommenden Dampfer eintraf, teilt mir mit, daß dort die Kabylen der Umgegend gestern 9 Europäer (Spanier, Franzosen und Italiener) getötet haben. Das Vergehen richte sich, soviel er gehört, gegen die verschärfte französische Zollkontrolle und den Hafenbau, dessen Feldbahn zerstört wurde. Auf den Dampfer hätten sich gegen 400 Juden geflüchtet, und die Ruhe sei bei der Abfahrt noch nicht wiederhergestellt gewesen. Angeblich habe sich die Stadtbevölkerung mit den Kabylen vereinigt. Außerdem soll sich der Gouverneur von Casablanca, derselbe, gegen den schon wiederholt vom diplomatischen Korps Klage geführt wurde, durch grobe Nachlässigkeit mitschuldig gemacht haben.

gez. Langwerth.

Nr. 13883. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 31. Juli 1907.

Drei Handelsdampfer liegen auf der Reede von Casablanca, die für die Einschiffung der Europäer eintretendenfalls ausreichen sollen. Auf Weisung des französischen Geschäftsträgers wird der französische Kreuzer „Galilée“ noch heute dorthin abgehen und eventuell die Einschiffung schützen. || Widersprechend sind die Nachrichten, ob die Kabylen in die Stadt selbst eingedrungen sind, jedenfalls scheinen bis zum Abgang der hier eingetroffenen Dampfer hauptsächlich Angehörige der Hafenarbeiterbevölkerung ermordet worden zu sein. || Torres will nur von der Flucht der Juden aus Casablanca etwas wissen und erklärte, keine Truppen von hier entsenden zu können, da man wegen des Angriffs der Mehalla auf die Raisuli beherbergenden Stämme angeblich mit der Möglichkeit eines Angriffs der Bergbewohner auf Tanger rechnen müsse.

gez. Langwerth.

Nr. 13884. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 31. Juli 1907.

In seinem soeben eingegangenen Bericht, der indessen zeitlich nicht so weit reicht, als die gemeldeten Mitteilungen des Vertreters des Hamburger Hauses N. N., teilt der Kaiserliche Konsulatsverweser mit, daß für Casablanca selbst, insbesondere die dortigen Deutschen, zur Zeit nichts zu befürchten sei. Diese hätten daher von dem Anerbieten eines der dort liegenden Dampfer, sie aufzunehmen, keinen Gebrauch gemacht. || Ich habe Maenß angewiesen, zur Sicherung der dortigen Deutschen alles Denkbare zu veranlassen, und dabei bemerkt, daß, sofern unsere Landsleute sich nicht etwa durch ihre persönlichen Interessen behindert glaubten, ein gleichmäßiges Vorgehen aller Europäer empfehlenswert sei.

gez. Langwerth.

Nr. 13885. DEUTSCHES REICH. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Tanger. Frankreich will einschreiten.

Berlin, den 1. August 1907.

Heute erschien der französische Geschäftsträger, um mir im Namen seiner Regierung mitzuteilen, daß wegen der in Casablanca erfolgten Ermordung von 9 Europäern, worunter 3 Franzosen, während die übrigen Opfer Spanier und Italiener, der Kreuzer „Galilée" von Tanger dorthin geschickt sei, und der Kreuzer „Forbin" Befehl erhalten habe, sich von den Azoren nach Marokko zu begeben. Im Notfalle sollen 2 weitere Kriegsschiffe des Mittelmeergeschwaders herangezogen werden. Ich habe diese Mitteilung mit Dank zur Kenntnis genommen.

gez. Tschirschky.

Nr. 13886. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. — Pichon über den beschränkten Charakter der französischen Expedition.

Paris, den 3. August 1907.

Minister Pichon teilte mir soeben den Beschluß der französischen Regierung mit bezüglich der Maßregeln, die infolge der in Casablanca

vorgekommenen Ausschreitungen ergriffen werden sollen, indem er wörtlich bemerkte: „Frankreich beabsichtige in Gemeinschaft mit Spanien zu handeln und aus Oran und Algier unverzüglich einundeinhalbes Bataillon Infanterie sowie eine Artillerieabteilung nach Casablanca zu entsenden; voraussichtlich würde die Landung dort am Mittwoch erfolgen, außerdem würde Kavallerie in Stärke von 300 Pferden am Montag und Mittwoch verschifft werden und Freitag, beziehentlich Sonntag, eintreffen. || Befehligt würden die Transportschiffe von dem Kontreadmiral Philibert, der Casablanca genau kenne. Um dem Kommandeur der geringen Truppenzahl mehr Nachdruck zu geben, sei für diesen Posten der Brigadegeneral Drude, ein bewährter algerischer Offizier, ausersehen.“ || Was die an Ort und Stelle vorzunehmende gemeinsame Aktion Spaniens und Frankreichs anbelangt, so sollen die Truppen nur über den Schutz der Fremden und ihrer Habe wachen und Ordnung und Sicherheit wiederherstellen, indem sie streng nach der Algeciras-Akte verfahren und sofort die Polizei in Casablanca und dessen Weichbild ins Leben rufen. Außerdem soll eine strenge Bestrafung über die schuldigen Stämme verhängt werden. Darüber hinaus aber sei keine Rede davon, eine militärische Expedition zu unternehmen „et de pénétrer dans une mesure quelconque dans l'empire chérifien“.

gez. Radolin.

Nr. 13887. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Plan einer Landung in Casablanca. Maßregeln der Europäer.

Tanger, den 3. August 1907.

Nach Meldung des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Casablanca vom 1. August hatte der französische Vizekonsul im Einverständnisse mit dem Kommandanten des Kreuzers „Galilée“ eine Schutzwache für das deutsche, englische, französische und spanische Konsulat (die dortigen Berufskonsulate) landen lassen wollen. Mit Rücksicht auf die Erklärung aller anderen Konsuln, daß die Landung der wenigen Soldaten des „Galilée“ zur Verhinderung eines allgemeinen Gemetzels der Europäer nicht ausreichen würden, nahm indessen der französische Vizekonsul einstweilen hiervon Abstand und gab die Zusicherung, die Konsuln von etwaigen militärischen Maßnahmen vorher zu verständigen, doch werde die Frist eventuell kurz sein. Im Falle einer neuen Gefährdung der dortigen Franzosen wird eine Landung geplant unter gleich-

zeitigem, das Stadtviertel des französischen Konsulats isolierendem Geschützfeuer des „Galilée.“ Außerdem verlangte der französische Vizekonsul, bei Vermeidung schärfster Maßregeln, daß der Gouverneur für die Passierbarmachung der zum Hafen führenden Straßen und die Vertreibung des Gesindels von den Schienen der Feldbahn aufkomme. || Diese Forderung wird angenommen und teilweise ausgeführt. || Den weiteren französischen Plan hat das Konsularkorps genehmigt. Die in Casablanca anwesenden Deutschen haben sich auf Rat unseres Konsulatsverwesers bis auf Maenß, 19 weitere Männer und 6 erwachsene weibliche Personen, an Bord des Dampfers „Arkadia“ eingeschifft, der einstweilen auf der Reede verbleibt, um nötigenfalls alle aufzunehmen. Falls dies unmöglich werden sollte, wollen die zurückbleibenden Deutschen sich in dem Hause des deutschen Kaufmanns Brandt vereinigen, das nahe am Hafen und neben dem französischen Konsulate liegt. Die dem deutschen Konsulate zur Verfügung stehenden Gewehre und Patronen wurden verteilt. Von den Notabeln der Stadt wird alles zur Aufrechterhaltung der Ordnung getan. gez. Langwerth.

Nr. 13888. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 4. August 1907.

Heute erzählte mir der französische Geschäftsträger gesprächsweise, daß er dem „Galilée“ die Weisung gegeben habe, eine etwaige Einbootung der Europäer zu schützen und im übrigen je nach den Verhältnissen zu handeln. Er meint, der Schutz der Europäer würde am wirksamsten ausgeübt werden, wenn man ein Kriegsschiff in jeden Hafen schicke mit einem marokkanischen Würdenträger an Bord, welcher seinen Landsleuten begreiflich zu machen habe, daß die Aktion nicht gegen das Land, sondern nur gegen die Übeltäter gerichtet sei.

gez. Langwerth.

Nr. 13889. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Eingreifen des „Galilée“; Bombardement.

Tanger, den 6. August 1907.

Der französische Geschäftsträger erhielt soeben von dem Kapitän eines aus Casablanca hier eingetroffenen französischen Handelsdampfers folgende Meldung:

„Die marokkanischen Behörden baten den Kommandanten des „Galilée“, zum Schutze des französischen Konsulats gegen das sich herumtreibende Gesindel Matrosen auszuschiffen. Als diese daraufhin gestern früh um 5 Uhr an Land kamen, erhielten sie aus nächster Nähe Feuer, darunter von regulären Sultanstruppen. Sie erwiderten dasselbe und gaben ein Signal, auf das hin der „Galilée“ das Feuer mit seinen Geschützen eröffnete, den Umkreis der Stadt säuberte und die Kabylen vom Andringen abhielt.“

Der Kreuzer „Du Chayla“ traf um 11 Uhr früh auf der Fahrt nach Mazagan vor Casablanca ein und landete gleichfalls Matrosen.

gez. Langwerth.

Nr. 13890. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Paris, den 6. August 1907.

Auf Bitte des Ministers Pichon melde ich Euerer Durchlaucht folgenden Vorfall in Casablanca: Mit Rücksicht auf die feindliche Haltung der Bevölkerung sei am 4. August zwischen Mulay Lamin, der die dortige Mehalla befehlige und ein Verwandter des Sultans sei, sowie dem Pascha, dem französischen Vertreter und dem Kommandanten des „Galilée“ verabredet worden, am folgenden Tage das französische Konsulat durch Matrosen zu besetzen. Für den Einzug der französischen Truppen in die Stadt sollte der Pascha das Marine-Tor offen halten. || Als nun die Matrosen durch dies Tor am 5. August einmarschierten, seien sie durch die Menge, unter der sich viele reguläre marokkanische Soldaten befanden, angegriffen, und fünf von ihnen sowie ein Fähnrich verwundet worden. Mulay Lamin habe hierauf die des Mordes überführten rebellischen Soldaten in Ketten ins französische Konsulat abführen lassen. || Auf Mulay Lamins eigenes Verlangen hätte der französische Befehlshaber dann Befehl gegeben, die Kanonen auf die vor den Mauern lagernden feindlichen Stämme zu richten, die in das Innere der Stadt einzudringen drohten.

gez. Radolin.

Nr. 13891. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Tanger. Begründung des französischen Vorgehens.

Berlin, den 8. August 1907.

Der französische Botschafter hat mir die hier in Abschrift beigefügte Note übergeben. || Ich habe geantwortet: Bei dem Unternehmen, Schuldige

zur Strafe zu ziehen und für die Sicherheit der bedrohten Europäer sowie für den Schutz der Handelsinteressen Sorge zu tragen, habe Frankreich unsere vollen Sympathien. || Eine Verbalnote mit wesentlich gleichem Inhalte habe ich von dem spanischen Geschäftsträger erhalten.

gez. Tschirschky.

Anlage

7 Août 1907.

Les événements ont devancé les mesures arrêtées par le Gouvernement de la République à la suite des récents attentats commis à Casablanca, mesures qui allaient être portées à la connaissance des Gouvernements intéressés. || En présence de l'impuissance manifeste du Gouvernement Marocain à se faire obéir de ses sujets et à pourvoir à la sauvegarde des ressortissants étrangers, l'urgente nécessité s'affirme de plus en plus d'organiser la police dans les ports du Maroc. — Le maintien et le respect de la haute autorité de Sa Majesté Chérifienne y sont intéressés au premier degré. || C'est, pénétré de ces sentiments, que le Gouvernement de la République donnera suite aux mesures auxquelles il avait résolu de recourir en respectant scrupuleusement l'intégrité du Maroc et la souveraineté du Sultan. || L'ordre et la sécurité, la liberté des transactions commerciales seront garanties à Casablanca par des forces suffisantes. || Un châtiment exemplaire sera infligé aux indigènes responsables des massacres et des attentats d'hier. || Ces opérations seront accompagnées de l'organisation immédiate d'une police de la ville et de la banlieue de concert avec le Gouvernement Espagnol.

Nr. 13892. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Darstellung des Kampfes in Casablanca.

Tanger, den 8. August 1907.

Ein soeben eingetroffener Bericht des Kaiserlichen Konsulatsverwesers in Casablanca vom 6. d. M. bestätigt, daß bei den Kämpfen keine Deutschen verletzt wurden. Diese hatten sich im Hause des Kaufmanns Brandt verabredetermaßen versammelt, nachdem die bevorstehende Landung französischer Matrosen mitgeteilt worden war. Das Haus erhielt in der folgenden Nacht nach Vereinbarung zwischen unserem Dragoman Maenß und dem inzwischen eingetroffenen hiesigen französischen Polizeioffizier, Major Mangin, eine Schutzwache von 7 Mann unter dem Befehl eines Contremaitre. Zur Sicherung der ganzen Stadt erklärte Mangin die Besatzungen der Kreuzer „Galilée“ und „Du Chayla“ für unzureichend. ||

Reguläre Askaris und Kabylen-Gesindel haben während des Bombardements zu plündern versucht, ohne daß bei Abgang des Berichts das Resultat zu übersehen ist. Unberührt scheint das deutsche Konsulat geblieben zu sein, auf dem die Flagge wehte. || Unter den dortigen Deutschen herrscht die Ansicht, daß die französischen Befehlshaber mit der Landung bis zum Eintreffen größerer Streitkräfte ohne Gefahr für die Europäer hätten warten können, wodurch die Plünderung der Stadt sich hätte vermeiden lassen. gez. Langwerth.

Nr. 13893. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Franz.-span. Darstellung der Kämpfe in Casablanca.

Tanger, den 9. August 1907.

Folgende gleichlautende Mitteilung lassen die französische und spanische Gesandtschaft soeben bei den Missionen zirkulieren:

9 Août 1907.

„La Légation de France (d'Espagne) a l'honneur de faire connaître à Messieurs les Représentants des Puissances que, conformément à l'entente intervenue entre les cabinets de Madrid et de Paris, les forces franco-espagnoles ont débarqué à Casablanca pour rétablir l'ordre. Au courant de cette opération deux marins français ont été tués et plusieurs blessés. Les marins espagnols ont eu également un tué et plusieurs blessés. On ne signale aucun incident dont la colonie des étrangers ait eu à souffrir. A l'heure actuelle toutes les colonies étrangères sont en sécurité. || La police franco-espagnole doit être organisée le plus tôt possible conformément à l'acte d'Algéciras. || D'après les dernières nouvelles reçues de Casablanca le manque de vivres commençait à se faire sentir. La Légation de France (d'Espagne) s'empresse de signaler cette situation aux Légations intéressées, afin de les mettre à même de prendre en temps utile les dispositions nécessaires pour y remédier."

Die Deutschen in Casablanca dürften nach meinen Nachrichten nicht vom Proviantmangel betroffen sein. Eventuell Nötiges wird veranlaßt. gez. Langwerth.

Nr. 13894. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt. Erklärung Pichons.

Paris, den 10. August 1907.

Als ich gestern Herrn Pichon aufsuchte, um vor Antritt meines Urlaubs mich von ihm zu verabschieden, äußerte er sich nicht ohne

Besorgnis über die Schwierigkeiten, auf welche die französischen und spanischen Streitkräfte bei Niederwerfung der marokkanischen Unruhen noch würden stoßen können. || Sodann benutzte der Minister die Gelegenheit, um mir mit warmen Worten seine Genugtuung über die sympathische Aufnahme auszudrücken, die der Herr Staatssekretär der von Herrn Cambon ihm am 7. Mai d. M. überreichten Note bereitet habe. Die darin sich dokumentierende Denkungsart der Kaiserlichen Regierung sei ihm von höchstem Werte. Weiter gab mir Herr Pichon spontan die ausdrückliche Versicherung, daß Frankreich bei seinem Vorgehen in Marokko lediglich den Zweck verfolge, die Ermordung seiner Staatsangehörigen zu sühnen und die Ordnung wieder herzustellen.

gez. Radolin.

Nr. 13895. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Eindruck in Fes.

Tanger, den 14. August 1907.

Hierher gelangte Briefe schildern den Eindruck, den das Bekannt werden der Casablancaer Ereignisse in Fes hervorgerufen hat. In einem derselben heißt es: „Wenn auch der Machsen die Nachricht mit der für Hiobsposten herkömmlichen Gram-Miene aufgenommen hat, ist er immerhin weit davon entfernt, verzweifelt zu sein. Dagegen schützt ihn sein Respekt vor vollzogenen Dingen. Ledig der Sorge um die Aufrechterhaltung eines Scheins von Ordnung in Casablanca hat man eine Ausrede für die zu erwartenden weiteren Ruhestörungen im Süden.“ || Die Konsuln wurden zu dem Minister des Auswärtigen beschieden und erhielten hier die Mitteilung, daß der Sultan nicht dulden werde, daß etwa durch Zwischenfälle in Fes sich „eine neue Blamage zwischen die befreundeten christlichen Mächte und den Machsen stelle“. Schließlich wurden die Konsuln gebeten, ihre Staatsangehörigen 8 bis 10 Tage zu Haus zu halten.

gez. Langwerth.

Nr. 13896. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Geschäftsträger in Tanger. Haltung Deutschlands.

Berlin, den 22. August 1907.

Als allgemeiner Gesichtspunkt für die Haltung der Kaiserlichen Vertreter in Marokko unter den derzeitigen Umständen ist festzuhalten,

daß wir die militärische Aktion Frankreichs und Spaniens daselbst als solche nicht stören wollen.

gez. Tschirschky.

Nr. 13897. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Eindruck von der Proklamation Muley Hafids*).

Tanger, den 28. August 1907.

Hier wird bekannt, daß in Fes die Nachricht von der Ausrufung Mulay Hafids zum Sultan eintraf und große Erregung hervorrief. Die Europäer haben daraufhin in verschiedenen Abteilungen die Stadt verlassen. Die Deutschen reisten am 25. ab und denken am 29. in Larasch einzutreffen**).

gez. Langwerth.

Nr. 13898. FRANKREICH. Mitteilung an die Mächte, daß Frankreich und Spanien in einigen Häfen eine eigene Polizei einrichten wolle.

2. September 1907.

Pro Memoria.

Les règlements relatifs à l'organisation de la Police Marocaine ainsi que les cahiers des charges pour l'adjudication des effets d'habillement et d'équipement ont été arrêtés, soumis au Maghzen et approuvés par lui. — Toutes les formalités préliminaires à la formation des troupes de police prévues par l'acte d'Algéciras se trouvent donc accomplies. ‖ Les Gouvernements Français et Espagnol, préoccupés de la constitution de ces forces de police conformément au mandat qu'ils ont reçu, ont demandé, par la voie de leurs représentants à Tanger, au ministre de la guerre chérifien, s'il avait les pouvoirs nécessaires pour procéder à cette organisation, et s'il pouvait assurer le bon recrutement de ces troupes, de façon qu'elles fussent un élément d'ordre et de sécurité pour les Européens et que leurs officiers ne fussent pas abandonnés. ‖ Sid-Mohammed-El-Guebbas a répondu qu'il lui était impossible de donner les assurances formelles qui lui étaient demandées. ‖ Les circonstances actuelles au Maroc rendent cependant plus nécessaires qu'à aucun autre moment les mesures desti-

---

*) Am 20. August hatte der Geschäftsträger die Aufstellung Mulay Hafids zum Gegensultan in Marrakesch gemeldet. Red.

**) Sämtliche Deutsche trafen wohlbehalten am 29. ein. Red.

nées à maintenir la sécurité dans les ports où la police marocaine devait être organisée. — En conséquence, et ainsi que l'ambassadeur de France l'avait antérieurement fait verbalement connaître, il est dans l'intention du Gouvernement de la République de constituer, de concert avec le Gouvernement Espagnol et avec leurs propres ressources, dans ceux de ces ports où cette mesure sera reconnue nécessaire, une police provisoire qui permettra de maintenir l'ordre et facilitera la formation des troupes de police marocaines prévues par l'acte d'Algéciras.

Nr. 13899. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Unterhandlung Frankreichs über die Errichtung der Polizei. Tanger, den 5. September 1907.

Die heutige „Agence Havas" enthält folgendes Pariser Telegramm: || Le représentant français à Tanger a demandé à Gebbas s'il était en mesure de garantir les instructeurs. Cette assurance n'a pas été donnée par Gebbas. Le Gouvernement Français en a informé les Puissances signataires d'Algéciras, en leur laissant prévoir que dans ces conditions il serait obligé de continuer la police avec des cadres français et espagnols.

Nach meinen Informationen hat der marokkanische Kriegsminister in der Tat in einer Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger geäußert, daß er Garantien für die Tätigkeit der fremden Polizeiinstrukteure zur Zeit nicht zu geben vermöge. || Für den Fall, daß sich demnach das Telegramm der „Agence Havas" bestätigen und den Signatarmächten entsprechende Vorschläge gemacht sein sollten, bemerke ich, daß meines Erachtens die in der Algeciras-Akte nicht vorgesehene Aufstellung fremder Polizeikorps unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergstämme auf Tanger und eine ernste Gefährdung für Leben und Eigentum der Europäer nach sich ziehen könnte, zumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte ausgeführt werden sollte. gez. Langwerth.

Nr. 13900. **DEUTSCHES REICH.** Antwort auf Nr. 13898. Vorbehalt gegen die französisch-spanische Polizei.

Berlin, den 8. September 1907.

Promemoria.

In dem Promemoria der französischen Botschaft vom 2. d. M. ist mitgeteilt, daß es in der Absicht der Regierung der französischen Republik

liege, im Einvernehmen mit der spanischen Regierung und mit den eigenen Mitteln dieser beiden Regierungen in denjenigen Vertragshäfen Marokkos, wo eine solche Maßregel als notwendig erkannt werden würde, eine provisorische Polizei einzurichten, mit dem Zweck, daselbst die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Bildung der in der Akte von Algeciras vorgesehenen marokkanischen Polizeitruppen zu erleichtern. || Die Kaiserliche Regierung hat Kenntnis genommen von dieser Mitteilung und von der dazu in dem Promemoria gegebenen Begründung. Sie entnimmt daraus, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen provisorischen Charakters sein und den Bestimmungen der Akte von Algeciras nicht präjudizieren werden. || Die Kaiserliche Regierung hat die Befugnis Frankreichs, sich für die Vorgänge von Casablanca Genugtuung zu verschaffen, anerkannt und beabsichtigt daher nicht, der von Frankreich aus diesem Anlaß unternommenen und durch außergewöhnliche Umstände motivierten Aktion Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hofft und wünscht jedoch, daß sich schwere Schädigungen der fremden Kaufleute, wie die in Casablanca erlittenen, nicht wiederholen möchten. || Die Kaiserliche Regierung macht deshalb darauf aufmerksam, daß nach Ansicht des Kaiserlichen Geschäftsträgers in Tanger die in der Algeciras-Akte nicht vorgesehene Aufstellung fremder Polizeikorps unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen Angriff der Bergstämme auf die Stadt und ernste Gefahr für Leben und Gut der Europäer hervorrufen könnte, zumal wenn jene Maßregel nicht unter dem Schutze militärisch unbedingt genügender Kräfte vollzogen würde. Die gleiche Gefahr dürfte auch an anderen Hafenorten bestehen.

Nr. 13901. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Geschäftsträger in Tanger an das Auswärtige Amt. Nähere Erklärung des französischen Polizeiplans.

Paris, den 7. September 1907.

Herr Louis sagte mir zu den vom „Temps“ über die Organisierung einer französisch-spanischen Hafenpolizei ohne marokkanische Mannschaften gebrachten Äußerungen, in der Veröffentlichung fehle die wichtige Erwähnung, daß diese Einrichtung einen lediglich provisorischen Charakter tragen und nur dort ins Leben gerufen werden solle, wo dies die Ereignisse erfordern würden. || Die Ausschiffung europäischer Truppen würde ausschließlich in denjenigen Häfen erfolgen, wo die Einrichtung der in Algeciras vorgesehenen Polizei nicht ohne ihren Schutz möglich, und wo die Sicherheit bedroht sei. In die ruhig bleibenden Hafenorte

würden keine Truppen entsandt werden; denn man wolle alles vermeiden, was den Unruhestiftern einen Vorwand bieten könne.

gez. Lancken.

Nr. 13902. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Geschäftsträger in Paris an das Auswärtige Amt. Frankreich gibt den Polizeiplan auf.

Paris, den 11. September 1907.

Soeben sagte mir Herr Pichon, der mich hatte zu sich bitten lassen, er lege Wert darauf, mit mir offiziös über die auf Cambons Mitteilung von uns veröffentlichte Antwort zu sprechen, damit keinerlei Mißverständnisse zwischen beiden Regierungen obwalten möchten. Nicht stark genug könne er betonen, daß Frankreich und natürlich ebenso Spanien nur dann daran dächten, provisorische Polizeiorganisationen auch in anderen Häfen als Casablanca ins Leben treten zu lassen, wenn eine unvermeidliche Notwendigkeit dies erheische (en cas de nécessité inéluctable). Einen deutlichen Beweis dafür, wie gern Frankreich es umgehe, für die Sicherheit an gefährdeten Orten durch eigene Truppenkontingente zu sorgen, biete die Organisierung der Milizpolizei für Tanger, die auf eine Verabredung zwischen Herrn Gebbas und dem französischen Geschäftsträger zurückzuführen sei. || Der Minister fügte hinzu, er werde sich durch nichts von seiner Marschroute abbringen lassen, deren ausschließliches Ziel sei, Gefahren zu verhüten und die Ruhe wieder herzustellen unter möglicht buchstäblicher Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen.

gez. Lancken.

Nr. 13903. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Gesandten in Tanger. Stellung zum Thronstreit.

Berlin, den 11. Oktober 1907.

Was die Europareise der beiden Abgesandten Mulay Hafids angeht, so stehen wir auf dem Standpunkte, daß wir uns in die dortigen Thronstreitigkeiten nicht einmischen. Abdul Asis ist zur Zeit für uns der einzige rechtmäßige Herrscher Marokkos. Abgesandte einer anderen marokkanischen Persönlichkeit haben daher hier keine Aussicht auf Empfang.

gez. Tschirschky.

Nr. 13904. **DEUTCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Programm Mulay Hafids.

Tanger, den 11. Januar 1908.

Auf Drängen der Bevölkerung wurde am 3. Januar die Absetzung Abdul Asis von den Ulemas beschlossen und am 4. Mulay Hafid seitens der Stände mit Zustimmung der Behörde zum Sultan ausgerufen. Die Huldigungsurkunde, die ihm eine Deputation überbringen soll, enthält folgende Bedingungen:

1. Aufhebung der Algecirasacte (nach anderer Quelle: Anerkennung der Akte bis auf die Polizei), || 2. Keine fremde Einmischung in die äußeren und inneren Angelegenheiten Marokkos, || 3. Beschränkung der Übergriffe der Minister, || 4. Abschaffung der europäischen Instrukteure, || 5. Aufhebung des Protektionswesens, || 6. Wiederherstellung der Grenzen Marokkos, wie sie vor der Eroberung Algeriens waren, || 7. Sorgen für die Wehrkraft, || 8. Aufhebung der städtischen Abgaben und — nach anderer Quelle — auch des Tabaksmonopols, || 9. Entente mit der Türkei.

Die Bewegung in Fes hat sich bislang friedlich und in traditionellen Formen vollzogen. Die Versammlungen fanden in den Moscheen statt.

gez. Rosen.

Nr. 13905. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Gesandten in Tanger. Hat Frankreich auf die deutschen Handelsinteressen hingewiesen.

Berlin, den 12. März 1908.

Auf die von dem französischen Botschafter mir mündlich gemachte Mitteilung von der Entsendung von 4000 Mann Verstärkungen nach Casablanca habe ich Folgendes, ebenfalls mündlich, erwidert: || Ich nähme davon mit dem Bemerken Akt, daß ich bedauerte, daß Frankreich durch den Gang der Ereignisse sich jetzt in die Lage versetzt sähe, die angekündigten Maßregeln zu ergreifen. || Ich bäte, die französische Regierung möchte bei den weiteren Maßregeln und Unternehmungen soweit wie nur irgend möglich darauf bedacht sein, daß unsere Handelsinteressen, die durch die bisherigen militärischen Maßnahmen schon wesentlich beeinträchtigt würden, nicht noch weiteren empfindlichen Schaden erlitten. || Herr Cambon erklärte sich darauf ermächtigt, im Namen seiner Regierung dies zuzusagen.

gez. Schoen.

V.

Anrufung der Kaiserlichen Regierung durch Mulay Abdul Asis und Mulay Hafid.

Nr. 13906. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Der deutsche Gesandte soll nach Rabat kommen.

Tanger, den 3. Oktober 1907.

Vizekonsul Neudörfer in Rabat teilte mir unter dem 30. v. M. Folgendes mit: „Abdelkerim ben Sliman trug mir auf, Ihnen zu bestellen, daß er sich sehr freuen würde, Sie hier in Rabat begrüßen zu dürfen.“ || Ich habe in meiner Antwort Herrn Neudörfer angewiesen, derartigen Anregungen gegenüber Zurückhaltung zu beobachten.

gez. Rosen.

Nr. 13907. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 8. Oktober 1907.

Der Kaiserliche Vizekonsul meldet aus Rabat, daß er sich bei dem vor kurzem dort eingetroffenen Sultan in einer Audienz gemeldet hat. Im Verlaufe dieser Audienz habe ihm der Sultan viele Grüße für mich aufgetragen und den Wunsch ausgesprochen, von mir zu hören. Gleichzeitig ließ mir der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, wie schon neulich, durch Herrn Neudörfer sagen, daß er sich freuen würde, wenn ich nach Rabat käme. || Meines Dafürhaltens sind jene formlosen Andeutungen wohl lediglich als Höflichkeitsphrasen aufzufassen. Ich habe im übrigen Herrn Neudörfer angewiesen, die Frage meiner etwaigen Reise nach Rabat unter keinen Umständen von sich aus zu berühren. || Den Sultan habe ich schriftlich zu seiner Ankunft in Rabat beglückwünscht und auch dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten einen Höflichkeitsbrief geschrieben. Beide Schreiben sind ohne jeden politischen Inhalt.

gez. Rosen.

Nr. 13908. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 11. Januar 1908.

Nach einer Mitteilung des zurzeit auf Urlaub befindlichen Rittmeisters a. D. Wolff hat der Sultan sich diesem gegenüber in einer

Audienz am 21. Dezember dahin geäußert, daß er sich sehr freuen würde, sich einmal wieder mit dem Gesandten zu unterhalten. || Ich habe auf diese Äußerung nicht reagiert und Herrn Wolff gebeten, nach seiner Rückkehr nach Rabat etwaigen derartigen Bemerkungen gegenüber stets die unbedingteste Reserve zu beobachten.

gez. Rosen.

Nr. 13909. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Der Sultan ruft Deutschland gegen Frankreich an.

Tanger, den 18. Januar 1908.

Unter dem 16. Januar meldet mir Konsul Neudörfer folgende Bestellung des Ministers des Äußeren Abdelkerim ben Sliman:

„Seine Scherifische Majestät der Sultan habe unter Berufung auf die von Seiner Majestät dem Kaiser in Tanger abgegebenen Erklärungen der Hoffnung Ausdruck gegeben, das das befreundete Deutsche Reich nunmehr gegen das die Algeciras-Akte verletzende Vordringen der Franzosen in Marokko Einspruch erheben werde.“

Es entzieht sich zurzeit meiner Kenntnis, was diese überraschende Wendung veranlaßt hat, nachdem noch vor wenigen Tagen den Notabeln der Schwesterstädte Rabat und Salé im Namen des Sultans erklärt worden war, man erwarte von ihnen, daß sie sich nicht widersetzen würden, falls der Machsen sich genötigt sehen sollte, französischen Schutz in Anspruch zu nehmen.

gez. Rosen.

Nr. 13910. DEUTSCHES REICH. Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Mulay Hafid ruft Deutschlands Hilfe an.

Tanger, den 18. Januar 1908.

Nachdem Mulay Abdul Asis sich an mich gewandt hat, um gegen die französische Invasion die Intervention der deutschen Regierung zu erbitten, fragt nunmehr auch Mulay Hafid durch unseren Vizekonsul in Saffi an, ob das Vordringen der Franzosen in das Innere durch ein Mandat der Mächte — insbesondere Deutschlands — sanktioniert sei. Er bittet, dafür einzutreten, daß Frankreich sich in den Thronstreit nicht einmischen möge, da dieser eine innere Angelegenheit Marokkos sei. Sein Minister des Äußern schreibt an den Kaiserlichen Vizekonsul,

„Mulay Hafid könne ebensowenig einen Eingriff in seine Hoheitsrechte durch Fremde dulden, wie er seinerseits daran denke, die den Fremden in Marokko zustehenden Rechte zu schmälern.“ Er erbittet umgehenden Bescheid. gez. Rosen.

Nr. 13911. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an den Kaiserlichen Botschafter in Paris. Haltung der Regierung zum Vorigen.

Berlin, den 31. Januar 1908.

Euer Durchlaucht bitte ich der dortigen Regierung mündlich und vertraulich, eventuell unter Überreichung eines aide mémoire, das Folgende mitzuteilen: || Mittels einer an den Kaiserlichen Gesandten in Tanger durch unsern Vizekonsul in Rabat gemachten Bestellung hat Abdul Asis der Hoffnung Ausdruck geben lassen, daß nunmehr die Kaiserliche Regierung gegen das Vordringen der Franzosen in Marokko, indem dieses die Algeciras-Akte verletze, Einspruch erheben werde. || Gleichzeitig hat Mulay Hafid durch den Kaiserlichen Vizekonsul in Saffi die Anfrage an uns gerichtet, ob es wahr sei, daß durch die Mächte, insbesondere Deutschland, das französische Vordringen ins Innere Marokkos gutgeheißen werde. Er — Mulay Hafid — bitte uns, dafür einzutreten, daß sich die Franzosen in den Thronstreit als innere Angelegenheit Marokkos nicht einmischten. || Unseren Gesandten in Tanger haben wir angewiesen, auf beide Bestellungen folgendes zu antworten: || „Wiederholt und auf das bestimmteste habe die französische Regierung noch neuerdings der Kaiserlichen Regierung versichert, daß sie bei ihrem Vorgehen in Marokko sich streng im Rahmen der Algeciras-Akte halten werde. Wenn die marokkanische Regierung aber glaube beweisen zu können, daß das französische Vorgehen die Akte verletze, so stehe es ihr frei, sich deswegen an die sämtlichen Unterzeichner der Akte zu wenden, die ja ihre Vertreter in Tanger hätten. Deutschland könne, nachdem die Akte in Kraft getreten sei, in der Sache nicht wohl mehr allein etwas tun. Die Kaiserliche Regierung werde aber nicht unterlassen, die ihr marokkanischerseits geäußerten Wünsche ohne Verzug zur Kenntnis der französischen Regierung zu bringen.“ gez. Schoen.

Nr. 13912. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Botschafter in Paris an das Auswärtige Amt.

Paris, den 22. Januar 1908.

Ich habe die befohlene Mitteilung Herrn Pichon gemacht. Der Minister erwiderte, er könne nur immer wieder betonen, daß Frankreich

nichts sehnlicher wünsche als seine Streitkräfte baldmöglichst aus Marokko zurückziehen zu können und die in Algeciras beschlossenen Einrichtungen ins Leben treten zu lassen. (Dasselbe hat mir noch vor kurzem Herr Clémenceau versichert.) Bei der Konferenz seien die Ereignisse der letzten Zeit nicht vorauszusehen gewesen. Wenn Frankreich gezwungen sei, seine Maßnahmen diesen anzupassen, so könnten sie vielleicht dem Buchstaben der Algeciras-Akte nicht genau entsprechen; man würde aber stets suchen, sie mit dem Geist derselben in Einklang zu halten. Frankreich hege keine Hintergedanken. „Nous n'irons ni à Marakech ni à Fez; je vous assure formellement que nous ne voulons pas de protectorat.“ || Der Minister sei sehr überrascht, daß Abdul Asis sich in der gegebenen Weise an uns gewandt habe. Er könne mir vertraulich mitteilen, daß der Sultan an Frankreich mit Anregungen herangetreten sei, die über den Algecirasrahmen weit hinausgingen. Man habe ihn aber damit abgewiesen. Seine Enttäuschung hierüber werde ihn veranlaßt haben, sich nunmehr an uns zu wenden. Frankreich habe, als es Abdul Asis stützte, eine Einmischung in innere marokkanische Dinge nicht beabsichtigt. Es geschah dies, weil der legitime Sultan immerhin noch eine gewisse Regierungsgewalt repräsentiert, deren Stärkung im europäischen Interesse liege, da ohne das Vorhandensein einer Regierung die Durchführung der Algecirasbeschlüsse unmöglich sei. Mulay Hafid andererseits sei bekanntlich unter der Bedingung proklamiert worden, die Konferenzakte nicht anzuerkennen und eine, nicht nur den Franzosen, sondern den Europäern überhaupt feindliche Haltung einzunehmen. || Herr Pichon meinte schießlich, das Vorgehen der beiden Gegensultane schiene ihm in der Hauptsache zu bezwecken, Deutschland mit Frankreich zu verhetzen. Doch hege er die Hoffnung, daß derartige Bestrebungen erfolglos bleiben möchten.

gez. Radolin.

Nr. 13913. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Neue Mahnung von Abdul Asis.

Tanger, den 26. Januar 1908.

Der Sultan hat am 19. Januar den Kaiserlichen Vizekonsul Neudörfer zu sich rufen lassen und ihn erregt gefragt, warum ich nicht nach Rabat käme und ihm auch nicht schriebe. Herr Neudörfer hat geantwortet, daß zum Schreiben wohl ein besonderer Anlaß nicht vorgelegen hätte, da Deutschlands Standpunkt ja bekanntlich die Algeciras-

Akte sei. Auch von dem Minister des Äußern wurde unser Vizekonsul des öfteren befragt, ob ich nicht nach Rabat käme, ich würde dort mit offenen Armen aufgenommen werden. || Ich habe auf diese Mitteilung Neudörfers nichts geantwortet.

gez. Rosen.

Nr. 13914. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Der Minister von Abdul Asis leugnet die früheren Hilferufe ab.

Tanger, den 8. Februar 1908.

Wie ich höre, will Abdelkerim ben Sliman jetzt von dem von ihm an unsern Vizekonsul in Rabat gestellten Verlangen nichts mehr wissen, ich halte es jedoch für ausgeschlossen, daß Herr Neudörfer, der besonders zuverlässig und ein tüchtiger Kenner des Arabischen ist, die Mitteilung des Ministers etwa mißverstanden haben könnte. || Ich füge hier angeschlossen das Original des mir seinerzeit von dem Kaiserlichen Vizekonsul in Rabat über die Anrufung unserer Intervention erstatteten Berichts bei sowie einen gleichzeitigen an mich gerichteten Privatbrief des Herrn Neudörfer. || Eine Äußerung der Marokkaner auf unsere, ihnen in bezug auf ihre Interventionsbitte erteilte Antwort, steht noch aus.

gez. Rosen.

Anlage 1.

Kaiserlich Deutsches Vizekonsulat.

Rabat, den 16. Januar 1908.

Euer Hochwohlgeboren || habe ich die Ehre, im Auftrage des Ministers des Äußern, Sid Abdelkerim ben Sliman, gehorsamst davon in Kenntnis zu setzen, || „daß Seine Scherifische Majestät, der Sultan, — unter Berufung auf die von Seiner Majestät dem Kaiser in Tanger abgegebenen Erklärungen — der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß seitens des befreundeten Deutschen Reichs nunmehr Einspruch erhoben werde gegen das die Algeciras-Akte verletzende Vordringen der Franzosen in Marokko.“

gez. Neudörfer.

Seiner Hochwohlgeboren dem Kaiserlichen Gesandten,
Herrn Dr. Rosen. — Tanger.

Anlage 2.

Rabat, den 16. Januar 1908.

Hochgeehrter Herr Minister! || Mein Erstaunen über den mir von Sid Abdelkerim erteilten Auftrag war sehr groß, so daß ich wiederholt fragte, was ich dem Herrn Minister berichten sollte! || Ich gestatte mir, dem Herrn Minister noch mitzuteilen, daß die Regierung es sehr, sehr gern sehen würde, wenn der Herr Minister nach Rabat käme! || Sid Abdelkerim sagte, man sei über das Schweigen des Deutschen Reiches sehr erstaunt, der Herr Minister würde hier mit Freude empfangen werden (Sid Abdelkerim breitete die Arme hierbei aus!). || In vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich, Herr Minister,

Ihr ganz gehorsamer
gez. Neudörfer.

Nr. 13915. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Gesandte in Tanger an das Auswärtige Amt. Dasselbe.

Tanger, den 14. Februar 1908.

Der Kaiserliche Vizekonsul Neudörfer meldet unter dem 12. Februar: || „Abdelkerim ben Sliman gibt zu, daß die Unterredung, die den Anlaß zu meinem Berichte vom 16. Januar gegeben, stattgefunden hat. Er bezeichnet es aber als ein Mißverständnis, wenn ich in seinen Äußerungen den Auftrag gesehen habe, amtlich dieserhalb zu berichten. Er habe lediglich „die von mir angeregte deutsche Intervention“ dem Sultan zu unterbreiten versprochen, Seine Majestät habe aber keinen Grund, ein solches Schreiben zu veranlassen, da über ein französisches Vordringen Klagen nicht zu erheben seien. Indessen sei der Sultan, wie Abdelkerim ben Sliman hinzufügte, auf alle Fälle der Kaiserlichen Regierung für die freundliche Note sehr zu Dank verpflichtet. || Demgegenüber kann ich nur sagen, daß eine Anregung von meiner Seite nicht gegeben worden ist, und daß ich den Auftrag richtig verstanden habe.“ gez. Rosen.

VI.

Entschädigungen aus Anlaß der Vorgänge in Casablanca.

Nr. 13916. **SPANIEN und FRANKREICH.** Zirkularnote über die Bildung einer Kommission zur Untersuchung der Entschädigungsforderungen.

15. Oktober 1907.

A la suite des meurtres commis à Casablanca sur des Français, des Espagnols et des Italiens, le Gouvernement de la République a été amené,

il y a quelques semaines, à prendre, de concert avec l'Espagne, les mesures militaires que lui imposaient la répression de ces crimes et la protection des colonies étrangères menacées, depuis le massacre du 30 juillet, par l'attitude agressive des tribus. || Il s'est efforcé de maintenir son intervention dans les conditions qu'il s'était fixées dès le début et dont les Puissances ont unanimement apprécié la modération. || Grâce à la rapidité des mesures adoptées, l'existence des étrangers a été préservée; la plupart des tribus qui avaient pris part aux assassinats des ouvriers du port, au sac de la ville et aux hostilités contre nos troupes ont déjà fait leur soumission. Il nous paraît donc que l'heure est venue de pourvoir à une autre nécessité pressante de la situation, en recherchant les moyens de réparer les graves dommages causés par l'attaque des tribus et les conséquences qu'elle a entraînées. || Le Gouvernement Chérifien est responable de ces évènements, qu'il n'a su ni prévenir ni arrêter. Il n'en conteste point la gravité et reconnaîtra sans doute son obligation d'en indemniser les victimes. Nous pensons que le concours des Puissances dont les ressortissants ont subi les graves conséquences de ces désordres lui serait utile et lui doit être assuré pour lui faciliter une enquête sérieuse et impartiale et pour établir ainsi, dans des conditions irréprochables, la réalité des pertes et l'évaluation des dédommagements. Nous avons tout d'abord échangé nos vues à se sujet avec le Gouvernement Espognol, associé à notre action militaire à Casablanca et avec qui nous partageons le mandat que les Puissances nous ont attribué au Maroc. Nous nous sommes trouvés d'accord pour définir de la façon suivante les principes généraux qui devraient inspirer, dans cette circonstance, la décision du Gouvernement Chérifien. || Le Sultan instituerait une commission dans laquelle il appellerait à siéger, avec ses représentants, les délégués des pays dont les nationaux ont le plus souffert des troubles. || Elle aurait pour président le Chérif Moulay Lamin que sa situation et son autorité personnelles désignent particulièrement pour ce rôle. Les autres membres marocains pourraient être le Khalifa actuel du Gouverneur de Casablanca dont le caractère a pu être apprécié depuis ces dernières semaines, et un cadi; ce dernier personnage serait utile pour la détermination des points de droit et des usages locaux. || La commission comprendrait un membre désigné par le Gouvernement Français, un Anglais, un Espagnol, un Allemand, un Portugais et un Italien, soit avec les Marocains un total de neuf membres. || Les pays qui n'y seraient point représentés pourraient cependant lui adjoindre un agent de leur légation au Maroc qui participerait à l'examen et au règlement des réclamations de leurs nationaux. | Les gouvernements seraient

invités à choisir leurs délégués en dehors du personnel consulaire local auquel on doit épargner les responsabilités d'une enquête ayant des conséquences pécuniaires sur les réclamations de leurs ressortissants. || La commission désignerait un secrétaire indigène ainsi que les interprètes dont elle jugerait avoir besoin. Etant ainsi constituée, elle aurait à déterminer les dommages directs, résultat du sac de la ville de Casablanca par les tribus et de l'action répressive qui a suivi. Il ne semble pas qu'on puisse admettre le principe d'indemnités pour les préjudices indirects, c'est à dire pour ceux qui ne résultent ni du pillage ni de l'incendie. En accueillant des réclamations de cette nature, on s'exposerait à des demandes qu'aucun principe positif d'appréciation ne permettrait de contrôler, et l'on aboutirait sans aucun doute à augmenter dans de telles proportions le chiffre des indemnités que leur paiement deviendrait improbable. || C'est d'ailleurs ainsi qu'on a jugé, lorsque les gouvernements ont arrêté leur opinion au sujet de la réparation des pertes causées par les troubles et le bombardement d'Alexandrie. || En ce qui concerne les meurtres, il ne paraît pas qu'une commission internationale ait qualité pour fixer l'indemnité qu'ils peuvent comporter. Le règlement des questions de cet ordre reviendrait plutôt à une négociation directe entre les Gouvernements intéressés et le Maghzen. || De même, les demandes d'indemnité que les Gouvernements Français et Espagnol auront à présenter au Maghzen, pour couvrir les frais de leur intervention, ne sauraient être soumises à la commission. || Il semblerait équitable de secourir dans la plus large mesure possible les habitants indigènes de Casablanca victimes, comme les étrangers, du sac de cette ville. On rappelle que ce principe a été justement admis pour les indemnités d'Alexandrie. || La commission examinerait et jugerait les réclamations d'après l'équité et sans s'astreindre à une procédure juridique particulière. On lui laisserait toute liberté de régler, comme elle l'entendrait, son fonctionnement intérieur, l'ordre et le détail de ses opérations. Elle aurait d'ailleurs intérêt à s'inspirer le plus possible, pour tout ce qui n'aurait point été défini par sa constitution propre, de l'œuvre accomplie par la commission des indemnités égyptiennes. || La question du mode de paiement des indemnités ne peut être résolue en ce moment et il n'est point nécessaire de la résoudre, pour procéder à l'enquête urgente que nous proposons. Elle ne manquera point d'ailleurs d'être examinée en temps utile et elle se rattache à la question plus générale du paiement des dettes contractées par le Gouvernement Marocain. || Nous serions heureux d'avoir sur ces différents points l'assentiment des Puissances. Dès que l'entente aura été établie, nous nous proposons de faire recom-

mander par les Représentants de la France et de l'Espagne à l'examen du Sultan les suggestions qui précèdent et qui nous paraissent de nature à sauvegarder tous les intérêts en cause.

Nr. 13917. **DEUTSCHES REICH.** Antwort auf das Vorige. Deutschland fordert, daß die Resultate der deutschen Untersuchungskommission anerkannt werden.

Berlin, den 7. November 1907.

Communication verbale.

Le Gouvernement Impérial, après avoir examiné les propositions concernant l'institution d'une commission internationale, chargée de vérifier les pertes et dommages occasionnés par le bombardement de Casablanca, ainsi que de pourvoir aux indemnités à payer de ce chef, est disposé à déclarer son adhésion au règlement projeté et à se faire représenter dans cette commission. Toutefois ayant déjà pris les mesures nécessaires pour subvenir à ses ressortissants victimes du bombardement, il croit devoir subordonner son consentement à la condition que le résultat de la constatation des pertes et dommages subis par des Allemands dont s'occupe actuellement la commission allemande à Casablanca, soit considéré comme formel et fasse ainsi partie intégrale de l'ensemble des constatations à faire par la commission internationale qui sera instituée, c'est à dire la commission internationale n'aura pas le droit de réviser les indemnités constatées par la commission allemande actuellement en vigueur. Il est bien entendu que les sommes payées par le Gouvernement Impérial à ses ressortissants et qui ne représentent qu'une avance partielle et provisoire, serviront de base pour calculer la somme entière qui sera due à titre d'indemnité aux Allemands ayant subis des pertes et dommages à Casablanca. De plus, le Gouvernement Impérial est libre de faire présenter encore à la commission proposée des réclamations ultérieures qui n'ont pas fait l'objet de l'examen de la Commission allemande. || Quant aux suggestions que les Gouvernements de France et d'Espagne se proposent de faire recommander au Sultan par leurs représentants, le Gouvernement Impérial ne saurait s'opposer à ce que les démarches nécessaires pour l'organisation de la commission en question, son fonctionnement et les moyens dont elle dispose, soient auprès du Sultan par les deux Gouvernements susmentionnés. Il aime à espérer que le résultat de ces démarches lui sera communiqué, afin d'être mis à même de se prononcer sur l'application des mesures à prendre.

Nr. 13918. **FRANKREICH und SPANIEN.** Die Resultate der deutschen Kommission sollen in ernste Erwägung gezogen werden. Mitteilung über ihre Methode erbeten.

Berlin, den 7. Dezember 1907.

Pro memoria.

Dans la séance du 29 Novembre dernier au Reichstag, le Prince de Bulow a dit, en ce qui concerne la question des indemnités de Casablanca, qu'il s'était résolu, sous réserve de l'approbation ultérieure du Parlement, à accorder aux Allemands lésés la somme de 250000 marks comme premier secours urgent: || „L'expertise des dommages, a-t-il ajouté, est faite; la répartition de l'argent est imminente. Je répète qu'il s'agit seulement d'une mesure provisoire. Le règlement ultérieur des indemnités occupera probablement une commission internationale qui doit prochainement se réunir. Les Puissances auront à délibérer pour trouver un moyen conforme à l'acte d'Algéciras de ce procurer l'argent pour les indemnités.“ || Il résulte de se langage que les opérations de la commission allemande n'ont eu aux yeux du Gouvernement Imperial qu'un caractère provisoire: par suite la commission internationale serait appelée à régler définitivement la question des indemnités conformément aux précédents suivis par la commission d'Alexandrie. || Le Gouvernement de Sa Majesté Catholique a tout bien de penser que les opérations de la commission allemande auront été revêtues de toutes les garanties désirables et, dans ces conditions, il serait disposé à proposer qu'elles soient prises en très sérieuses considération, si le règlement adopté par la commission allemande répond à l'objet que la France et l'Espagne poursuivent. || Dans ces conditions, l'Ambassadeur d'Espagne serait reconnaissant à Monsieur le Secrétaire d'Etat de vouloir bien lui faire connaître, s'il le juge opportun, les règles suivies par la commission allemande.

Nr. 13919. **DEUTSCHES REICH.** Antwort auf das Vorige.

Berlin, den 10. Dezember 1907.

Pro memoria.

En vue de procéder à répartition de la somme de 250000 marks destinés à subvenir provisoirement aux ressortissants allemands victimes du bombardement de Casablanca, le Gouvernement Impérial avait chargé la commission allemande de ce conformer, en ce qui concerne la constatation et l'évaluation des pertes et dommages, aux principes suivants: || „Il sera pris en considération tout dommage direct provenant du sac de la ville de Casablanca et de ses environs. La répartition des avances se fera

d'après un pourcentage égal pour tous et calculé sur la base des préjudices directs que chacun des lésés sera en mesure de faire valoir et de prouver. Ne seront pas pris en considération tous les préjudices indirects, cette dernière expression devant être prise dans le sens généralement sanctionné par la pratique du droit international. La commission ne s'occupera que des préjudices subis par les sujets allemands de Casablanca." || La commission était libre de régler son mode de procédure et, d'une façon générale, tous les détails de ses opérations. Elle était composée de cinq membres, avec un membre substitut (le consul allemand, quatre commerçants notables de la colonie allemande de Casablanca et un drogman-élève de la Légation allemande de Tanger).

Nr. 13920. **FRANKREICH.** Berücksichtigung der deutschen Resultate.

Berlin, den 20. Dezember 1907.

Pro memoria.

Le Gouvernement de la République ayant fait connaître au Gouvernement Impérial son intention de soumettre la question du règlement des indemnités de Casablanca à une commission internationale, la question a été soulevée de savoir quelle serait la situation de cette commission au regard des indemnités des sujets allemands qui ont déjà fait l'objet des études d'une commission désignée par le Gouvernement Impérial. || Par un pro memoria en date du 10 décembre dernier, le Secrétaire d'État a bien voulu nous faire connaître les bases du règlement arrêté par la commission allemande, telles qu'elles avaient été fixées par le Gouvernement Impérial lui-même. || Après avoir pris connaissance de ce document, le Gouvernement de la République Française est disposé à prendre en sérieuse considération les évaluations de la commission allemande, si, de son côté, le Gouvernement Impérial veut bien se prêter à modifier les décisions de cette commission, en tant qu'elles ne seront pas entièrement conformes aux règles indiquées dans le pro memoria du 10 décembre comme bases du travail de la commission allemande.

Nr. 13921. **DEUTSCHES REICH.** Antwort auf das Vorige.

Berlin, den 22. Dezember 1907.

Pro memoria.

Die Kaiserliche Regierung hat von dem in dem Promemoria der Botschaft der französischen Republik vom 20. d. M. eingenommenen

Standpunkt mit Befriedigung Akt genommen. Die Kaiserliche Regierung ist ihrerseits bereit, die von der deutschen Kommission in Casablanca aufgestellten Schadensabschätzungen daraufhin nochmals zu prüfen, ob bei denselben die in dem Promemoria vom 10. Dezember d. J. enthaltenen Grundsätze beobachtet worden sind. Sollten sich dabei Abweichungen von jenen Grundsätzen ergeben, so wird die Kaiserliche Regierung eine entsprechende Abänderung der deutschen Schadensabschätzungen veranlassen. || Die Kaiserliche Regierung darf annehmen, daß hiernach die Voraussetzung erfüllt ist, unter der die Französische Regierung sich bereit erklärt, die Abschätzungen der deutschen Kommission in ernsthafte Berücksichtigung zu ziehen. Sie glaubt sich dabei, als selbstverständlich, das Recht vorbehalten zu sollen, falls von der internationalen Kommission den Geschädigten günstigere Grundsätze zugebilligt werden sollten, eben diese günstigeren Grundsätze auch auf die geschädigten Deutschen zur Anwendung zu bringen.

Nr. 13922. **FRANKREICH.** Der Botschafter in Berlin an das deutsche Auswärtige Amt. Feststellung der Grundsätze für die Entschädigungskommission

Berlin, le 15 janvier 1908.

Pour faire suite aux différentes communications échangées relativement à la question des indemnités de Casablanca, l'ambassadeur de France croit interpréter exactement la pensée du Gouvernement Impérial, en concluant du Pro memoria du 22 décembre 1907 et des conversations qu'il a eu l'honneur d'avoir avec le secrétaire d'état des Affaires Étrangères, que la commission internationale, chargée de régler les indemnités au nom du Makhzen, examinera les évaluations faites par la commission allemande. || Le Gouvernement Français croit pouvoir donner l'assurance, en ce qui le concerne, que les évaluations de dommages déjà faites par les commissions ad hoc nommées par divers gouvernements seront prises en très sérieuse considération par la commission internationale. Dans les cas où ces évaluations seraient contraires aux règles admises par les Puissances et qui ont d'ailleurs été assignées à la commission allemande ainsi qu'il résulte de la communication faite à ce sujet au Gouvernement de la République, les gouvernements intéressés se prêteraient à ce qu'elles fussent révisées. || D'autre part si la commission internationale posait pour le règlement des indemnités des règles plus favorables que celles établies par les différents gouvernements, il est bien entendu qu'elle aurait soin d'en faire bénéficier les commerçants de toutes les nationalités de telle

façon qu'aucune différence n'existe entre les Européens au point de vue du traitement dont ils seront l'objet: toutes les indemnités seront comprises dans la totalité des indemnités dues aux Européens qui sera dressée par la commission internationale. || Le Gouvernement de la République a la confiance que le Gouvernement Impérial reconnaîtra qu'il a toujours eu en vue, dans le règlement de cette affaire, de se conformer à l'esprit de l'acte d'Algéciras et de ne faire aucune distinction au point de vue des intérêts économiques entre les ressortissants des diverses Puissances européennes.

Nr. 13923. **DEUTSCHES REICH.** Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts an die Botschaft der französischen Republik hierselbst. Antwort auf das Vorige.

Berlin, den 22. Januar 1908.

Die Kaiserliche Regierung hat aus der Note der Botschaft der französischen Republik vom 15. d. M., betreffend die Frage der Entschädigungen für Casablanca, Folgendes ersehen: || Die Französische Regierung glaubt die Versicherung abgeben zu können, daß, soviel in ihrer Macht liegt, die Schadensabschätzungen, welche durch die seitens verschiedener Regierungen ad hoc ernannten Kommissionen bereits aufgestellt worden sind, von der internationalen Kommission in sehr ernsthafte Berücksichtigung gezogen werden sollen. In dem Falle wo Schadensabschätzungen als im Widerspruche stehend befunden würden mit den von den Mächten zugelassenen und übrigens auch der deutschen Kommission vorgeschriebenen und der Französischen Regierung mitgeteilten Grundsätzen, würden die beteiligten Regierungen bereit sein, eine Nachprüfung der Schadensabschätzungen eintreten zu lassen. || Sollte ferner die internationale Kommission für die Regelung der Entschädigungen günstigere Grundsätze annehmen als sie von den verschiedenen Regierungen aufgestellt worden sind, so würde die internationale Kommission für die Anwendung dieser günstigeren Grundsätze auf die Geschädigten aller Nationen Sorge zu tragen haben, dergestalt, daß eine gleiche Behandlung für alle Europäer ohne jeden Unterschied eintritt. || Endlich sollen alle Entschädigungsbeträge in die von der internationalen Kommission aufzustellende Gesamtliste der den Europäern gebührenden Entschädigungen aufgenommen werden. || Die Kaiserliche Regierung nimmt gern Akt von den im vorstehenden wiedergegebenen Mitteilungen der Französischen Regierung und ist auf Grund und

nach Maßgabe derselben damit einverstanden, daß auch die von der deutschen Kommission vorgenommenen Abschätzungen von der internationalen Kommission geprüft werden, die mit der Regelung der Entschädigungsfrage im Namen des Machsen betraut ist. Die Kaiserliche Regierung geht dabei von der Voraussetzung aus, daß hinsichtlich der Behandlung der wirtschaftlichen Interessen zwischen den Angehörigen der verschiedenen europäischen Mächte keinerlei Unterschied gemacht werden wird.

Nr. 13924. VERTRAGSSTAATEN. Konvention über Errichtung eines internationalen Ackerbauinstituts in Rom.

Rom, den 7. Juni 1905.

Convention.

Dans une série de réunions tenues, à Rome, du 29 mai au 6 juin 1905, les délégués des Puissances intervenues à la Conférence pour la création d'un Institut International d'Agriculture ayant arrêté le texte d'une Convention avec la date fixe du 7 juin 1905, et ce texte ayant été soumis à l'approbation des Gouvernements qui ont pris part à ladite Conférence, les soussignés, munis de pleins-pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus, au nom de leurs Gouvernements respectifs, de ce qui suit:

Art. 1.

Il est créé un Institut international permanent d'agriculture, ayant son siège à Rome.

Art. 2.

L'Institut international d'agriculture doit être une Institution d'Etat, dans laquelle chaque Puissance adhérente sera représentée par des délégués de son choix.

L'Institut sera composé d'une Assemblée générale et d'un Comité permanent, dont la composition et les attributions sont definies dans les articles suivants.

Art. 3.

L'Assemblée générale de l'Institut sera composée des représentations des Etats adhérents. Chaque Etat, quel que soit le nombre de ses délégués, aura dans l'Assemblée droit à un nombre de voix qui sera déterminé par le groupe auquel il appartient, et dont il sera fait mention à l'article 10.

Art. 4.

L'Assemblée générale élit dans son sein pour chaque session un Président et deux Vice-Présidents. || Les sessions auront lieu à des dates fixées par la dernière Assemblée générale et sur un programme proposé par le Comité permanent et adopté par les Gouvernements adhérents.

Art. 5.

L'Assemblée générale a la haute direction de l'Institut international d'agriculture. || Elle approuve les projets préparés par le Comité permanent relatifs à l'organisation et au fonctionnement intérieur de l'Institut. Elle arrête le chiffre total des dépenses, contrôle et approuve les comptes. || Elle présente à l'approbation des Gouvernements adhérents les modifications de toute nature entraînant une augmentation de dépense ou une extension des attributions de l'Institut. Elle fixe la date de la tenue des sessions. Elle fait son règlement. || La présence aux Assemblées générales de délégués représentant deux tiers des voix des Etats adhérents sera requise pour la validité des délibérations.

Art. 6.

Le pouvoir exécutif de l'Institut est confié au Comité permanent, qui, sous la direction et le contrôle de l'Assemblée générale, en exécute les délibérations et prépare les propositions à lui soumettre.

Art. 7.

Le Comité permanent se compose de membres désignés par les Gouvernements respectifs. Chaque Etat adhérent sera représenté dans le Comité permanent par un membre. Toutefois la représentation d'un Etat peut être confiée à un délégué d'un autre Etat adhérent, à la condition que le nombre effectif des membres ne soit pas inférieur à quinze. || Les conditions de vote dans le Comité permanent sont les mêmes que celles indiquées à l'article 3 pour les Assemblées générales.

Art. 8.

Le Comité permanent élit parmi ses membres, pour une période de trois ans, un Président et un Vice-Président qui sont rééligibles. Il fait son règlement intérieur; vote le budget de l'Institut, dans les limites des crédits mis à sa disposition par l'Assemblée générale; nomme et révoque les fonctionnaires et les employés de son bureau. || Le Secrétaire-général du Comité permanent remplit les fonctions de Secrétaire de l'Assemblée.

Art. 9.

L'Institut, bornant son action dans le domaine international devra: || *a*) concentrer, étudier et publier dans le plus bref délai possible les renseignements statistiques, techniques ou économiques concernant la culture, les productions tant animale que végétale, le commerce des produits agricoles et les prix pratiqués sur les différents marchés; || *b*) communiquer aux intéressés, dans les mêmes conditions de rapidité, tous les renseigne-

ments dont il vient d'être parlé; || c) indiquer les salaires de la main-d'œuvre rurale; || d) faire connaître les nouvelles maladies des végétaux qui viendraient à paraître sur un point quelconque du globe, avec l'indication des territoires atteints, la marche de la maladie et, s'il est possible, les remèdes efficaces pour les combattre; || e) étudier les questions concernant la coopération, l'assurance et le crédit agricoles, sous toutes leurs formes, rassembler et publier les informations qui pourraient être utiles dans les différents pays à l'organisation d'œuvres de coopération, d'assurance et de crédit agricoles; || f) présenter, s'il y a lieu, à l'approbation des Gouvernements des mesures pour la protection des intérêts communs aux agriculteurs et pour l'amélioration de leurs conditions, après s'être préalablement entouré de tous les moyens d'information nécessaires tels que: vœux exprimés par les Congrès internationaux ou autres Congrès agricoles et de sciences appliquées à l'agriculture, Sociétés agricoles, Académies, Corps savants, etc. || Toutes les questions qui touchent les intérêts économiques, la législation et l'administration d'un Etat particulier devront être exclues de la compétence de l'Institut.

Art. 10.

Les Etats adhérents à l'Institut seront classés en cinq groupes selon la place que chacun d'eux croit devoir s'attribuer. || Le nombre des voix dont chaque Etat dispose et le nombre des unités des cotisation seront établis selon les deux progressions suivantes:

Groupes d'Etat	Nombres de voix	Unités de cotisation
I	5	16
II	4	8
III	3	4
IV	2	2
V	1	1

En tout cas la contribution correspondant à chaque unité de cotisation ne pourra jamais dépasser la somme de 2500 francs au maximum. || A titre transitoire la cotisation pour les deux premières années ne pourra dépasser la somme de 1500 francs par unité. || Les colonies, sur la demande de l'Etat dont elles dépendent, pourront être admises à faire partie de l'Institut aux mêmes conditions que les Etats indépendants.

Art. 11.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées le plus tôt possible moyennant dépôt auprès du Gouvernement italien. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la pré-

sente Convention et y ont apposé leurs cachets. ‖ Fait à Rome le sept Juin mil-neuf-cent-cinq, en un seul exemplaire, déposé au Ministère des Affaires Etrangères d'Italie, dont des copies, certifiées conformes, seront remises par la voie diplomatique aux Etats contractants.

(L. S.) Pour	l'Italie:	Tittoni.
„ „	le Monténégro:	General Mitar Martinovich.
„ „	la Russie:	Kroupensky.
„ „	la Republique Argentine:	Bald.° M. Fonseca.
„ „	la Roumanie:	Nicolas Fléva.
„ „	la Serbie:	M. Milovanovitch.
„ „	la Belgique:	L. Verhaeghe de Naeyer.
„ „	le Salvador:	J. Gustavo Guerrero.
„ „	le Portugal:	M. de Carvalho e Vasconcellos.
„ „	les Etats-Unis Mexicains:	G. A. Esteva.
„ „	le Luxembourg:	L. Verhaeghe de Naeyer.
„ „	la Confédération suisse:	I. B. Pioda.
„ „	la Perse:	N. Malcolm.
„ „	le Japon:	T. Ohyama.
„ „	l'Equateur:	I. T. Mera.
„ „	la Bulgarie:	D. Mintchovitch.
„ „	le Danemark:	Cte Moltke.
„ „	l'Espagne:	Duc de Arcos.
„ „	la France:	Camille Barrère.
„ „	la Suède:	Bildt.
„ „	les Pays-Bas:	Jonkheer van der Goes.
„ „	la Grèce:	Christ. Mizzopoulus.
„ „	l'Uruguay:	Jean Cuestes.
„ „	l'Allemagne:	A. Monts.
„ „	Cuba:	Carlos de Pedroso.
„ „	l'Autriche et pour la Hongrie:	H. Lützow, Ambassadeur d'Autriche-Hongrie.
„ „	la Norvège:	Carl Lövenskiold.
„ „	l'Egypte:	Aziz Izzet.
„ „	la Grande Bretagne et Irlande:	Edwin H. Egerton.
„ „	le Guatemala:	Thomas Segarini.

(L. S.) Pour l'Ethiopie:	Giuseppe Cuboni.
„ „ le Nicaragua:	Jean Giordano duc de Oratino.
„ „ les Etats-Unis d'Amérique:	Henry White.
„ „ le Brésil:	Barros Moreira.
„ „ Costa-Rica:	Rafael Montealegre.
„ „ le Chili:	Victor Grez.
„ „ le Pérou:	Andrés A. Caceres.
„ „ la Chine:	Houang Kao.
„ „ le Paraguay:	F. S. Benucci.
„ „ la Turquie:	M. Réchid.

Nr. 13925. **RUSZLAND und ITALIEN.** Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Petersburg, 15/28. Juni 1907.

Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies et Sa Majesté le Roi d'Italie animés du désir de resserrer de plus en plus les relations commerciales et maritimes entre Leurs Etats, ont résolu de conclure un nouveau traité de commerce et de navigation et ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies: || Le Maître de Sa Cour Alexandre Iswolsky, Ministre des Affaires Etrangères; || L'Ecuyer de Sa Cour Dmitri Philosophow, Ministre du Commerce et de l'Industrie, Membre du Conseil de l'Empire, || et || Sa Majesté le Roi d'Italie: || Monsieur Jules Melegari, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiare près Sa Majesté l'Empereur de Toutes les Russies; || Monsieur Emanuele釋Paternò di Sessa, Sénateur du Royaume, Vice-Président du Sénat; || Monsieur Lodovico Gavazzi, Député au Parlement; || Monsieur Lodovico Luciolli, Directeur du Bureau pour les traités et la législation douanière au Ministère Royal des Finances, || lesquels, après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Art. 1.

Les ressortissants de l'une des deux Parties contractantes, établis dans le territoire de l'autre Partie ou y résidant temporairement, y jouiront, relativement à l'exercice du commerce et de l'industrie, des mêmes droits et n'y seront soumis à aucune imposition plus élevée ou autre que les nationaux. Ils bénéficieront sous tous les rapports, dans le territoire de l'autre Partie, des mêmes droits, privilèges, immunités, faveurs et exemptions que les ressortissants du pays le plus favorisé. || Il est entendu, toutefois, que les stipulations qui précèdent ne dérogent en rien aux

lois, ordonnances et règlements spéciaux en matière de commerce, d'industrie et de police, qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux Pays contractants et applicables à tous les étrangers.

Art. 2.

Les ressortissants de chacune des deux Parties contractantes auront, dans le territoire de l'autre, le droit d'acquérir et de posséder toute espèce de propriété mobilière ou immobilière que les lois du pays permettent ou permettront aux ressortissants de toute autre nation étrangère d'acquérir et de posséder. Ils pourront en disposer par vente, échange, donation, mariage, testament ou de quelque autre manière, ainsi qu'en faire l'acquisition par héritage, dans les mêmes conditions qui sont ou seront établies à l'égard des ressortissants de toute autre nation étrangère, sans être assujettis, dans aucun des cas mentionnés, à des taxes, impôts ou charges, sous quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux qui sont ou seront établis sur les nationaux.

Les ressortissants de chacune des deux Parties contractantes pourront, en se conformant aux lois du pays, exporter librement le produit de la vente de leur propriété et leurs biens en général, sans être assujettis, comme étrangers, à des droits autres ou plus élevés que ceux que les nationaux auraient à acquitter en pareille circonstance. || Ils auront le droit, en se conformant aux lois du pays, d'ester en justice devant les tribunaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y défendre, et à cet égard, ils jouiront de tous les droits est immunités des nationaux et, comme ceux-ci, ils auront la faculté de se servir, dans toute cause, des avocats, avoués et agents de toutes classes autorisés par les lois du pays.

Art. 3.

Les ressortissants de chacune des Parties contractantes dans les Etats et possessions de l'autre seront exempts de tout service militaire forcé, soit dans les armées de terre ou dans la marine, soit dans les gardes ou milices nationales. Ils seront également dispensés de toute charge et fonction judiciaire ou municipale quelconque, celle de la tutelle exceptée, ainsi que de toute contribution soit pécuniaire, soit en nature, établie à titre d'équivalent du service personnel; enfin de tout emprunt forcé et de toute prestation ou réquisition militaire. || Seront toutefois exceptées, quant aux charges et fonctions judiciaires on municipales, celles qui sont attachées à la possession d'un immeuble ou à un bail, et quant aux contributions et prestations militaires, celles auxquelles tous les ressortissants du pays peuvent être appelés à concourir comme propriétaires

fonciers ou comme fermiers. || En tant que les ressortissants d'un tiers Etat sont exempts de tutelle en Russie en vertu des traités et conventions en vigueur, les ressortissants italiens en Russie bénéficieront, à titre de réciprocité, du même privilège en ce qui concerne la tutelle des mineurs autres que ceux de leur nationalité.

Art. 4.

Les produits du sol et de l'industrie de Russie qui seront importés en Italie et les produits du sol et de l'industrie de l'Italie qui seront importés en Russie, destinés soit à la consommation, soit à la réexportation ou au transit seront soumis au même traitement que les produits de la nation la plus favorisée. En aucun cas et sous aucun motif ils ne seront soumis à des droits, taxes, impôts ou contributions plus élevés ou autres, ni frappés de surtaxes ou de prohibition, dont ne soient atteints les produits similaires de tout autre pays. Notamment toute faveur et facilité, toute immunité et toute réduction des droits d'entrée inscrits au tarif général ou aux tarifs conventionnels que l'une des Parties contractantes accordera à une tierce puissance à titre permanent out temporairement, gratuitement ou avec compensation, sera immédiatement et sans conditions, ni réserves ou compensation, étendue aux produits du sol et de l'industrie de l'autre.

Art. 5.

Les produits du sol et de l'industrie de la Russie énumérés dans le tarif *A*, joint au présent traité, à leur importation en Italie, et les produits du sol et de l'industrie de l'Italie, énumérés dans le tarif *B*, joint au présent traité, à leur importation en Russie, ne seront assujettis à des droits d'entrée autres, ni plus élevés que ceux fixés dans les dites annexes. || Si l'une des Parties contractantes venait à établir un nouvel impôt intérieur ou accise prélevé au profit de l'Etat, ou un supplément d'un pareil impôt intérieur ou d'accise sur un article de production ou de fabrication nationale compris dans le tarif *A* ou *B* annexé au présent traité, l'article similaire pourra être grevé, à l'importation, d'un droit égal ou correspondant, mais à condition que ce droit soit le même pour les provenances de tous les pays.

Art. 6.

Il ne sera perçu d'autres, ni de plus hauts droits de sortie sur les produits exportés de l'un des deux pays dans l'autre, que ceux appliqués à l'exportation des mêmes objets vers le pays le plus favorisé à cet égard. De même, toute autre faveur accordée par l'une des Parties contractantes à une tierce puissance à l'égard de l'exportation, sera immédiatement et sans condition étendue à l'autre.

Art. 7.

Les Parties contractantes s'engagent à n'empêcher le commerce réciproque entre les deux pays par aucune prohibition d'importation ou d'exportation, et à admettre le transit libre, à l'exception des voies qui ne sont ou ne seront pas ouvertes à ce dernier. || Des exceptions à cette règle, en tant qu'elles soient applicables à tous les pays en général ou à tous les pays se trouvant dans des conditions indentiques, ne pourront avoir lieu que dans les cas suivants: || 1° dans des circonstances exceptionnelles par rapport aux provisions de guerre: || 2° pour des raisons de sûreté publique; || 3° pour les monopoles d'Etat actuellement en vigueur ou qui pourraient être établis à l'avenir; || 4° en vue de l'application, aux marchandises étrangères, des prohibitions ou restrictions arrêtées par des lois intérieures à l'égard de la production intérieure des marchandises similaires de production nationale; || 5° par égard à la police sanitaire et en vue de la protection des animaux ou des plantes utiles, contre les maladies, les insectes et parasites nuisibles.

Art. 8.

Les marchandises de toute nature traversant le territoire de l'un des deux pays par une voie commerciale ouverte au transit, seront réciproquement exemptes de tout droit de transit, soit qu'elles transitent directement, soit que, pendant le transit, elles soient déchargées, déposées et rechargées.

Art. 9.

Les droits intérieurs perçus pour le compte de l'Etat, des communes ou des corporations, qui grèvent ou grèveront la production, la fabrication ou la consommation d'un article dans le territoire d'une des Parties contractantes, ne frapperont sous aucun prétexte les produits de l'autre Partie d'une manière plus forte ou plus gênante que les produits similaires indigènes.

Art. 10.

Les négociants, les fabricants et autres industriels, qui prouveront par la possession d'une carte de légitimation délivrée par les autorités de leur pays qu'ils sont autorisés à exercer une industrie dans l'Etat où ils ont leur domicile, pourront, soit personnellement, soit par des commis-voyageurs à leur service, faire des achats et, même en portant avec eux des échantillons ou modèles, rechercher des commandes dans le territoire de l'autre Partie contractante. || Les dits négociants, fabricants et autres industriels ou commis-voyageurs seront traités réciproquement dans les deux pays, en ce qui concerne les passeports et le paiement des taxes

frappant l'exercice du commerce, sur le pied de la nation la plus favorisée. || Pour la délivrance des patentes et le montant des taxes il ne sera fait aucune dictinction quelle que soit la religion à laquelle appartiennent les dits négociants, fabricants, industriels ou commis-voyageurs. De même aucune distinction ne sera faite suivant la religion des intéressés pour la durée de la validité du visa des passeports qui est fixée à une période de six mois en Russie. || Les industriels (commis-voyageurs) qui seront munis d'une carte de légitimation, pourront avoir avec eux des échantillons et modèles, mais point de marchandises. Les objets passibles d'un droit de douane qui seront importés comme échantillons ou comme modèles par les dits voyageurs seront de part et d'autre admis en franchise de droit d'entrée et de sortie, à la condition que ces objets, s'ils n'ont pas été vendus, soient réexportés dans le délai d'une année et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse, quel que soit du reste le bureau par lequel ils passent à leur sortie. || La réexportation des échantillons devra être garantie dans les deux pays, à l'entrée, soit par le dépôt du montant des droits de douane respectifs, soit par cautionnement. || Les Parties contractantes se donneront réciproquement connaissance des autorités chargées de délivrer les cartes de légitimation, du modèle de ces cartes, ainsi que des dispositions auxquelles les voyageurs doivent se conformer dans l'exercice de leur commerce.

Art. 11.

Le Gouvernement Impérial de Russie s'engage à entrer en négociations avec le Gouvernement Royal d'Italie au sujet de la conclusion d'un arrangement concernant la protection réciproque des droits d'auteur pour les œuvres littéraires, artistiques et photographiques, et cela dans le délai d'une année à partir du jour où un arrangement à ce sujet aura été conclu entre la Russie et un autre Etat quelconque.

Art. 12.

Le Gouvernement Impérial de Russie s'engage à entrer en négociations avec le Gouvernement Royal d'Italie au sujet de la conclusion d'un arrangement concernant la protection réciproque de brevets d'invention, des noms commerciaux et des noms d'origine et cela dans le délai d'une année à partir du jour où un arrangement à ce sujet aura été conclu entre la Russie et un autre Etat quelconque.

Art. 13.

Les deux Parties contractantes se réservent la liberté de régler, par voie autonome, les tarifs de transport de leurs chemins de fer. || Toute-

fois il ne sera fait de différence, ni quant au prix de transport, ni quant au temps et au mode de l'expédition, entre les habitants des territoires des Parties contractantes. Notamment, les expéditions de marchandises venant de la Russie et dirigées sur une gare italienne ou transitant par l'Italie, ne seront pas soumises, sur les chemins de fer italiens, à des tarifs de transport plus élevés que ceux qui sont appliqués dans la même direction et entre les mêmes gares des chemins de fer italiens aux marchandises similaires italiennes ou étrangères. Le même principe sera appliqué sur les chemins de fer russes, pour les expéditions de marchandises venant de l'Italie et dirigées sur une gare russe ou transitant par la Russie. || Des exceptions ne pourront avoir lieu que pour les transports à prix réduit pour cause d'intérêt public ou de charité.

Art. 14.

Ne sont pas censées déroger aux dispositions du présent traité. || 1° les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres Etats limitrophes pour faciliter le trafic-frontière; || 2° les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement, relativement à l'importation ou à l'exportation, aux habitants du gouvernement d'Arkhangel, ainsi que pour les côtes septentrionales et orientales de la Russie d'Asie (Sibérie). || Toutefois les importations italiennes bénéficieront également de toutes les facilités douanières accordées aux importations dans ces territoires d'un Etat de l'Europe ou de l'Amérique du Nord. || Il est bien entendu en outre que les dispositions des articles 4, 6 et 8 du présent traité ne s'appliquent ni aux stipulations spéciales contenues dans le traité passé entre la Russie et la Suède et la Norvège le 26 Avril (5 Mai) 1838, ni à celles qui sont ou seront relatives au commerce avec les Etats et pays limitrophes de l'Asie, et que ces stipulations ne pourront dans aucun cas être invoquées pour modifier les relations de commerce et de navigation établies entre les deux Parties contractantes par le présent traité.

Art. 15.

Les navires et leurs cargaisons de l'une des Parties contractantes seront, dans les ports de l'autre, traités, soit à l'entrée, soit pendant leur séjour, soit à la sortie, sur le même pied que les navires nationaux, tant sous le rapport des droits et des taxes, quelle qu'en soit la nature ou dénomination, perçus au profit de l'Etat, des communes, corporations, fonctionnaires publics ou établissements quelconques, que sous celui du placement de ces navires, leur chargement et déchargement, dans les

ports, rades, baies, havres, bassins et docks, et généralement, pour toutes les formalités et dispositions quelconques, auxquelles peuvent être soumis les navires, leurs équipages et leurs cargaisons. || Tout privilège et toute franchise accordés à cet égard à une tierce puissance par une des Parties contractantes sera accordé à l'instant même et sans condition à l'autre. || Toutefois il est fait exception aux dispositions précédentes en ce qui concerne: || *a*) les avantages particuliers dont la pêche nationale et ses produits sont ou pourront être l'objet dans l'un ou dans l'autre pays; || *b*) les faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à la marine marchande nationale.

Art. 16.

La nationalité des bâtiments sera reconnue, de part et d'autre, d'après les lois et règlements particuliers à chaque pays, au moyen des titres et patentes se trouvant à bord délivrés par les autorités compétentes. || Les certificats de jaugeage délivrés par l'une des Parties contractantes seront reconnus par l'autre d'après les arrangements spéciaux convenus ou à convenir entre les deux Parties contractantes.

Art. 17.

Les navires russes entrant dans un port de l'Italie et réciproquement les navires italiens entrant dans un port de Russie, qui n'y viendraient que pour compléter leur chargement ou décharger une partie de leur cargaison, pourront, en se conformant toutefois aux lois et règlements des Etats respectifs, conserver à leur bord la partie de leur cargaison qui serait destinée à un autre port, soit du même pays, soit d'un autre, et la réexporter sans être astreints à payer, pour cette dernière partie de leur cargaison, aucun droit de douane sauf ceux de surveillance, lesquels d'ailleurs ne pourront être perçus qu'au taux fixé pour la navigation nationale.

Art. 18.

Les ressortissants de l'une des Parties contractantes seront libres de faire usage, sous les mêmes conditions et en payant les mêmes taxes que les nationaux, des chaussées et autres routes, canaux, écluses, bacs, ponts et ponts-tournants, des ports et endroits de débarquement, signaux et feux servant à désigner les eaux navigables, du pilotage, des grues et poids publics, magasins et établissements pour le sauvetage et le magasinage de la cargaison, des navires et autres objets, en tant que ces établissements ou institutions sont destinés à l'usage du public, soit qu'ils soient administrés par l'Etat, soit par des particuliers. || Sauf les règle-

ments particuliers sur les phares et fanaux et sur le pilotage, il ne sera perçu aucune taxe, s'il n'a été fait réellement usage de ces établissements et institutions.

Art. 19.

Les dispositions du présent traité ne sont point applicables au cabotage, lequel continue à être régi par les lois qui sont ou seront en vigueur dans chacun des deux Etats. Toutefois les navires russes et italiens pourront passer d'un port de l'un des deux pays contractants dans un ou plusieurs ports du même pays, soit pour y déposer tout ou partie de leur cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement pour une destination étrangère.

Art. 20.

Seront complètement affranchis des droits de tonnage et d'expédition dans les ports de chacun des deux Etats: || 1) les navires qui, entrés sur lest de quelque lieu que ce soit, en repartiront sur lest; || 2) les navires qui, passant d'un port de l'un des deux Etats dans un ou plusieurs ports du même Etat, justifieront avoir acquitté déjà ces droits dans un autre port du même Etats sous réserve des périodes de validité établies pour ces droits par les lois respectives; || 3) les navires qui, entrés avec un chargement dans un port, soit volontairement, soit en relâche forcée, en sortiront sans avoir fait aucune opération de commerce. || Cette exemption ne s'étendra pas aux droits de phare, de pilotage, de remorquage, de quarantaine et autres droits payables par corps de bâtiment pour le service et l'outillage, établis dans l'intérêt de la circulation, et imposés également aux batiments indigènes et à ceux appartenant à la nation la plus favorisée. || En cas de relâche forcée, ne seront pas considérés comme opérations de commerce le débarquement et le rechargement des marchandises pour la réparation du navire, le transbordement sur un autre navire en cas d'innavigabilité du premier, les dépenses nécessaires au ravitaillement des équipages et la vente des marchandises avariées, lorsque l'administration des douanes en aura donné l'autorisation.

Art. 21.

En cas d'échouement ou de naufrage d'un navire de l'une des Parties contractantes sur les côtes de l'autre, ce navire y jouira, tant pour le bâtiment que pour la cargaison, des faveurs et immunités que la législation de chacun des Etats respectifs accorde à ses propres navires en pareilles circonstances. Il sera prêté toute aide et assistance au capitaine et à l'équipage, tant pour leurs personnes que pour le navire et sa

cargaison. || Les Parties contractantes conviennent, en outre, que les marchandises sauvées ne seront sujettes au payement d'aucun droit de douane, à moins qu'on ne les destine à la consommation intérieure.

Art. 22.

Le présent traité entrera en vigueur un mois après l'échange des ratifications et restera exécutoire jusqu'au 18 (31) Décembre 1917. || Dans le cas où aucune des Parties contractantes n'aurait notifié, douze mois avant la fin de ladite période, son intention d'en faire cesser les effets, ledit traité demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties contractantes l'aura dénoncé. || Le traité entre la Russie et l'Italie du 16/28 Septembre 1863 cessera d'exercer ses effets à la date de l'application du présent traité.

Art. 23.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Rome aussitôt que possible et au plus tard le 7/20 Décembre 1907. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signé et y ont apposé leurs cachets.

Fait à St. Petersbourg, en double original, le 15 (28) Juin 1907.

(signé) Iswolsky. (L. S.)

(signé) D. Philosophow. (L. S.)

(signé) G. Melegari. (L. S.)

(signé) E. Paternò di Sessa.. (L. S.)

(signé) L. Gavazzi. (L. S.)

(signé) L. Luciolli. (L. S.)

Protocole Final.

Au moment de procéder à la signature du traité de commerce et de navigation, conclu, à la date de ce jour, entre la Russie et l'Italie, les Plénipotentiaires soussignés ont fait les réserves et déclarations suivantes, qui auront à former partie intégrante du traité même:

I. En ce qui concerne le texte du traité.

Ad Art. 1.

I. En ce qui concerne les passeports, les ressortissants des Parties contractantes seront traités sur le pied de la nation la plus favorisée. || II. Les consulats de carrière italiens et les fonctionnaires des représentations diplomatiques et desdits consulats qui seront envoyés en Russie

par le Gouvernement italien, jouiront, à titre de réciprocité, d'une liberté pleine et entière, vis-à-vis de la censure russe, tant pour les journaux que pour les produits des sciences, des arts et des belles-lettres. || III. Sans préjudice des dispositions contenues dans l'Art. 8 de la Convention consulaire entre la Russie et l'Italie du 16/28 Avril 1875, les consuls généraux, consuls et vice-consuls ou agents consulaires de Russie en Italie, ainsi que les consuls généraux, consuls et vice-consuls ou agents consulaires d'Italie en Russie, auront le droit de correspondre directement, les premiers avec le Ministère des Finances d'Italie, les seconds avec le Département des Douanes en Russie, pour les affaires de réclamation douanière qui seront en instance devant les administrations indiquées ci-dessus.

Ad Art. 4.

I. Le Gouvernement Impérial de Russie reconnaît au Gouvernement Royal d'Italie le droit d'imposer d'une surtaxe les sucres importés de Russie en Italie aux conditions toutefois: || *a*) que cette surtaxe ne sera appliquée qu'aux sucres destinés à la consommation intérieure en Italie et ne dépassera pas le chiffre fixé par la Commission permanente de Bruxelles; || *b*) qu'elle ne sera prélevée qu'autant que la Convention de Bruxelles restera en vigueur et l'Italie y prendra part; || *c*) que le Gouvernement Royal d'Italie ne fera pas usage de son droit de prohiber l'importation des sucres russes et ne prendra aucune mesure restrictive par rapport à l'importation des sucres russes destinés à la réexportation ainsi qu'à toutes les opérations auxquelles les sucres pourraient être soumis dans ce dernier cas; || *d*) qu'une révision des taux de la surtaxe sera prévue si les circonstances la rendaient nécessaire. || II. Les articles fabriqués au moyen de l'admission temporaire dans les territoires respectifs des Parties contractantes sont également traités d'aprés les principes fixés dans l'article 4 du présent traité.

Ad Art. 4 et 5.

Les Parties contractantes se réservent le droit d'exiger des certificats d'origine, constatant la production ou la fabrication dans l'un des deux pays des marchandises importées dans l'autre, si ces marchandises sont soumises à un traitement douanier différent suivant le pays de provenance. De son côté, chacune des deux Parties prendra ses mesures afin que les certificats exigés soient le moins possible une gêne pour le commerce.

Ad Art. 10.

En tant que l'importation d'armes à feu de l'étranger n'est pas interdite en Russie, les voyageurs de commerce italiens pourront porter avec

eux des échantillons de ces armes, à la condition expresse de se soumettre à toutes les prescriptions générales ou locales qui sont ou seront en vigueur par rapport aux armes à feu.

Ad Art. 12.

Il est convenu que les dispositions de la déclaration du 9 Mai 1891 concernant les marques de fabrique sont aussi applicables aux dessins et modèles industriels. La dénonciation de ladite déclaration ne pourra avoir lieu avant celle du présent traité.

Ad Art. 14.

L'exception suivante est faite aux dispositions du numéro 2 de l'art. 14 du présent traité, notamment: Toute faveur autre ou plus grande que celles actuellement en vigueur qui serait accordée à l'avenir par la Russie à l'un des pays limitrophes de l'Asie par rapport à la soie (n° 2—4 de l'art. 180 et n° 1 de l'art. 185 du tarif douanier russe) ou aux oranges, citrons et oranges amères (n° 2 de l'art. 6 du même tarif) sera dans la même forme, la même mesure et par rapport au même territoire de l'Empire étendue immédiatement et sans conditions aux mêmes produits provenant de l'Italie. || Toutefois il est entendu que cette exception ne concerne pas l'importation directe dans les provinces russes de l'Amour, Maritime et du Transbaïkal pour leur consommation intérieure et que sous ce rapport le n° 2 de l'art. 14 du présent traité sera appliqué dans sa pleine mesure.

Ad Art. 22.

La dénonciation de la convention consulaire en vigueur entre les deux Parties contractantes du 16/28 Avril 1875 ne pourra avoir lieu avant celle du présent traité.

II. En ce qui concerne le tarif A.

Ad n° 8, *a*. — Pour la classification des huiles minérales lourdes à partir du 19 Décembre 1910 (1er Janvier 1911), le type officiel de la couleur dont au № 1, *b* de la note à la position «Huiles minérales etc.» du répertoire pour l'application du tarif italien, sera fixé d'un commun accord entre les Gouvernements des deux Parties contractantes. || Ad n° 8, *b*.—A partir du 19 Décembre 1910 (1er Janvier 1911) le droit d'entrée en Italie des huiles minérales, de résine et de goudron, reprises sous le № 8, *b* sera réduit à 16 lires es 100 kilogrammes.

III. En ce qui concerne le tarif B.

Ad n° 117.—A partir du 19 Décembre 1910 (1er Janvier 1911) le droit d'entrée en Russie des huiles grasses (huile d'olive, de laurier, de

coton et autres semblables), hormis celles spécialement dénommées; huile cuite, siccative (olifa) sera réduit à 3 r. 10 c. par poud. || Le présent protocole qui sera considéré comme approuvé et sanctionné par les Parties contractantes, sans autre ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications du traité auquel il se rapporte, a été dressé, en double expédition, à St. Pétersbourg, le 15 (28) Juin 1907.

(signé) Iswolsky.
(signé) D. Philosophow.

(signé) G. Melegari.
(signé) E. Paternò di Sessa.
(signé) L. Gavazzí.
(signé) L. Luciolli.

Nr. 13926. **FRANKREICH** und **SIAM**. Vertrag über Grenzberichtigung und die Stellung der asiatischen Untertanen.

Bangkok, 23. März 1907.

Le Président de la République Française et Sa Majesté le Roi de Siam, à la suite des opérations de délimitation entreprises en exécution de la Convention du 13 Février, 1904, désireux d'une part d'assurer le réglement final de toutes les questions relatives aux frontières communes de l'Indo-Chine et du Siam, par un système réciproque et rationnel d'échanges, désireux d'autre part de faciliter les relations entre les deux pays par l'introduction progressive d'un système uniforme de juridiction et par l'extension des droits des ressortissants Français établis au Siam, ont décidé de conclure un nouveau Traité, et ont nommé à cet effet pour leurs Plénipotentiaires, savoir: || M. le Président de la République Française, M. Victor-Émile-Marie-Joseph Collin (de Plancy), Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire de la République Française au Siam, Officier de la Legion d'Honneur et de l'Instruction Publique; || Sa Majesté le Roi de Siam, Son Altesse Royale le Prince Devawongse Varoprakar, Chevalier dé l'Ordre de Maha-Chakrkri, Grand Officier de la Légion d'Honneur, &c., Ministre des Affaires Étrangères; || Lesquels, munis de pleins pouvoirs, qui ont été trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes: —

Article I.

Le Gouvernement Siamois cède à la France les territoires de Battambang, Siem-Reap et Sisophon, dont les frontières sont définies par la Clause I du Protocole de Délimitation ci-annexé.

Article II.

Le Gouvernement Français cède au Siam les territoires de Dan-Saï et de Kratt, dont les frontières sont définies par les Clauses I et II dudit Protocole, ainsi que toutes les îles situées au sud du Cap Lemling jusques et y compris Koh-Kut.

Article III.

La remise de ces territoires aura lieu de part et d'autre dans un délai de vingt jours après la date à laquelle le présent Traité aura été ratifié.

Article IV.

Une Commission Mixte, composée d'officiers et de fonctionnaires Français et Siamois, sera nommée par les deux pays contractants, dans un délai de quatre mois après la ratification du présent Traité, et chargée de délimiter les nouvelles frontières. Elle commencera ses travaux dès que la saison le permettra et les poursuivra en se conformant au Protocole de Délimitation annexé au présent Traité.

Article V.

Tous les Asiatiques, sujets et protégés Français, qui se feront inscrire dans les Consulats de France au Siam après la signature du présent Traité, par application de l'Article XI de la Convention du 13 Février, 1904, seront justiciables des Tribunaux Siamois ordinaires. || La juridiction des Cours Internationales Siamoises, dont l'institution est prévue par l'Article XII de la Convention du 13 Février, 1904, sera, dans les conditions énoncées au Protocole de Juridiction ci-annexé, étendue, dans tout le Royaume de Siam, aux Asiatiques sujets et protégés Français visés par les Articles X et XI de la même Convention, et actuellement inscrits dans les Consulats de France au Siam. || Ce régime prendra fin et la compétence des Cours Internationales sera transférée aux Tribunaux Siamois ordinaires, après la promulgation et la mise en vigueur des Codes Siamois (Code Pénal, Code Civil et Commercial, Codes de Procédure, Loi d'Organisation Judiciaire).

Article VI.

Les Asiatiques sujets et protégés Français jouiront dans toute l'étendue du Royaume de Siam des droits et prérogatives dont bénéficient les nationaux du pays, notamment des droits de propriété, de libre résidence et de libre circulation. || Ils seront soumis aux impôts et prestations ordinaires. || Ils seront exempts du service militaire et ne seront pas assujettis aux réquisitions et taxes extraordinaires.

Article VII.

Les dispositions des anciens Traités, Accords et Conventions entre la France et le Siam non modifiés par le présent Traité restent en pleine vigueur.

Article VIII.

En cas de difficulté d'interprétation du présent Traité rédigé en Français et en Siamois, le texte Français fera seul foi.

Article IX.

Le présent Traité sera ratifié dans un délai de quatre mois à partir du jour de la signature, ou plus tôt si faire se peut. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Bangkok, en double exemplaire, le 23 Mars, 1907.

(Signé) V. Collin (de Plancy).
Devawongse Varoprakar.

Protocole concernant la Délimitation de Frontières, et annexé au Traité du 23 Mars, 1907.

En vue de faciliter les travaux de la Commission prévue à l'Article IV du Traité en date de ce jour, et en vue d'éviter toute possibilité de difficulté dans la délimitation, le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Sa Majesté le Roi de Siam sont convenus de ce qui suit: —

Clause I.

La frontière entre l'Indo-Chine Française et le Siam part de la mer en un point situé en face du plus haut sommet de l'Ile de Koh-Kut. Elle suit à partir de ce point une direction nord-est jusqu'à la crète de Pnom-Krevanh. Il est formellement convenu que, dans tous les cas, les versants est de ces montagnes, y compris la totalité du Bassin du Klong-Kopo, doivent rester à l'Indo-Chine Française. || La frontière suit la crète des Pnom-Krevanh dans la direction du nord jusqu'au Pnom-Thom qui se trouve sur la ligne principale de partage des eaux, entre les rivières qui coulent vers le Golfe de Siam, et celles qui coulent vers le Grand-Lac. Du Pnom-Thom, la frontière suit d'abord dans la direction du nord-ouest, puis dans la direction du nord, la limite actuelle entre la Province de Battambang d'une part, et celle de Chantaboum et Kratt d'autre part, jusqu'au point où cette frontière coupe la rivière appelée Nam-Sai. Elle suit alors le cours de cette rivière jusqu'à son confluent

avec la Rivière de Sisophon et cette dernière jusqu'à un point situé à 10 kilom. en aval de la ville d'Aranh. De ce dernier point enfin, elle se continue en droite ligne jusqu'à un point situé sur les Dang-Reck, à mi-chemin entre les passes appelées Chong-Ta-Koh et Chong-Sa-Met. Il est entendu que cette dernière ligne doit laisser en territoire Siamois la route directe entre Aranh et Chong-Ta-Koh. || A partir du point ci-dessus mentionné, situé sur la crète de Dang-Reck, la frontière suit la ligne de partage des eaux entre le Bassin du Grand-Lac et du Mékong d'une part, et le Bassin du Nam-Moun d'autre part, et aboutit au Mékong en aval de Pak-Moun, à l'embouchure du Huei-Doue, conformément au tracé adopté par la précédente Commission de Délimitation du 18 Janvier, 1907. || Un croquis schématique de la frontière décrite ci-dessus est annexé au présent Protocole*).

Clause II.

Du côté de Luang-Prabang, la frontière se détache du Mékong, au sud, à l'embouchure du Nam-Huong, et suit le thalweg de cette rivière jusqu'à sa source, qui se trouve située au Phu-Khao-Mieng. De là, la frontière suit la ligne de partage des eaux entre le Mékong et la Ménam et aboutit au Mékong, au point appelé Keng-Pha-Dai, conformément au tracé adopté par la précédente Commission de Délimitation le 16 Janvier, 1906.

Clause III.

La Commission de Délimitation prévue à l'Article IV du Traité en date de ce jour aura à déterminer et à tracer, au besoin sur le terrain, la partie de la frontière décrite dans la Clause I du présent Protocole. Si, au cours des opérations de délimitation, le Gouvernement Français désirait obtenir une rectification de frontière dans le but de substituer des lignes naturelles à des lignes conventionnelles, cette rectification ne pourrait être faite, dans aucun cas, au détriment du Gouvernement Siamois. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Protocole et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Bangkok, en double exemplaire, le 23 Mars, 1907.

(Signé) V. Collin (de Plancy).
Devawongse-Varoprakar.

Protocole concernant la Juridiction applicable dans le Royaume de Siam aux Asiatiques Sujets et Protégés Français, et annexé au Traité du 23 Mars, 1907.

En exécution de l'Article V du Traité en date de ce jour, le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de Sa Majesté

*) Not printed.

le Roi de Siam, désireux de régler l'organisation et le fonctionnement des Cours Internationales, sont convenus de ce qui suit: —

Clause I.

Des Cours Internationales seront créées, partout où le bon fonctionnement de la justice l'exigera, après entente entre le Ministre de la République Française et le Ministre des Affaires Étrangères du Siam.

Clause II.

La compétence des Cours Internationales s'étend: || 1. En matière civile: à toutes matières civiles ou commerciales dans lesquelles des Asiatiques sujets ou protégés Français seront en cause; || 2. En matière pénale: aux infractions de toute nature commises soit par des Asiatiques sujets ou protégés Français, soit à leur préjudice.

Clause III.

Dans les Provinces d'Udorn et d'Isarn, la juridiction des Cours Internationales s'étendra provisoirement à tous les Asiatiques sujets et protégés Français, quelle que soit la date de leur inscription sur les registres des Consulats de France.

Clause IV.

Le droit d'évocation s'exercera conformément aux disposition de l'Article XII de la Convention du 13 Février, 1904. || Toutefois, ce droit cessera de s'exercer pour toutes matières qui feront l'objet de Codes ou de Lois régulièrement promulguées, dès que ces Codes ou ces Lois auront été communiqués à la Légation de France, et qu'ils auront été mis en vigueur. || Une entente interviendra entre le Ministère des Affaires Étrangères et la Légation de France pour le règlement des affaires pendantes au moment où les dits Codes ou Lois entreront en vigueur.

Clause V.

Toutes requêtes à fin d'appel contre les jugements des Cours Internationales de Première Instance seront communiquées au Consul de France, qui aura le droit de donner sur l'affaire un avis écrit pour être joint au dossier. || L'arrêt d'appel devra porter la signature de deux Juges Européens.

Clause VI.

Un recours en cassation sera ouvert contre les arrêts des Cours d'Appel. Ce recours pourra s'exercer pour l'incompétence, abus de pou-

voir, et, généralement pour toutes violations de la loi. || Il sera jugé par la Cour Suprême, ou San Dika.

Clause VII.

Quelle que soit la juridiction saisie d'une affaire civile ou pénale, l'exception d'incompétence déduite des règles posées par le Traité en date de ce jour devra être proposée avant toute défense au fond. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Protocole et y ont apposé leurs cachets.

Fait à Bangkok, en double exemplaire, le 23 Mars, 1907.

(Signé) V. Collin (de Plancy).
Devawongse Varoprakar.

Accord réglant le Régime des Concessions attribuées au Gouvernement de la République Française sur la Rive droite du Mékong, en exécution de l'Article VIII de la Convention du 13 Février, 1904.

Clause I.

En exécution de l'Article VIII de la Convention du 13 Février, 1904, le Gouvernement Siamois cède à bail au Gouvernement Général de l'Indo-Chine, qui y consent, des terrains libres de toute servitude, active ou passive, situés à Xieng-Khan, Nong-Khay, Muong-Saniabouri, embouchure du Nam-Khan, Ban-Mouk-Dahan, Kemmarat et Pak-Mam, et dont les plans et descriptions sont annexés au présent Accord*)

Clause II.

Les baux sont consentis pour une période de cinquante ans, renouvelable pour une période égale au gré du Gouvernement Général de l'Indo-Chine.

Clause III.

Le Gouvernement Général de l'Indo-Chine payera annuellement au Gouvernement Siamois, à partir du 1er Janvier, 1908, un loyer nominal de 1 tical par hectare et par fraction d'hectare.

Clause IV.

Conformément à l'Article VI du Traité du 3 Octobre, 1893, et à l'Article VIII de la Convention du 13 Février, 1904, les Concessions sont destinées exclusivement à faciliter la navigation commerciale. || Les établissements suivants pourront y être créés: || Dépôts de bois de chauffage

*) Not printed.

et de charbon; || Dépôts de matériel, tels que bois de charpente, fers, bambous, dynamite, &c.; || Magasins pour les marchandises en transit; || Logements pour les passagers et pour les équipages des pirogues et des chaloupes; || Logements et bureaux pour le personnel des Compagnies de Navigation et des Travaux Publics; || Établissements commerciaux, à la condition expresse qu'il ne s'y fasse aucun commerce de spiritueux, d'opium, d'armes, et de munitions. || Les terrains des Concessions sont soumis à la juridiction Siamoise, telle qu'elle s'exerce dans le reste du Royaume conformément aux Traités conclus entre la France et le Siam.

Fait à Bangkok, en double exemplaire, le 23 Mars, 1907.

(Signé) Chatidej.
Bernard.
V. Collin (de Plancy).
Devawongse.

Nr. 13927. **REPUBLIK PANAMA.** Verfassung.

13. Febr. 1904.

Constitution of the Republic of Panama.

[Translation.]

We, the representatives of the people of Panama, assembled in national convention for the purpose of constituting the nation, maintaining order, guaranteeing justice, promoting the general welfare, and securing the benefits of liberty for ourselves, our posterity, and all men who may inhabit Panama soil, invoking the protection of God, do ordain, decree, and establish for the Panama nation the following constitution:

Title I.

The Nation and the Territory.

Article 1.

The Panaman people hereby constitute themselves an independent und sovereign nation, ruled by a republican and democratic government, under the denomination of the Republic of Panama.

Article 2.

The sovereignty resides in the nation which shall exercise it through its representatives in the manner established by this constitution and under the conditions therein expressed.

Article 3.

The territory of the Republic is composed of all the territory from which the State of Panama was formed by the amendment to the Granada constitution of 1853, on February 27, 1855, and which was transformed in 1886 into the Department of Panama, together with its islands, and of the continental and insular territory which was adjudged to the Republic of Colombia in the award made by the President of the French Republic on September 11, 1900. The territory of the Republic remains subject to the jurisdictional limitations stipulated or which may be stipulated in public treaties concluded with the United States of North America for the construction, maintenance or sanitation of any means of interoceanic transit. || The boundaries with the Republic of Colombia shall be determined by public treaties.

Article 4.

The territory of the Republic is divided into the provinces of Bocas del Toro, Coclé, Colón, Chiriquí, Los Santos, Panamá, and Veraguas. The provinces are divided into municipalities. || The National Assembly may increase or decrease the number of the former and of the latter, or change their boundaries.

Article 5.

The territory, together with the public property which forms a part of it, belongs to the nation.

Title II.

Nationality and Citizenship.

Article 6.

The following are Panamans: || 1. All those who were born or who may be born in the territory of Panama, whatever may be the nationality of their parents. || 2. Children of Panama mother or father who were born in another territory, provided they take up their domicile in the Republic and express their willingness to become Panamans. || 3. Foreigners who, professing some science, art, or industry, or owning some real estate or capital in circulation, declare, before the municipal government of the territory in which they reside, their intention of becoming citizens of Panama and who have completed ten years of residence in the territory of the Republic. Six years of residence will suffice if they are married and have a family in Panama, and three years if they are married to a Panama woman. || 4. Colombians who, having participated

in the achievement of the independence of the Republic of Panama, have declared their willingness to become Panamans or so declare before the municipal council of the district in which they reside.

Article 7.

Panaman nationality is lost: || 1. By taking out naturalization papers in a foreign country and establishing domicile there. || 2. By accepting employment or honors from another Government without the permission of the President of the Republic. || 3. Being born a Panaman, by refusing to indorse the movement for the independence of the nation. || 4. For having pledged one's self to the service of a hostile nation. || Nationality can only be restored by act of the National Assembly.

Article 8.

It is the duty of all Panamans to serve the nation as prescribed by law, and it is both their duty and that of foreigners residing in the Republic to live in subjection to the constitution and the laws, and to respect and obey the authorities.

Article 9.

Foreigners shall enjoy the same rights in Panama as are granted to Panamans by the laws of the nation to which the foreigners belong, except as to what may be stipulated in public treaties, or, in the absence of the latter, by the provisions of the law.

Article 10.

Naturalized or domiciled foreigners shall not be obliged to take up arms against the land of their birth.

Article 11.

All Panamans over twenty one years of age are citizens of the Republic.

Article 12.

Citizenship consists in the right of electing to public positions filled by popular vote and in the capacity to held public office with authority and jurisdiction.

Article 13.

Citizenship once acquired is only lost: || 1. As a penalty in accordance with the law, but rehabilitation can be obtained through the

National Assembly. || 2. By having lost Panaman nationality according to the national constitution.

Article 14.

The rights of citizenship are suspended: || 1. When a citizen is being criminally prosecuted, as soon as an order committing him to prison is given by the judge. || 2. When he does not lawfully enjoy the free management of his property. || 3. For habitual drunkenness.

Title III.

Individual Rights.

Article 15.

The authorities of the Republic are constituted for the purpose of protecting all persons, whether residents or sojourners, in their lives, their honor, and their property, and of insuring the mutual respect of natural, constitutional and legal rights, repressing and punishing crime.

Article 16.

All Panamans and foreigners are equal before the law. There will be neither public nor private privileges.

Article 17.

Every person has the right to present respectful petitions to the authorities, for motives of either public or private interest, and to receive a prompt reply.

Article 18.

Legitimate public corporations are entitled to be recognized as legal personalities, and, as such, to perform civil acts and enjoy the guarantees insured under this head, with the general limitations established by the laws for the sake of the general welfare.

Article 19.

There shall be no slaves in Panama. He who is a slave, and sets foot in the territory of the Republic, shall be free.

Article 20.

All the inhabitants of the Republic have the right to assemble peacefully and unarmed, and to form associations for all the legitimate purposes of life.

Article 21.

Every person may travel within the boundaries of the Republic and change residence without the necessity of a permit, passport, or other similar requisite, except as to what the laws prescribe with regard to judicial orders of restraint and concerning immigration.

Article 22.

No one shall be tried or sentenced except by competent judges or courts, in accordance with laws existing prior to the crime committed, and in the form established by these laws. || Nevertheless, officials who exercise authority or jurisdiction may punish without previous trial any person who may be insulting or disrespectful to them while they are discharging their duties; and military commanders and captains of vessels may inflict summary penalties in order to check insubordination, maintain order, and repress crimes committed on board vessels and away from port.

Article 23.

No one shall be molested in his person or family, or be placed in prison or under arrest, or detained, or have his home searched, except by virtue of a warrant issued by a competent authority, with the legal formalities and for a cause previously defined in the laws. || In no case shall there be detention, imprisonment or arrest for debts or purely civil obligations, except that a party may be restrained by judicial order from leaving a place until he has answered the charge against him. || A culprit caught in the act of committing a crime may be apprehended and taken before the judge by any person whomsoever.

Article 24.

Any person who is detained or imprisoned without the legal formalities, or except in the cases prescribed in this constitution or in the laws, shall be set at liberty upon his own request or that of any other person. The law shall determine the form of this summary proceeding.

Article 25.

No one is obliged to testify in a criminal matter against himself, or against his consort, or against any member of his family within the fourth degree of consanguinity or the second of affinity.

Article 26.

The profession of all religions is free, as is also the practice of all forms of worship, without any other restriction than respect for Christian

morality and public order. It is recognized, however, that the Catholic religion is that of the majority of the inhabitants of the Republic, and the law shall provide that it be aided in founding a theological seminary in the capital and in sending missions to the native tribes.

Article 27.

Every person may freely express his opinion, either orally or in writing, by means of the press, or by any other process, without being first subject to censorship, provided always that he refers to the official acts of public functionaries. || Legal responsibility will, however, be incurred when the honor of persons is assailed by any of these means.

Article 28.

Correspondence and other private documents are inviolable, and neither the former nor the latter shall be seized or examined except by direction of a competent judicial authority, and with the formalities prescribed by law. In all cases secrecy shall be maintained with regard to matters having no bearing on the object of the seizure or examination.

Article 29.

Every person may exercise any honorable trade or occupation without the necessity of belonging to a trades union or professional association. || The authorities shall exercise supervision over the industries and professions as regards public morality, safety and health. It is necessary to possess a diploma of fitness in order to practice the medical professions and their auxiliary branches.

Article 30.

Obligations of a civil character arising from contracts or other acts, deeds or omissions which produce them, can not be altered or annulled by either the executive or the legislative power.

Article 31.

The laws shall determine everything relating to the civil status of persons, together with the rights and duties connected therewith.

Article 32.

The laws shall not have a retroactive effect. || In criminal matters a permissive or favorable law shall be applied in preference to a restrictive or unfavorable one, even though it be subsequent to the latter.

Article 33.

Rights acquired in accordance with the laws shall not be encroached upon or disregarded by subsequent laws. || When the application of a law enacted for reasons of public utility interferes with the rights of private persons, the private interests shall yield to the public interests. If, however, it becomes necessary to make expropriations, full indemnification must first be granted.

Article 34.

The destination of gifts made inter vivos or by testament, in conformity with the laws, for objects of charity or public instruction, shall not be changed or modified by the legislator.

Article 35.

Private persons are not amenable before the authorities except for violation of the constitution or of the laws. Public officials are amenable for the same cause, for exceeding their authority, or for dereliction in the performance of their duties.

Article 36.

In case of flagrant violation of a constitutional precept to the detriment of any person, an order from a superior will not exempt from responsibility the agent executing it. || Enlisted men of the army, while on duty, are excepted from this provision, the responsibility falling solely upon the hierarchic superior who gives the order.

Article 37.

Games of fortune and chance shall not be permitted in the territory of the Republic. The law shall enumerate them.

Article 38.

There shall be no official monopolies.

Article 39.

There shall be no real estate which is incapable of being freely alienated, nor any irredeemable obligations.

Article 40.

Every author or inventor shall enjoy the exclusive ownership of his work or invention during the time and in the manner prescribed by law.

Article 41.

No one is obliged to pay a tax or duty which has not been legally established and which is not collected in the manner prescribed by the laws.

Article 42.

No one shall be deprived of his property, either in whole or in part, except as a penalty or by general taxation according to the laws. || For grave reasons of public utility, defined by the legislator, there may take place a forcible alienation of property or of rights by judicial order, but the payment of the declared value shall be made before the owner is dispossessed of them.

Article 43.

Buildings devoted to any form of worship, theological seminaries, and the residences of bishops and parish priests shall not be subject to taxation, and shall only be occupied in case of urgent public necessity.

Article 44.

In no case shall the legislator establish the penalty of confiscation of property.

Article 45.

Prisons are places of security and expiation and not of cruel punishment; consequently, all severity which is not necessary for the custody and correction of the prisoners is forbidden.

Article 46.

The laws shall fix the degree of responsibility which officials of any class incur by encroaching on the rights guaranteed under this Title.

Article 47.

The individual rights recognized and guaranteed in articles 21, 23, 24, 27, 28 and 42 may be temporarily suspended in all or in part of the Republic, when the safety of the State requires it, in case of foreign war or internal commotion which threatens the public peace. || This suspension shall be decreed by the National Assembly if it is in session; if, however, it is not in session and the danger is imminent, the President of the Republic may order the suspension by means of a decree signed by all his secretaries. In this case the President, in the same decree of suspension, shall convoke the National Assembly in order to explain to it the reasons upon which the decree was based.

Article 48.

The National Assembly is prohibited from enacting laws which may diminish, restrict, or impair any of the individual rights mentioned in the present Title, without a previous amendment to the Constitution, except in the cases provided for by the latter.

Title IV.

Suffrage.

Article 49.

All citizens over 21 years of age are entitled to exercise the right of suffrage, except those who may be under a judicial interdiction and those who are judicially disfranchised on account of crime. || The law may provide that certain elections be held in two grades, and, in this case, it shall determine the qualifications of the electors of the second grade.

Article 50.

The laws shall fix the degree of responsibility incurred by public officials who, by their acts, encroach on the rights recognized in this Title.

Title V.

The Branches of the Government.

Article 51.

The Government of the Republic is divided into three branches, to wit: the Legislative, the Executive, and the Judicial.

Article 52.

Each branch of the Government is limited and exercises its functions separately.

Title VI.

The Legislative Branch.

Article 53.

The legislative power is exercised by a body called the National Assembly, composed of as many Deputies as correspond to the electoral districts, at the rate of one for every ten thousand inhabitants and one in addition for a remainder of not less than five thousand. The Deputies are elected for a period of four years. || There shall be substitutes to take the places of the regular incumbents in case they fail to appear absolutely or temporarily.

Article 54.

The National Assembly shall meet, without the necessity of a call, in the capital of the Republic, every two years, on the first day of September.

Article 55.

The duration of the regular sessions of the National Assembly shall be ninety days, which, in case of necessity, the. Assembly itself shall extend for as much as thirty days. The President of the Republic may call extraordinary sessions for such period as he may indicate and to deal exclusively with such matters as he may submit to it.

Article 56.

The Deputies to the National Assembly must be citizens who have attained the age of 25 years and are in the full enjoyment of their civil and political rights.

Article 57.

The members of the National Assembly shall not be responsible for their opinions or votes, given orally or in writing, in the discharge of their duties, and at no time or by any authority shall they be prosecuted on this account.

Article 58.

The President of the Republic, the secretaries of state, the justices of the supreme court, and the attorney-general of the nation shall not be eligible to membership in the Assembly unless they shall have ceased to exercise their functions for a period of six months. Citizens who have exercised the executive power shall rest under the same disability.

Article 59.

In like manner no other officer shall be eligible as a deputy to the Assembly who is vested with jurisdiction or command in an electoral district and has exercised his authority therein ninety days before the day of election.

Article 60.

For twenty days before the opening of the sessions, during the said sessions, and for twenty days thereafter, no members of the National Assembly shall be subject to criminal trial without the assent of the Assembly. In cases of *flagrantis delicti*, a member may be arrested and immediately placed at the disposal of the said body. Members shall likewise be free from civil actions during the same period.

Article 61.

No increase of per diem or mileage allowances shall become effective until after the term of the members of the Assembly which voted the said increase shall have expired.

Article 62.

The deputies of the Assembly shall not enter, directly or indirectly, into any contract with the administration, nor shall they accept from any one powers of attorney to transact business connected with the Government.

Article 63.

In cases of temporary or permanent absence of a deputy, his place shall be taken by his substitute. When the substitution takes place after the principal member shall have attended the session, the mileage to the capital will belong to the latter and that from the capital to the substitute.

Article 64.

The President of the Republic may not confer on the Deputies of the National Assembly other offices than those of Secretary of State, Governor of a Province, or Diplomatic or Consular Agent. || The acceptance of any one of those offices shall vacate that of deputy.

Article 65.

The following are legislative functions of the National Assembly: || 1. To issue national codes and the laws necessary for the regulation of all the administrative branches of the Government, to revise them, and to repeal them. || 2. To determine the flag and the coat-of-arms of the Republic. || 3. To create or abolish offices, and to specify the functions, duties, and powers connected therewith; to fix the terms of office and to designate salaries. || 4. To grant or refuse its approval to public treaties which the Executive may negotiate: without such approval they can neither be ratified nor exchanged. || 5. To approve or disapprove contracts or agreements made by the President of the Republic with private persons, companies, or political entities, in which the nation may be interested, if they have not been previously authorized, or if the formalities prescribed by the National Assembly have not been observed, or of any if the clauses therein should not be consistent with the appropriate empowering law. || 6. To grant authority to the Executive to conclude treaties, negotiate loans, alienate national property, and exercise other functions within the limits of the constitution. || 7. To

declare war, and to authorize the Executive to make peace. || 8. To designate the place where the supreme branches of the Government are to be located. || 9. To divide the territory of the Republic into electoral districts. || 10. To define and regulate the setting aside or granting of public lands. || 11. To fix the numbers of the armed forces in time of peace. || 12. To organize the national police. || 13. To promote and foster public education, as well as sciences and arts. || 14. To order by decree the puplic buildings which the government may have to erect, and such other public works as may have to be undertaken at national expense. || 15. To promote useful or beneficent enterprises worthy of furtherance and support, and to vote them aid. || 16. To enact such laws as shall be necessary for taking the census of the population and gathering national statistics. || 17. To grant amnesties, but if any civil liability is incurred with respect to private persons, the Republic shall be obliged to pay the indemnities. || 18. To organize the public credit. || 19. To acknowledge the national debt and regulate the service connected with it. || 20. To make appropriations for the expenses of the administration, on the basis of the estimates presented by the Executive, conforming or not to said estimates. || If for any reason whatever the appropriations act should not be passed by the National Assembly, the former financial act will continue in force. || 21. To establish the duties, taxes and revenues necessary to carry on the public service. || 22. To decree the alienation of national property, or its devotion to public uses. || 23. To determine the standard, weight, value, form, stamp, and denominations of the national money and regulate the system of weights and measures. || 24. To increase or diminish the number of provinces and municipal districts, and to change their boundaries. || 25. To frame regulations for their internal administration.

Article 66.

The judicial functions of the National Assembly are: || 1. To take cognizance of charges and complaints lodged against the President or the person in charge of the executive power in cases involving their responsibility, the secretaries of state, the justices of the supreme court, and the attorney-general of the nation. || 2. To try the President of the Republic, or person in charge of the executive power, in accordance with this constitution; the secretaries of state, the justices of the supreme court of justice, and the attorney-general of the nation, when charged with acts performed, during the discharge of their functions against the safety of the State, against the free operation of the public powers, or in violation of the national constitution and laws. || The procedure to be

followed in such cases and the penalty applicable thereto shall be determined by law.

Article 67.

The executive functions of the National Assembly are: || 1. To inspect the credentials of its own members and to decide whether the said credentials are in the form prescribed by law or not. || 2. To reinstate in their citizenship those who may have lost it. || 3. To accept or decline the resignations of their offices that may be tendered by the President of the Republic or the „designados.“ || 4. To elect at ordinary sittings and for a term of two years three „designados“, who, in the absence of the President of the Republic, will exercise the executive power in the cases and order provided by law. || When, for any reason the National Assembly shall have failed to elect any „designados“, those who were previously elected shall retain their character as such in their order. || 5. To appoint the members of the court of accounts. || 6. To appoint a fiscal inspector of all the treasury offices of the Republic. || 7. To appoint commissions for the demarkation of the boundaries of the nation. || 8. To call upon the secretaries of state for such oral or written reports as it may need. || 9. To examine and finally close at each ordinary session the general account of the treasury which may be submitted to it by the Executive. || 10. To grant leave of absence to the President of the Republic or to the person in charge of the Executive Power. || 11. To permit or refuse the sojourning of foreign war vessels in the ports of the Republic when the stay is longer than two months.

Article 68.

The National Assembly is inhibited: || 1. From allowing by decree gratuities, indemnities, pensions, or other expenditures that shall not be intended for the settlement of debts or rights recognized in accordance with the existing law, except as to what is provided in Article 65. || 2. From passing acts of proscription or persecution against any persons or corporations. || 3. From passing resolutions of approval or censure regarding official acts; and || 4. From offering to direct public officers.

Title VII.

The Executive Branch.

Article 69.

The executive power is exercised by a magistrate who shall be styled President of the Republic, and have for the discharge of his office

the number of secretaries that may be fixed by law. The President shall enter upon the discharge of his constitutional functions on the first day of October following that of his election, and will remain in office for a term of four years. || The same law shall likewise determine the denomination and order of precedence of the secretaries of departments.

Article 70.

The requirements for the office of President of the Republic are: || 1. To be a citizen of Panama by birth. || 2. To be at least thirty-five years old.

Article 71.

The President-elect, or the person who may have to take his place, shall take possession of his office before the President of the Assembly and take the following oath: „ I swear to God and to the country that I shall faithfully observe the constitution and the laws of Panama.“

Article 72.

If, for any reason whatever, the President should be unable to take possession before the President of the National Assembly, he shall take the oath before the president of the supreme court of justice, and failing this, before two witnesses.

Article 73.

The duties of the President of the Republic are: || 1. Freely to appoint and remove the secretaries of state, the governors of provinces, and all persons that are to fill any public office whatever, the appointment to which does not belong to other officials or corporations. || 2. To see to the maintenance of public order. || 3. To direct the diplomatic or commercial relations with other nations, freely to appoint and receive the respective agents, and to conclude public treaties and conventions which shall be submitted to the National Assembly for its approval. || 4. To see to it that the National Assembly shall meet on the day appointed by the constitution or by the resolution or decree by which extraordinary sessions may be called, and to take in good time the necessary measures for the payment to the Deputies of the mileage allowed them by law. || 5. To submit at the beginning of each legislature and on the first day of its ordinary sessions a message relative to the affairs of the administration. || 6. To furnish the assembly with such special reports as the tatter may call for. || 7. To sanction and promulgate the laws, to obey lhem, and to see to their exact execution. || 8. To submit, within the

first ten days of the regular sessions of the National Assembly, the estimates of the receipts and expenditures for the following two years, and the general account of the budget and of the treasury. || 9. To supervise the collection and administration of the revenues of the Republic and to order their expenditure in accordance with the laws. || 10. To conclude administrative contracts for the performance of services and the execution of public works in accordance with the fiscal laws, with the obligation of furnishing an account thereof to the assembly in its ordinary sessions. || 11. To grant charters for useful privileges in conformity with the laws. || 12. To issue naturalization papers in conformity with the laws. || 13. To grant to natives who request it, permission to accept positions or distinctions from foreign governments. || To control, regulate and supervise national public instruction. || 15. To see that the public institutions of the nation are properly conducted. || 16. To sanction, promulgate and have executed all sanitary regulations prepared by the national board of health. || 17. To appoint the justices of the supreme court, the attorney-general of the nation, the public prosecutors and their deputies, in accordance with the conditions required by law. || 18. To grant pardons, and to commute and remit penalties in accordance with the law governing the exercise of this power. || 19. To confer military grades in accordance with the constitutional and legal formalities. || 20. To avail himself of the public forces as supreme head of the nation.

Article 74.

All acts of the President of the Republic, except the appointments or removals of his secretaries of state, shall be without any validity or force whatever until they are countersigned or acted upon by the secretary of the department to which they pertain, who by this very act renders himself responsible.

Article 75.

The President of the Republic, or the person in charge of the executive power, may refrain from the discharge of his office during a period of leave which shall be granted by the National Assembly, or, during a recess of the latter, by the supreme court of justice. || In case of illness, a previous notice to either body will suffice.

Article 76.

The President, in the exercise of his functions and in the public interest, may visit, for such a time as he may deem proper, any part of the Republic.

Article 77.

The salary allowed by law to the President of the Republic shall not be changed during the same term for which it has been allowed.

Article 78.

The President of the Republic or whoever acts in his place is amenable only in the following cases: || 1. For exceeding his constitutional powers. || 2. For acts of violence or coercion in elections, or which prevent the meeting of the National Assembly, or impede the latter and the other public bodies or authorities established by the constitution, in the exercise of their functions.|| 3. For crimes of high treason. || In the first two cases the penalty can be none other than removal from office, and, if the President should have ceased to exercise his functions, disqualification from holding any other public office. In the latter case common law shall be applied.

Article 79.

In the accidental or permanent absence of the President of the Republic, the Executive power shall be exercised by one of the „designados" in the order in which they have been elected. || The only cases of permanent absence of the President are his death, his accepted resignation or his removal. || The person in charge of the executive power shall enjoy the same pre-eminence and exercise the same powers as the President of the Republic whose place he is supplying.

Article 80.

In order to be a „designado" the same qualifications are required as for President of the Republic.

Article 81.

When the absence of the President cannot for any reason, be supplied by the „designados", the duties of President shall be performed by the secretary of state who may be selected at a Cabinet meeting by a majority of votes.

Article 82.

A citizen who has been elected President of the Republic shall not be re-elected to the following term, if he should have filled the office of President within the eighteen months immediately preceding the new election.

Article 83.

Any citizen who may have been called upon to fill the office of President and have so filled it within the six months preceding the day

set for the election of the new President, as well as any relative of such citizen down to the fourth degree of consanguinity or the second of affinity, shall likewise be barred from election to this office.

Title VIII.

The Executive Departments.

Article 84.

The distribution of business according to its nature among the several Departments of State devolves upon the President of the Republic.

Article 85.

In order to be a Secretary of State (Head of a Department) the same qualifications are necessary as for a Deputy to the National Assembly.

Article 86.

The Secretaries of State are the sole organs of communication between the executive power and the National Assembly; they may propose bills and participate in the debates.

Article 87.

Each Secretary of State shall present to the National Assembly, within ten days after the beginning of each Legislature, a report or statement concerning the condition of the business assigned to his Department and regarding such reforms as he may deem expedient to introduce.

Article 88.

The National Assembly may require the assistance of the Secertaries of State when it deems proper.

Article 89.

The Cabinet Council shall be composed of all the Secretaries of State and shall be presided over by the President of the Republic.

Title IX.

The Judiciary.

Article 90.

The judicial power shall be exercised in the Republic by a supreme court of justice, by such inferior and ordinary courts as the law may establish, and by such other tribunals or special commissions as it may

become necessary to create in accordance with public treaties. || The Assembly exercises certain judicial functions.

Article 91.

The supreme court of justice shall consist of five justices, appointed for a term of four years. There shall be five substitutes, also appointed for four years, who shall fill, in their order, any accidental vacancy on the bench. In the event of permanent vacancy a new appointment shall be made. The office of justice shall be vacated through the acceptance of other offices.

Article 92.

In the ordinary courts which the law may establish, the judges shall be appointed by the court or judge immediately superior in rank.

Article 93.

In order to be justice of the supreme court, one must be a citizen of Panama by birth or by choice, have resided on the Isthmus for over 15 years, be fully 30 years of age and in the full enjoyment of civil and political rights, be a law graduate of a university, have had at least 10 years' practice as a lawyer of good standing, or discharged, during an equal period, the duties of judge or prosecuting attorney, and have received no sentence whatever for any common law offence. || The same qualifications shall be required of judges of the courts of justice that may be established by law.

Article 94.

No judge shall be suspended from his office except in the cases and with the formalities provided for by law, nor removed except by virtue of a judicial sentence.

Article 95.

The law shall determine what cases of a criminal character shall be tried by the jury system.

Article 96.

Justice shall be administered gratuitously throughout the territory of the Republic.

Article 97.

The law shall determine the salaries of officiers of the judiciary, and such salaries shall neither be increased nor decreased during the term for which such officers shall have been appointed.

Title X.

The making of the Laws.

Article 98.

Laws shall originate in the National Assembly on the proposition of its members or of the secretaries of state. || Excepted from this provision are laws concerning civil suits and judicial procedure, which may only be modified upon the proposition of special committees of the Assembly, or of the Justices of the supreme court.

Article 99.

No legislative act shall become law until it shall have received the approval of the National Assembly in three debates on separate days, a majority of the votes, and the sanction of the Executive.

Article 100.

The second debate on a law shall not be closed, nor shall the law be voted on in a third debate, without the presence of a majority of the members composing the Assembly.

Article 101.

After its approval by the assembly a bill shall go over to the Executive, and, if the latter likewise approve it, he will take steps to cause it to be promulgated as a law. If the Executive should not approve the bill, he shall return it to the assembly with a statement of his objections.

Article 102.

The Executive may avail himself of a term of six days in which to return any bill with his objections when the said bill shall consist of not more than fifty articles; of ten days, when the bill contains from fifty-one to two hundred articles, and of fifteen days when there are more than two hundred articles.

Article 103.

If the Executive should, at the expiration of those terms, have failed to return the legislative act with his objections, he shall be held to sanction and promulgate it; but if the assembly should take a recess before the expiration of the said terms, it shall be the duty of the Executive to publish the bill whether approved or objected to within ten days after that on which the National Assembly may have closed its sessions.

Article 104.

All bills objected to in their entirety by the Executive shall be returned to the Assembly for a third debate; those objected to in part only will be reconsidered in second debate for the sole purpose of taking the objections of the Executive into account.

Article 105.

The Executive shall sanction every bill which, having been reconsidered, shall be passed by a two-thirds vote of the deputies present at the debate, provided always that their number be not less than that required for a quorum. || Should the Executive object to a bill on the ground of unconstitutionality, and the National Assembly insist upon pressing it, the bill should be referred to the supreme court of justice for the final decision of the latter body as to the validity of the law. If the decision should be in the affirmative, the Executive shall be bound to sanction and promulgate the law; if in the negative, the bill shall be laid aside.

Article 106.

If the Executive should fail in his duty of sanctioning the laws in the manner and under the conditions stipulated in this title, they shall be sanctioned and published by the President of the Assembly.

Article 107.

Every law shall be promulgated within six days after it shall have been sanctioned.

Article 108.

The laws may be accompanied by an explanatory statement, and their text shall begin with the following preamble: „The National Assembly of Panama decrees."

Article 109.

Bills that remain pending in the sessions of one year shall not be again taken up except as new bills in another legislature.

Title XI.

Public Prosecution.

Article 110.

Public prosecution shall be conducted by an attorney-general of the nation, by the public prosecutors and deputies, and by such other officers as the law may designate.

Article 111.

It shall be the duty of the officers of public prosecution to defend the interests of the nation; to see to the enforcement of the laws, execution of judicial sentences and administrative orders; to watch the official acts of public officials and to prosecute offenses and misdemeanors that disturb social order.

Article 112.

The term of office of attorney-general of the nation shall be four years.

Article 113.

The same qualifications as have been specified for justices of the supreme court shall be required for the office of attorney-general of the nation.

Article 114.

The special duties of the attorney-general of the nation shall be: || 1. To see to it that all the public officials in the service of the nation properly discharge their duties. || 2. To arraign before the supreme court such officials as must be tried by that body. || 3. To see to it that the other officers of public prosecution faithfully discharge their duties and to take appropriate action to hold them responsible for all derelictions committed by them. || 4. Freely to appoint and remove all his immediate subordinates. || And such other duties as the law may ascribe to him.

Title XII.

The National Treasury.

Article 115.

The Republic of Panama holds in ownership: || 1. All property within the territory that belonged, by whatsoever title, to the Republic of Colombia. || 2. The rights and stock that the Republic of Colombia owned within or without the country by reason of the sovereignty it exercised over the territory of the Isthmus of Panama. || 3. The property, revenues, lands, securities, rights and stock that belonged to the former Department of Panama. || 4. The vacant lands, salt deposits, lode and placer mines, or mines of any other character, and those of precious stones, without prejudice to lawfully acquired rights.

Article 116.

The power of issuing legal tender money, of whatever description, is vested in the nation and can not be transferred. There shall be no private bank of issue.

Article 117.

No paper money shall be made legal tender in the Republic. Consequently, any person may refuse any note or other certificate in which he has no confidence, whether it be of official or of private origin.

Article 118.

The landed property in the Republic shall not be transferable to foreign governments, except as stipulated in public treaties.

Article 119.

No expenditure of public money shall be made without authority of law. || Likewise no appropriation shall be applied by transfer to any item not provided for in the estimates.

Article 120.

Should the necessity arise to make an expenditure which in the judgment of the Executive cannot be avoided, during a recess of the National Assembly and for which no fund or an insufficient fund may have been appropriated, an additional or extraordinary allowance may be granted to the department concerned. Such allowance shall be granted by the cabinet council, under the joint responsibility of the whole cabinet, and an instrument shall be drawn up by which the allowance granted is to be fully justified. || The legalization of such allowances appertains to the National Assembly.

Article 121.

No indirect tax or increase of such taxes shall be collected until three months after the date of the promulgation of the law establishing such a tax or increase.

Title XIII.

Public Forces.

Article 122.

All citizens of Panama are bound to take up arms whenever demanded by public necessity for the defence of national independence and the institutions of the country. || The law will determine the conditions for exemption from military service.

Article 123.

The law shall organize the military service and the national police.

Article 124.

The nation may maintain a permanent army for its defence. Recruiting is and shall be prohibited.

Article 125.

The public forces are not a deliberative organization. They may assemble only by order from the proper authority, and may make petitions only on subjects relating to the good service and the morality of the army, and in accordance with the laws of their Establishment.

Article 126.

Crimes committed by military persons on active duty, or in connection with such duty, shall be taken cognizance of by courts-martial, or military courts, in accordance with the provisions of the Military Code.

Article 127.

The National Government alone may import and manufacture arms and munitions of war.

Title XIV.

Provinces.

Article 128.

There shall be in each province a governor, whose appointment and removal shall be at the pleasure of the President of the Republic, and whose powers and duties shall be defined by law.

Article 129.

There shall be in each municipal district a corporation that shall be styled municipal council and consist of the number of members determined by law and elected directly by popular vote.

Article 130.

Municipal districts are autonomous as to their internal affairs, but they cannot contract debts without the authorization of the National Assembly.

Article 131.

It shall be within the province of municipal councils to take, by means of their own resolutions or of regulations issued by technical boards or commissions, such dispositions as may be expedient for the goverment of the district; to vote local taxes and expenditures within

the bounds established by the fiscal system of the nation and to exercise such other functions as may be ascribed to them by law.

Article 132.

There shall be in each municipal district a mayor (alcalde) named in the manner to be provided for by law; who shall exert administrative powers in the capacity of agent of the Governor and mandatory of the people.

Title XV.

General Provisions.

Article 133.

Primary instruction shall be compulsory, and, when public, shall be free. There shall also be schools of arts and trades and institutions of secondary and professional instruction under Government control. || The law may decentralize public instruction and shall assign to it special revenues.

Article 134.

There shall be in Panama no office whose powers and duties shall not be particularized by law or regulations, and no puplic officer shall receive two or more salaries from the public treasury except under the provisions that may be made by law in special cases.

Article 135.

Ministers of the various religious denominations shall not hold any office, employment, or public trust in the Republic, whether personal, civil, or military, excepting such positions as are connected with charity or public instruction.

Article 136.

The Government of the United States of America may intervene in any part of the Republic of Panama to reestablish public peace and constitutional order in the event of their being disturbed, provided that that nation shall, by public treaty, assume or have assumed the obligation of guaranteeing the independence and sovereignty of this Republic.

Title XVI.

Revision of the Constitution.

Article 137.

This constitution may be amended through a legislative act drawn up in the usual form, submitted by the Government to the following

regular National Assembly for its final consideration, discussed anew by the latter and approved by two-thirds of the members constituting the Assembly.

Title XVII.

Transitory Provisions.

Article 138.

In order to secure for posterity a part of the pecuniary advantages derived from the negotiations for the construction of the interoceanic canal, the sum of six million *dollars* is hereby set aside for investment in securities bearing a fixed annual interest. The said investment shall be regulated by law.

Article 139.

The law may impose the death penalty only for the crime of murder when it is of an atrocious character, This, while there are no good penal establishments or real penitentiaries in the Republic.

Article 140.

The first president of the Republic shall be elected by the National Convention by a majority of the votes on the day of the promulgation of this constitution. He shall enter upon his office at once and discharge its duties until the 30th of September, 1908.

The „designados“ shall be elected on the same day as the president and their term shall expire on the 30th of September, 1906.

Article 141.

Any citizen may be elected first Constitutional President of the Republic of Panama who, although not a Panaman by birth, shall have taken an active part in securing the independence of the Republic.

Article 142.

As soon as this constitution shall have been sanctioned by the board of provisional government of the Republic, the convention shall lose its character as such and shall assume all the functions assigned to the National Assembly, the prohibition contained in Article 64 not applying to the delegates to the convention.

Article 143.

Before the date on which the first National Assembly is to meet, the constituent national convention shall again exercise the legislative

functions whenever it may be called in extraordinary session by the Executive.

Article 144.

The first National Assembly shall meet on the 1st of September, 1906.

Article 145.

All of the acts executed by the Board of Provisional Government from the third (3rd) of November, 1903, to the fifteenth (15th) of January of the present year, are hereby expressly ratified.

Article 146.

Existing monopolies and other privileges shall continue until the expiration of their respective legal contracts, unless it is possible to reach equitable agreements with the concessionaries for their immediate termination.

Article 147.

All laws, decrees, regulations, orders or other dispositions which may be in force at the time this constitution is promulgated, shall continue to be observed unless they are contrary to it or to the laws of the Republic of Panama.

Article 148.

This constitution shall take effect, as far as the supreme branches (powers) of the Government are concerned from the day on which it is sanctioned; and as far as the Republic is concerned, fifteen days after its publication in the Official Gazette. || Given in the city of Panama, on the thirteenth day of February, nineteen hundred and four.

Pablo Arosemena,
President of the National Constituent Convention,
Delegate from the Province of Panamá.

Luis de Roux,
First Vice-President of the National Constituent Convention,
Delegate from the Province of Panamá.

H. Patiño,
Second Vice-President of the National Constituent Convention,
Delegate from the Province of Panamá.
(Unterschriften der Provincial-Delegierten.)

Nr. 13928. GROSZBRITANNIEN und FRANKREICH. Abgrenzung der beiderseitigen Gebiete des Golf von Guinea am Niger.

Paris, 19. Oktober 1906.

Délimitation entre les possessions françaises et anglaises du golfe de Guinée au Niger.

I.

Partant du rivage du golfe de Guinée au point où il est coupé par le méridien passant par le milieu de l'embouchure de la rivière Ajara là où elle se jette dans la lagune de Porto-Novo, la frontière se dirige vers le nord le long de ce méridien jusqu'à ce qu'elle atteigne le milieu de l'embouchure de la rivière Ajara. || 2. De là elle suit la ligne droite la plus courte jusqu'au thalweg de la rivière Ajara. || 3. De là elle remonte le thalweg de la rivière Ajara dont le cours supérieur est appelé l'Igouidi (Iguidi) jusqu'au ravin entrant dans la rivière par le nord immédiatement à l'ouest d'Idiroko, laissant la ville d'Idiroko à la colonie de Lagos. || 4. De là elle suit le ravin jusqu'à son extrémité nord. || 5. De là elle suit une ligne tracée jusqu'à un point sur le côté nord de la route la plus courte d'Ilashé (Ilashe) à Ikpaboro sur la rive droite (ouest) de la rivière Iguiraoun (Igirawun). || 6. De là elle remonte à 200 mètres au nord de la route, puis se dirige vers l'ouest parallèlement à la route à 200 mètres de distance de celle-ci jusqu'à 200 mètres à l'est de la première route bifurquant vers le nord dans la direction d'Ikotoun (Ikotun) et suit ensuite cette route vers le nord jusqu'à Ikotoun (Ikotun) en se maintenant à 200 mètres à l'est de cette route et parallèlement à celle-ci. || 7. De là elle suit une route passant par les localités ci-après, jusqu'à la rivière Amidou (Amidu) en restant toujours du même côté et à la même distance de cette route: Ikotoun (Ikotun), Ilagbo (Idagbon), Bado (Igbado), Ogouissou (Modogan), Agangan, continuant jusqu'à la rivière Amidou (Amidu) le long de la route d'Ibayan (Ibeyun). Ikotoun (Ikotun), Ilagbo (Idagbon), Ilore, Isagbano, Okoko, Bado (Igbado) et Ogouissou (Modogau) sont en territoire français. || 8. Arrivée au thalweg de la rivière Amidou (Amidu) la frontière le suit en amont jusqu'à un point situé à 200 mètres et à l'ouest de la route. || 9. De ce point elle se dirige parallèlement à la route qui passe par Ibayan (Ibeyun) et Manjano, restant toujours du même côté de cette route jusqu'à son intersection avec la rivière Ibou (Ibu). Ohoumbe (Ohumbe), Ibayan (Ibeyun) et Manjano sont en territoire britannique. || 10. De là elle suit le thalweg de la rivière Ibou (Ibu) en aval jusqu'à sa jonction avec la rivière Bourou (Buru), laissant Issale

(Isale) en territoire français, et Isouko (Isuku) et Aso (Asa) en territoire britannique. || 11. De là elle suit le thalweg de la rivière Bourou (Buru) laissaint Illemon (Ilimon) en territoire français, jusqu'à un point à 200 mètres au delà du pont qui franchit cette rivière sur la route venant d'Illemon (Ilimon) || 12. De ce point la frontière suit une ligne parallèle à la route et distante de 200 mètres de celle-ci jusqu'à un point auquel, après avoir dépassé Ichada (Ishada), Ibokofi (Mokofi), Ibiyan (Ibeyan) et Tabolo qui sont tous en territoire britannique, elle coupe la rivière Gauna (Igunu). || 13. De là elle se dirige droit au nord jusqu'à un point à 200 mètres au sud de la route de Ketou (Ketu) à Idofa par Itagbé (Alagbe) cette dernière localité étant en territoire français. || 14. De là elle se dirige à l'est parallèlement à cette route jusqu'à la rivière Yéoua (Yewa). || 15. De là elle remonte le thalweg de la rivière Yéoua (Yewa) jusqu'à un point à 200 mètres au-dessous de l'intersection de cette rivière avec la route partant d'Idanhim (Idanyin) dans la direction du nord, laissant Idofa et Meko en territoire britannique et Likimon (Ilikimo), Idanhim (Idanyín), Idjalou (Ijalu) et Selou (Iselu) en territoire français. || 16. De là elle se dirige vers le nord suivant une ligne parallèle à la route et distante de 200 mètres de celle-ci, laissant la route en territoire français, jusqu'à ce qu'elle rencontre le thalweg de la rivière Ocpara (Okpara). || 17. De là elle suit le thalweg de la rivière Ocpara (Okpara) en remontant jusqu'à un point où le thalweg est coupé par une ligne tracée au nord de la plus méridionale des deux routes entre Tabira et Ouoira (Weria) parallèlement à cette route et à une distance d'un kilomètre. || 18. De là elle suit cette ligne dans la direction de l'est jusqu'à un point à 5 kilomètres du mur ou enceinte du village de Tabira.. || 19. De là elle se dirige en ligne droite jusqu'à un point situé à 5 kilomètres du mur de Tabira sur la route septentrional de Tabira à Ouoria (Weria). || 20. De là en ligne droite jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du mur de Tabira sur la route de Tabira à Tandou (Tandu). || 21. De là en ligne droite jusqu'à un point situé à 5 kilomètres du mur de Tabira sur la route directe de Tabira à Kabo. || 22. De là en ligne droite jusqu'à un point situé à 5 kilomètres du mur de Tabira et à 1 kilomètre de la route de Tabira à Kénou (Kenu) perpendiculairement à cette route et au nord de celle-ci. || 23. La frontière suit ensuite une ligne parallèle à la route directe de Tabira à Kénou (Kenu) au nord et à 1 kilomètre de cette route jusqu'à un point situé à 2,100 mètres du mur ou enceinte du village de Kénou. || 24. De là une ligne droite jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du mur de Kénou (Kenu) sur la route de Kénou (Kenu) à Kabo. || 25. De là une ligne droite jusqu'à un point situé à 8 kilomètres et demi du centre de la ville d'Okouta (Okuta)

sur la route d'Okouta (Okuta) à Kabo. || 26. De là la frontière suit la circonférence d'un cercle de 8 kilomètres et demi de rayon ayant pour centre le centre de la ville d'Okouta (Okuta) jusqu'à un point situé à 1 kilomètre de la route directe d'Okouta (Okuta) à Boria mesuré à l'ouest de la route et perpendiculairement à celle-ci. || 27. De là elle se dirige parallèlement à la route d'Okouta (Okuta) à Boria à une distance d'un kilomètre et à l'ouest de cette route, jusqu'à un point situé à 6 kilomètres du mur du village de Boria. || 28. De là elle suit une ligne droite jusqu'à un point situé à 4 kilomètres de Boria sur la route de Boria à Ouandou (Wandu). || 29. De là elle suit une ligne droite jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du mur du village de Chuya (Siia) sur la route de Chuya (Siia) à Sandilo (Sandiru) et Diguidourou (Digiduru). || 30. De là en droite ligne jusqu'à un point situé à 4 kilomètres de Chuya (Siia) sur la route directe de Chuya (Siia) à Tinra (Tera). || 31. De là en droite ligne jusqu'à un point situé à un kilomètre de l'intersection de la rivière Grande Chira (Shira) par la route directe de Chuya (Siia) à Goré (Guri) distance mesurée perpendiculairement à cette route et à l'ouest de celle-ci. || 32. De là la frontière se dirige parallèlement à la route de Chuya (Siia) à Goré (Guri) à l'ouest de cette route, et à une distance d'un kilomètre de celle-ci jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du centre du village de Goré (Guri). || 33. De là elle suit à l'ouest de Goré (Guri) la circonférence d'un cercle de 4 kilomètres de rayon décrit avec le centre du village comme centre jusqu'à un point situé à 1 kilomètre de la route de Goré (Guri) à Yassikéré (Yashikira) distance mesurée perpendiculairement à cette route et à l'ouest de celle-ci. || 34. De là elle se dirige parallèlement à la route de Goré (Guri) à Yassikéré (Yashikira) à 1 kilomètre à l'ouest de celle-ci jusqu'à un point situé à 8 kilomètres du centre de Yassikéré (Yakishira). || 35. De là elle suit à l'ouest de Yassikéré (Yashikira) la circonférence d'un cercle de 8 kilomètres de rayon décrit avec le centre de Yassikéré (Yashikira) comme centre, jusqu'à un point situé à 8 kilomètres du centre de Yassikéré (Yashikira), sur la route de Yassikéré (Yashikira) à Niki (Nikki). || 36. De ce point la frontière suit une ligne tangente à un cercle de 4 kilomètres de rayon ayant Grand-Bété comme centre et du côté du nord-ouest jusqu'au point où la tangente rencontre la circonférence du cercle. || 37. De là elle se dirige en ligne droite jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du mur de Grand-Bété à une distance d'un kilomètre de la route directe de Grand-Bété à Garoussi (Karunzi) mesurée perpendiculairement à cette route et au nord-ouest de celle-ci. || 38. De là elle se dirige parallèlement à la route de Grand-Bété à Garoussi (Karunzi) à une distance d'un kilomètre à l'ouest de cette route, jusqu'à un point

situé à 4 kilomètres du mur du village de Garoussi (Karunzi). || 39. De là en ligne droite jusqu'à un point situé à l'ouest franc de Garouss (Karunzi) à 4 kilomètres du mur de ce village. || 40. De là elle se dirige directement jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du mur de Garoussi (Karunzi) et à une distance d'un kilomètre de la route Garoussi (Karunzi) à Kenombé (Kenumbé) mesurée perpendiculairement et au nord-ouest de cette route. || 41. De là elle se dirige parallèlement à la route directe de Garoussi (Karunzi) à Kenombé (Kenumbé) à l'ouest et à une distance d'un kilomètre de cette route jusqu'à un point situé à 4 kilomètres du centre du village de Kenombé (Kenumbé). || 42. De là elle suit à l'ouest de Kenombé (Kenumbé) la circonférence d'un cercle de 4 kilometrès de rayon décrit avec le centre de Kenombé (Kenumbé) comme centre jusqu'à un point situé à une distance d'un kilomètre et à l'ouest de la route de Kenombé (Kenumbé) à Bessi (Bési) mesurée perpendiculairement à cette route. || 43. De là elle se dirige parallèlement à la route de Kenombé (Kenumbé) à Bessi (Bési) à l'ouest et à une distance d'un kilomètre de cette route jusqu'à un point situé à 8 kilomètres du centre de Bessi (Bési). || 44. De là elle suit à l'ouest de Bessi (Bési) la circonférence d'un cercle de 8 kilomètres de rayon décrit autour du centre de Bessi (Bési) comme centre jusqu'à l'intersection de cette circonférence avec la route de Bessi (Bési) à Sakamandji (Sakamanji). || 45. De là elle se dirige en droite ligne jusqu'à un point situé à 12 kilomètres du mur ou enceinte de Dekala sur la route de Dekala à Lou (Lu) et Daganzi. || 46. De là en droite ligne jusqu'à un point situé sur la route de Dekala à Gaodgi (Gauzhi) à une distance de 3 kilomètres et demi du centre de Gaodgi (Gauzhi). || 47. De là elle suit à l'est de Gaodgi (Gauzhi) la circonférence d'un cercle de 3 kilomètres et demi de rayon décrit autour du centre de Gaodgi (Gauzhi) comme centre jusqu'à un point à 1 kilomètre de la route de Gaodgi (Gauzhi) à Basso distance mesurée perpendiculairement à la route et au sud de celle-ci. || 48. De là elle se dirige parallèlement à la route de Gaodgi (Gauzhi) à Basso au sud-est et à une distance d'un kilomètre de cette route, jusqu'à un point situé à 5 kilomètres de Basso. || 49. De là elle suit une ligne partant de ce point au sud-ouest de Lousi (Lusi) et tangente à un cercle de 3 kilomètres et demi de rayon décrit autour du centre de la ville de Lousi (Lusi) comme centre. Elle continue le long de cette tangente jusqu'à son intersection avec une ligne perpendiculaire à la route de Lousi (Lusi) à Babanna cette perpendiculaire partant du point situé à mi-chemin entre Lousi (Lusi) et Babanna. || 50. De là elle suit cette perpendiculaire jusqu'au point situé à mi-chemin entre Lousi (Lusi) et Babanna. || 51. De là elle se dirige en droite ligne

jusqu'à un point situé à 5 kilomètres de Lousi (Lusi) et à 1 kilomètre à l'est de la route de Lousi (Lusi) à Nagandgi (Nanganzi). || 52. De là elle se dirige parallèlement à la route de Lousi (Lusi) à Nagandgi (Naganzi) à l'est et à une distance d'un kilomètre de cette route, coupe la route de Babanna à Nagandgi (Naganzi) et se dirige parallèlement à cette dernière route et à 1 kilomètre à l'est, jusqu'à un point situé 4 kilomètres du centre du village de Nagandgi (Naganzi) et à 1 kilomètre à l'est de la route de Babanna à Nagandgi (Naganzi). || 53. De là elle suit à l'ouest de Nagandgi (Naganzi) la circonférence d'un cercle de 4 kilomètres de rayon décrit autour du centre de Nagandgi (Naganzi) comme centre jusqu'au point sud-est de Nagandgi (Naganzi) où ce cercle est touché par la plus longue tangente commune à ce cercle et à un autre cerle de même rayon décrit autour du centre du village de Kouré (Kudé) comme centre. || 54. De là elle suit cette tangente jusqu'à ce qu'elle touche à la circonférence du cercle décrit autour de Kouré (Kudé). || 55. De là elle suit ce cercle jusqu'à un point situé à l'est et à 1 kilomètre de la route de Kouré (Kudé) à Kankari (Kankali), la distance étant mesurée perpendiculairement à la route. || 56. De là elle suit une ligne parallèle à la route de Kouré (Kudé) à Kankari (Kankali) à 1 kilomètre à l'est de cette route, jusqu'à un point situé à 5 kilomètres du centre de Kankari (Kankali). || 57. De là elle suit à l'est de Kankari (Kankali) la circonférence d'un cercle de 5 kilomètres de rayon, décrit autour du centre du village de Kankari (Kankali) comme centre, jusqu'à ce qu'elle rencontre à l'est la plus longue tangente commune à ce dernier cercle et à un autre cercle de 4 kilomètres de rayon décrit avec Gouri-Saré (Gusin-Sura) comme centre. || 58. De là elle suit cette tangente commune jusqu'à son intersection avec la plus longue tangente commune à ce dernier cercle et à un autre de 5 kilomètres de rayon décrit avec Dako (Daku) comme centre. || 59. De là elle suit cette dernière tangente jusqu'à son intersection avec la circonférence du cercle de 5 kilomètres de rayon décrit autour de Dako (Daku). || 60. De là elle suit la circonférence de ce cercle, toujours à l'est de la route de Segbana à Samia, jusqu'à un point situé à 1 kilomètre de la route de Dako (Daku) à Samia et à l'est de cette route. || 61. De là elle suit une ligne parallèle à la route de Dako (Daku) à Samia à une distance d'un kilomètre à l'est de cette route jusqu'à l'intersection de ladite ligne parallèle avec le thalweg de la rivière Oua (Wan). || 62. De là elle suit le thalweg de la rivière Oua (Wan) en amont jusqu'à son intersection avec une ligne passant par les deux points ci-après: — | (1.) Un point situé à 3 kilomètres à l'ouest franc de l'intersection de la rivière Oua (Wan) et de la route de Dako (Daku) à Samia. || (2.) Un point

situé sur la route d'Ilo à Lougou (Lugu) à 37 kilomètres de l'enceinte ou mur d'Ilo, la distance étant mesurée le long de la route. || 63. De là elle suit cette ligne jusqu'au point sus-mentionné sur la route d'Ilo à Lougou (Lugu). || 64. De là elle se dirige en droite ligne jusqu'à un point à 8 kilomètres au sud et à 23 degrés à l'ouest franc du massif de pierres situé à la jonction des routes de Madikalé (Madekale) à Tuandi et de Madikalé (Madekale) à Lolo, lequel massif est à environ 3,000 mètres au sud du fleuve Niger. || 65. De là une ligne droite jusqu'au massif mentionné au paragraphe 64 et de là la même ligne droite se prolonge jusqu'à ce qu'elle s'arrête à son intersection avec la ligne médiane du fleuve Niger.

II.

La direction générale de la ligne frontière est indiquée sur les cartes annexées au présent arrangement mais dans le cas où quelque divergence serait découverte entre la ligne telle qu'elle est décrite ci-dessus et telle qu'elle est représentée sur les cartes, c'est la description qui sera considérée comme faisant foi.

III.

Les villages situés à proximité de la frontière conserveront le droit d'user des terres arables, des pâturages, des sources et des abreuvoirs dont ils ont usé jusqu'à présent, même dans le cas où ces terres arables, ces pâturages, ces sources et ces abreuvoirs seraient situés sur le territoire d'une des puissances et le village sur le territoire de l'autre puissance.

Nr. 13929. **RUSZLAND und JAPAN.** Eisenbahnabkommen.

Petersburg, $\frac{\text{31. Mai}}{\text{13. Juni}}$ 1907.

Convention provisoire concernant le service de raccordement des chemins de fer japonais et russes en Manchourie.

Le Gouvernement Impérial du Japon et le Gouvernement Impérial de Russie, ayant résolu de conclure une Convention concernant le service de raccordement des chemins de fer japonais et russes en Manchourie, conformément aux dispositions de l'article VIII du Traité de Paix signé entre eux à Portsmouth le 5 Septembre/23 Août 1905, les soussignés, Itchiro Motono, Docteur en Droit, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire du Japon, et le Maître de la Cour Impériale Alexandre Iswolsky, Ministre des Affaires Etrangères de Russie, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont arrêté d'un commun

accord, à titre provisoire, les articles suivants. || Pour celles des dispositions dans cette Convention qui concernent la Compagnie du chemin de fer Sud Manchourien, d'une part, et la Compagnie du chemin de fer Chinois de l'Est, de l'autre, les deux Gouvernements s'engagent mutuellement à prendre les mesures nécessaires pour assurer leur exécution ponctuelle par les dites Compagnies.

Article I.

La jonction des sections des deux chemins de fer se fera sur la ligne limitrophe de la station de Kouantchentsy du chemin de fer Chinois de l'Est. La Compagnie du chemin de fer Sud Manchourien prolongera sa ligne à voie de largeur adoptée par ce chemin de fer, de la station de Tchantchoun du dit chemin de fer jusqu'à la limite de la station de Kouantchentsy du chemin de fer Chinois de l'Est, et la Compagnie du chemin de fer Chinois de l'Est construira une ligne de la même largeur en continuation du prolongement de la ligne japonaise construite par la Compagnie du chemin de fer Sud Manchourien jusq'au quai de la station russe de Kouantchentsy. La Compagnie du chemin de fer Chinois de l'Est construira, en prolongement de sa ligne, un chemin de fer à voie large de 1 mêtre 524 (voie russe de 5 pieds anglais) partant du quai de la station russe de Kouantchentsy jusqu'à la limite de cette station, et la Compagnie du chemin de fer Sud Manchourien construira une ligne de la même largeur en continuation du prolongement du chemin de fer russe construit par la Compagnie du chemin de fer Chinois de l'Est jusqu'au quai de la station japonaise de Tchantchoun. || Le point de jonction des deux sections des chemins de fer japonais et russes et les plans de cette jonction seront arrêtés d'un commun accord entre les deux Compagnies.

Article II.

La Compagnie du chemin de fer Sud Manchourien, ainsi que la Compagnie du chemin de fer Chinois de l'Est établiront, outre la jonction de leurs lignes, une communication directe des passagers et des marchandises, ainsi que toutes les installations nécessaires pour effectuer, avec la moindre perte de temps et aux moindres frais possibles, le transbordement des marchandises aux stations terminales rendu nécessaire par la différence de largeur de la voie. || Chacune des Compagnies se réserve le droit d'arrêter les plans de construction dans la limite de son propre terrain.

Article III.

Chacune des deux Compagnies prendra à sa charge tous les travaux mentionnés dans les articles I et II de la présente Convention qui leur reviennent respectivement, et ces travaux seront achevés par les Compagnies dans le plus bref délai possible et simultanément, autant que faire se pourra.

Article IV.

L'entretien des voies, des installations de transmission et de transbordement et des autres dépendances sur le terrain de chaque chemin de fer sera respectivement à la charge des Compagnies.

Article V.

Le trafic entre le chemin de fer Sud Manchourien et le chemin de fer Chinois de l'Est sera établi conformément aux conditions suivantes: || Les trains de voyageurs du chemin de fer Sud Manchourien avec les passagers, leurs bagages et autres objets transportés par ces trains suivront la voie japonaise jusqu'à la station russe de Kouantchentsy, et les trains de voyageurs du chemin de fer Chinois de l'Est avec les passagers, leurs bagages et autres objets transportés par ces trains suivront la voie russe jusqu'à la station japonaise de Tchantchon. || Les trains du chemin de fer Sud Manchourien chargés de marchandises à destination de la ligne Chinoise de l'Est arriveront sur la voie japonaise jusqu'à la station russe de Kouantchentsy, où s'effectueront la remise et le transbordement de ces marchandises au chemin de russe, et les trains du chemin de fer Chinois de l'Est chargés de marchandises à destination de la ligne Sud Manchourienne arriveront sur la voie russe jusqu'à la station japonaise de Tchantchoun, où s'effectueront la remise et le transbordement de ces marchandises au chemin de fer japonais.

Article VI.

Les horaires du mouvement des trains, en vue du raccordement des deux chemins de fer, seront arrêtés d'un commun accord par les administrations des deux Compagnies de chemin de fer.

Article VII.

Les taxes des voyageurs et des marchandises pour le parcours entre les deux stations terminales seront percues: dans la direction du Sud au Nord, conformément aux tarifs en vigueur pour la ligne du chemin de fer Sud Manchourien, et dans la direction du Nord au Sud, conformément aux tarifs en vigueur pour la ligne du chemin de fer Chinois de l'Est. |

La répartition des sommes perçues pour le transport sur les lignes des deux Compagnies sera faite d'après un accord conclu entre les administrations des deux Compagnies.

Article VIII.

Chacune des deux Compagnies jouira à titre gratuit et réciproque de la ligne de raccordement et des installations affectées au service de transbordement appartenant à l'autre.

Article IX.

Les deux Compagnies de chemin de fer organiseront un service de trains mutuellement coordonné et suffisant pour assurer le trafic régulier des voyageurs et des marchandises et établiront des règlements et dispositions pour le service de l'exploitation, en tout conformes aux intérêts de ce service.

Article X.

Toutes les dispositions ultérieures découlant de la présente Convention et concernant le service des trains, le transport des voyageurs, le transbordement des marchandises et le service des signaux etc., seront réglés par un arrangement spécial entre les deux Compagnies, dûment approuvé par les Gouvernements respectifs. L'usage mutuel des moyens de transport, les relations entre le personnel des deux chemins de fer, ainsi que le mode de fixation de la quotepart afférente à chaque administration dans la répartition des recettes seront réglés ultérieurement par des arrangements semblables.

Article XI.

Dans tous les cas, où les administrations des deux chemins de fer ne pourront s'entendre sur les points prévus par la présente Convention ou en général sur tous les autres points concernant leurs relations réciproques mentionnées dans cet acte, les différends seront réglés par décision des deux Gouvernements respectifs prise en commun après un échange de vues entre eux à ce sujet. || En foi de quoi l'Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire du Japon et le Ministre des Affaires Etrangères de Russie ont signé la présente Convention provisoire et y ont apposé leurs sceaux. || Fait à St. Pétersbourg en double exemplaire le treizième jour du sixième mois de la quarantième année de Meiji, correspondant au 31 Mai/13 Juin 1907.

I. Motono. Iswolsky.

Articles additionnels.

1. Le Gouvernement Impérial Japonais et le Gouvernement Impérial Russe désirant établir une communication directe des voyageurs et des marchandises sur les différentes lignes de chemin de fer japonaises et russes s'engagent à faciliter la conclusion, dans le plus bref délai possible, d'un arrangement spécial à cet effet. || 2. Les soussignés, Itchiro Motono, Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire du Japon, et Alexandre Iswolsky, Ministre des Affaires Etrangères de Russie, étant tombés d'accord pour l'adoption de l'article V de la Convention provisoire du service de raccordement des chemins de fer, en attendant la construction de la ligne de chemin de fer de Tchantchoun à Girin, il est entendu entre les deux Hautes Parties Contractantes que lorsque la dite ligne sera construite, le transfert des voyageurs venant du Nord par le chemin de fer Chinois de l'Est et se rendant soit dans la direction de Girin, soit dans la direction de Taïren, ainsi que le transfert des voyageurs venant soit par la ligne de Girin, soit par la ligne du Sud Manchourien et se rendant dans la direction du Nord se feront à la station japonaise de Tchantchoun. A cet effet un arrangement spécial sera conclu ultérieurement entre les Compagnies intéressées. || 3. En vue de faire fonctionner le raccordement des chemins de fer en Manchourie, avant même l'achèvement des travaux prévus dans la Convention provisoire signée ce jour, la Compagnies du chemin de fer Sud Manchourien construira une station provisoire à proximité de la station russe de Kouantchentsy, et les deux Compagnies établiront, chacune de son côté, les installations nécessaires pour la transmission des voyageurs, colis, bagages et autres objets transportés par les trains de voyageurs et le transbordement des marchandises entre la station provisoire japonaise et la station russe de Kouantchentsy. || Fait à St. Pétersbourg en double exemplaire le treizième jour du sixième mois de la quarantième année de Meiji, correspondant au 31 Mai/13 Juin 1907.

I. Motono. Iswolsky.

Nr. 13930. **PFORTE und BULGARIEN.** Handels- und Zollvertrag.

L'Arrangement Commercial et Douanier, conclu en date du 15 Décembre 1900, ayant aidé au développement des relations commerciales entre l'Empire Ottoman et la Principauté de Bulgarie, il a été convenu, de part et d'autre, en vue d'assurer un nouvel essor à ces relations, de modifier et d'amplifier le susdit Arrangement. || A cet effet, le Gouverne-

ment Impérial et le Gouvernement de la Principauté de Bulgarie ont nommé leurs Délégués respectifs: || pour la Sublime Porte: || Son Excellence Hassan Fehmi Pacha, Directeur Général des Contributions Indirectes, || Son Excellence Ibrahim Hakky Bey, Conseiller Légiste de la Sublime Porte, || Son Excellence Mehmed Ali Bey, Conseiller Légiste de la Sublime Porte, || pour le Gouvernement de la Principauté de Bulgarie: || Son Excellence Monsieur Iwan S. Guechow, Agent de la Principauté de Bulgarie près la Sublime Porte, || et Monsieur Yanko Tchakalof, Chef de la Section des Contributions Indirectes au Ministère Princier des Finances, || lesquels, dûment autorisés, ont élaboré et signé aujourd'hui, samedi, trente Décembre mil neuf cent six, le présent Arrangement Commercial et Douanier entre l'Empire Ottoman et la Principauté de Bulgarie.

Article I.

Les marchandises d'origine et de manufacture ottomanes, énumérées dans les Annexes I et II jointes au présent Arrangement, entreront en Bulgarie et en Roumélie Orientale en franchise de droits de douane. || De même, les marchandises d'origine et de manufacture bulgares, énumérées dans les Annexes III et IV, jouiront de la même franchise, à leur entrée dans la Capitale et dans les Provinces de l'Empire.

Article II.

Les marchandises d'origine et de manufacture ottomanes et bulgares énumérées dans les Annexes V, VI, VII, VIII, IX et X, payeront — à leur entrée dans le Territoire d'importation — les droits douaniers, l'accise et l'octroi y énumérés. Elles bénéficieront également de toute réduction de droit de douane qui est ou qui serait accordée aux marchandises similaires les plus favorisées de tout autre pays.

Article III.

Les marchandises d'origine et de manufacture ottomanes et bulgares, non énumérées dans les Annexes I à X mentionnées aux deux Articles précédents, seront soumises, à leur entrée dans les Territoires respectifs, aux droits douaniers perçus sur les marchandises similaires les plus favorisées des pays étrangers. || Il est, toutefois, entendu que les deux Parties se réservent d'apporter aux Annexes précitées, d'un commun accord, des amplifications propres à favoriser le commerce des produits du sol ou de l'industrie qui ne s'y trouvent pas actuellement énumérés.

Article IV.

Le sel, le tabac, l'alcool, la bière, et les boissons alcooliques de toutes espèces resteront soumis au régime actuellement en vigueur ou à tout

autre régime spécial appliqué aux produits sus-indiqués, sans distinction de provenance.

Article V.

Seront admis en franchise les sacs, fûts, futailles, bouteilles et en général les récipients d'usage de toute sorte, couvertures de défense ou de protection (bâches) et autres moyens d'emballage, ainsi que ensouples, rouleaux en bois et en carton et autres objets de ce genre, importés du Territoire de l'une des Parties Contractantes pour servir à l'exportation de marchandises dans le Territoire de l'autre ou qui sont réimportés du Territoire de l'autre après avoir servi évidemment à l'exportation.

Article VI.

Les marchandises d'origine ou de fabrication ottomanes étant exemptes de droits de transit en Bulgarie, il ne sera prélevé sur les marchandises d'origine ou de fabrication bulgares ni droit de transit, ni aucune autre taxe analogue, lorsque ces marchandises ne font que transiter par l'Empire, soit directement, soit que, pendant le transit, elles aient été déchargées, déposées ou rechargées. || Il est, en outre, entendu que les marchandises d'origine et de manufacture des deux Parties ne seront soumises, lors de leur transport d'un port dans l'autre, par voie de terre ou de mer, à aucune autre taxe que celles auxquelles sont soumis les produits similaires les plus favorisés des pays étrangers.

Article VII.

Pour tout ce qui concerne les formalités douanières relatives à l'importation, l'exportation, le transit, la réexportation, le transbordement, l'entreposage, le courtage, la garantie des droits et taxes douanières, les analyses chimiques, le transport et toute manipulation sur chemin de fer, le chargement et déchargement des marchandises, — y compris les animaux et les débris d'animaux, — dans les ports et gares, le mode de perception des taxes et droits et, en général, pour toutes les opérations douanières par terre et par mer, — il est entendu que les marchandises respectives jouiront du traitement le plus favorable en vigueur dans le Territoire des deux Parties.

Article VIII.

Les Administrations compétentes respectives devront prévenir, par tous les moyens en leur pouvoir, la constitution des dépôts frauduleux dans le rayon frontière; en outre, elles s'engagent à coopérer, par des moyens convenables et efficaces, pour empêcher et punir la contrebande dirigée contre leur Territoire; à accorder, à cet effet, toute assistance

légale aux employés de l'autre Partie Contractante chargés de la surveillance; à les aider et à leur faire parvenir — par les employés de Finances et de Police, ainsi que par les Autorités locales en général — toutes les informations dont ils auront besoin pour l'exercice de leurs fonctions.

Article IX.

Les objets passibles d'un droit de douane qui seront importés comme échantillons par les négociants, fabricants ou industriels, ou par des voyageurs à leur service, seront, de part et d'autre, admis en franchise de droit, à la condition que les importateurs fournissent les garanties règlementaires en vigueur dans le pays d'importation; que ces objets, sans avoir été vendus, soient réexportés dans un délai de six mois, et que l'identité des objets importés et réexportés ne soit pas douteuse, quel que soit, du reste le Bureau de Douane par lequel ils passent à leur sortie.

Article X.

La Bulgarie n'imposera pas de droits d'accise sur les articles d'importation ottomane, dont l'énumération suit: || fruits frais ou secs cire; *tahin*; vallonnée; sésame; bois de construction; olives en paniers et en barils; cuir pour semelles; savons non parfumés; mouchoirs à tête dits *yazmas*; poissons frais, secs, séchés, salés et fumés; légumes de toute sorte, frais ou secs; tissus de toute espèce, de lin, de coton, de laine et de soie. || Les confitures; bonbons, dragées et fruits glacés; *rahat-locoums* de toute sorte; le *helva* de *pekmez*, ainsi que le *helva* de toute sorte, y compris le *koz-helvassi* (nougat); les huiles végétales de toutes sortes et les raisins secs de toutes sortes, d'importation ottomane, payeront, en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale, les taxes indiquées dans les Annexes IX et X. || Le poisson frais de provenance bulgare continuera à être soumis au droit du „*miri*" dans la Capitale et les Provinces de l'Empire. De même, le poisson frais de provenance ottomane sera assujetti, en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale, à un „droit de pêche" équivalent.

Article XI.

Les marchandises d'origine ou de manufacture ottomanes ne payeront, en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale, ni droits d'octroi, ni d'autres taxes intérieures quelconques, excepté ceux payés actuellement pour les produits similaires d'origine ou de manufacture indigènes. || De même, les marchandises d'origine et de manufacture bulgares et de la Roumélie Orientale ne payeront, à leur entrée en Turquie, aucun autre droit ou taxe que ceux payés actuellement pour les produits indigènes de l'Em-

pire. || Les deux Parties Contractantes s'engagent à ne créer aucune autre nouvelle taxe intérieure ni augmentation de droits sur les marchandises provenant de l'Empire ni sur celles provenant de la Principauté de Bulgarie et de la Roumélie Orientale. Elles s'engagent, en outre, à s'accorder réciproquement toute réduction ou suppression éventuelle des taxes intérieures existantes dont bénéficieraient les marchandises indigènes.

Article XII.

Les Parties Contractantes s'engagent à ne pas entraver le commerce réciproque par des prohibitions quelconques d'importation ou de transit. || Il est fait exception à cette règle; || 1° pour les monopoles d'Etat actuellement en vigueur ou qui pourraient être établis á l'avenir; || 2° par rapport aux provisions de guerre ou pour des raisons de sûreté publique; || 3° par égard à l'hygiène publique, et en vue de la protection des plantes utiles contre les maladies, les insectes et les parasites nuisibles; || 4° par égard à la Police Sanitaire et Vétérinaire.

Article XIII.

Sans porter préjudice aux arrangements spéciaux concernant le traitement douanier du trafic sur les chemins de fer, il est convenu que les marchandises qui sont soumises sur les Territoires de l'une des Parties au traitement de l'acquit-à-caution et qui, pour cette même raison ou pour une autre, y ont déjà été mises sous scellés, ne seront point déballées dans les Territoires de l'autre Partie et les scellés et plombs trouvés intacts ne seront pas remplacés, pourvu que l'on ait satisfait aux exigences du contrôle. || En général, les formalités du Service Douanier entre les deux Pays, seront réglées d'après des principes identiques et seront simplifiées autant que possible; il sera pourvu, de part et d'autre, à une expédition régulière et prompte dans les Bureaux de Service fixés en nombre suffisant.

Article XIV.

Pour pouvoir jouir de la franchise des droits et de la taxation réduite stipulées aux Articles I et II du présent Arrangement, les marchandises d'origine et de manufacture ottomanes et bulgares énumérées dans les Annexes I—IX, doivent être importées du pays d'origine directement par voie de terre, de chemin de fer ou par mer, sauf le cas du passage des marchandises par un territoire étranger, auquel cas elles pourront bénéficier desdites franchise et taxation réduites, pourvu toutefois qu'elles ne soient pas entrées dans les entrepôts du territoire précité

et que, pendant le transit, elles ne soient déchargées, ni transbordées, ni n'aient subi aucune autre manipulation.

Article XV.

Les produits respectifs énumérés aux Annexes II, IV, V, VI, VII, VIII, IX et X du présent Arrangement, jouiront du traitement différentiel ou de faveur y afférent, à la condition d'être accompagnés de Certificats d'Origine, conformément au mode ci-dessous, et dressés sur le modèle de l'Annexe XI. || Pour les articles d'origine ottomane dénommés dans les Annexes V, VI et IX, ainsi que pour || les huiles d'olive; objets en verre ordinaire; bouteilles noires; verres à lampe; bijouterie d'imitation de métaux précieux; objets en cuivre et en laiton; tissus en soie pure ou mélangée; couvertures de table et de lit, en soie pure ou mélangée, brodées ou non; châles, mouchoirs de poche ou de tête; cache-nez; ceintures en soie pure ou mélangée, brodées ou non, garnies ou non de frangers, combinées ou non avec des fils métalliques; passementerie en soie pure ou mélangée; tapis orientaux et *kilims*; fez; fil de chanvre; coke; bois de sapin: ouvrages de menuiserie; brosses; peignes en os; tasses à café; boîtes en carton; fils de coton; rubans et cordonnets de coton: houppes; franges et embrasses de coton; bas et chaussettes de coton faits à la machine; objets en fer blanc; *yazmas;* perles et bracelets en verre; || ainsi que pour les articles d'origine bulgare énumérés aux Annexes VII et VIII et pour || les sucre raffiné en poudre, en carrés, en tablettes et en pains; bonbons de toute sorte; parfumerie, préparations cosmétiques de toutes sortes; savons parfumés; savon de blanchissage; encre à écrire; poêles en tôle; carreaux de revêtement en fayence; tapis de toute sorte; anneaux, cordes et autres ouvrages de corderie et de chanvre; coffres-forts en fer et en acier; charrues, trieurs et machines à nettoyer les grains; tissus de laine et de chanvre; tuyaux et vases de toute sorte, || les Certificats d'Origine seront transcrits par les Préposés des Douanes Ottomanes et Bulgares, au verso des factures mêmes délivrées par les propriétaires, l'administrateur ou le directeur de la fabrique, de l'usine ou de l'atelier. || Pour les marchandises non dénommées ci-dessus, ainsi que pour toutes celles des Annexes II, IV et X ne figurant pas dans l'énumération précitée, les Certificats d'Origine seront libellés sur les factures mêmes de l'exportateur. || En outre, les signatures ou les sceaux des personnes ayant délivré lesdites factures, doivent être légalisés gratuitement dans les deux Pays par les Autorités locales où se trouvent leurs établissements (Tribunal de Commerce, Chambre de Commerce, Autorités Municipales ou Administratives). Dans les ports et villes maritimes, la

légalisation gratuite des signatures et sceaux aura lieu par les soins des Autorités Douanières locales. De plus, les factures doivent contenir l'indication claire et exacte des marques et numéros des colis (caisses, balles, sacs, paniers, tonneaux, fûts, etc.), de la qualité et de la quantité des marchandises (en ocques, kilogrammes, litres, mètres et autres), leur dénomination technique ou commerciale, la marque de fabrique qu'elles portent, les pays de destination et l'adresse complète du destinataire. || Les Autorités Douanières des deux Parties opèreront seulement sur les originaux des factures. Duplicata de celles-ci ne sont point admis. || En outre, il est entendu que toute irrégularité ou inexactitude dans les factures ou Certificats d'Origine pouvant induire en erreur sur la provenance des marchandises, entraînera l'application du régime douanier en vigueur dans chacun des deux Pays pour les marchandises similaires les plus favorisées des autres pays. || Au moment de la visite, les Bureaux de Douanes devront s'assurer que les factures et les Certificats d'Origine se rapportent exactement aux marchandises déclarées à l'importation. || Si, de cet examen, il ressort que des marchandises similaires étrangères ont été substituées, en partie ou en totalité, aux marchandises ottomanes ou bulgares, énoncées dans lesdits factures et Certificats d'Origine, ou bien que ces factures et Certificats d'Origine ne sont pas authentiques, on appliquera, à l'égard des marchandises et des personnes coupables, les pénalités prévues par les Règlements Douaniers en vigueur dans le Pays d'importation. || Si une maison vient à être surprise pour un cas de fraude de cette nature, le Pays d'importation en avisera le Pays exportateur à l'effet d'exercer des poursuites judiciaires contre le prévenu. || Les Certificats d'Origine Ottomane en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale, et les Certificats d'Origine Bulgare et de la Roumélie Orientale en Turquie, seront exempts du timbre, de l'enregistrement et de tous autres frais.

Article XVI.

Les sociétés par action (anonymes) et autres associations commerciales, industrielles, financières et d'assurances, domiciliées dans l'un des deux Pays et y ayant une existence légale, auront, par cela même, dans l'autre, le droit d'ester en justice devant les Tribunaux locaux, soit pour intenter une action, soit pour s'y defendre. || Ces sociétés et associations devront se conformer aux Lois du Pays, lorsqu'elles voudront y fonder des succursales ou agences. || Il demeure, en outre, entendu que la Banque Impériale Ottomane et la Banque Nationale Bulgare peuvent ouvrir, dès à présent, des succursales à Sophia et à Constantinople respectivement en observant les dispositions des Règlements locaux.

Article XVII.

Les Chambres de Commerce instituées dans l'un des deux Pays auront le droit d'ouvrir, dans l'autre, des musées commerciaux et industriels en vue de favoriser le commerce.

Article XVIII.

En attendant qu'une entente spéciale intervienne à ce sujet, les ressortissants respectifs jouiront, en ce qui concerne les marques de fabrique et de commerce, de la même protection que les indigènes, en se conformant, toutefois, aux conditions et formalités requises par la Loi Territoriale.

Article XIX.

Les articles d'orfèvrerie ou de bijouterie en or, argent, platine ou autres métaux précieux, importés du Territoire de l'une des Parties Contractantes, ne seront soumis, dans le Territoire de l'autre, à un autre régime de contrôle qu'à celui établi par la Loi du Pays pour les articles similaires de fabrication nationale.

Article XX.

Les deux Parties estimant utile de régler — à l'occasion de la conclusion du présent Arrangement — les questions relatives au trafic frontière entre les deux Pays, aux propriétés limitrophes mixtes et à la navigation, sont convenues des dispositions contenues dans les Annexes XII, XIII et XIV.

Article XXI.

Le présent Arrangement entrera en vigueur le premier Janvier 1907 v. s., et aura force executoire jusqu'à ce qu'il soit dénoncé par l'une des Parties Contractantes. Il cessera de produire ses effets une année après le jour de sa dénonciation dûment notifiée. || Il est, en outre, entendu que pendant la durée de cet Arrangement, des modifications ou stipulations nouvelles peuvant y être introduites, de commun accord, si elles sont motivées par l'expérience du Service Douanier des Parties ou reconnues utiles pour le commerce et l'industrie des deux Pays. || En foi de quoi, le présent Arrangement a été signé, en double exemplaire, à Constantinople, le trente Décembre mil neuf cent six, vieux style.

(*Signé:*) Iwan S. Guechow. „ Y. Tchakalof.

(*Signé:*) Hassan Fehmi. „ Ibrahim Hakky. „ Mehmed Ali.

Annexe I—XI. (Tarife.) Hier fortgelassen.

Annexe XII.

Faveurs spéciales accordées au trafic des Districts limitrophes.

Afin de donner, au trafic des Cazas et Okolias limitrophes, les facilités qu'exigent les besoins du commerce journalier, les Parties Contractantes sont convenues de ce que suit. || 1° Resteront réciproquement libres de tout droit de douane et, de même, de tous autres impôts et taxes quelconques, a l'importation et à l'exportation, au passage d'un Pays dans l'autre, à l'exclusion des transports par chemins de fer: || *a*) toutes les céréales et les farines jusqu'à concurrence d'une valeur de 500 Piastres par transport; || *b*) les effets des voyageurs, bateliers, charretiers et ouvriers, tels que: linges, vêtements, ustensiles de voyage, outils et instruments, destinés à leur propre usage; || *c*) les voitures servant effectivement au transport des personnes et des marchandises; les charrettes, paniers et appareils similaires pour le transport; les bêtes de somme et de trait; || *d*) les ameublements, ustensiles de ménage, meubles et instruments importés par les ressortissants de l'une des Parties Contractantes qui viennent établir leur domicile dans le Territoire de l'autre Partie. Jouiront de la même franchise de droit les trousseaux des financées et nouvelles mariées, ressortissant de l'un des Pays, qui contractent mariage dans l'autre; || *e*) les sacs et récipients — qui ont servi aux habitants des Districts limitrophes à transporter, dans le Pays voisin, leurs produits agricoles, par exemple: céréales et autres produits de l'agriculture et de l'élevage, chaux, boissons ou autres liquides et autres objets quelconques du trafic frontière — et qui en sont retournés vides par la même route; et enfin || *f*) le bétail conduit d'un Pays à l'autre à affourragement ou au pâturage pendant l'hiver, ainsi que les produits de ce bétail; toutefois, les frais d'inspection de ce dernier seront exigibles à l'expiration d'un délai de six mois. || 2° Pour jouir du traitement favorable exposé ci-dessus, les marchandises importées qui seront grevées de droits de douane, doivent être accompagnées d'un Certificat délivré par les Autorités locales, légalisé par les Douanes de sortie et indiquant qu'elles proviennent effectivement des Cazas et Okolias limitrophes. || Lesdits Certificats ne peuvent pas être soumis, dans les Territoires de l'autre Partie Contractante, à un droit de timbre ou à une autre taxe quelconque. || 3° Les habitants des Cazas et Okolias limitrophes peuvent voyager librement dans les Territoires de l'autre Partie Contractante, s'ils sont munis d'un Passavant délivré en due forme par l'Autorité Communale

et visé par les Autorités Douanières compétentes. Ces Passavants seront valables pour quinze jours.

(*Signé:*) Iwan S. Guechow. (*Signé:*) Hassan Fehmi.
„ Y. Tchakalof. „ Ibrahim Hakky.
„ Mehmed Ali.

Annexe XIII.

Régime des propriétés limitrophes mixtes.

Les propriétés, d'une manière générale, et les terrains que la ligne de démarcation traverse de telle manière que les habitations et leurs propriétaires restent sur le Territoire de l'un des Pays, tandis que les propriétés ou les terrains sont situés sur le Territoire de l'autre, sont dénommés *propriétés limitrophes mixtes.* || Afin d'écarter les inconvénients de la culture et de l'exploitation de ces propriétés mixtes, les deux Parties sont tombées d'accord sur ce qui suit. || 1° Tout habitant limitrophe, possesseur de propriétés au delà de la ligne de démarcation, sera tenu de présenter, chaque année, à la Douane respective, la quittance du Percepteur pour le paiement des impôts et un Certificat délivré par les Autorités du Village ou de la Commune où se trouvent ces propriétés, qui doit contenir les indications suivantes: || *a*) la qualité en laquelle il tient ces propriétés et || *b*) l'étendue et l'espère des propriétés: champs, prairies, marais, forêts, cabanes, maisons ou chaumières, etc. || 2° Ce Certificat est inscrit dans un Registre spécial à la Douane qui délivre à l'ayant-droit *une Feuille de Route* dans laquelle le contenu du Certificat est relaté. || Le Certificat délivré par la Commune limitrophe et la Feuille de Route ne sont valables que pour un an. Ils sont délivrés gratuitement et sont exempts de toutes taxes et frais. || Au cas où le propriétaire ou le fermier aurait perdu sa Feuille de Route, il lui en sera délivré gratuitement un duplicata par la Douane. || 3° Les propriétaires ou les fermiers des propriétes mixtes, munis de leurs Feuilles de Route, auront le droit de passer librement et d'importer ou transporter en toute franchise de droit et sans être grevés d'aucune taxe quelconque: || *a*) des instruments aratoires, outils et ustensiles destinés à la culture de leurs terres; || *b*) les produits du sol, tels que: céréales, foin, paille, bois brut, légumes, etc., pourvu qu'ils proviennent de ces propriétés mixtes limitrophes, à l'exception toutefois des tabacs; || *c*) les comestibles nécessaires à l'alimentation journalière des propriétaires ou fermiers des propriétés mixtes limitrophes; || *d*) le fumier et les semences destinés aux propriétés mixtes; || *c*) les matériaux de construction pour bâtir dans les propriétés

mixtes; || *f*) le bétail employé à la culture des propriétés mixtes, ainsi que le bétail conduit aux pâturages communaux ou pour être élevé dans une propriété mixte. || En ce qui concerne le bétail, il est en outre entendu que les importateurs, respectivement les exportateurs, sont tenus de présenter, à la Douane respective, un Certificat spécial du Village ou de la Commune indiquant le nombre et le signalement du bétail. Ces données seront consignées dans le Registre de la Douane et dans la Feuille de Route délivrée par cette dernière. || 4° Le bétail importé pour la culture des propriétés mixtes, devra être réexporté à son lieu d'origine dans un délai de deux mois, et le plus long délai accordé pour la réexportation du bétail conduit au pâturage ou pour être élevé, ne pourra pas dépasser douze (12) mois. || 5° Les propriétaires ou les fermiers de propriétés mixtes, traversant quotidiennement la ligne de démarcation avec leur bétail pour vaquer à la culture de leurs champs ou pour le conduire aux pâturages communaux ou privés, sont exempts de l'obligation de se présenter aux Postes Douaniers. Ils peuvent traverser directement ladite ligne, mais ils seront tenus de porter toujours leurs Feuilles de Route, afin de les exhiber aux Gardes Douaniers et autres Préposés à la surveillance de la Frontière commune. || 6° Le bétail obtenu par la reproduction, et les produits d'animaux obtenus pendant le séjour du bétail sur la propriété mixte, peuvent être transportés ou exportés avec la Feuille de Route, s'ils sont, comme qualité et nombre, en proportion du bétail importé. || 7° Si, pendant l'époque de la pâture, soit dans une partie du troupeau, soit dans les Communes ou Villages voisins, une maladie contagieuse venait à éclater, le retour des animaux dans l'autre Pays sera interdit, sauf dans les cas d'urgence, tels que manque de fourrage, intempéries, etc. Dans ces derniers cas, le retour des animaux non encore atteints par l'épizootie, ne pourra avoir lieu que lorsque les mesures de précaution et de sûreté auront été exécutées. || 8° Le bétail importé pour la culture des propriétés ou conduit au pâturage, doit être séparé du bétail indigène. || 9° Dans le cas où une tête de bétail quelconque mentionnée dans une Feuille de Route et importée pour la culture des propriétés, pour la pâture ou pour être élevée, viendrait à périr ou à disparaître ou bien serait volée, le propriétaire sera tenu de faire constater le cas par l'Autorité locale sur sa Feuille de Route. || 10° L'exploitation des forêts mixtes sera autorisée aux mêmes conditions que pour les indigènes et ces forêts seront administrées conformément aux Lois régissant cette matière dans chacun des deux Pays. || 11° Les propriétaires des immeubles mixtes seront soumis au payement des impôts et taxes additionnels sur les immeubles (terres et bâtisses). — En outre, il

est entendu que le bétail (gros et petit) de ces propriétaires ne sera grevé d'aucun impôt ou taxe quelconque dans les Territoires de l'autre Partie, si, en tout cas, le délai extrême de 12 mois n'est pas écoulé. || 12° Les deux Parties auront à munir les Autorités des Districts limitrophes d'instructions propres à sauvegarder les intérêts des propriétaires des immeubles mixtes. || 13° Les faveurs et facilités dont jouissent les propriétaires des immeubles mixtes, sont transmissibles à leurs héritiers légitimes, ainsi qu'aux personnes les ayant acquis à titre gratuit, conformément aux Lois territoriales. || 14° Ne bénéficieront des avantages ci-dessus que les propriétés mixtes existant au moment de la conclusion du présent Arrangement.

(*Signé:*) Iwan S. Guechow. (*Signé:*) Hassan Fehmi.
„ Y. Tchakalof. „ Ibrahim Hakky.
„ Mehmed Ali.

Annexe XIV.

Dispositions concernant la navigation.

Afin de développer le commerce maritime entre les deux Pays, les Parties Contractantes ont arrêté ce qui suit. || I. — Les bateaux à vapeur et à voile sous Pavillon Ottoman, dans les eaux de la Bulgarie et de la Roumèlie Orientale, et ceux portant le Pavillon Bulgare, dans les eaux de la Capitale et des Provinces de l'Empire, jouiront réciproquement, — en ce qui concerne le cabotage, le permis d'accostage et de départ, l'entrée dans les ports et la sortie, l'ancrage, le pilotage, le remorquage, les phares, les bonifications du Tarif des phares, les formalités du passage des Détroits du Bosphore et des Dardanelles, la quarantaine, les désinfections, les formalités du chargement, du déchargement, du transbordement et du passage d'un port à l'autre, les facilités à accorder dans les chantiers, l'entrée et la sortie sur lest, ainsi qu'en cas de naufrage, d'échouement, de relâche forcée et de sauvetage, et toute autre opération de navigation, — du même régime et des mêmes avantages que les bateaux indigènes. || II. — Les Autorités des ports de l'Empire et de la Principauté n'exigeront, des bateaux respectifs, d'autres papiers de bord et d'autres rôles d'équipage que ceux qui leur sont originairement délivrés à leurs ports d'attache et qui établissent leur indigénat. || III. — En outre des taxes sanitaires, des phares et d'ancrage, ainsi que du visa des patentes de santé, les taxes à payer par les navigations respectives sont fixées comme ci-dessous: || *a*) pour les navires battant Pavillon Ottoman dans les eaux de la Bulgarie et de la Roumélie Orientale: || 1° la taxe de la sortie du port, || 2° la taxe des ports construits, ainsi que celle des

marchandises pour les quais et débarcadères édifiés, || 3° la taxe de séjour dans les ports (droit de navire), dans les mêmes conditions et en tant que cette taxe serait exigée des navires indigènes hivernant dans les ports autres que leurs ports d'attache; || *b*) pour les navires battant Pavillon Bulgare dans les eaux de la Capitale et des Provinces de l'Empire, || 1° les taxes des quais, des ports et des débarcadères construits, || 2° la taxe du passage du pont de Constantinople et du séjour dans la partie du port intérieur de cette ville située entre les deux ponts, ainsi que dans le golfe de Sténia. || IV. — Les taxes mentionnées dans le paragraphe précédent seront exigées des navires sous Pavillon Ottoman ou Bulgare, d'après les mêmes Tarifs et de la même façon qu'elles sont acquittées par les navires indigènes se trouvant dans les mêmes conditions. — Lesdits navires ottomans et bulgares bénéficieront, en outre, dans les mêmes conditions que les navires indigènes, de toute autre exemption ou facilités qui sont actuellement accordées à ceux-ci ou le seront à l'avenir.

(*Signé*:) Iwan S. Guechow.	(*Signé*:) Hassan Fehmi.
„ Y. Tchakalof.	„ Ibrahim Hakky.
	„ Mehemed Ali.

Procès-Verbal.

Il est entendu qu'à la suite de la suppression du dernier paragraphe de l'Article XII du nouvel Arrangement Commercial et Douanier, ainsi que de l'ancienne Annexe XI concernant les dispositions vétérinaires, *l'importation du bétail et des débris d'animaux* continuera à être effectuée, comme par le passé, dans la Capitale et les Provinces de l'Empire et en Bulgarie et dans la Roumélie Orientale.

Constantinople, le 29 Décembre 1906, v. s.

(*Signé*:) Iwan S. Guechow.	(*Signé*:) Hassan Fehmi.
„ Y. Tchakalof.	„ Ibrahim Hakky.
	„ Mehmed Ali.

Nr. 13931. **GROSZBRITANNIEN und SPANIEN.** Vertrag über die Verheiratung des Königs von Spanien mit Prinzessin Viktoria.

London, 7. Mai 1906.

Be it known unto all men by these Presents that whereas His Catholic Majesty Alfonso XIII, King of Spain, has judged it proper to announce his intention of contracting a marriage with Her Royal High-

ness Princess Victoria Eugénie Julia Ena, niece of His Majesty Edward VII, King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and daughter of Her Royal Highness the Princess Beatrice Mary Victoria Feodore (Princess Henry of Battenberg), in order, therefore, to treat upon, conclude, and confirm the Articles of the Treaty of the said marriage, His Britannic Majesty on the one part, and His Catholic Majesty on the other part, have named as their Plenipotentiaries, that is to say: || His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, the Right Honourable Sir Edward Grey, a Baronet of the United Kingdom, a Member of Parliament, His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs: || And His Majesty the King of Spain, His Excellency Señor Don Luis Polo de Bernabé, His Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at the Court of His Britannic Majesty; || Who, after having communicated to each other their full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Article I.

It is concluded and agreed that the marriage between His said Majesty King Alfonso XIII and Her said Royal Highness the Princess Victoria Eugénie Julia Ena shall be solemnized in person at Madrid as soon as the same may conveniently be done.

Article II.

His said Majesty King Alfonso XIII engages to secure to Her said Royal Highness the Princess Victoria Eugénie Julia Ena from the date of her marriage with His Majesty, and for the whole period of the marriage, an annual grant of 450 000 pesetas. His said Majesty King Alfonso XIII also engages, if, by the will of Divine Providence, the said Princess Victoria Eugénie Julia Ena should become his widow, to secure to her, from the date of his death, an annual grant of 250 000 pesetas, unless and until she contracts a second marriage, both these grants having already been voted by the Cortes. The private settlements to be made on either side in regard to the said marriage will be agreed upon and expressed in a separate Contract, which shall, however, be deemed to form an integral part of the present Treaty, and the High Contracting Parties hereby mutually engage themselves to be bound by its terms.

Article III.

The High Contracting Parties take note of the fact that Her Royal Highness the Princess Victoria Eugénie Julia Ena, according to the due tenour of the law of England, forfeits for ever all hereditary rights of succession to the Crown and Government of Great Britain and Ireland and the Dominions thereunto belonging or any part of the same.

Article IV.

The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed the same, and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in duplicate at London, the 7th of May, in the year of Our Lord 1906.

(L.S.) Edward Grey.
(L.S.) Luis Polo de Bernabé.

Nr. 13932. **VERTRAGSSTAATEN.** Abkommen zwischen amerikanischen Staaten über literarisches und künstlerisches Eigentum.

Convention on Literary and Artistic Copyrights.

27. Januar 1902.

Their Excellencies the Presidents of the Argentine Republic, Bolivia, Colombia, Costa Rica, Chili, the Dominican Republic, Ecuador, El Salvador, the United Staates of America, Guatemala, Haiti, Honduras, the Mexican United States, Nicaragua, Paraguay, Peru and Uruguay. || Desiring that their respective countries should be represented at the Second International American Conference, sent thereto duly authorized to approve the recommendations, resolutions, conventions and treaties that they might deem convenient for the interests of America, the following Delegates: || *For the Argentine Republic.* — His Excellency Antonio Bermejo, His Excellency Martín García Mérou, His Excellency Lorenzo Anadón. || *For Bolivia.* — His Excellency Fernando E. Guachalla. || *For Colombia.* — His Excellency Carlos Martínez Silva, His Excellency General Rafael Reyes. || *For Costa Rica.* — His Excellency Joaquín Bernardo Calvo. || *For Chili.* — His Excellency Alberto Blest Gana, His Excellency Emilio Bello Codecido, His Excellency Joaquín Walker Martínez, His Excellency Augusto Matte. || *For the Dominican Republic.* — His Excellency Federico Henríquez y Carvajal, His Excellency Luis Felipe

Carbo, His Excellency Quintín Gutiérrez. || *For Ecuador.* — His Excellency Luis Felipe Carbo. || *For El Salvador.* — His Excellency Francisco A. Reyes, His Excellency Baltasar Estupinian. || *For the United States of America.* — His Excellency Henry G. Davis, His Excellency William I. Buchanan, His Excellency Charles M. Pepper, His Excellency Volney W. Foster, His Excellency John Barret. || *For Guatemala.* — His Excellency Antonio Lazo Arriaga, His Excellency Colonel Francisco Orla. || *For Haiti.* — His Excellency I. N. Léger. || *For Honduras.* — His Excellency José Leonard, His Excellency Fausto Dávila. || *For Mexico.* — His Excellency Genaro Raigosa, His Excellency Joaquin D. Casasus, His Excellency José López-Portillo y Rojas, His Excellency Emilio Pardo, Jr., His Excellency Pablo Macedo, His Excellency Alfredo Chavero, His Excellency Francisco L. de la Barra, His Excellency Manuel Sánchez Marmol, His Excellency Rosendo Pineda. || *For Nicaragua.* — His Excellency Luis F. Corea, His Excellency Fausto Dávila. || *For Paraguay.* — His Excellency Cecilio Baez. || *For Peru.* — His Excellency Isaac Alzamora, His Excellency Alberto Elmore, His Excellency Manuel Alvarez Calderon. | *For Uruguay.* — His Excellency Juan Cuestas; || Who, after having communicated to each other their respective full powers and found them to be in due and proper form, excepting those presented by the representatives of Their Excellencies the Presidents of the United States of America, Nicaragua and Paraguay, who act „ad referendum", have agreed to celebrate a Convention on literary and artistic copyrights, in the following terms:

Art. 1st. The signatory States constitute themselves into a Union for the purpose of recognizing and protecting the rights of literary and artistic property, in conformity with the stipulations of the present Convention.

Art. 2nd. Under the therm „Literary and Artistic works", are comprised books, manuscripts, pamphlets of all kinds, no matter on what subject they may treat of and what may be the number of their pages; dramatic or melodramatic works; choral music and musical compositions, with or without words, designs, drawings, paintings, sculpture, engravings, photographic works; astronomical and geographical globes; plans, sketches and plastic works relating to geography, or geology, topography or architecture, or any other science; and finally, every production in the literary and artistic field, which may be published by any method of impression or reproduction.

Art. 3rd. The copyright to literary or artistic work, consists in the exclusive right to dispose of the same, to publish, sell and translate the

same, or to authorize its translation, and to reproduce the same in any manner, either entirely or partially. || The authors belonging to one of the signatory countries, or their assigns, shall enjoy in the other signatory countries, and for the time stipulated in art 5th., the exclusive right to translate their works, or to authorize their translation.

Art. 4th. In order to obtain the recognition of the copyright of a work, it is indispensable that the author or his assigns, or legitimate representative, shall address a petition to the official Department, which each government may designate, claiming the recognition of such right, which petition must be accompanied by two copies of his work, said copies to remain in the proper Department. || If the author, or his assigns, should desire that his copyright be recognized in any other of the signatory countries, he shall attach to his petition a number of copies of his work, equal to that of the countries he may therein designate. The said Department shall distribute the copies mentioned among those countries, accompanied by a copy of the respective certificate, in order that the copyright of the author may be recognized by them. || Any omissions in which the said Department may incur in this respect, shall not give the author, or his assigns, any rights to present claims against the State.

Art. 5th. The authors who belong to one of the signatory countries, or their assigns, shall enjoy in the other countries the rights which their respective laws at present grant, or in the future may grant, to their own citizens, but such right shall not exceed the term of protection granted in the country of its origin. || For the works composed of several volumes, which are not published at the same time, as well as for bulletings or instalments of publications of literary or scientific societies, or of private parties, the term of property shall commerce to be counted from the date of the publication of each volume, bulletin or instalment.

Art. 6th. The country in which a work is first published, shall be considered as the country of its origin, or, if such publication takes place simultaneously in several of the signatory countries, the one whose laws establish the shortest period of protection shall be considered as the country of its origin.

Art. 7th. Lawful translations shall be protected in the same manner as original works. The translators of works, in regard to which there exists no guaranteed right of property, or the right of which may have become extinguished, may secure the right of property for their

translations, as established in article 3rd., but they shall not prevent the publication of their translations of the same work.

Art. 8th. Newspaper articles may be reproduced, but the publication from which they are taken must be mentioned, and the name of the author given, if it should appear in the same.

Art. 9th. Copyright shall be recognized in favor of the persons, whose names, or acknowledged pseudonyms, are stated in the respective literary or artistic work, or in the petition to which Article 4th. of this Convention refers, excepting case of proof to the contrary.

Art. 10th. Addresses delivered or read in deliberative assemblies, before the Courts of Justice and in public meetings, may be published in the newspaper press without any special authorization.

Art. 11th. The reproduction in publications devoted to public instruction or chrestomathy, of fragments of literary or artistic works, confers no right of property, and may therefore be freely made in all the signatory countries.

Art. 12th. All unauthorized indirect use of a literary or artistic work, which does not present the character of an original work, shall be considered as an unlawful reproduction. || It shall be considered in the same manner unlawful to reproduce, in any form, an entire work, or the greater part of the same, accompanied by notes or commentaries, under the pretext of literary criticism, or of enlargement or complement of an original work.

Art. 13th. All fraudulent works shall be liable to sequestration in the signatory countries in which the original work may have the right of legal protection, without prejudice to the indemnities or punishments, to which the falsifiers may be liable according to the laws of the country, in which the fraud has been committed.

Art. 14th. Each one of the Governments of the signatory countries shall remain at liberty to permit, exercise vigilance over, or prohibit, the circulation, representation and exposition of any work or production, in respect to which the competent authorities shall have power to exercise such right.

Art. 15th. The present Convention shall take effect between the signatory States that ratify it, three months from the day they communicate their ratification to the Mexican Government, and shall remain in force among all of them until one year from the date it is denounced by any of said States. The notification of such denouncement shall be addressed to the Mexican Government and shall only have effect in so far as regards the country which has given it.

Art. 16th. The Governments of the signatory States, when approving the present Convention, shall declare whether they accept the adherence to the same by the nations who have had no representation in the Second International American Conference. || In testimony whereof the Plenipotentiaries and Delegates sign the present Convention and set thereto the Seal of the Second International American Conference. || Made in the City of Mexico, on the twenty-seventh day of January nineteen hundred and two, in three copies written in Spanish, English and French respectively, which shall be deposited at the Department of Foreign Relations of the Government of the Mexican United States, so that certified copies thereof may be made, in order to send them through the diplomatic channel to the signatory States.

(Unterschriften.)

Nr. 13933. TÜRKEI und PREUSSEN. Handelsvertrag.

Konstantinopel, 20. März 1862.

Sa Majesté le Roi de Prusse agissant tant en Son nom et pour les autres Pays et parties de Pays souverains compris dans Son système de douanes et d'impôts, savoir: Le Grand-Duché de Luxembourg, les enclaves du Grand-Duché de Mecklemburg-Rossow, Netzeband et Schoenberg, la Principauté de Birkenfeld du Grand-Duché d'Oldenbourg, les Duchés d'Anhalt-Dessau-Coethen et d'Anhalt-Bernbourg, les Principautés de Waldeck et Pyrmont, la Principauté de Lippe et le Grand-Baillage de Meisenheim du Landgraviat de Hesse, qu'au nom des autres Membres de l'Association de douanes et de commerce Allemande (Zollverein) savoir: la Couronne de Bavière, la Couronne de Saxe, la Couronne de Hanovre (tant pour elle que pour la Principauté de Schaumbourg-Lippe) et la Couronne de Wurttemberg, le Grand-Duché de Bade, l'Electorat de Hesse, le Grand-Duché de Hesse tant pour lui que pour la Baillage de Hombourg du Landgraviat de Hesse, les Etats formant l'association de douanes et de con merce de Thuringe, savoir: le Grand-Duché de Saxe, les Duchés de Saxe-Meiningen, de Saxe-Altenbourg, de Saxe Cobourg et Gotha, les Principautés de Schwarzbourg-Rudolstadt et Schwarzbourg-Sondershausen, de Reuss, ligne ainée et de Reuss, ligne cadette, le Duché de Brunswick, le Duché d'Oldenbourg, le Duché de Nassau et la Ville libre de Frankfort d'une part, et || Sa Majesté Impériale le Sultan d'autre part, || étant animés du désir de régler de nouveau et de consolider par un acte spécial et additionnel, les rapports d'amitié et les relations de commerce

et de navigation entre les Etats du Zollverein et la Sublime Porte; ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi de Prusse: || le Sieur Jean Louis Gui de Rehfues, Conseiller de légation, Chevalier de l'aigle Rouge de 3ème classe avec le noeud et de l'ordre Impériale du Med jidié de troisième classe etc., Son chargé d'affaires près Sa Majesté Impériale le Sultan; et || Sa Majesté Impériale le Sultan Seid Mohamed-Emin-Aali Pascha, Son Ministre des affaires Etrangères, décoré des ordres Impériaux d'Osmanié, du Medjidié, et du Mérite de 1ère classe Grand-Croix de l'aigle Rouge de Prusse etc. etc. || Lesquels, après s'être donné réciproquement communication de leurs pleins-pouvoirs trouvés dans la bonne et due forme, sont tombés d'accord sur les articles suivants:

Article I.

Tous les points des stipulations commerciales précédentes entre la Prusse et la Sublime Porte et nommément toutes les stipulations du traité d'amitié et de commerce du 22 mars 1761 (vieux style) autant qu'ils ne se trouvent pas en contradiction avec la présente convention, sont maintenus et confirmés pour toujours et demeurent étendus, avec les droits et obligations qui en résultent, à tous les autres Etats Membres de l'Association de douanes et de commerce Allemande. || Les sujets et les produits du sol et de l'industrie, ainsi que les bâtiments des Etats du Zollverein auront de droit, dans l'Empire Ottoman, l'exercice et la jouissance de tous les avantages, privilèges et immunités qui sont ou qui par la suite seraient accordés aux sujets, aux produits du sol et de l'industrie, et aux bâtiments de toute autre nation la plus favorisée.

Article II.

Les sujets des Etats du Zollverein ou leurs ayant-cause pourront acheter dans toutes les parties de l'Empire Ottoman soit qu'ils veuillent en faire le commerce à l'intérieur, soit qu'ils se proposent de les exporter, tous les articles, sans exception, provenant du sol et de l'industrie de ce pays. || Tous les monopoles qui autrefois, dans l'Empire Ottoman, frappaient les produits de l'agriculture ou autres productions quelconques sont et demeurent abolis pour toujours: de même la Sublime Porte renonce-t-elle à l'usage des Teskérés, demandés aux autorités locales pour l'achat de ces marchandises ou pour les transporter d'un lieu à un autre quand elles étaient, achetées. Toute tentative qui serait faite par une autorité quelconque pour forcer les sujets des Etats du Zollverein à se pourvoir de semblables permis ou Teskérés, sera considérée comme une infraction aux traités, et la Sublime Porte punira immédiatement avec sé-

vérité tous fonctionnaires auxquels on aurait une pareille infraction à reprocher, et Elle indemnisera les sujets des Etats du Zollverein des pertes ou vexations dont ils pourront prouver qu'ils ont eu à souffrir.

Article III.

Les marchands sujets des Etats du Zollverein, ou leurs ayant-cause, qui acheteront un objet quelconque, produit du sol ou de l'industrie de la Turquie, dans le but de le revendre pour la consommation dans l'intérieur de l'Empire Ottoman, payeront lors de l'achat ou de la vente, les mêmes droits qui sont payés, dans les circonstances analogues, par la classe la plus favorisée des sujets Ottomans ou étrangers qui se livrent au commerce intérieur.

Article IV.

Tout article, produit du sol ou de l'industrie de la Turquie, acheté pour l'exportation, sera transporté libre de toute espèce de charge et de droits à un lieu convenable d'embarqement par les négociants sujets des Etats du Zollverein ou leurs ayant-cause. Arrivé là, il payera un droit unique de Huit pour Cent de sa valeur, lequel sera abaissé chaque année de un pour cent, jusqu'à ce qu'il ait été reduit à une taxe fixe et définitive de Un pour Cent destinée à couvrir les frais généraux d'administration et de surveillance. Tout article acheté au lieu d'embarquement pour l'exportation et qui aurait déjà payé le droit d'exportation, ne pourra, en aucun cas, être soumis à un droit ultérieur d'exportation, si même il a changé de main.

Article V.

Tout article, produit du sol ou de l'industrie des Etats du Zollverein, et toutes marchandises de quelque espèce qu'elles soient, importées par terre ou par mer par des sujets des Etats du Zollverein, seront admises dans toutes les parties de l'Empire Ottoman, sans aucune exception moyennant un droit unique et fixe de Huit pour Cent, calculé sur la valeur de ces articles à l'échelle et payable au moment du débarquement, si elles arrivent par mer, et au premier bureau de douane, si elles arrivent par voie de terre. || Si ces marchandises après avoir acquitté le droit de Huit pour Cent, sont vendues, soit au lieu d'arrivée, soit à l'intérieur du pays, il ne sera plus exigé aucun droit, ni du vendeur ni de l'acheteur. Si n'étant pas vendues pour la consommation de la Turquie, les marchandises étaient réexportées dans l'espace de six mois, elles seraient considérées comme marchandises de transit et traitées comme il est dit dans l'article VIII. L'administration des douanes serait dans ce cas tenue de restituer immédiatement au négociant qui fournirait la preuve que le

droit de Huit pour Cent a été acquitté, la différence entre ce droit d'importation et celui du transit spécifié dans l'article VIII.

Article VI.

Les articles d'importation étrangère destinés aux Principautés Unies de Moldavie et de Valachie et à la Principauté de Servie, et traversant les autres parties de l'Empire Ottoman, n'acquitteront les droits de douane, qu'à leur arrivée à ces Principautés, et réciproquement les marchandises d'importation étrangère traversant ces Principautés pous se rendre dans les autres parties l'Empire Ottoman, ne devront acquitter les droits de douane qu'au premier bureau de douane administré directement par la Porte. || De même les produits du sol ou de l'industrie de ces Principautés, aussi bien que ceux du reste de l'Empire Ottoman, destinés à l'exportation, devront payer les droits de douane, les premières entre les mains de l'administration douanière de ces Principautés, et les dernières au fisc Ottoman; de telle sorte que les droits d'importation et d'exportation ne pourront, en tous les cas, être perçus qu'une seule fois.

Article VII.

Aucon droit quelconque ne sera prélevé sur les marchandises, produits du sol ou de l'industrie des Etats du Zollverein ni sur les marchandises appartenant à leurs sujets et provenant du sol ou de l'industrie de tout autre pays étranger, quand ces deux sortes de marchandise passeront par les détroits des Dardanelles, du Bosphore ou de la Mer Noire, soit que ces marchandises traversent ces détroits sur les bâtiments qui les ont apportées, ou qu'elles soient transbordées sur d'autres bâtiments, ou que, vendues pour l'exportation, elles soient pour un temps limité déposées à terre pour être mises à bord d'autres bâtiments et continuer leur voyage. Dans ce dernier cas les marchandises devraient être déposées à Constantinople dans les magasins de la douane dits de transit, et placées partout ailleurs, ou il n'y aurait pas d'entrepôt, sous la surveillance de l'administration des douanes.

Article VIII.

La Sublime Porte désirant accorder des facilités au transit par terre au moyen de concessions graduelles, il a été convenu que le droit de Trois pour Cent prélevé jusqu' à ce jour sur les marchandises importées en Turquie pour être expédiées dans d'autres pays sera réduit, dès aujourd'hui à Deux pour Cent, et au bout de la huitième année, à compter du jour où les ratifications du présent traité auront été échangées, à une

taxe fixe et définitive d'Un pour Cent. || La Sublime Porte déclare en même temps se réserver le droit d'établir par un réglement spécial les garanties à prendre pour empêcher la fraude.

Article IX.

Les sujets des Etats du Zollverein se livrant au commerce des articles produits du sol ou de l'industrie de pays étrangers, acquitteront les mêmes taxes et jouiront des mêmes droits, privilèges immunités que les sujets étrangers trafiquant des marchandises provenant de leur propre pays.

Article X.

Par exception aux stipulations de l'article V. il a été convenu que le tabac sous toutes ses formes et le sel cessent d'être compris au nombre des marchandises que les sujets des Etats du Zollverein ont la faculté d'importer en Turquie. En conséquence les sujets des Etats du Zollverein ou leurs ayant-cause qui acheteront ou vendront du tabac ou du sel pour la consommation de la Turquie seront soumis aux mêmes réglements et acquitteront les mêmes droits que les sujets Ottomans les plus favorisés parmi ceux qui se livreront au commerce de ces deux articles. Comme compensation de cette restriction aucune taxe ne sera perçue à l'avenir sur ces articles, quand ils seront exportés de la Turquie par des sujets des Etats du Zollverein; cependant les quantités de tabac et de sel qui seront exportées par les sujets des Etats du Zollverein ou par leurs ayant-cause, devront être déclarées à l'administration des douanes qui conserva comme par le passé son droit de surveillance sur l'exportation de ces produits, sans que pour cela elle puisse prétendre à aucune rétribution, soit à titre d'enrégistrement, soit à tout autre titre.

Article XI.

En outre ne pourront, dorénavant, être importées en Turquie par les sujets des Etats du Zollverein ni canons, ni autres armes à feu, ni poudre, ni munitions de guerre quelconques. Le commerce de ces articles reste sous la surveillance immédiate et spéciale du Gouvernement Ottoman qui conserve le droit de le réglementer. || Ne sont pas compris dans les restrictions précédentes les pistolets, les fusils de chasse et les autres armes à feu tombant dans la catégorie des armes de luxe.

Article XII.

Les firmans exigés des bâtiments marchands des Etats du Zollverein à leur passage par les Dardanelles et de Bosphore, leur seront

toujours délivrés de manière à leur occasionner le moins de retard possible.

Article XIII.

Les capitaines des bâtiments marchands des Etats dn Zollverein ayant à bord des marchandises à destination de l'Empire Ottoman, seront tenus de déposer à la douane immédiatement après leur arrivée au port de destination, une copie legalisée de leur manifeste.

Article XIV.

Les marchandises introduites en contrebande seront passibles de confiscation au profit du trésor Ottoman, pourvu que la fraude soit dûment et légalement prouvée et qu'un procès-verbal du fait de contrebande soit dressé et communiqué sans délai à l'autorité consulaire du sujet étranger auquel appartiendront les marchandises confisquées.

Article XV.

Il demeure entendu que les gouvernements des Etats du Zollverein ne prétendent, par aucum des articles du présent traité, stipuler au delà du sens naturel et précis des termes employés, ni entraver en aucune manière le gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan dans l'exercice de ses droits d'administration intérieure, en tant toutefois que ces droits ne porteront pas une atteinte manifeste aux stipulations des anciens traités et aux privilèges accordés par la présente convention aux sujets des Etats du Zollverein ou à leurs propriétés.

Article XVI.

Il est convenu qu le présent traité qui, une fois ratifié, sera substitué à la convention de commerce du $\frac{\text{dix}}{\text{vingt-deux}}$ Octobre Mil-Huit-Cent-Quarante, sera valable pour vingt-huit-ans. Chacun des Etats contractante se réserve la faculté de proposer au bout de la quinzième et de la vingt- et unième anée les modifications que l'expérience aurait suggerées. || Les stipulations arrêtées par la présente convention seront exécutables dans toutes les parties de l'Empire Ottoman, c'est-à-dire, dans les possessions de Sa Majesté Impériale le Sultan, situées en Europe et en Asie, en Egypte et dans les autres parties de l'Afrique appartenant à la Sublime Porte, en Servie et dans les Principautés Unis de Moldavie et de Valachie. || Les Hautes Parties contractantes sont convenues de nommer conjointement des Commissaires pour établir le tarif des droits de douane à percevoir, conformément aux stipulations du présent traité, tant sur les marchandises provenant du sol et de l'industrie des Etats du Zollverein et importées

par les sujets de ces Etats dans l'Empire Ottoman, que sur les produits du sol et de l'industrie de la Turquie, achetés pour l'exportation par les sujets des Etats du Zollverein ou par leurs ayant-cause. Le nouveau tarif établi de la sorte restera en vigueur pendant sept ans à dater de l'échange des ratifications. Chacune des Hautes Parties contractantes aura le droit, un an avant l'expiration de ce terme, de demander la révision du tarif. Mais si à cette époque ni l'une ni l'autre n'usent de cette faculté, le tarif continuera d'avoir force de loi pour sept autres années, à dater du jour de l'expiration des sept années précédentes, et il en sera de même à la fin de chaque période successive de sept années.

Article XVII.

Le présent traité sera ratifié et les ratifications seront échangées à Constantinople, dans l'espace de deux mois du plus tôt si faire se pourra. Fait à Constantinople le vingt mars 1862.

signé: Refues. Aali.
(L. S.) (L. S.)

Anlage.

Denkschrift über den Handels-Vertrag zwischen Preußen und den übrigen Staaten des Zollvereins einerseits, und der Ottomanischen Pforte andererseits, vom 20. März 1862.

Es ist bekannt, daß die finanziellen Verhältnisse des Türkischen Reiches der Ottomanischen Pforte Veranlassung gewährt haben, unter dem Beirate der Europäischen Mächte auf die Einführung geeigneter Reformen Bedacht zu nehmen. || Die bezüglichen Erwägungen sind insbesondere auch auf die Mittel und Wege zur Hebung des inneren Wohlstandes der Türkei und in dieser Hinsicht namentlich darauf gerichtet worden, der Entwickelung der materiellen Hilfsmittel des Türkischen Reiches zu Hilfe zu kommen. Als ein erhebliches Hindernis einer gedeihlichen Entwickelung dieser Hilfsmittel hat das System der Eingangs- und Ausgangs-Abgaben erkannt werden müssen, welches durch die zwischen der Pforte und den übrigen europäischen Staaten im Jahre 1838 resp. in den nächstfolgenden Jahren abgeschlossenen, auf gemeinsamen Grundlagen beruhenden Handelsverträge festgestellt worden ist. Es bedarf keiner näheren Ausführung, daß ein System, welches die gesamte Ausfuhr mit einer allgemeinen Abgabe von 12 Prozent des Wertes belegt, während die Einfuhr nur einer solchen von 5 Prozent unterliegt, für die Dauer nur einen höchst nachteiligen Einfluß auf Produktion und Gewerb-

fleiß des Landes ausüben kann. Aus dieser Erwägung, mit welcher von seiten der Pforte noch einige fernerweite, die kommerziellen Beziehungen derselben zu den übrigen Staaten Europas berührende Fragen in Verbindung gebracht worden, ist das Projekt einer allgemeinen Revision der Handels-Verträge der Pforte hervorgegangen. || Die Ausführung dieses Projektes ist von seiten der Ottomanischen Pforte in der Weise eingeleitet worden, daß dieselbe zuvörderst mit den bei ihrem auswärtigen Handel vorzugsweise beteiligten beiden Mächten, mit Frankreich und England, unter dem 29. April 1861 neue Handels-Verträge abgeschlossen und demnächst an die übrigen Staaten das Ansuchen gerichtet hat, auf den Grundlagen dieser beiden, ihrem wesentlichen Inhalte nach übereinstimmenden Verträge gleichfalls neue Handels-Verträge mit ihr zu errichten.

In den gedachten neuen Verträgen der Pforte mit Frankreich und mit Großbritannien waren insbesondere folgende, von dem allgemeinen Inhalte der bisherigen Verträge abweichende Bestimmungen zwischen den vertragenden Teilen vereinbart worden: || 1) Die Herabsetzung der Allgemeinen Ausgangs-Abgabe von 12 Prozent des Wertes auf 8 Prozent mit der Maßgabe, daß die Ausgangs-Abgabe mit jedem folgenden Jahre fernerweit um 1 Prozent ermäßigt werden soll, bis sie auf den, lediglich zur Deckung der allgemeinen Verwaltungs- und Aufsichtskosten bestimmten festen Betrag von Eins vom Hundert vermindert sein wird; 2) die Erhöhung der allgemeinen Eingangs-Abgaben von 5 Prozent auf 8 Prozent des Wertes. || In Verbindung mit diesen Bestimmungen war die in den bisherigen Verträgen sowohl bei den Eingangs- als bei den Ausgangs-Abgaben festgehaltene Unterscheidung zwischen den eigentlichen Zöllen (Eingangs- und Ausgangs-Abgaben) und dem Aequivalent für die früher erhobenen inneren Verkehrssteuern aufgehoben worden. || 3) Die Abgabe von drei vom Hundert des Wertes, welche nach den bisherigen Verträgen für die Durchfuhr von Waren zu Lande zu entrichten gewesen, war auf Zwei vom Hundert ermäßigt worden, mit der Maßgabe, daß dieselbe nach Verlauf von Acht Jahren auf eine feste Abgabe von Eins vom Hundert herabgesetzt werden soll. || 4) Die Regierungen von Frankreich und Großbritannien hatten für ihre Untertanen auf die Befugnis verzichtet, Tabak und Salz nach der Türkei einführen zu dürfen, wogegen die Pforte den französischen resp. großbritannischen Untertanen die Befugnis zugestanden hatte, die beiden genannten Artikel ohne Entrichtung irgend einer Abgabe ausführen zu dürfen. Als Gegenstände eines türkischen Einfuhr-Verbotes waren ferner Kanonen, Schießpulver und sonstige Kriegsmunition und Waffen bezeichnet worden, wobei zu-

gleich die Befugnis der Pforte zur Ueberwachung des Handels mit diesen Artikeln anerkannt worden war. Von Beschränkungen der Einfuhr sollten, was die Waffen betrifft, nach den Verträgen vom 29. April 1861 nur Jagdgewehre, Pistolen und Luxuswaffen befreit bleiben.

Da die zollamtliche Behandlung aller Waren, welche nach der Türkei eingeführt, resp. von dort ausgeführt werden, bekanntlich ohne Rücksicht auf das Ursprungs- oder Bestimmungsland der Waren nur nach der Nationalität desjenigen sich richtet, welcher die Waren einführt oder ausführt, so hat darüber kein Zweifel obwalten können, daß die neuen Handelsverträge der Pforte mit Frankreich und Großbritannien, insofern dieselben neue Zugeständnisse der letztgenannten beiden Mächte enthielten, für die Pforte nur dann einen wirklichen Wert erlangen konnten, wenn auch die übrigen, an dem auswärtigen Handelsverkehr der Türkei beteiligten Staaten sich bereit fanden, auf denselben Grundlagen ihrerseits neue Handelsverträge mit der Pforte abzuschließen. || Infolge des hierauf gerichteten Ansuchens der Ottomanischen Pforte hat die Königliche Regierung, welche mit Rücksicht auf ihre Beziehungen zur Pforte keinen Anstand genommen hatte, das Projekt der gedachten allgemeinen Vertragsrevision auch ihrerseits prinzipiell zu unterstützen, zuvörderst alle vorstehend aufgeführten Punkte, auf welche die wesentlichen Neuerungen der Verträge Frankreichs und Großbritanniens vom 29. April 1861 zurückzuführen gewesen sind, sorgfältig in der Richtung erwogen, ob eine auf den gleichen Grundlagen zu bewirkende Revision des unter dem 10./22. Oktober 1840 von Preußen zugleich im Namen der damals dem Zollverein angehörigen Staaten mit der Pforte abgeschlossenen Handelsvertrages mit den Interessen Preußens und seiner Zollverbündeten vereinbart sein möchte. || Die Königliche Regierung hat sich im allgemeinen für die Bejahung dieser Frage entscheiden zu müssen geglaubt. || Wenn die bedeutende Herabsetzung der Ausgangs-Abgaben einerseits im eigenen Interesse der Pforte wohlbegründet erschienen ist, so ist andererseits nicht zu verkennen gewesen, daß dieselbe auch dem Handelsverkehr des Auslandes Vorteile gewähren wird. Die als eine Kompensation für die finanzielle Einbuße, welche die Pforte durch jene Maßregel und durch die Ermäßigung der Abgabe von der Land-Durchfuhr erleiden wird, zu betrachtende Erhöhung der bisher sehr niedrigen Eingangszölle wird für den vereinsländischen Handel nicht fühlbar sein, da sie auf die Erzeugnisse aller auswärtigen Staaten gleichmäßig Anwendung findet und als ein vermehrter Schutz bei dem Mangel eines irgend in Betracht kommenden industriellen Betriebes in der Türkei nicht wirken kann. || Die Aufhebung der gesonderten Entrichtung desjenigen Teiles der

Eingangs- resp. Ausgangs-Abgaben, welcher durch die bisherigen Verträge als Aequivalent für die in früheren Zeiten erhobenen inneren Verkehrs-Steuern festgesetzt worden, hat unbedenklich erscheinen müssen, sobald, dem Vorgange der neuen Verträge Frankreichs und Großbritanniens entsprechend, in völlig sichernder Weise Fürsorge dafür getroffen wird, daß jene Abgaben für den inneren Verkehr nicht unter irgend einem anderen Namen wieder eingeführt werden dürfen. Durch die Verzichtleistung auf die Einführung von Tabak, Salz, Kanonen und Kriegsmunition werden die kommerziellen Interessen der Zollvereinsstaaten eine Beeinträchtigung nicht zu erleiden haben. Dagegen ist nach der Ansicht der Königlichen Regierung ein sehr erhebliches Gewicht darauf zu legen gewesen, der Pforte Beschränkungen der Einfuhr von Waffen nur in dem Maße zuzugestehen, daß alle Hieb- und Stichwaffen, welche ein hervorragendes Erzeugnis der vereinsländischen Gewerbetätigkeit bilden und in der Türkei bisher einen lohnenden Absatz gefunden haben, von jeder Einfuhrbeschränkung nach wie vor befreit bleiben. || Von diesen Gesichtspunkten aus ist die Angelegenheit seinerzeit mit den übrigen Zollvereinsstaaten beraten worden. Auf Grund des hiebei allseitig erzielten Einverständnisses sind sodann die Unterhandlungen in Konstantinopel eingeleitet worden. Dieselben haben zu dem Abschlusse des am 20. März 1862 unterzeichneten neuen Handels-Vertrages der Zollvereinsstaaten mit der Pforte geführt, von welchem eine Uebersetzung hier beiliegt.

Der Vertrag vom 20. März 1862 ist bestimmt, vollständig an die Stelle des bisherigen Vertrages vom 10./22. Oktober 1840 zu treten. Die Wortfassung des letzteren ist, soweit Abänderungen nicht erforderlich waren, tunlichst beibehalten, im übrigen ist vorzugsweise der zwischen Frankreich und der Pforte unter dem 29. April 1861 abgeschlossene neue Vertrag als Muster benutzt worden. In gleicher Weise wie bei dem Vertrage vom 10./22. Oktober 1840 ist auch bei der Abfassung des Vertrages vom 20. März 1862 streng daran festgehalten worden, demselben durchaus den Charakter der Einseitigkeit zu wahren. Der Vertrag enthält keine von seiten der Zollvereinsstaaten übernommene Verpflichtung und es ist insbesondere auch jede, auf eine Gewährung der Gegenseitigkeit gerichtete Zusage in dem Vertrage vermieden worden. Mit Rücksicht hierauf hat es keinem Bedenken unterliegen können, die Dauer des Vertrages vom 20. März 1862, übereinstimmend mit der Dauer der neuen Verträge Frankreichs und Großbritanniens mit der Pforte, auf einen Zeitraum von 28 Jahren festzusetzen. || In Beziehung auf die einzelnen Artikel des Vertrages vom 20. März 1862 findet sich nach dem Voraus-

geschickten nur hervorzuheben, daß die vereinsländische Einfuhr aller Hieb- und Stichwaffen nach der Fassung, welche dem Artikel XI. gegeben worden, unbeschränkt bleibt. || Die Ottomanische Pforte ist hierauf ausdrücklich aufmerksam gemacht, und es ist außerdem noch bei Gelegenheit der Unterzeichnung des Vertrages in der geeigneten Weise dafür Sorge getragen worden, jeder entgegenstehenden Auslegung der Bestimmungen des neuen Vertrages auch für die Folge vorzubeugen. || Schließlich wird bemerkt, daß inzwischen auch die bisherigen Handels-Verträge Sardiniens, Belgiens, Rußlands, der Niederlande, der Vereinigten Staaten von Amerika und Spaniens mit der Pforte durch neue Verträge ersetzt worden sind, mittelst welcher alle genannten Staaten den wesentlichen Neuerungen der Verträge Frankreichs und Großbritanniens mit der Pforte vom 29. April 1861 gleichfalls beigetreten sind.

Berlin, im Mai 1862.

Nr. 13934. DEUTSCHES REICH und TÜRKEI. Zusatzabkommen zu dem Handels- und Schiffahrtsabkommen vom 26. Aug. 1890.

Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, au nom de l'Empire Allemand, d'une part, et Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, d'autre part, étant animés du désir de favoriser le développement des relations commerciales entre les deux pays, ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires savoir: || Sa Majesté l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse: || Le Baron Adolphe Marschall de Bieberstein, Son Ambassadeur Extraordinaire et Plénipotentiaire près Sa Majesté l'Empereur des Ottomans, || Sa Majesté l'Empereur des Ottomans: || Ahmed Tevfik Pacha, Son Ministre des Affaires Etrangères, || lesquels, après s'être donné réciproquement communication de leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont tombés d'accord sur les articles suivants, concernant la modification du numéro 1 du Procès-verbal de signature du Traité de commerce et de navigation, conclu entre l'Allemagne et la Turquie le 26 août 1890:

Article 1.

Jusqu'à la mise en vigueur du tarif annexé audit Traité le Gouvernement Impérial Ottoman aura le droit d'élever les droits d'entrée en Turquie de 8 à 11 % ad valorem. || Toutefois, cette augmentation des droits d'entrée ne pourra être appliquée aux importations allemandes en Turquie qu'à la condition de l'être également aux provenances des pays des autres Puissances.

Article 2.

La présente Convention formera partie intégrante du Traité de commerce et de navigation, conclu entre l'Allemagne et la Turquie le 26 août 1890.

Article 3.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Constantinople, aussitôt que faire se pourra. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs l'ont signée et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Constantinople, en double exemplaire, le 25 Avril 1907.

(L. S.) Marschall.
(L. S.) Tevfik.

Procès-verbal de signature.

Au moment de procéder à la signature de la Convention Additionnelle, conclue en date de ce jour entre l'Allemagne et la Turquie pour modifier le numéro 1 du Procès-verbal de signature du Traité de commerce et de navigation du 26 août 1890 et vu la majoration des droits d'entrée en Turquie sur les provenances allemandes, le Plénipotentiaire soussigné, Ministre des Affaires Étrangères de l'Empire Ottoman, déclare que la Sublime Porte prend les engagements suivants: || I. La Sublime Porte mettra en pleine et entière exécution la nouvelle loi sur les analyses en douane, promulguée le 29 Rébi-ul-ewel 1323 (20 mai/2 juin 1905). || II. La Sublime Porte améliorera, dans la mesure du possible, les institutions douanières, telles que entrepôts, installations des quais de débarquement etc., dans les ports principaux de la Turquie. || III. Les droits de dépôt (ardié) ne seront payables en Turquie que pour la durée du séjour des marchandises au dépôt des douanes. Cette durée est comptée de la fin de la première semaine écoulée après l'entrée en dépôt des marchandises jusqu'au jour où leurs propriétaires en auront demandé le dédouanement et la sortie. || IV. L'horaire pour la vérification des marchandises dans les bureaux de douane ottomans est fixé: du 1er avril jusqu'à la fin d'août, de deux heures et demie à dix heures et demie; en septembre, de trois heures à onze heures; en octobre, de trois heures et demie à onze heures; du 1er novembre jusqu'à la fin de janvier, de quatre heures à onze heures; en février, de trois heures et demie à onze heures; et en mars, de trois heures à dix heures et demie à la turque. || V. En cas d'envois de marchandises du même genre, importées à la fois en petits emballages, contenant des articles d'alimentation et de consommation en récipients hermétiquement fermés et portant des marques de fabrique,

l'examen en douane ne sera fait que sur des échantillons pris au hasard. || Cette stipulation ne s'applique pas au cas où les circonstances spéciales font soupçonner l'intention de frauder les droits. || Le soussigné Plénipotentiaire d'Allemagne prend acte de cette déclaration.

Fait à Constantinople, en double exemplaire, le 25 Avril 1907.

(L. S.) Marschall.
(L. S.) Tevfik.

Anlage.

Denkschrift, dem Deutschen Reichstage vorgelegt.

Die handelspolitischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und der Türkei sind durch den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 26. August 1890 (Reichs-Gesetzbl. 1891 S. 117 ff.) geregelt; die Denkschrift zu demselben ist in der Drucksache Nr. 170 des Reichstags, 8. Legislatur-Periode, I. Session 1890, enthalten. || Ziffer 1 des Vollziehungsprotokolls zu diesem Vertrage bestimmt, daß bis zum Inkrafttreten des Vertrags der gegenwärtige Rechtszustand aufrecht erhalten bleiben solle, und daß auch nach diesem Zeitpunkte weder der Tarif noch irgend eine Bestimmung des Vertrags ohne Zustimmung der Deutschen Regierung Deutschland gegenüber in Kraft gesetzt werden kann, wenn dies nicht zu gleicher Zeit auch gegenüber jeder anderen Nation geschieht. || Gemäß Artikel XXV sollte der Vertrag am 13. März 1891 in Kraft treten; da jedoch zu diesem Zeitpunkt und auch später die Türkische Regierung außer mit Deutschland noch mit keiner anderen Nation einen Handelsvertrag auf Grund eines spezifischen Zolltarifs abgeschlossen hatte, stellten sich der Anwendung des Vertrags, soweit der demselben beigefügte türkische Vertragstarif in Frage kam, Schwierigkeiten entgegen. Deutscherseits hat man daher von dem in Ziffer 1 des Vollziehungsprotokolls enthaltenen Rechte Gebrauch gemacht und die Anwendung des türkischen Tarifs Deutschland gegenüber bis auf weiteres für ausgeschlossen erklärt. (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Mai 1891 im „Deutschen Reichsanzeiger und Königlich Preußischen Staatsanzeiger" vom 6. Juni 1891 Nr. 131; Zentralblatt für das Deutsche Reich 1891 S. 141.) Sie hat daran der Türkischen Regierung gegenüber den Vorbehalt geknüpft, diese Erklärung jederzeit, falls die Umstände es als angezeigt erscheinen lassen sollten, zurückzunehmen und auf Grund der in dem Vertrag ausbedungenen Meistbegünstigung die Wahl zwischen den einzelnen Sätzen des Vertragstarifs und den Sätzen des bisher be-

stehenden 8 %igen Wertzolls beanspruchen zu können, solange dieser anderen Staaten gegenüber bestehe. || Tatsächlich wird seit Inkrafttreten des deutsch-türkischen Handelsvertrags von deutschen nach der Türkei eingeführten Waren der dem damals geltenden Rechtszustand entsprechende Zoll, das ist ein Zoll in der Höhe von 8 % vom Werte der Waren, erhoben. || Die Unmöglichkeit, die laufenden Staatsbedürfnisse aus dem Erträgnisse der bestehenden Einnahmen zu decken und namentlich den durch das Reformwerk in Mazedonien erforderlich gewordenen Mehrausgaben zu genügen, hat die Türkische Regierung nunmehr veranlaßt, bei den Mächten die Genehmigung zur Erhöhung des gegenwärtig geltenden Wertzolls von 8 auf 11 % nachzusuchen, welchem Wunsche, was Deutschland anlangt, durch die vorliegende neue Übereinkunft entsprochen werden soll. || Für unser Eingehen auf das türkischerseits gestellte Verlangen war vor allem maßgebend, daß die Türkische Regierung ihren Staatshaushalt ohne eine Erhöhung der Einnahmen in der Tat nicht mehr auch nur annähernd im Gleichgewichte halten kann, und daß außer den Zolleinnahmen andere ertragsfähige Steuerquellen zurzeit kaum zur Verfügung stehen dürften; ohne Erhöhung der Einnahmen ist aber das Scheitern des Reformwerkes in Mazedonien zu befürchten. Das Nähere über die Gründe und die Durchführung dieses Reformwerkes enthalten die in der Anlage zusammengestellten amtlichen Schriftstücke. Aber auch vom wirtschaftlichen Standpunkt erscheint ein Zoll in der Höhe von 11 % vom Werte, im Vergleiche mit den Zollsätzen in anderen Ländern, in welchen deutsche Erzeugnisse immer noch trotz der Zollhöhe konkurrenzfähig geblieben sind, verhältnismäßig niedrig, wobei in Betracht kommt, daß die Türkei als ein Land mit nur wenig entwickelter eigener Industrie, für ihren Bedarf an derartigen Erzeugnissen auf den Bezug aus dem Ausland angewiesen ist. Weiter ist zu berücksichtigen, daß die erhöhten Zölle auf die deutsche Einfuhr nur dann Anwendung finden können, wenn dies auch gegenüber der Einfuhr aus den anderen konkurrierenden Ländern der Fall sein wird, daß also eine Differenzierung deutscher Waren gegenüber dem übrigen Ausland auf alle Fälle ausgeschlossen ist. Übrigens wird in der Zustimmung seitens der anderen Mächte ein Zeichen dafür zu erblicken sein, daß auch sie in der Erhöhung der Zölle eine Schädigung der bestehenden Handelsbeziehungen nicht zu erkennen vermögen. Ist hiernach die 3 %ige Erhöhung der Zölle an sich schon für unsere Ausfuhr nicht bedenklich, so ist unsere Zustimmung noch an verschiedene, besonders für den deutschen Handel in Betracht kommende Gegenkonzessionen der Türkei geknüpft worden, welche lebhaften

Wünschen unserer Industrie und unseres Handels Erfüllung bringen. Sie sind in dem Vollziehungsprotokolle zu der vorliegenden Übereinkunft enthalten. || Übereinkunft und Vollziehungsprotokoll bilden, wie auch durch die Eingangsworte der Übereinkunft und durch Artikel 2 derselben zum Ausdrucke kommt, einen integrierenden Bestandteil des gegenwärtigen deutsch-türkischen Handelsvertrags vom 26. August 1890 und stellen sich (siehe Eingang zum Vollziehungsprotokolle der Übereinkunft) als eine Abänderung von Ziffer 1 des Vollziehungsprotokolls zum bestehenden Vertrage dar. || Zu den einzelnen Artikeln der Übereinkunft und zu den Bestimmungen des Vollziehungsprotokolls ist folgendes zu bemerken:

A. Zur Übereinkunft.

Artikel 1 erteilt der Türkei das Recht zur Erhöhung der Eingangszölle von 8 auf 11 % unter Wahrung des Deutschland zustehenden Meistbegünstigungsrechts (Abs. 2). || Artikel 2 erklärt die Übereinkunft ausdrücklich als Bestandteil des deutsch-türkischen Handelsvertrags vom 26. August 1890. Es behalten daher auch in Zukunft alle Bestimmungen dieses Vertrags Geltung, soweit sie nicht durch die vorliegende Übereinkunft oder in anderer Weise eine Abänderung erfahren haben. || Artikel 3 regelt in der üblichen Weise die Ratifikation der Übereinkunft.

B. Zum Vollziehungsprotokoll.

Ziffer I sichert unsere Einfuhr gegen willkürliche, durch sanitätspolizeiliche Gründe verdeckte Einfuhrverbote und gegen ungerechtfertigte Analysen der eingeführten Waren, indem die Türkei sich verpflichtet, das neue Analysengesetz, welches von der Pforte im Benehmen mit den Mächten zur Abhilfe dieser Mißstände erlassen worden ist, voll und ganz zur Ausführung zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß durch diese Bestimmung auch der Möglichkeit vorgebeugt wird, das gedachte Gesetz ohne unsere Zustimmung zu unseren Ungunsten wieder abzuändern. || Ziffer II. Seitens des Handelsstandes ist öfters darüber Klage geführt worden, daß die Zolleinrichtungen, selbst in den wichtigeren Häfen der Türkei, zur Bewältigung des Verkehrs nicht genügen; insbesondere sei das Fehlen ausreichender Zollspeicher und Entladevorrichtungen der Grund für eine fortwährende Stauung der der Zollbehandlung harrenden Güter. Um diesem Mißstand abzuhelfen, ist eine Abrede dahin getroffen worden, daß die Türkische Regierung sich verpflichtet, die Zoll und Verkehrseinrichtungen in den Haupthäfen zu verbessern. || Ziffer III regelt die Lagergebühr (ardié). Zurzeit wird, wenn ein Dampfer in einem türkischen Hafen am Quai angelegt hat, und das Manifest übergeben worden ist,

von der türkischen Zollbehörde die Fiktion aufgestellt, daß mit der Übergabe des Manifestes die zu entlöschenden und zollamtlich zu behandelnden Waren in die Zollräumlichkeiten eingelagert worden seien. Demgemäß wird das Lagergeld von diesem Zeitpunkt an berechnet. Bei den schon erwähnten unzureichenden Entladeeinrichtungen und Zollspeicherverhältnissen kann die wirkliche Entladung des Dampfers aber erst viel später, oft erst nach acht Tagen, erfolgen. Nunmehr ist Vorsorge dafür getroffen, daß das Lagergeld nur für die tatsächliche Lagerzeit erhoben werden kann. || Ziffer IV setzt die Dienststunden der türkischen Zollämter fest. Bisher war die Zahl der Dienststunden zu gering, um den Verkehr einigermaßen zu bewältigen und umfaßte meist nur etwa vier Stunden am Tage. Die neue Bestimmung dürfte wesentlich zu einer rascheren Abwickelung der Verzollungsarbeiten beitragen. || Ziffer V soll einer vielfachen Klage aus Handelskreisen über die Art der zollamtlichen Untersuchung von Konservenbüchsen usw. abhelfen. Es ist vorgekommen, daß bei der Einfuhr größerer Sendungen dieser Art versucht wurde, jede einzelne Büchse zur Prüfung ihres Inhalts zu öffnen; es ist klar, daß dadurch die Ware verdorben oder mindestens unverkäuflich wird. In Zukunft soll in derartigen Fällen die Prüfung des Inhalts nur durch Stichproben erfolgen; eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist im Abs. 2 lediglich für jene Fälle zugelassen, wo besondere Anhaltspunkte den Verdacht einer beabsichtigten Zollhinterziehung begründen.

Verhandlungen über die Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 8 auf 11 Prozent.

Nr. 13935. TÜRKEI. Der Botschafter in Berlin an das deutsche Auswärtige Amt. Promemoria über Zölle und Finanzen.

Berlin, 19. Februar 1905.

Le manque parfois d'une action directe qui caractérise nos revenus constitue toujours le plus sérieux obstacle à l'équilibre du budget de l'Empire, et c'est surtout en ce moment où le service financier doit être assuré dans les trois provinces de la Roumélie que cet obstacle devient le plus difficile à surmonter. En effet le budget spécial que nous préparons pour ces vilayets accuse un déficit que nous sommes disposés à combler sur nos revenus généraux en tant qu'ils offriraient une marge suffisante. Dans ce but le Gouvernement Impérial se trouve dans l'impérieuse nécessité de chercher les ressourccs nécessaires dans la majoration du taux des droits de douane, lequel serait porté de huit à onze pour cent, en attendant naturellement la conclusion des nouveaux traités de commerce. Car à défaut d'une telle augmentation, qui d'ailleurs frapperait non pas le commerce mais le consommateur, le gouvernement ottoman ne serait aucunement en mesure de pouvoir trouver une autre ressource d'où l'on dût faire des prélèvements indispensables au surcroît de dépenses que nous occasionnent les réformes. || Nous sommes donc persuadés que l'adhésion du gouvernement de Sa Majesté l'Empereur l'Allemagne nous est dès à présent acquise, et nous aimons à espérer qu'en appréciant l'opportunité et la légitimité de notre but, il ne nous refusera pas son concours même auprès des autres gouvernements afin que nous obtenions l'assentiment unanime des puissances.

Nr. 13936. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt. Bericht über ein Gespräch mit Goluchowski über mazedonische Verhältnisse und türkisches Zollprojekt.

Wien, den 14. Februar 1905.

In einem Gespräche, das ich heute mit dem Grafen Goluchowski hatte, erzählte mir der Minister, er habe gestern einen eingehenden und interessanten Bericht des österreichisch-ungarischen Zivilagenten erhalten, wonach die Bevölkerung in Mazedonien zurzeit ruhig sei und bei Zwischenfällen nach wie vor vertrauensvoll seine und seines russischen Kollegen Vermittelung erbitte. Der partielle Versuch mit der Neueinhebung des Zehnten habe sich glänzend bewährt, und sei es — wohl zum ersten Male — vorgekommen, daß Steuerpflichtige den Zehnten im voraus bezahlt hätten. Die im Auslande verbreiteten Gerüchte über Beunruhigung der Bevölkerung führten sich fast ausschließlich auf Agitatoren zurück, die es sich zur Aufgabe gesetzt hätten, die Sanierung der Verhältnisse zu verhindern. || Ich erwähnte demnächst das von den heutigen Blättern publizierte Telegramm, wonach der Sultan erklärt habe, nur dann das mazedonische Finanzprogramm genehmigen zu wollen, wenn die Mächte in die Erhöhung des türkischen Eingangszolles von 8 Prozent auf 11 Prozent willigten. Ich knüpfte daran die Frage, ob der Pforte noch keine Mitteilung davon gemacht sei, daß Rußland, wie er mir vor einigen Tagen gesagt, seine Zustimmung zu jener Erhöhung nunmehr gegeben habe. || Der Minister erwiderte mir, die Mitteilung sei seines Wissens noch nicht gemacht und werde auch nicht bedingungslos gemacht werden, da jene Zustimmung nur unter gewissen Voraussetzungen erfolgen solle. Der aus der geplanten Zollerhöhung sich ergebende Betrag sei auf jährlich 700000 türkische Pfund berechnet worden.

gez. Wedel.

Nr. 13937. **DEUTCHES REICH.** Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt. Englisches Interesse am mazedonischen Reformwerk. England will Österreich und Rußland die Führung überlassen.

London, den 15. Februar 1905.

Sowohl die Thronrede wie auch der Minister des Äußern in der Debatte über die Adresse beschäftigten sich gestern mit dem Reformwerk in Mazedonien. Als ich heute in der Unterhaltung Lord Lansdowne auf

dieses Thema brachte, bemerkte er, es bestehe, wie ich wisse, in England ein starkes Empfinden dafür, daß der Zustand der Dinge in Mazedonien unerträglich geworden sei. Diesem Empfinden sei Rechnung zu tragen, und es könnte sich noch stärker akzentuieren, wenn die dadurch beeinflußten Personen den Eindruck erhielten, daß die Englische Regierung nur ein laues Interesse an der Frage nehme. || Zu der eigentlichen Haltung der englischen Politik im Balkan übergehend, erwähnte der Minister, daß soweit die tatsächliche Verwirklichung der Reformen in Frage käme, die Regierung Seiner Majestät zufrieden sei, wenn Österreich und Rußland die Führung übernehmen und England in zweiter Linie dabei mitarbeite. Er glaube, daß eine Reformierung des Finanzwesens in den mazedonischen Provinzen eine Besserung der dortigen Verhältnisse zur Folge haben würde. Es komme darauf an, das Erträgnis der Steuern und Zehnten aus diesen Provinzen an erster Stelle zur Besserung der wirtschaftlichen Lage in den betreffenden Wilajets selbst zu verwenden und nur den etwaigen Überschuß nach Konstantinopel abzuführen.

gez. Metternich.

Nr. 13938. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Ein Kaiserliches Irade stellt die Beamtengehälter für Mazedonien sicher.

Pera, den 20. Februar 1905.

Als ich heute bei dem Großwesir war, erhielt derselbe das Kaiserliche Irade, welches gemäß dem Beschlusse des Ministerrats der Pforte befiehlt, bezüglich der mazedonischen Finanzen Gegenvorschläge dahin auszuarbeiten, daß der Ottomanbank Staatseinkünfte verpfändet werden sollen, aus welchen die Bank die regelmäßige Bezahlung der Beamtengehälter in den drei Provinzen leistet. || Ein ähnliches System besteht bereits bezüglich der mazedonischen Gendarmerie. Gelangt es hier zur Anwendung, so ist damit der grundlegende Schritt für Verbesserung der Verwaltung geschehen. || Den für die Beamtenzahlung notwendigen Betrag — etwa 350 bis 400000 Ltqs. — kann die Pforte nur dann der Ottomanbank zur Verfügung stellen, wenn ihr neue Einnahmequellen eröffnet werden. Mit der Durchführung des türkischen Gegenvorschlags würde die von den einzelnen Mächten an die Gewährung des dreiprozentigen Zollzuschlags geknüpfte Bedingung (Kontrolle über die Verwendung der Gelder) wenigstens für einen erheblichen Teil der zu erwartenden Mehreinnahmen erfüllt sein.

gez. Marschall.

Nr. 13939. **DEUTSCHES REICH.** Der Konsul in Saloniki an das Auswärtige Amt. Bericht über Mazedonien. Tätigkeit der fremden Offiziere. Bestrebungen der Serben, Kutzowalachen und Bulgaren. Unsicherheit der Geschäftslage.

Saloniki, den 25. Februar 1905.

Daß hinsichtlich der Beurteilung der bisherigen Reformarbeit seitens der Bevölkerung Mazedoniens neuerdings eine Änderung Platz gegriffen habe und während dieser Zeit eine wesentliche Wendung zum Besseren in den Zuständen im Innern eingetreten sei, kann man nach den Berichten, die mir in letzter Zeit aus verschiedenen Orten Mazedoniens zugegangen sind, nicht behaupten. Das einzige Positive, das ich in dieser Beziehung habe feststellen können, besteht in der mir von einem im Wilajet Salonik angesessenen deutschen Landwirt mitgeteilten Tatsache, daß das Benehmen der Gendarmen, wenn sie in eine Ortschaft kommen, sich in erfreulicher Weise gebessert hat. Während früher der Besuch dieser Hüter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der Schrecken des heimgesuchten Orts war, befleißigen die Gendarmen sich jetzt einer durchaus korrekten und tadellosen Haltung, ohne in rücksichtsloser Weise Geldbeträge und Lebensmittel von der Bevölkerung einzutreiben. Dieser Fortschritt ist zweifellos der Tätigkeit der fremden Offiziere zuzuschreiben. Im übrigen ist aber, wie ich höre, ein wesentlicher Erfolg der Reformen auch bis heute kaum zu konstatieren. || Im Wilajet Monastir verhalten die Banden sich seit etwa 2 Monaten ruhig, da der ungemein strenge Winter — bis über 30 Grad Celsius Kälte — sie aus den Bergen vertrieben hat. Die allgemeine Ansicht geht aber dahin, daß zum Frühjahr ernste Ereignisse zwischen bulgarischen, griechischen und serbischen Banden zu erwarten sind. Die Regierung scheint diese Ansicht zu teilen, wenigstens läßt die kürzlich erfolgte Sendung von 26 Waggons Geschützen und Mausergewehren nebst 36 Waggons Munition von Konstantinopel nach Monastir darauf schließen, daß man an maßgebender Stelle der augenblicklich herrschenden Ruhe keinen Bestand zutraut. Diese Waffen- und Munitionstransporte haben wieder zu Kriegsbefürchtungen Anlaß gegeben, und auch in türkischen Offizierkreisen spricht man von Verwickelungen. Hier dürfte jedoch im wesentlichen der Wunsch der Vater des Gedankens sein. || Von mir nach seiner Ansicht über die Tätigkeit der fremden Offiziere befragt, äußerte sich ein türkischer, in Deutschland ausgebildeter Offizier in, wenn auch zurückhaltender, so doch im allgemeinen anerkennender Weise: sie verständen jedenfalls ihre Sache und hätten theo-

retisch gute Vorschläge gemacht, zu deren praktischer Durchführung aber derartig große Geldbeträge erforderlich seien, daß ernstlich daran wohl niemals zu denken sei. Die von mir bereits gemeldete Unzufriedenheit in türkischen Beamten- und Militärkreisen über die Bevorzugung des neugebildeten Gendarmeriekorps namentlich hinsichtlich pünktlicher Gehaltszahlung bestätigte mir dieser mein Gewährsmann durchaus und fügte hinzu, daß, falls es hierwegen nicht zu Ausschreitungen kommen sollte, dies lediglich darauf zurückzuführen sei, daß die interessierten Kreise von der Aussichtslosigkeit etwaiger Schritte in dieser Richtung überzeugt seien. || In serbischen Kreisen hat die Ermordung des serbischen Popen Paschko in Koumanovo sehr böses Blut gemacht, und man befürchtet, daß die 3 serbischen Banden, die sich zurzeit in der Gegend zwischen Koumanovo und Egri-Palanka im Vilajet Üsküb aufhalten, nunmehr mit ihrer „Arbeit" beginnen und zunächst Rache für den ermordeten Popen nehmen werden. || Die Kutzowalachen in Monastir haben es nach langen Kämpfen mit dem griechischen Klerus durchgesetzt, daß ein Ende Januar erlassenes Irade ihnen die Eröffnung ihrer bereits im vergangenen Sommer fertiggestellten Kirche und die Abhaltung des Gottesdienstes in rumänischer Sprache gestattet hat. Am Sonntag, den 29. Januar hat die Einweihungsfeier in der Kirche stattgefunden, woran der rumänische Konsul in Monastir teilgenommen hat. || In anderen Orten sind die Bestrebungen der Kutzowalachen dagegen weniger erfolgreich gewesen. So teilte mir ein angesehener Rumäne mit, daß die Lage der kutzowalachischen Bevölkerung in und um Ghevgeli von Tag zu Tag kritischer werde. Die patriarchistische Geistlichkeit suche mit allen Mitteln zu erreichen, daß die exarchistischen Walachen zum Patriarchat zurückkehren und die patriarchistischen Walachen sich als Griechen fühlen und bekennen sollen. Im Weigerungsfalle würden sie bei den türkischen Behörden verdächtigt, daß sie mit den bulgarischen Komitadschis gemeinsame Sache machten. Auf diese Weise hätten die griechischen Popen es durchgesetzt, daß zurzeit in den Gefängnissen von Ghevgeli und Salonik gegen 100 angesehene Kutzowalachen säßen, die seit Monaten vergeblich auf ihre Aburteilung warteten. || Daß die bulgarischen Komitees auch während des Winters nicht ganz untätig sind, beweist ein vor einigen Wochen an die Eisenbahnarbeiter in der Gegend von Florina ergangenes Rundschreiben, welches anordnet, daß in Zukunft niemand bei der Eisenbahn Arbeit nehmen dürfe, bevor die Gesellschaft nicht den täglichen Arbeitslohn von 6 auf 10 Piaster erhöht und eine genaue Einteilung der Arbeitsstunden festgesetzt habe. Dieses mit Journalnummer und Datum versehene Rundschreiben, wovon mir mein Gewährsmann in Monastir ein

Originalexemplar mit Übersetzung eingereicht hat, trägt die Unterschrift „Hauptwoiwode Andrejef“. Letzterer, mit vollem Namen Nikola Andrejef Bistof, ist ein Bandenführer aus der Gegend von Kastoria, der früher Lehrer in Sofia war. Die Bahnarbeiter haben tatsächlich diesen Befehl kurze Zeit befolgt, dann aber, da die Bahngesellschaft sich auf keine Lohnerhöhung eingelassen hat, durch Hunger gezwungen, die Arbeit zu dem früheren Lohnsatze wieder aufgenommen. || Vor einigen Tagen hat ein heftiger Zusammenstoß zwischen einer bulgarischen Bande und türkischem Militär in dem Dorfe Kuglitsch bei Strumnitza, Wilajet Salonik, stattgefunden, bei dem es auf beiden Seiten verschiedene Tote und Verwundete — man spricht von einigen 30 — gegeben hat. Da die Truppen sich anfangs zu schwach fühlten, zogen sie sich nach Strumnitza zurück und gingen sodann mit Verstärkung und in Begleitung von türkischer Landbevölkerung wieder gegen Kuglitsch vor. Dort sollen von den Truppen und der türkischen Landbevölkerung aus Wut darüber, daß die Bande inzwischen entkommen war, an der bulgarischen Dorfbewohnerschaft Akte der Brutalität und Räubereien verübt worden sein. Wie man sagt, sind etwa 20 Häuser durch Feuer zerstört worden. || Wie mir hiesige europäische Kaufleute über die Geschäftslage mitteilen, machen sich die unsicheren und für die Zukunft ungewissen Verhältnisse im Innern in höchst ungünstiger Weise bemerkbar. Von den Kunden im Innern gehen keine Bestellungen ein, und die einheimischen Geschäftsleute getrauen sich nicht, auf das Ungewisse hin ihre Warenbestände zu ergänzen, so daß bereits eine Reihe kaufmännischer Magazine leer stehen. || In dem neuen Finanzprojekt für die drei Wilajets, das im wesentlichen nur die formelle Seite der Erhebung und Verwaltung der jährlichen Einnahmen regelt, scheint man es vermieden zu haben, schon jetzt den Umfang der Ausgaben zu bestimmen, die aus den Einnahmen der drei Wilajets gedeckt werden sollen. Denn wenn unter „toutes les dépenses publiques“ auch die Kosten für die in Mazedonien garnisonierenden Truppen zu verstehen sind, dürften die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben bei weitem nicht ausreichen. gez. Versen.

Nr. 13940. **ÖSTERREICH-UNGARN und RUSZLAND.** Die Botschafter beider Staaten in Berlin an das deutsche Auswärtige Amt. Aide mémoire über die Bedingungen der türkischen Zollerhöhung.

Berlin, den 28. Februar 1905.

Ainsi que l'éxpérience l'a démontré, l'application des réformes prévues dans le programme de Mürzsteg aux branches de l'administration

de la Macédoine exige des dépenses auxquelles les ressources des Vilajets Salonique, Monastir et Kossowo ne sauraient suffire, vu surtout le chiffre élevé des troupes ottomanes entretenues dans ces parages. || Le Gouvernement ottoman vient de déclarer que le budget préparatoire pour les dits vilajets accuse un déficit et que pour parer a cet inconvénient il se trouve dans l'impérieuse nécessité de chercher les ressources nécessaires dans la majoration du taux des droits d'entrée perçus dans les douanes, lequel serait porté de 8 à 11 pour cent ad valorem. || Pénétrés de la nécessité d'écarter tout ce qui tendrait à entraver l'application des réformes qu'ils considèrent comme une garantie contre le retour des troubles en Macédoine, les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie seraient disposés à appuyer la proposition ci-dessus exposée du Gouvernement ottoman, à la condition que l'excédent des revenus douaniers qui serait le résultat de la majoration du taux des droits de la douane soit affecté en juste mesure à l'amélioration des différentes branches de l'administration de la Macédoine ainsi qu'à d'autres besoins non moins urgents, tel que l'allocation de secours aux chrétiens qui ont subi des pertes durant les troubles. || Dans cet ordre d'idées les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie seraient d'avis que l'assentiment des puissances à la proposition ci-dessus exposée du Gouvernement ottoman fût subordonné aux conditions suivantes: || 1° que le projet de règlement financier qui a été remis à la Sublime Porte par les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et de Russie à la date du 4|17 Janvier dernier, et dont des copies ont été transmises aux représentants des autres Puissances, soit adopté par la Porte, || 2° que le Gouvernement ottoman prenne vis-à-vis des Puissances l'engagement de prélever sur l'excédent des revenus douaniers les sommes nécessaires pour assurer le fonctionnement régulier des institutions locales de la Macédoine ainsi que pour indemniser la population chrétienne des pertes qu'elle a subies, et || 3° que le Gouvernement ottoman s'engage à procéder sans retard à la révision du règlement douanier ottoman à l'effet de supprimer des dispositions qui ont été reconnues par les Puissances comme nuisibles aux intérêts du commerce étranger. || Les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie se font un devoir de soumettre les considérations ci-dessus exposées à la connaissance des Puissances et ils se plaisent à espérer que le Gouvernement allemand voudra bien prêter son concours à une solution satisfaisante des questions ayant trait à la réforme financière de la Macédoine.

Nr. 13941. DEUTSCHES REICH. Der Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt. Verhandlung im Unterhaus über die türkischen Zollprojekte.

London, den 28. Februar 1905.

In der gestrigen Unterhaussitzung stellte der konservative Abgeordnete Gibson Bowles die Frage an die Regierung, ob seitens der Pforte das Ersuchen gestellt worden sei, ihre Zustimmung zur Erhöhung des türkischen Einfuhrzolles von 8 Prozent auf 11 Prozent zu geben, und welche Antwort die Britische Regierung gegeben habe. || Mr. Balfour erwiderte, die Türkische Regierung habe eine Anfrage in diesem Sinne gestellt, doch hätte die Britische Regierung noch keine Antwort erteilt. || Des weiteren stellte Mr. Gibson Bowles die Frage, ob die Absicht bestände, die Zustimmung des internationalen Verwaltungsrats der ottomanischen Schulden zu einer anderen Verwendung gedachter Mehreinnahmen wie zur Zinszahlung zu erlangen, beispielsweise zur Förderung des mazedonischen Reformwerkes. || Mr. Balfour wies auf das Bestehen des türkischen Dekrets vom 1. September 1903 hin und erklärte, es bestände kein Anlaß, an eine Abänderung dieser Bestimmung zu denken.

gez. Bernstorff.

Nr. 13942. DEUTSCHES REICH. Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Standpunkt Österreichs und Rußlands zu den türkischen Zollprojekten.

Pera, den 3. März 1905.

Herr Sinoview sagte mir gestern, seine Regierung nehme den dreiprozentigen Zuschlag zu den türkischen Zöllen unter folgenden Bedingungen an: || 1. daß die Pforte den jüngsten Vorschlag der Ententebotschafter akzeptiere; || 2. daß die Überschüsse der vermehrten Einnahmen, soweit sie nicht der Dette publique abzuführen seien, für Mazedonien verwendet würden: || 3. daß die Zollreglements im Sinne der wiederholt von den Mächten geltend gemachten Forderungen modifiziert würden. || Die Österreichisch-ungarische Regierung steht auf demselben Standpunkte.

gez. Marschall.

Nr. 13943. **TÜRKEI.** Der Botschafter in Berlin an das deutsche Auswärtige Amt. Promemoria über Verhalten der türkischen Regierung zu den österreischich-russischen Bedingungen.

Berlin, den 7. März 1905.

Les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et Russie nous ont remis copie d'une communication que leurs Gouvernements ont adressée aux quatre autres Puissances pour les engager à adhérer à la proposition du Gouvernement Impérial concernant la majoration des droits de douane aux conditions suivantes: || 1[er] Adoption du projet de règlement financier proposé pour les trois provinces. || 2[me] Prélèvement sur l'excédent des revenus douaniers des sommes nécessaires pour assurer le fonctionnement régulier des institutions locales et l'indemnisation des pertes subies par les chrétiens et || 3[me] Révision du règlement douanier pour supprimer les dispositions nuisibles aux intérêts du commerce étranger. || En ce qui concerne le premier point, il se trouve déjà acquis par un règlement spécial qui vient d'être arrêté avec la Banque Ottomane pour être mis en vigueur à partir du 1|14 mars courant et dont le texte a été déjà communiqué aux ambassadeurs. Ce règlement répond à toutes les exigences sans porter atteinte aux principes que le Gouvernement Impérial a constamment sauvegardé et que les Puissances Elles-mêmes ont eu toujours à cœur de respecter. Pour ce qui est du second point les prélèvements pour le fonctionnement des institutions locales sont prévus à l'article 12 du dit règlement. Quant à l'indemnisation des pertes des chrétiens, le Gouvernement Impérial a déjà accordé toutes sortes de secours et de facilité: Outre les 60,000 livres qu'il a consacrées à cet objet, il a fourni du bois de construction et autres matériaux en quantité considérable pour la reconstruction des maisons et édifices détruits pendant les désordres. Mais il n'est pas juste de faire assumer indéfiniment au Gouvernement Impérial les dommages causés journellement par les révolutionnaires venant en grande partie du dehors. Tout ce que les Autorités Impériales pourraient faire dans leur sollicitude pour les habitants paisibles serait de continuer à prêter aide et assistance aux victimes qui n'auraient pas reçu de secours suffisant pour la reconstruction de leurs demeures précédemment incendiées. || Enfin en ce qui touche la troisième condition le Gouvernement Impérial étant décidé à fournir toute facilité pour les opérations douanières ne manquerait pas d'étudier les moyens de donner satisfaction aux plaintes du commerce étranger qui seraient reconnues justes.

Nr. 13944. DEUTSCHES REICH. Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Übersendung einer türkischen Note an die Ententebotschafter.

Pera, den 7. März 1905.

Im Anschluß beehre ich mich Abschrift der Note vorzulegen, mit welcher die Pforte gestern den Ententebotschaftern die mit der Ottomanbank abgeschlossene Konvention überreicht hat.

gez. Marschall.

Anlage.

Par leur communication en date du 4/17 janvier dr. L.L. E.E. M.M. les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et de Russie ont bien voulu communiquer à la Sublime Porte un projet de règlement concernant la gestion financière des Vilayets de Salonique, de Kossovo et de Monastir. || En élaborant ce règlement et en le recommandant à l'attention du Gouvernement Impérial, L.L. E.E. n'avaient en vue que d'assurer le bon fonctionnement des services financiers des dites provinces conformément au chapitre VII du programme de février 1903. || Or, s'inspirant précisément de l'intention qui avait dicté cette clause du dit programme, la Sublime Porte avait mis à l'étude un règlement qui pût satisfaire à toutes les exigences, sans porter atteinte aux principes que le Gouvernement Impérial n'a jamais manqué de sauvegarder et que les Puissances elles-mêmes ont toujours eu à cœur de respecter. Ce règlement qui vient d'être arrêté par la Banque Impériale Ottomane devant entrer en vigueur à partir du 1/14 mars de l'année courante, la Sublime Porte a l'honneur d'en transmettre ci-près le texte à M.M. les Ambassadeurs et a la ferme et intime conviction que Leurs Excellences voudront bien reconnaître qu'il répond parfaitement au but poursuivi. || Comme cependant les revenus actuels des trois provinces ne suffisent pas pour assurer le paiement régulier de tous les services, ainsi qu'il est stipulé dans le nouvel arrangement conclu avec la Banque Impériale Ottomane, la Sublime Porte s'est vue obligée de proposer une majoration de 3 pour cent sur les droits de douane dans l'Empire afin de pouvoir faire face à ces nouvelles charges. || Le Gouvernement Impérial aime à espérer que prenant en considération l'urgence qu'il y a à donner une prompte solution à cette question, L.L. E.E. les Ambassadeurs voudront bien obtenir au plus tôt l'adhésion définitive de leurs Gouvernements à la majoration proposée.

Nr. 13945. DEUTSCHES REICH. Der Konsul in Salonik an das Auswärtige Amt. Bericht über neue Unruhen in Mazedonien.

Salonik, den 15. März 1905.

Die Vermutung, daß beim Eintritt der wärmeren Jahreszeit die Banden ihre Tätigkeit mit frischen Kräften wieder aufnehmen würden, hat sich schon jetzt als zutreffend erwiesen, indem bereits aus allen drei Wilajets mehr oder weniger blutige Zusammenstöße zwischen bulgarischen Banden und türkischen Truppen sowie zwischen bulgarischen und griechischen Banden gemeldet werden. Die Umgebungen von Vodena, Wilajet Salonik, Florina, Wilajet Monastir und Koumanovo, Wilajet Kossowo scheinen zurzeit die Zentren der aufständischen Bewegung zu sein. || Die Stimmung im Innern ist im großen und ganzen nach wie vor pessimistisch. Ein Teil der Bevölkerung erhofft Besserung durch das neue Finanzprojekt, vorausgesetzt, daß es ernstlich ein- und durchgeführt wird. In der Tat läßt sich nicht verkennen, daß die regelmäßige Gehaltszahlung an sämtliche Beamte und Offiziere, wenigstens indirekt, einen merklich bessernden Einfluß auf die allgemeinen Verhältnisse ausüben müßte. Große Unzufriedenheit herrscht zurzeit in den hiesigen türkischen Kreisen. Die militärpflichtigen türkischen Kaufleute erhalten keinen Reisepaß, auch nur, um von einem Wilajet in das andere zu reisen, und sind dadurch verhindert, ihre Geschäftsfreunde im Innern behufs Einziehung von Forderungen und Entgegennahme neuer Bestellungen aufzusuchen. || Neuerdings sind wiederum 64 Wagen mit Militärtransporten in Monastir angelangt. Diese Transporte bestanden aus 36 Schnellfeuergeschützen (Krupp) nebst dazugehöriger Munition und 192 Pferden.

gez. Versen.

Nr. 13946. DEUTSCHES REICH. Das Auswärtige Amt an den österreich.-ungarischen und an den russischen Botschafter. Antwort auf Nr. 13940.

Berlin, 16. März 1905.

En principe, le Gouvernement Impérial se déclare d'accord avec les Gouvernements d'Autriche-Hongrie et de Russie d'appuyer la demande du Gouvernement Turc de porter le taux des droits d'entrée perçus dans les douanes turques de 8 à 11 pour cent ad valorem. Il doit pourtant ajouter qu'un arrangement formel avec la Turquie sur cette question ne pourrait être effectué pour l'Allemagne qu'avec le consentement du Bundesrat et du Reichstag. || Dans la pensée du Gouvernement Allemand cette

augmentation des droits de douane devrait être soumise à la condition que la Porte devrait s'engager à procéder sans retard à une révision des règlements douaniers ottomans.

gez. Mühlberg.

Nr. 13947. DEUTSCHES REICH. Das Auswärtige Amt an den Botschafter in Konstantinopel. Deutschland ist prinzipiell für die türkische Zollerhöhung gegen Gegenleistungen.

Berlin, den 22. März 1905.

Zu Euerer Exzellenz gefälligen Information. ‖ Tewfik Pascha hat um Auskunft darüber gebeten, wie sich die Kaiserliche Regierung zu dem Wunsche der Pforte nach Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 8 Prozent auf 11 Prozent stellt. ‖ Es ist ihm darauf mündlich erwidert worden, daß wir im Prinzip gern bereit seien, diesem Wunsche stattzugeben. Eine entsprechende Vereinbarung der Kaiserlichen Regierung mit der Pforte würde indes zu ihrer Gültigkeit gemäß den Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung der Genehmigung des Bundesrats und des Reichstags bedürfen. Die Zustimmung der deutschen gesetzgebenden Faktoren zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle von 8 Prozent auf 11 Prozent würde aber nur dann mit Aussicht auf Erfolg nachgesucht werden können, wenn die betreffende Vereinbarung nicht nur das erwähnte einseitige Zugeständnis an die Türkei enthielte, sondern auch die türkische Regierung zu Gegenleistungen verpflichtete, z. B. betreffs Revision der Zollbestimmungen.

gez. Richthofen.

Nr. 13948. DEUTSCHES REICH. Der Botschafter in Wien an das Auswärtige Amt. Die Ententebotschafter in Konstantinopel arbeiten ein Programm zur Kontrolle der mazedonischen Finanzen aus.

Wien, den 5. April 1905.

Graf Goluchowski sagte mir, die Ententebotschafter in Konstantinopel seien, nachdem die eventuellen Befugnisse der Banque Ottomane beanstandet worden wären, beauftragt worden, ein neues Programm auszuarbeiten, durch welches eine Kontrolle der mazedonischen Finanzen sichergestellt würde, und sich darüber mit ihren Kollegen ins Einvernehmen zu setzen. Man müsse Garantien gewinnen, daß die Türkei

nicht über die aus der Zollerhöhung fließenden Mehreinkünfte nach Belieben verfüge, daß diese vielmehr, soweit nötig, für die Unterhaltung des erhöhten Truppenstandes in Mazedonien Verwendung fänden. Er hoffe, daß die Kaiserliche Regierung den auf eine Kontrolle abzielenden Vorschlägen der Ententemächte ihre Zustimmung nicht versagen werde.

gez. Wedel.

Nr. 13949. **DEUTSCHES REICH.** Der Gendarmerieinstruktor in Saloniki an den Botschafter in Konstantinopel. Charakteristik der Schüler in den Gendarmerieschulen. Schulfragen.

Saloniki, den 13. April 1905.

1. Aus der Rekrutenschule (École des Élèves-gendarmes) sind im letzten Märzdrittel wiederum etwa 100 ausgebildete Gendarmen in den Dienst übergeführt worden. Etwa 300 Schüler werden voraussichtlich im August d. J. zur Entlassung kommen. || In der Offizier- und Unteroffizierschule (École des Officiers et Gradés) sind vor kurzem der 5. Offizierkursus und der 2. Kursus für Chefs de poste beendet worden. Die Kurse für Offiziere der Armee, welche zur Gendarmerie übertreten, finden nunmehr ihren Abschluß. Der für Mitte Mai in Aussicht genommene 6. Offizierkursus ist für Angehörige der Gendarmerie bestimmt. Zur selben Zeit beginnt der 3. Kursus für Angehörige der Chefs de poste. || Der Sinn für die wesentlichen Eigenschaften brauchbarer Wächter der Ordnung und Sicherheit fehlte bisher in gewissem Grade bei höheren und niederen Gendarmerieoffizieren. Als für selbständige Vertrauensposten (Chefs de poste) geeignet, wurden Leute für die Schule ausgewählt, welche zu mehrmonatiger Gefängnisstrafe wegen Erpressung und Unterschlagung vor kurzem verurteilt waren. || Als Grundlage des Schulziels ist deswegen die Erziehung zur Disziplin, Zuverlässigkeit und Rechtlichkeit neben der Ausbildung für den Gendarmeriedienst dauernd vorangestellt worden. Auch bei den älteren Unteroffizieren ist fast durchweg guter Wille, diesen vielfach neuen Anforderungen nachzukommen, zutage getreten. Lernbegierde zeigen die meisten, und die Leistungen sind anerkennenswert. || Das christliche Element ist zwar in den Schulen nur gering vertreten, doch ist bemerkenswert, daß das kameradschaftliche Einvernehmen der durch Abstammung und Religion verschiedenen Schüler bisher nirgends gestört worden ist. || Unter der Leitung der fremdländischen Direktoren der beiden Schulen haben die türkischen Komman-

danten und Offiziere einen unermüdlichen Eifer und viel Geschick bewiesen.

2. General Degiorgis-Pascha hat dem italienischen und österreichischen Adjoint angekündigt, daß ich in der letzten Hälfte des Monats April die Chefs-de-poste-Schulen in Monastir und Üsküb besuchen würde in Übereinstimmung mit den Festsetzungen der Sitzung vom 5. April 1904 der Commission internationale in Konstantinopel (le délégué d'Allemagne exercera son activisé dans les unités d'instruction). || Zugleich hat General Degiorgis die betreffenden Adjoints aufgefordert, die fremdländischen Direktoren der Schulen anzuweisen, mich in den Stand zu setzen, von der Ausbildungsart und den erreichten Resultaten Kenntnis zu nehmen, wodurch sich vielleicht auch Verbesserungen in den Systemen und Methoden der anderen Schulen ergeben könnten. || Da diese Schulen — nur für die Ausbildung zu Chefs de poste bestimmt — gewissermaßen als Regimentsschulen anscheinend als dauernde Einrichtung sich erhielten, war es angezeigt, mir als Inspekteur der Gendarmerieschulen die unter Berücksichtigung der Verhältnisse angängige Stellung diesen Hilfs- und Zweiganstalten gegenüber zu sichern. || Tatsächlich ist mir mit dieser Ausdehnung meines Wirkungsbereiches die nutzbringende Aufgabe geworden, bei einem wesentlichen Mittel des gesamten Gendarmeriereorganisationswerkes, der Erziehung und Schulung, einheitliche Grundsätze anzustreben und durch vergleichende Beobachtungen Fortschritte anzubahnen.

gez. Alten.

Salonik, den 29. April 1905.

Ich bin kürzlich in Üsküb und Monastir gewesen. In beiden Orten wurde mir ein herzlicher, kameradschaftlicher Empfang zuteil. Meine dienstliche Tätigkeit ließ sich trotz der eigenartigen Bedingungen im fremden Wirkungskreis und bei unbestimmten Befugnissen glatt erledigen. || Die Leistungen der Schüler waren im wesentlichen ähnliche wie in Saloniki. Die Üsküber Schule hat den Vorteil, neben dem österreichischen Direktor einen geschickten österreichischen Gendarmerieoffizier mit reicher bosnischer Erfahrung als Instrukteur zu besitzen, der in slawischer Sprache sich der überwiegenden Mehrzahl der Schüler verständlich machen kann. Es finden verschiedene österreichische Instruktionshandbücher und Grundsätze Anwendung, die meist nur als eine Ergänzung der vom General Degiorgis nach italienisch-französischem Muster gegebenen Vorschriften betrachtet werden können. || Einige be-

stimmte Abweichungen wurden sachlich zu begründen gesucht; sie sind teilweise technische Streitfragen.
gez. Alten.

Nr. 13950. DEUTSCHES REICH. Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Dem Großwesir ist das Interesse der Mächte an den Zollprojekten auseinandergesetzt.

Therapia, den 15. Mai 1905.

Der Großwesir sprach heute mit mir von der Finanznote der Mächte. Ich habe ihm hierzu folgendes bemerkt: Der Schwerpunkt des neuen Programms liege darin, daß die Mächte die von der Pforte aus eigener Intiative mit der Ottomanbank geschlossene Konvention annehmen. Die regelmäßige Ausführung dieser Konvention sicherzustellen, liege nur im eigenen Interesse der Türkei. Aber auch die Interessen der Mächte seien daran beteiligt. Die Konvention bestimme nämlich, daß das Defizit der mazedonischen Wilajets durch Tratten auf die Zollverwaltung gedeckt werden solle. Bei der Unzulänglichkeit der gegenwärtig bereits stark belasteten Zolleinnahmen könne diese Bestimmung nur wirksam werden, wenn der 3prozentige Zuschlag eintrete. Die geplante Zollerhöhung berühre alle Mächte. Es ergebe sich daraus die Berechtigung, daß sie Delegierte entsendeten, um mit dem Generalinspektor bei Ausführung einer Konvention zu „kooperieren", welche über die neuen Zolleinnahmen disponiere. Deutschland sei kommerziell und finanziell in der Türkei zu stark interessiert, um in dieser Frage beiseite zu treten. So wie das Programm gefaßt sei, könne man in keinem Punkt einen Eingriff in die Souveränität des Sultans finden. Dagegen werde die Pforte bei Annahme des Programms und Änderung einiger Bestimmungen des Zollreglements begründete Aussicht auf Genehmigung des Zollzuschlags erlangen. || Der Großwesir sprach sich zustimmend zu meinen Ausführungen aus und bat mich, dieselben auch Tevfik Pascha mitzuteilen. Ich habe dies sofort getan.

gez. Marschall.

Nr. 13951. DEUTSCHES REICH. Der Konsul in Salonik an das Auswärtige Amt. Bericht über Verbesserungen in den Finanzangelegenheiten. Feindseligkeiten zwischen bulgarischen und griechischen Banden.

Salonik, den 24. Juni 1905.

Die türkischen Beamten und Soldaten sind mit der neuen Einrichtung der pünktlichen Gehaltszahlung sehr zufrieden, und es ist nur zu

wünschen, daß diese Maßregel dauernd durchgeführt wird. Allerdings sollen die Vorschüsse der Ottomanbank jeden Monat wachsen, da die Einnahmen nicht größer, die laufenden Ausgaben aber immer höher werden. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Bank eines Tages die Gewährung weiterer Vorschüsse verweigert, wodurch das frühere System und damit die Unzufriedenheit in den beteiligten Kreisen wieder Platz greifen würde. || Wie bekannt, wurde im Juli v. J. eine neue Erhebung der Zehnten probeweise eingeführt. Hierzu wurden im Wilajet Monastir 10 türkische, 10 christliche und 10 gemischte Dörfer ausgewählt. Die wirksamste Neuerung besteht darin, daß die Abgaben nicht mehr in natura, sondern in Geld gezahlt und nicht mehr verpachtet werden, wodurch die ackerbautreibende Bevölkerung von den häufig unerträglichen Schikanen der Steuerpächter befreit wird. Der Berechnung der Abgaben ist das Mittel aus dem Zehnteingang der letzten fünf Jahre zugrunde gelegt und das Gelände in drei Wertklassen — ohne Rücksicht darauf, ob es bebaut oder unbebaut ist — eingeteilt worden. Für den Eingang der Abgaben haften nicht die einzelnen Verpflichteten, sondern die Ortschaften, die unter sich eine Kommission zur Verrichtung der erforderlichen Arbeiten wählen. Da das Ergebnis sehr gut ist und die Mehrzahl der Grundbesitzer, insbesondere aber die kleinen Bauern befriedigt hat, soll diese Einrichtung im Wilajet Monastir in etwa 250 Ortschaften eingeführt werden und schon für die diesjährige Ernte in Kraft treten. Wie ich höre, sollen die hierfür erforderlichen Vermessungsarbeiten nahezu vollendet sein. Eine Verbesserung des im vergangenen Jahre probeweise eingeführten Projektes wird darin erblickt, daß die Abgaben durch die Ottomanbank von jedem einzelnen Besitzer und nicht von der Ortschaft eingezogen werden sollen. Das Bandenwesen hat seit einiger Zeit in allen drei Wilajets abgenommen, und man glaubt, daß diese Stille auch bis nach Einbringung der Ernte — Ende Juli oder Anfang August — anhalten wird. Von einer Beendigung des Aufstandes kann man aber schon aus dem Grunde nicht sprechen, weil tatsächlich noch in allen Gegenden Banden — und zwar bulgarische, griechische und serbische — vorhanden sind und sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machen. || Von bulgarischer Seite hörte ich neulich die scherzhafte Behauptung: „Wir haben die Arbeit an die griechischen Banden abgetreten.“ Sie mag etwas Richtiges enthalten und die Annahme bestätigen, daß es den bulgarischen Komitees hauptsächlich darauf ankommt, Europa durch fortwährende Ereignisse in Atem zu halten. Sowie dies Geschäft von der griechischen Bewegung besorgt wurde, wurde den bulgarischen Banden eine Erholungspause gegönnt. Immerhin laufen die Nachrichten von Zusammenstößen

der Truppen mit (bulgarischen oder griechischen) Banden bzw. der verschiedenen Banden untereinander noch ziemlich zahlreich ein; es sind dies aber immer einzelne Fälle, so daß von einer allgemeinen aufständischen Bewegung in Mazedonien zurzeit nicht die Rede sein kann. || Das Verhältnis zwischen den bulgarischen und griechischen Banden ist nach wie vor äußerst gespannt. Gegenseitige Überfälle sind an der Tagesordnung, bei denen je nach der numerischen Übermacht der eine oder der andere Teil unterliegt. Der Haß geht so weit, daß der einzelne Grieche einen ihm begegnenden Bulgaren ohne Grund angreift, und umgekehrt. So hat in den letzten Tagen hier in Salonik in zwei Fällen ein Grieche einen Bulgaren ohne vorhergehenden Streit mit einem Revolverschuß so schwer verwundet, daß an dem Aufkommen der Verletzten gezweifelt wird.

gez. Versen.

Nr. 13952. TÜRKEI. Der Botschafter an das deutsche Auswärtige Amt. Begründung der türkischen Zollerhöhung. Dringender Appell an die Mächte.

Berlin, den 17. Oktober 1905.

Le Gouvernement Impérial, pressé par des besoins urgents, croit devoir profiter des dispositions témoignées par les Puissances pour revenir à la voie qu'il avait déjà prise de majorer les droits d'entrée perçus dans l'Empire sur les marchandises étrangères. Voulant d'autre part satisfaire dans la mesure du possible aux désiderata qui lui avaient été formulés à cette occasion, le Gouvernement Impérial a modifié le Règlement sur les analyses chimiques et a pris en sérieuse considération les propositions concernant les opérations douanières. Dans ces conditions l'attitude du Gouvernement Impérial est de tout point justifiée. Tous les Gouvernements cherchent et trouvent en effet dans le remaniement de leur régime douanier les ressources nécessaires pour faire face aux besoins vitaux de l'Administration. Il y en a même qui ferment complètement l'accès de leur territoire aux produits étrangers en établissant des droits en conséquence. Le commerce d'exportation de l'Empire a précisément à souffrir de toutes ces mesures qui se généralisent partout. Le Gouvernement Ottoman ne cherche pas à agir ainsi. La majoration à réaliser et qui est de 3 pour cent en dehors du 8 pour cent actuel n'est ni fiscale ni prohibitive. Elle est d'autant plus anodine qu'elle frappera par sa nature non point le commerçant étranger, mais bien le consommateur indigène. Du reste les ressources que le Gouvernement

Impérial est obligé de se créer ainsi pour concourir à l'équilibre de son budget Général, sont destinées également à couvrir les dépenses qui sont imposées par les affaires des trois vilayets rouméliotes. Aussi en faisant cette fois encore appel aux sentiments de haute équité des cabinets, le Gouvernement Impérial a le ferme espoir qu'ils envisageront la question à un point de vue élevé et qu'ils voudront bien ne pas faire opposition à la majoration de droits qui sera mise en application à partir du 1er janvier peochain (n. s.) sans préjudice naturellement de la conclusion des traités de commerce, car plus la situation actuelle se prolonge plus elle entraîne pour le pays des préjudices que l'esprit de justice des Puissances ne saurait approuver.

gez. Marschall.

Nr. 13953. **DEUTSCHES REICH.** Der Kaiserliche Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission an das Auswärtige Amt. Darlegung der Finanzlage der 3 Wilajets.

Saloniki, den 6. November 1905.

Nachdem die Kommission von dem zwischen dem Türkischen Finanzministerium und der Kaiserlichen Ottomanbank vereinbarten Reglement vom 22. Februar / 7. März 1905 und von den summarischen, zufolge dieses Reglements gedruckten Budgets der 3 Wilajets Kenntnis erhalten hatte, sah sie sich veranlaßt, festzustellen, daß die Gesamtausgaben der 3 Wilajets ein Defizit von 683906 Türkischen Pfund gegenüber den im Budget für 1321 enthaltenen Voranschlägen der Einnahmen und von 832063 Türkischen Pfund gegenüber den tatsächlichen Eingängen des Jahres 1319 aufweisen. || Die Kommission war natürlich nicht in der Lage, sich über die Möglichkeit einer Verringerung der militärischen Ausgaben zu äußern, die nach den veröffentlichten Zahlenangaben 60 Prozent der Gesamtausgaben erreichen. Allein sie mußte des weiteren feststellen: || 1. daß Ersparnisse an den Etatspositionen, die ins Budget rein rechnungshalber eingestellt sind und die beinahe 16 Prozent der Gesamtausgaben der 3 Wilajets erreichen, nicht erzielt werden können; || 2. daß die Kosten der Gendarmerie wie der öffentlichen Arbeiten eine Verringerung nicht zulassen; || 3. daß dasselbe zweifellos der Fall sein wird bei sämtlichen Verwaltungsausgaben, die nicht einmal 13 Prozent des Gesamtetats betragen. || Außerdem berechtigte kein Grund zu der Annahme, daß die budgetmäßigen Einnahmen in absehbarer Zeit sich so steigern werden, um einen nennenswerten Teil des gegenwärtigen Defizits zu decken. || In dem erwähnten

Reglement ist vorgesehen, daß das Defizit des Budgets bis zur Höhe von 600000 Türkischen Pfund durch Zuschüsse der Kaiserlichen Finanzverwaltung mittels monatlicher Tratten von 50000 Türkischen Pfund gedeckt werden soll. || Wie sich aber aus der eingangs angeführten Aufstellung ergibt, enthält das veröffentlichte Budget einen weiteren ungedeckten Rest von etwas über 83000 Türkischen Pfund. Sollte infolge unvorhergesehener Ereignisse die Zahlung der Monatsfälligkeiten sich verzögern, so ist zu besorgen, daß der regelmäßige Gang der Finanzverwaltung in den 3 Wilajets dadurch vollständig ins Stocken gerät. || Angesichts dieser Verhältnisse hat die Kommission es für ihre Pflicht gehalten, die Aufmerksamkeit der Botschafter auf die Notwendigkeit einer dauernden Sicherstellung des Gleichgewichts in den Budgets der 3 Wilajets im Wege der Zuweisung bestimmter Einnahmequellen zu lenken, die gegen jede Eventualität garantiert werden sollten. || Wenn der Kommission bei dieser ihrer Darlegung der Finanzlage der 3 Wilajets auch nur die veröffentlichten Zahlenangaben, welche die einzige, ihr zur Zeit zugängliche Informationsquelle bilden, zu Gebote standen, so haben diese doch vollauf genügt, um sie klar erkennen zu lassen, daß der gegenwärtig nach Maßgabe von Art. 12 des mehrerwähnten Reglements geleistete Zuschuß das absolute Existenzminimum dargestellt, vorausgesetzt, daß nicht erhebliche Verringerungen in den militärischen Ausgaben eintreten.

gez. Griesinger.

Anlage.

I. Defizits der Budgets im Jahre 1321.

	Im Vergleich zum Voranschlag Türkische Pfund	Im Vergleich zu den Einnahmen des Jahres 1319 Türkische Pfund
Wilajet Salonik	178 030	201 800
Wilajet Kossowo . . .	278 256	319 340
Wilajet Monastir . . .	227 620	310 923
Gesamtsumme . . .	683 906	832 063

II. Ausgabebudget der drei Wilajets.

	Salonik Türkische Pfund	Monastir Türkische Pfund	Kossowo Türkische Pfund	Summe Türkische Pfund	Prozent
Zivilverwaltung (Justizpflege, Wälder, Minen, Finanzverwaltung, Polizei, Steuererhebungskosten usw.)	121 565	87 928	109 080	318 573	12,9
Gendarmerie	74 645	76 407	78 040	229 092	9,2
Öffentliche Arbeiten	23 110	20 596	28 092	71 798	2,9
Überweisungen für bestimmte Zwecke (Kilometergarantien usw.)	265 644	77 594	17 000	360 238	14,6
Militärausgaben (einschl. Pensionen)	415 412	445 814	610 596	1 471 822	59,7
Kosten des Generalinspektors	15 000	—	—	15 000	0,6
	915 376	708 339	842 808	2 466 523	99,9

Nr. 13954. **DEUTSCHES REICH.** Der Stellvertreter des Konsuls in Salonik an das Auswärtige Amt. Verhältnis zwischen Exarchat und Patriarchat und seine Bedeutung für die inner-politische Lage.

Salonik, den 22. November 1905.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich zur Beleuchtung der äußerst verworrenen Zustände im Innern der mazedonischen Wilajets das Folgende gehorsamst zu berichten.

Von den über die hiesigen Ereignisse in die europäischen Zeitungen übergegangenen Nachrichten verdienen wohl zwei das hauptsächlichste Interesse. Einmal wurde gemeldet, daß die Ottomanische Regierung beschlossen habe, den durch seine Begünstigung des Vorgehens der griechischen Banden gegen die kutzowalachischen Gemeinden im Pindus stark kompromittierten Metropoliten von Grebena in gerichtliche Untersuchung zu ziehen. Ferner wurde die Tatsache besprochen, daß der Metropolit von Pelagonien (Monastir), Joachim Phoropoulos, welcher trotz der Warnungen der Behörden, die ihm sogar den üblichen militärischen

Schutz versagten, eine Rundreise durch die Dörfer seiner Diözese machte, in Dragos von einer bulgarischen Bande angegriffen worden sei. Dieses Attentat war die Folge einer ganzen Reihe von politischen Morden, die in der Stadt Monastir in den letzten Wochen die höchste Erbitterung zwischen den Anhängern des ökumenischen Patriarchen und des bulgarischen Exarchen hervorgerufen hatten. Monseigneur Joachim entging nur dadurch dem sicheren Tode, daß er sich in dem Keller eines Bauernhauses verbarg, bis aus den benachbarten Dörfern herbeigeholte Militärposten ihn befreiten und in heftigem Kampfe den Führer der Bande Naûm nebst fünf seiner Genossen töteten. Die gemeldeten Tatsachen scheinen geeignet, die allgemeine Aufmerksamkeit von neuem auf die Rolle hinzulenken, welche die griechisch-orthodoxe Geistlichkeit in den mazedonischen Wirren spielt. In der Tat stehen die Kirchenfragen seit dem Beginne der griechischen Gegenaktion gegen die bulgarisch-exarchistische Bewegung im Vordergrunde. Die völlige Gleichstellung der exarchistischen Kirche mit der patriarchistischen hat stets den ersten Punkt aller von den bulgarischen Revolutionskomitee aufgestellten Programme gebildet. Trotz der im Jahre 1890 erfolgten Anerkennung der exarchistischen Bischöfe in Mazedonien durch die Hohe Pforte nehmen dennoch die vom ökumenischen Patriarchen in Konstantinopel eingesetzten Bischöfe tatsächlich eine Vorzugsstellung jenen gegenüber ein. Die historische Tatsache, daß die byzantinische Staatskirche auch von den Sultanen als solche respektiert und mit zahlreichen Privilegien ausgestattet worden ist, läßt sich eben nicht so ohne weiteres durch Dekrete ändern. || Der unermüdlichen bulgarischen Propaganda ist es gelungen, dem Exarchat zahlreiche Anhänger zu gewinnen, so daß von der etwa eine Million starken bulgarischen Bevölkerung in Mazedonien mindestens 600000 Exarchisten geworden sind. In der Tat sahen sich manche griechische Metropoliten mit dem Verlust ihrer ganzen Diözese bedroht, was um so schmerzlicher empfunden wurde, als sie kein festes Einkommen besitzen, sondern auf die Gemeindeabgaben angewiesen sind. Natürlich gaben die zahlreichen Übertritte vom Patriarchat zum Exarchat zu vielen Streitigkeiten Anlaß, zumal die griechisch-orthodoxen Synoden den „Philetismus“ (Einführung von Rassengegensätzen in die Gemeinden) verdammten und die Exarchisten als Schismatiker exkommunizierten. Der erste Hauptstreitpunkt betrifft die Benutzung der Kirchen. Die Dorfgemeinden betrachten die Gotteshäuser als ihnen gehörig und beanspruchen für den Fall ihres Übertritts zum Exarchat auch den Übergang des Kirchengrundbesitzes an die von ihnen neu anerkannte kirchliche Obrigkeit. Die Metropoliten behaupten dagegen das alleinige Eigentum der patriarchistischen Kirche an den Gotteshäusern und wollen

Schismatikern keinerlei Benutzungsrecht zugestehen. || Von der Pforte sind zur Entscheidung dieser Konflikte einige Regeln aufgestellt. Bei Vorhandensein zweier Kirchen soll die größere der die Majorität der Bevölkerung bildenden Konfession zuzusprechen sein. || Ist nur eine Kirche vorhanden, soll sie derjenigen Konfession gehören, welche zwei Drittel Majorität innerhalb der christlichen Bevölkerung des Dorfes besitzt. Ist keine zwei Drittel Majorität vorhanden, so ist abwechselnde Benutzung vorgeschrieben. || Die Folgen dieser Zustände sind unaufhörliche erbitterte Streitigkeiten zwischen den Exarchisten und den Patriarchisten, Prügeleien in den Kirchen, Überfälle auf Geistliche, Kirchenschändungen, gegenseitige Vernichtung von Kirchenbüchern und Geräten, Angriffe auf Leichenzüge usw. Die Geistlichkeit steht bei allen diesen traurigen Ereignissen im Vordergrund. || Die türkische Polizei verhält sich diesen Kämpfen der Christen untereinander gegenüber meist teilnahmslos. Sie begnügt sich damit, Protokolle aufzunehmen, die dann gleichzeitig mit den Beschwerden der Parteien an die provinzialen Verwaltungsräte „Idare-Medjlissi" gelangen. Diese neigen im allgemeinen zur Begünstigung der Patriarchisten. Meist jedoch verschleppen sie die Entscheidung der Sachen. So entstehen die unhaltbarsten Zustände: Kirchen, die jahrelang polizeilich verschlossen bleiben, unbestrafte Gewalttaten, Fortdauer ständiger Parteikämpfe usw. Oft genug ändert sich die Sachlage auch nicht durch eine endgültige Entscheidung an höchster Stelle in Konstantinopel, indem die Provinzbehörden meist aus Indolenz die erhaltenen Befehle nicht ausführen. || Nach dem Gesagten wird man sich vorstellen können, welche anarchistischen Zustände sich entwickelt haben, seit die griechischen Metropoliten nach den Ereignissen im Jahre 1903 in Salonik mit Hilfe der gegen die Bulgaren erbitterten Türken und, nunmehr auf die hellenischen Banden gestützt, mit Drohungeu und Gewalt sich der abtrünnig gewordenen Schafe ihrer Herden wieder zu bemächtigen suchten. Während die bulgarischen Banden alle vom Exarchat zum Patriarchat zurückkehrenden Bulgaren als Verräter und Spione abzuschlachten drohen, erhalten diejenigen Dörfer der südlicheren Gegenden Mazedoniens, welche beim Exarchat ausharren, unaufhörlich Drohbriefe von hellenischen Kapitänen, welche ihnen unter Androhung der Todesstrafe befehlen, sich den griechischen Metropoliten zu unterwerfen. || Kein Wunder, wenn die in Furcht und Schrecken versetzten Bauern nicht mehr ein und aus wissen. Zurzeit sind entschieden die hellenischen Banden die stärkeren. Sobald sie ein bulgarisches oder auch kutzowalachisches Dorf zur Unterwerfung unter die Oberhoheit des ökumenischen Patriarchen gezwungen haben, erscheint der zuständige Metropolit, um die durch den exarchistischen

Gottesdienst entweihten Kirchen zu entsühnen, die slawischen Kirchenbücher zu verbrennen und den für die Zeit der Entfremdung schuldig gebliebenen Tribut einzutreiben. Bei Gelegenheit einer solchen Rundreise, die er ohne Genehmigung der Behörden unternahm, ist denn auch der Metropolit von Pelagonien von Bulgaren, wie anfangs berichtet, angegriffen worden. || Auch kleine Mittel werden von den Popen nicht verschmäht, um orthodoxe Christen dem Exarchat abwendig zu machen. Namentlich mischen sie sich in Ehestreitigkeiten und erklären von exarchistischen Geistlichen geschlosssene Ehen für nichtig, um den unzufriedenen Ehegatten die Eingehung neuer Ehen zu ermöglichen. || Vielfach werden den bulgarischen und rumänischen Gemeinden griechische Gemeindevorsteher aufgenötigt, welche wieder ihrerseits dafür sorgen, daß die Gemeindemitglieder als orthodoxe Griechen in die Matrikel eingetragen werden. Bei Kirchenstreitigkeiten können dann die griechischen Geistlichen darauf hinweisen, daß fast nur Patriarchisten das Dorf bewohnen. Die letzten Nachrichten über die Zustände im Innern lauten sehr ungünstig. Trotz der bereits ziemlich rauhen Jahreszeit dauern die Bandenkämpfe und politischen Morde fort. Allerdings scheint man sich jetzt allmählich zur energischen Bekämpfung der hellenischen Banden aufzuraffen. Die Vernichtung einiger derselben, welche wegen ihrer Größe verhältnismäßig leicht zu fassen sind, wird gemeldet. Auf jeden Fall bleibt aber die von den hellenischen Banden geschaffene revolutionäre Organisation bestehen. Dieser stehen die gleichfalls revolutionär organisierten bulgarischen Komitees gegenüber. Während die Bulgaren durch umfangreiche Geldsammlungen sich auf das kommende Frühjahr rüsten, verlautet andererseits, daß die hellenische Regierung es ablehnt, energische Maßregeln gegen die mazedonischen Revolutionskomitees zu unternehmen oder den Übertritt hellenischer Banden auf türkisches Gebiet zu verhindern. || Auch innerhalb der mohammedanischen Bevölkerung machen sich Anzeichen von Unruhe geltend. So wird das Auftauchen einer ganzen Anzahl türkischer Banden, welche bulgarische Bauern ermorden, aus den nördlichen Gegenden des Wilajets Salonik berichtet. || Die Situation ist eine gespannte, und eine auf Beruhigung Mazedoniens abzielende Aktion müßte neben energischer Unterdrückung des teilweise vom Auslande genährten Bandenwesens die schnelle und gründliche Beilegung der kirchlichen Streitigkeiten in erster Linie ins Auge fassen. Ob diese möglich ist, ohne daß die am meisten komprimittierten Metropoliten Agathangelos von Grebena uud Germanos Karavangheli von Castoria bestraft werden, mag dahingestellt bleiben. Der letztere soll in seinem Haß gegen die Exarchisten so weit gegangen sein, daß er sogar die

Heiligenbilder der Slawenapostel Cyrill und Methodius bei Inbesitznahme bulgarischer Kirchen hat zerschlagen lassen.

gez. Hesse.

Nr. 13955. DEUTSCHES REICH. Das Auswärtige Amt an den Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 13952.

Berlin, den 27. November 1905.

Im Laufe vorigen Monats ist die hiesige türkische Botschaft erneut mit dem Antrage an uns herangetreten, einer Erhöhung der türkischen Eingangszölle von 8 auf 11 Prozent zuzustimmen. Bitte dortiger Regierung mitzuteilen, daß wir ihren Wunsch einer wohlwollenden Prüfung unterziehen und im Prinzip bereit sein würden, ihm unter der Voraussetzung zu entsprechen, daß auch die anderen Mächte zu einem gleichen Zugeständnis geneigt sind. Dabei wollen jedoch Euere Exzellenz der Türkischen Regierung keinen Zweifel darüber lassen, daß die Gewährung des türkischen Wunsches von Gegenkonzessionen der Türkei auf wirtschaftlichem Gebiet abhängig gemacht wird. Die Frage, welche Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiete für unser Entgegenkommen eventuell von der Türkei zu fordern wären, bitte ich Euere Exzellenz einer Prüfung zu unterziehen und mir über deren Ergebnis Bericht zu erstatten.

gez. Mühlberg.

Nr. 13956. GROSZMÄCHTE. Die Botschafter in Konstantinopel an dio Pforte. Verlängerung des Mandats für den Generalinspektor von Mazedonien. Finanzielles Entgegenkommen der Mächte.

Péra, le 12 décembre 1905.

Les soussignés Ambassadeurs ont reçu la communication que le Gouvernement Impérial accepte la prolongation pour deux ans des pouvoirs de l'Inspecteur Général des vilayets de Roumélie et le maintien pour la même période du général Degiorgis Pacha et des officiers étrangers chargés de la réorganisation de la gendarmerie. . . . .

. . . .

Toutefois, pour donner au Gouvernement Impérial une preuve de leurs dispositions conciliantes, ils ne voient pas d'inconvénients à admettre que les dépenses militaires soient inscrites dans les budgets des trois vilayets, tant que la disposition contenue dans l'article XII du règlement inter-

envu entre le Gouvernement Impérial Ottoman et la Banque Impériale Otomane sera observée. . . . .

. . . .

Nr. 13957. **TÜRKEI.** Die Pforte an den Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf das Vorige.

Sublime Porte, le 14 décember 1905.

La Sublime Porte a reçu la communication de Leurs Excellences Messieurs les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de Russie, de la Grande Bretagne et d'Italie et de Monsieur le Chargé d'Affaires de France en date du 12 de ce mois. . . . .

. . . .

Si le budget général de toutes les dépenses civiles et militaires des trois Vilayets laisse apparaître un déficit, le Gouvernement Impérial, pour combler cette insuffisance, observera naturellement l'article XII du règlement du 22 février/7 mars 1905 aussi bien que ses autres dispositions. || Toutefois, pour en assurer l'exécution, il est nécessaire que l'augmentation de 3 pour cent sur les droits de douane à percevoir sur toutes les importations dans l'Empire déjà proposée à plusieurs reprises soit appliquée à partir du 1/14 mars prochain. Aussi le Gouvernement Impérial ne doute-t-il pas que les Puissances ne veuillent bien donner, dans un bref délai, une réponse favorable à cette juste proposition. . . . . .

. . . .

Nr. 13958. **GROSZMÄCHTE.** Die Botschafter in Konstantinopel an die Pforte. Antwort auf das Vorige.

Péra, le 16 décembre 1905.

Les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de Russie, de la Grande-Bretagne, d'Italie et le Chargé d'Affaires de France ont pris connaissance de la communication de la Sublime Porte en date du 14 ct. et ont l'honneur en réponse de faire connaître ce qui suit. . . . . . .

. . . .

Les soussignés prennent acte de la déclaration de la Sublime Porte qu'en cas de déficit du budget des trois vilayets, comprenant les dépenses civiles et militaires, le Gouvernement Impérial, pour combler cette insuffisance, observera l'article XII du Règlement du $\frac{\text{22 février}}{\text{7 mars}}$ 1905. || Quant à la majoration des droits de douane de 3 pour cent les soussignés ne

se considèrent point en droit de prendre une décision sur la solution à donner à cette question touchant à des intérêts complexes; mais ils en référeront à leurs Gouvernements. . . . .

. . . .

Nr. 13959. **DEUTSCHES REICH.** Der Gendarmerieinstruktor in Saloniki an den Botschafter in Konstantinopel. Über erfreuliche Entwickelung der Gendarmeriereform.

Saloniki, den 18. Dezember 1905.

1. General Degiorgis hatte im Juni d. J. den Ausbau der Gendarmiereorganisation durch neue Einteilung des Personals und Einrichtung der Postenstationen auf Grund der Vorarbeiten der Adjoints persönlich zur Vorlage bei der Hohen Pforte gebracht. Gleichzeitig hatte er die weitere Ergänzung der Abgänge durch Neueinstellung von Gendarmierekruten in die hiesige Schule beantragt. || Seine Vorschläge waren gebilligt und durch Kaiserliches Irade befohlen worden. || In den letzten Monaten hat General Degiorgis eine rege Tätigkeit entfaltet, in der Absicht, diese Neuerungen in die Tat umzusetzen. Hierher gehört der Bau und die Ausstattung der Kasernements für die Posten nach verschiedenen Mustern mit eingehenden Vorschriften für den Dienstbetrieb. Außerdem ist nach den Erfahrungen die Regelung der inneren Dienstverhältnisse durch verschiedene Sondervorschriften angebahnt worden: u. a. Klärung der Disziplinarbefugnisse und ihre Handhabung — Abgrenzung der polizeilichen und Gendarmerietätigkeit — Übergangsvorschriften für Beförderung und Verabschiedung. || Es wird noch geraume Zeit vergehen, ehe die bedeutenderen und kostspieligeren der angeführten Reformen durchgeführt sein werden.

2. Im letzten Halbjahr haben die Gendarmerieschulen trotz der finanziellen und anderen Schwierigkeiten, die sich namentlich bei der Kommandierung des türkischen Lehrpersonals wiederholt ergaben, eine ersprießliche Tätigkeit entfalten können. || General Degiorgis verlangt die rasche Ergänzung der noch immer bedeutenden Lücken im Personal. || Aus der Rekrutenschule haben im Januar, März, Mai und Juli d. J. Einstellungen in den praktischen Gendarmeriedienst stattgefunden. Im Anfange des nächsten Jahres werden wiederum etwa 200 Schüler eingestellt. Die Schule hat zurzeit einen Bestand von 539 Zöglingen. In der Offizier- und Unteroffizierschule in Salonik beginnt noch Ende Dezember der VII. Offizierkursus und bald darauf der IV. Kursus der Élèves-chefs de

poste. Der Unterricht der letzteren hat erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. In einem öffentlichen Examen dieser Schule am 14 d. M., dem Hilmi Pascha und andere türkische Notabilitäten beiwohnten, wurde Hilmi Pascha in dem vielseitigen Programm die persönliche Fragestellung an beliebige Schüler überlassen. Im Lesen, Schreiben, Rechnen — in Abfassung von Rapporten — Gendarmeriereglement — besonderen Obliegenheiten der Chefs de poste — Religionskenntnis — militärischer Disziplin — Gesundheitspflege und erster Hilfe bei Verletzungen — Handhabung der Waffen, Schießen — Pferdepflege und -Behandlung — und schließlich in praktischen Aufgaben des Patrouillendienstes zeigten die Gendarmen beifällig aufgenommene Kenntnisse und Fertigkeiten. || Zu diesen gesteigerten Leistungen haben namentlich das geschultere Offizier-Lehrpersonal und die gesammelten Erfahrungen über die Lehrmethode beigetragen. || General Degiorgis will deswegen auch den Versuch, ausgesuchte Unteroffiziere zu Gendarmerieleutnants in dieser Schule auszubilden, Ende Dezember d. J. in größerem Maßstabe wiederholen. || Diese gesetzteren Leute werden eher sich begnügen, längere Zeit in ihrer Charge und in ihrem Distrikte zu bleiben, während die bisher vielfach eingestellten jugendlichen Offiziere nur schnelle Karriere erhoffen; auch gebricht es letzteren häufig an Lebenserfahrung, Würde und Ansehen.

3. General Degiorgis hat zum 16. Januar n. J. die Adjoints zu einer Versammlung einberufen. || Die zur Besprechung vorgelegten Fragen werden sich zum größten Teil als innere Angelegenheiten der Gendarmeriereform behandeln lassen. Bei einigen Punkten stehen Auseinandersetzungen mit der Hohen Pforte in Aussicht; namentlich sind Forderungen nach umfangreicherer Berechtigung zur Mitwirkung der fremden Offiziere zu erwarten. gez. Alten.

Nr. 13960. **TÜRKEI.** Die Pforte an die Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 13958.

Sublime Porte, le 22 décembre 1905.

La Sublime Porte a reçu la communication que Leurs Excellences Messieurs les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de Russie, de la Grande-Bretagne et d'Italie, et Mr. le Chargé d'Affaires de France ont bien voulu lui adresser en date du 16 ct. || Tout en confirmant la condition formelle de la sauvegarde permanente des droits souverains de l'Empire, la Sublime Porte a l'honneur d'informer Leurs Excellences qu'elle a déjà transmis à Son Excellence l'Inspecteur général des instructions pour la mise en marche des rouages financiers des trois pro-

vinces conformément aux dispositions du nouveau règlement. || Quant à l'augmentation des 3 pour cent sur les droits de douane, comme cette majoration garantira les exécutions des obligations assumées par le Gouvernement Impérial, son application devient indispensable.

Nr. 13961. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Befürwortung der türkischen Zollerhöhung.

Pera, den 28. Dezember 1908.

Bezüglich der Frage der Erhöhung der türkischen Eingangszölle von 8 auf 11 Prozent gestatte ich mir, nachstehendes zu berichten. || Der Großwesir und der Minister des Auswärtigen haben nach Befragung der „Conseillers légistes" der Pforte der Anschauung zugestimmt, daß mit Rücksicht auf den deutsch-türkischen Handelsvertrag vom Jahre 1890 die Erhöhung im Wege eines zweiseitigen Aktes verabredet werden muß. Sie sehen bezüglich des näheren Inhaltes unseren Vorschlägen entgegen. || Was nun das Maß der von uns zu begehrenden Gegenkonzessionen betrifft, so kommen meines Dafürhaltens die folgenden Momente in Betracht: || 1. Unsere Ausfuhr nach der Türkei besteht fast ausschließlich aus solchen Industrieprodukten, die in diesem Lande nicht erzeugt werden. Die von der Pforte ausgesprochene Ansicht, daß nicht der fremde Handel, sondern der türkische Konsument die Last der Zollerhöhung zu tragen haben werde, muß deshalb, soweit Deutschland in Betracht kommt, als zutreffend anerkannt werden. || 2. Ein 11prozentiger Wertzoll ist im Verhältnis zu den von den anderen Staaten erhobenen Zöllen ein außerordentlich mäßiger; dabei ist die geplante Erhöhung von 8 auf 11 Prozent zu gering, um irgendeinen Rückgang in dem Verbrauche befürchten zu lassen. || 3. Der 11prozentige Zoll soll kein Definitivum schaffen, sondern den Übergang bilden zu Handelsverträgen mit spezifischen Zöllen, welche die Pforte auch mit den anderen Mächten abzuschließen gedenkt. || 4. Die in dem deutsch-türkischen Handelsvertrage vom Jahre 1890 zugelassenen türkischen Zölle sind, wenn man die spezifischen Zölle in solche ad valorem umrechnet, in dem Gesamtbetrage, der die deutschen Waren treffen wird, sicherlich höher als 11 Prozent. || 5. Die Mächte haben in der letzten Zeit durch die für Mazedonien beschlossenen Reformen der Pforte erhebliche Mehrausgaben auferlegt, die sie ohne Schaffung neuer Einnahmen nicht zu leisten vermag. Daß die in Art. 12 der Konvention mit der Ottomanbank übernommene und in einer der letzten Pfortennoten ausdrücklich anerkannte Verpflichtung, das Defizit des mazedonischen

Budgets durch Tratten auf die Douane zu decken, türkischerseits nur bei Erhöhung der Zölle erfüllt werden kann, ist in den Botschafterkonferenzen ausdrücklich von allen Seiten anerkannt worden. Ohne diese Leistung würde aber die ganze Finanzreform ein toter Buchstabe bleiben. || 6. Endlich wird man billigerweise in Betracht zu ziehen haben, daß der neue deutsche Zolltarif eine Reihe von wichtigen türkischen Ausfuhrartikeln mit erheblich höheren Zöllen als bisher belastet. || Hiernach sprechen sachliche Momente und Gründe der Billigkeit in hohem Maße für die Gewährung der von der Pforte begehrten Zollerhöhung.

gez. Marschall.

Nr. 13962. **DEUTSCHES REICH.** Das Auswärtige Amt an den Botschafter in Konstantinopel. Aufzählung der von Deutschland gewünschten Gegenkonzessionen.

Berlin, 1. Februar 1906.

Wenn auch die von Euerer Exzellenz angeführten Billigkeitsgründe für die deutsche Zustimmung zu der Erhöhung der türkischen Eingangszölle gewiß zutreffen, so können wir doch nicht einem Vertrag zustimmen worin die türkischen Zölle um 3 Prozent erhöht werden, ohne daß uns dafür erkennbare Gegenleistungen gewährt werden. Als solche kommen folgende Punkte in Frage: || 1. Die Zusage einer Verbesserung der Hafen- und Zolleinrichtung an den Haupthandelsplätzen der Türkei. || 2. Sicherheit dafür, daß die Lagergebühren erst von dem Moment der tatsächlich erfolgten Einlagerung der Ware in die Zollschuppen an erhoben werden. Zurzeit wird fingiert, daß die Waren im Augenblicke des Anlegens der Schiffe am Kai in die Zollager eingelagert werden; demgemäß wird das Lagergeld von diesem Augenblicke an erhoben; die Löschung der Schiffsladungen kann aber bei den nur äußerst mangelhaften Entladeeinrichtungen der türkischen Häfen oft erst nach acht und mehr Tagen erfolgen. || 3. Die Verlängerung der Zolldienst-Stunden, die zurzeit gewöhnlich nur von 10 bis 12 Uhr vormittags und 1½ bis 3½ Uhr nachmittags dauern. || 4. Die Anwendung von Stichproben bei der zollamtlichen Untersuchung größerer Sendungen gleichartiger kleinerer Packungen. Es sind Klagen darüber geführt worden, daß bei derartigen Sendungen (z. B. von Büchsenkonserven) aus Schikane oder in der Absicht, die Zahlung eines Backschisches zu erreichen, versucht worden ist, jede einzelne Büchse zu öffnen, um den Inhalt zu prüfen; dadurch werden natürlich die Waren verdorben oder zum mindesten unverkäuflich. || Von den inneren Ressorts

ist außerdem folgendes zur Sprache gebracht worden: || Seit vielen Jahren bildeten die Schwierigkeiten, die der Einfuhr von Waren in die Türkei aus Gründen der Fürsorge für die Sicherheit, aus religiösen, politischen und sanitären Rücksichten gemacht werden, den Gegenstand von Beschwerden. Soweit diese Schwierigkeiten durch die Fürsorge für die Sicherheit begründet würden, werde ihre Beseitigung oder auch nur Minderung zurzeit nicht zu erreichen sein. Dagegen sei zu erwägen, ob es in dieser Hinsicht möglich sei, die Türkei von der Ungefährlichkeit elektrischer Maschinen und Apparate zu überzeugen, nachdem sie den Telegraphen und das Telephon zugelassen habe. || Gegen Anträge einer generellen Beseitigung der Einfuhrschwierigkeiten aus religiösen und politischen Gründen, wie sie sich z. B. aus dem Verbote des Gebrauchs von Postkarten mit Ansichten von Schlössern und Gärten des Sultans ergäben, ferner aus dem Verbote der Einfuhr von Waren mit religiösen Inschriften sowie aus dem Verbote der Einfuhr von Wagen, die neben dem Kilo- das Okkagewicht anzeigen, hätten sich bisher die türkischen Behörden ablehnend verhalten. Von diesen Schwierigkeiten seien sogar Öldruckbilder betroffen worden, die die letzten Augenblicke der Maria Stuart und Szenen aus Hamlet darstellten, ferner Streichhölzer-Sendungen die als Schutzmarke ein gebogenes türkisches Schwert aufwiesen. Es könnte vielleicht der Versuch zu machen sein, bei dem bevorstehenden Abkommen mit der Türkei eine Einschränkung der Einfuhrverbote aus den zuletzt angeführten Gründen herbeizuführen. || Euere Exzellenz darf ich bitten, die vorstehenden Anregungen und Ausführungen einer gefälligen Prüfung, eventuell im Einvernehmen mit Generalkonsul Stemrich, zu unterziehen und mir eine Äußerung darüber zugehen zu lassen.

gez. Mühlberg.

Nr. 13963. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Beschleunigung der Zollerhöhung ist erwünscht. Vorschläge zur Finanzregulierung.

Pera, den 6. März 1907.

Infolge der Verhandlungen, welche die englische Botschaft mit der Pforte wegen Abänderung des türkischen Minengesetzes führt, wird die Erledigung der schwebenden dreiprozentigen Zollerhöhung derart hinausgeschoben, daß deren Einführung mit dem neuen Etatsjahre, nämlich vom 1./14. März d. J. an, unmöglich wird. England hält daran fest, seine Zustimmung zu dieser Maßregel von einer vorherigen Erfüllung seiner

Wünsche bezüglich des Minengesetzes abhängig zu machen. Wird nicht bald Abhilfe geschafft, so wird die mazedonische Finanzkommission zwar ein reformiertes Budget besitzen, aber kein Geld, um die dringenden Ausgaben, namentlich die Gehaltszahlungen, zu effektuieren. Die Delegierten haben bereits ein identisches Telegramm an die Botschaften gerichtet, worin sie darlegen, daß die bis 28. Februar (alten Stils) zu leistenden Zahlungen sich auf 135 000 Ltqs. belaufen, die eigenen Einnahmen der Wilajets bis zu diesem Zeitpunkte aber höchstens 50 000 Ltqs. erreichen; es sei daher absolut erforderlich, daß die Pforte bis zu diesem Zeitpunkte (13. März neuen Stils) 70 000 Ltqs. zahle. || Auch die „Dette publique" hat sich mit der Frage der Zollerhöhung beschäftigt. Sie vertritt die Ansicht, daß der dadurch erzielte Überschuß nach Artikel 8 des Muharremdekrets ihr gehöre und die 3 Prozent demnach von ihr in toto zu erheben seien, wobei ihr die Verpflichtung obliege, entsprechend dem Zusatzdekrete vom Jahre 1903 75 Prozent der Pforte zuzuführen. Da diese Zuführung erst am Ende des Finanzjahres, nach dem Abschluß der Gesamtrechnung, welche den erzielten Überschuß feststellt, erfolgen kann, so müßte die Ottomanbank die nach Artikel 12 der zwischen der Pforte und ihr wegen der mazedonischen Finanzen abgeschlossenen Konvention monatlich zu zahlenden Beträge vorschußlich zahlen, während die „Dette publique" am Schlusse des Finanzjahres aus den 75prozentigen Überschüssen Ersatz zu leisten hätte. Die Ordnung dieser Frage, soweit sie die Interessen der Gläubiger berührt, sollte meines Dafürhaltens der „Dette" überlassen bleiben. Die Botschafter haben an der Sache nur insoweit Interesse, als es sich um die regelmäßige Bezahlung der für die Deckung des mazedonischen Budgetdefizits erforderlichen Beträge handelt.

gez. Marschall.

Nr. 13964. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Rußlands und Englands Stellung zur Zollerhöhung.

Pera, den 12. März 1906.

Wie ich höre, soll der russische Botschafter erklärt haben, seine Regierung könne die 3 Prozent nur annehmen, wenn die gesamten Einnahmen Mazedonien zufielen und der Dette kein Teil derselben zugewiesen werde. Es handele sich hier nicht um eine révision des traités de commerce im Sinne des Artikels 8, Ziffer III, des Muharrem-Dekrets. Die Argumentation, daß die Zustimmung der Mächte zur Erhöhung eines Konventionalzolles — als solchen betreiben die Mächte den 8prozentigen

Zoll — keine Vertragsrevision sei, bedarf keiner Widerlegung. Die Erhöhung ist im Gegenteil die einzige Revision, aus der sich excédents de recettes im Sinne des Artikels 8 des Muharrem-Dekrets ergeben können. Hinsichtlich Deutschlands springt bei der Zollerhöhung der Charakter der Vertragsrevision auch formell in die Augen, da es sich für uns um eine Änderung einer Spezialbestimmung des Vertrages von 1890 handelt. || England will die 3prozentige Zollerhöhung nur auf 7 Jahre bewilligen, um zu verhindern, daß in der Fortführung der Reformen ein Stillstand eintritt.

gez. Marschall.

Nr. 13965. **DEUTSCHES REICH.** Der Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission an das Auswärtige Amt. Der türkische Ministerrat hat das Budget für Mazedonien angenommen.

Salonik, den 6. April 1906.

In der gestrigen Sitzung las der Generalinspektor ein an ihn ergangenes Mazbata des Ministerrats vor, wonach die von der Finanzkommission ausgearbeiteten Budgets der drei Wilajets für das Jahr 1322 seitens der Pforte ohne jede Abänderung angenommen wurden und das zu ihrem Vollzug erforderliche Irade ergangen ist. Das Mazbata behandelt auch die Frage der Deckung der Defizits bezw. der allmonatlich zu zahlenden Zuschläge in Höhe von 68 000 Ltqs. und macht, allerdings in sehr verklausulierter Form, die regelmäßige Leistung von der zu erwartenden Genehmigung der 3prozentigen Zollerhöhung abhängig.

gez. Griesinger.

Nr. 13966. **DEUTSCHES REICH.** Der Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission an das Auswärtige Amt. Die Existenz der Kommission hängt von der Zollerhöhung ab.

Salonik, den 8. April 1906.

Die gestrige Sitzung wurde vom Generalinspektor mit einer sehr beweglichen Ansprache eröffnet, worin er auf die erheblichen Geldopfer hinwies, die die Pforte für Mazedonien in den letzten drei Jahren gebracht habe. Sie seien nur durch die Aufnahme von Anleihen möglich gewesen, und auf diesem Wege könne nicht weiter fortgefahren werden. || Wir wüßten ja alle, daß das Gleichgewicht in den Etats der drei Wilajets von der regelmäßigen Zahlung der in Artikel 12 des Regle-

ments vorgesehenen monatlichen Raten durch die Pforte abhängig sei. Dazu sei sie aber nach seinen Nachrichten aus Konstantinopel nicht imstande, wenn ihr nicht die dreiprozentige Erhöhung der Zölle zugestanden und sie dadurch in den Stand gesetzt werde, den neu herangetretenen Forderungen auch in der Folge regelmäßig gerecht zu werden. ‖ In Ergänzung der Ausführungen des Generalinspektors muß die Kommission ihrerseits auf Grund eingehender Prüfung der Sachlage feststellen, daß die Deckung der Ausgaben des ersten Monats des Etatsjahres 1322 ohne einen Zuschuß von 68000 Ltqs. seitens der Pforte unmöglich ist. Eine Inanspruchnahme des bei der Ottomanbank nach Artikel 16 des Reglements vom 7. März 1905 zur Verfügung stehenden Kredits von 100000 Ltqs. wäre in dieser Höhe nicht bestimmungsgemäß, würde auch eine zu rasche Erschöpfung dieses Kredits herbeiführen; außerdem ist zu berücksichtigen, daß der Bank von jedem Vorschuß aus diesem Kredit 7 Prozent vergütet werden müssen. ‖ Die Durchführung der Aufgabe, die der Finanzkommission anvertraut ist, steht und fällt mit den Einnahmequellen, über die sie verfügt. Denn nur wenn diese regelmäßig fließen kann ihr Dienst ein regelmäßiger und geordneter sein und wird sie in ihrem Teil beitragen, der Unzufriedenheit im Lande zu steuern und beruhigend zu wirken. Da der einzige, heutzutage gangbare Weg, der Pforte zu Geld zu verhelfen und damit das neue Institut der Finanzkommission lebensfähig zu machen, in der Zubilligung der dreiprozentigen Zollerhöhung zu bestehen scheint, haben wir übereinstimmend beschlossen, die Aufmerksamkeit unserer hohen Regierungen auf die besondere Wichtigkeit zu lenken, welche eine baldige Lösung der Zollerhöhungsfrage in der gedachten Richtung für die ganze Existenz unserer Kommission hätte. gez. Griesinger.

Nr. 13967. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Gemeinsamer Beschluß der Botschafter in betreff der Zollerhöhung.

Therapia, den 6. Mai 1906.

Am 1. Mai ist den Botschaftern die anliegende, vom 30. April datierte Note der Pforte zugegangen, in welcher nochmals darauf hingewiesen wird, daß die Erhöhung der Eingangszölle von 8 Prozent auf 11 Prozent eine unabweisbare Notwendigkeit bildet und um die alsbaldige Genehmigung dieser Maßregel durch die Botschafter gebeten wird. ‖ Auf der infolge dieser Note am vergangenen Donnerstag den 3. d. M. ein-

berufenen Botschafterkonferenz wurde ein prinzipieller Widerspruch von keiner Seite gegen das Ansinnen der Pforte erhoben. Übereinstimmend bestand vielmehr die Ansicht, daß die Pforte außerstande sei, das mazedonische Defizit, welches sich nach dem in der Finanzkommission genehmigten und vom Sultan sanktionierten Budget auf rund 800000 Ltqs. beläuft, aus den bisherigen Staatseinnahmen zu decken, daß also die Erhöhung der letzteren ein notwendiges Korrelat der Einsetzung jener Kommission bilde, die überhaupt nur funktionieren könne, wenn ihr die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt würden. Auch darüber bestand Einigung, daß nunmehr der Moment gekommen sei, in Beantwortung der neuesten Pfortennote die Bedingungen klarzustellen, welche seitens der Mächte für die Genehmigung der Zollerhöhung zu stellen seien. || Als vornehmlichste Bedingung wurde eine Garantie dafür verlangt, daß die Mehreinnahmen aus der Zollerhöhung für Mazedonien verwendet würden. Ein bloßes Versprechen der Pforte genüge nicht, die Garantie müsse vielmehr eine effektive sein, und diese könne nur darin bestehen, daß die Pforte sich mit der Dette publique verständige und die letztere direkt die betreffenden Summen der Ottomanbank zuführe, welche nach dem bekannten Vertrage vom vorigen Jahre die Zahlungen auf Grund des mazedonischen Budgets zu leisten habe. || Als weitere Bedingung wurde eine Kautele dafür verlangt, daß der Handel nicht durch die Erhöhung der Zölle von einem Tage zum andern überrascht werde. Es müsse eine Frist von einigen Monaten für Einführung gesetzt und nach Ablauf derselben auch noch die Einfuhr zu 8 Prozent gestattet sein, wenn nachweisbar der bezügliche Kontrakt vor der Zollerhöhung geschlossen worden sei. || Bezüglich der andern, von den einzelnen Botschaftern gestellten Bedingungen wurde von englischer Seite noch besonders erklärt: Die Änderungen des Minengesetzes seien befriedigend, desgleichen die des neuen Analysengesetzes; auch für den Zolldienst sei die Mehrzahl der dessen Verbesserung bezweckenden Forderungen erfüllt, doch stehe die Antwort der Pforte auf einige minderwichtige Punkte noch aus. Dieser Erklärung schlossen sich meine übrigen Kollegen an. Ich bemerkte dabei, daß die Kaiserliche Regierung in dieser Angelegenheit insofern eine gewisse Sonderstellung einnehme, als Artikel I des Procès-verbal de signature zu unserem Handelsvertrag von 1890 uns ausdrücklich in Aufrechterhaltung des „régime actuel" bis zur Einführung der spezifizierten Zölle zusage. Ich müsse also meiner Regierung gesonderte Verhandlungen über die Abänderung dieses Artikels vorbehalten uud eventuell in dieser Beziehung eine Reserve in der Note machen. || Die Antwortnote soll eine kollektive sein. Ihr Schwerpunkt liegt für uns in dem Passus über

die Verwendung der Mehreinnahmen für Mazedonien. Ich glaube, daß wir in dieser Hinsicht pari passu mit den übrigen Mächten gehen sollten. ‖ Ohne Erfüllung jener Bedingung werden die 3 Prozent für die Pforte nicht erhältlich sein.

gez. Marschall.

Anlage.

Lors de la discussion du règlement pour les services financiers des trois Vilayets de Roumélie, la S. Porte revenant sur la question de la majoration de 3 pour cent des droits de douane, avait fait ressortir combien cette mesure était devenue indispensable pour alléger les charges du budget. ‖ Dans les déclarations itératives qu'ils ont bien voulu faire à ce sujet, L. L. E. E. M. M. les Représentants des Puissances ont toujours reconnu l'opportunité d'une telle majoration. Les causes qui en retardaient l'application, ayant été écartées par les dispositions adoptées depuis par le Gouvernement Impérial, la S. Porte, qui comptait déjà la mettre en vigueur dès le commencement de l'exercice financier en cours, se voit dans la nécessité, d'y procéder dans un très bref délai, tout nouvel ajournement étant de nature à apporter des entraves qu'il est d'un intérêt général de prévenir. Aussi, le Ministre des Affaires Étrangères ne doutet-il pas que L. L. E. E. M. M. les Représentants des Puissances ne veuillent bien lui notifier leur plein accord à ce sujet.

Le 30 avril 1906.

Nr. 13968. **DEUTSCHES REICH.** Der Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt. Die Zollfrage im englischen Unterhaus.

London, den 23. Mai 1906.

Auf eine gestern im Unterhause gestellte Anfrage erwiderte Sir Edward Grey, die Frage der mazedonischen Kontrolle sei durch die Einrichtung der internationalen Finanzkommission geregelt worden, und zwar unter Bedingungen, welche von der vorigen britischen Regierung angenommen worden seien; die Regierung sei nicht der Ansicht, daß ein anderer Weg hätte eingeschlagen werden können. Der beabsichtigten Erhöhung des türkischen Tarifs würden die britische und die anderen Regierungen nur dann zustimmen, wenn man genügende Garantie hätte, daß der Ertrag dazu verwendet würde, das Defizit im mazedonischen Budget auszugleichen.

gez. Stumm.

Nr. 13969. GROSZMÄCHTE. Die Botschafter in Konstantinopel an die Pforte. Die Mächte willigen unter bestimmten Bedingungen in das Zollprojekt.

Péra, le 28 mai 1906.

En réponse au memorandum du 30 avril dr., par lequel le Ministère des Affaires Étrangères demande aux Représentants des Puissances de lui faire connaître leur réponse au sujet de la majoration de 3 pour cent des droits de douane que le Gouvernement Impérial a soumis à leur agrément, les Ambassadeurs . . . . ont l'honneur de faire connaître à Son Excellence le Ministre des Affaires Étrangères que leurs Gouvernements respectifs sont disposés à accorder cette modification pour une durée de sept ans, mais subordonnent leur adhésion à la stricte observation par le Gouvernement Impérial des conditions énumérées ci-dessous. || 1° Les conditions déjà posées par les chefs de missions étrangères (loi des mines, règlement douanier et loi sur les analyses) à l'acceptation de la majoration des droits de douane seront exactement remplies par la S. Porte, qui devra officiellement donner l'avis aux chefs de missions de l'acceptation de ces conditions. || 2° Les Représentants des Puissances seront assurés par une garantie effective que par la part qui, en vertu des lois existantes restera à la disposition du Gouvernement Impérial sur les sommes encaissées du chef de cette majoration, sera exclusivement consacrée à combler le déficit du budget de la Roumélie et que la S. Porte accomplira l'engagement contenu dans l'art. XII du règlement intervenu entre elle et la Banque et confirmé par sa note adressée aux six Ambassadeurs sous la date du 14 décembre dernier. || 3° Afin d'éviter autant qu'il est possible que l'augmentation des droits de douane dont il s'agit, lèse les intérêts commerciaux des ressortissants des Puissances, qui n'en sont pas encore prévenus, les nouveaux droits ne pourront être perçus que deux mois après la ratification par les Gouvernements respectifs de l'accord intervenu à ce sujet entre le Gouvernement Impérial et les Représentants des Puissances. D'autre part, les contrats passés entre les commerçants à l'étranger et ceux résidant en Turquie antérieurement à la mise en vigueur du nouveau tarif seront exécutés sans avoir à supporter les conséquences de cette majoration, à condition toutefois que leur durée n'excède pas une année et que la date de ces contrats puisse être régulièrement établie. || 4° Le Gouvernement Impérial prendra l'engagement formel de ne point frapper les opérations douanières de nouvelles taxes incertaines et imprévues sous la forme de droit de timbre ou de toute autre manière. || L'article 1er du procès-verbal de signature du traité de commerce conclu entre l'Allemagne et la Turquie le 26 août 1890

portant que „jusqu'à la date à laquelle le dit traité entrera en vigueur conformément à son art. XXV, le régime actuel sera maintenu“, l'Ambassadeur d'Allemagne se réserve d'entrer en négociations directes avec la S. Porte au sujet de l'interprétation de cet article.

Nr. 13970. **DEUTSCHES REICH.** Der Delegierte bei der mazedonischen Finanzreform an das Auswärtige Amt. Rechnungsbericht. Klagen über mangelhaftes Zahlsystem der Pforte.

Salonik, den 9. Juni 1906.

Euer Durchlaucht beehre ich mich in der Anlage den Rechnungsabschluß des Jahres 1321 (1./14. März 1905 bis $\frac{28.\ \text{Febr.}}{13.\ \text{März}}$ 1906) für die drei Wilajets Rumeliens sowie eine Zusammenstellung der von der Hohen Pforte während dieses Etatsjahres monatlich geleisteten Zuschüsse vorzulegen. Das Defizit mit 80 102 Lt. ist gedeckt worden. || Aus dem Etat ergibt sich im einzelnen, daß die tatsächlichen Eingänge bei der Mehrheit der Positionen hinter den Voranschlägen, und zwar im ganzen um 276 000 Lt., zurückgeblieben sind. Mehreinnahmen über die Voranschläge haben sich nur 23 960 Lt. ergeben: bei der Militärbefreiungssteuer (9 500 Lt), beim Kataster (7 500 Lt.), bei den unvorhergesehenen verschiedenen Einnahmen (6 800 Lt.) || Bei den Ausgaben sind im allgemeinen erhebliche Ersparnisse gegenüber den Voranschlägen erzielt worden (227 830 Lt.). Nur eine Position, die der Kilometergarantien, weist eine Überschreitung von etwa 20 000 Lt. auf, die aber deshalb keine Rolle spielt, weil ihre Deckung aus eingegangenen Rückständen verflossener Jahre ermöglicht werden konnte. || Im Vergleich zu diesem günstigen Abschluß des vergangenen Etatsjahres bietet der Beginn des neuen, 1322, ein geradezu klägliches Bild. Allerdings hat die Pforte im Anfang März der Kommission 60 000 Lt. zur Verfügung gestellt und den reglementmäßigen Jahreskredit bei der Ottomanbank in Höhe von 100 000 Lt. erneuert. Seither ist aber nichts mehr gezahlt worden, so daß die Schuld der Hohen Pforte an die drei Wilajets Rumeliens heute 204 000 Lt. beträgt. Der Bankkredit, der dazu bestimmt ist, vorübergehende Zahlungsschwierigkeiten im Laufe des Jahres zu verhindern, mußte bis auf 2 400 Lt. in Anspruch genommen werden, ohne daß dadurch eine volle Befriedigung aller Gläubiger erreicht wurde. Die Zahlungen des Monats April sind noch nicht abgeschlossen und können nur nach Maßgabe der verfügbaren Eingänge geleistet werden. Bei

diesem System, das von jeher seitens der Großmächte der Türkei vorgeworfen wurde und mit einen Grund zur Intervention der ersteren in Mazedonien gebildet hat, wird eine geordnete Rechnungsführung und deren Überwachung zur Unmöglichkeit. Fährt die Pforte fort, ihrer Beitragspflicht nicht nachzukommen, so versagt auch jenes Mittel, und ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die Kommission die Einstellung der Zahlungen erklären muß. || Ich resümiere den heutigen Stand der Finanzlage seit Beginn des Etatsjahres:

Einnahmen:

1. Zuschuß der Hohen Pforte	60 000 Lt.,
2. Bankkredit	100 000 „
3. Steuereingänge	282 000 „
Summe . . .	442 000 Lt.

Ausgaben: 439 600 Lt. bis Ende April. || Es bleibt somit für den Monat Mai, der bereits zur Hälfte um ist, ein verfügbares Bankguthaben von etwa 2400 Lt., dem gegenüber steht ein Ausgabebedürfnis für den Monat Mai in Höhe von 95 000 Lt.

gez. Griesinger.

Nr. 13971. TÜRKEI. Die Pforte an die Botschafter in Konstantinopel. Antwort auf Nr. 13969.

Sublime Porte, le 20 juin 1906.

Le Ministère des Affaires Étrangères a eu l'honneur de recevoir la Note Collective que L.L. E.E. M.M. les Ambassadeurs d'Allemagne, de Russie, de la Grande-Bretagne et de France et M.M. les Chargés d'Affaires d'Italie et d'Autriche-Hongrie ont bien voulu lui adresser le 15/28 mai relativement à la majoration de 3 pour cent des droits de douane. || En ce qui concerne la loi des mines, le règlement douanier, la loi sur les analyses et le règlement sur l'emmagasinage du pétrole, le Gouvernement Impérial les ayant déjà modifiés, le premier point mentionné dans la communication précitée se trouve ainsi avoir été réglé. || Quant au second point, la Sublime Porte, tout en renouvelant l'engagement contenu dans l'Article 12 du règlement du $\frac{\text{25 Zilhidjé 1322}}{\text{7 mars 1905}}$ intervenu entre le Gouvernement Impérial et la Banque Impériale Ottomane et qui garantit le paiement sur les revenus douaniers du déficit du budget des Vilayets de Salonique, Kossovo et Monastir, déclare qu'elle couvrira ce déficit par la part qui, en vertu des lois existantes, restera à la disposition du Gouvernement Impérial sur les sommes du chef de cette majoration. || Pour

ce qui est de la date de la mise en vigueur de cette majoration, le Gouvernement Impérial estime qu'il y a lieu de fixer un délai suffisant aussi bien pour l'obtention des ratifications nécessaires que pour la sauvegarde des intérêts du commerce. Mais désigner un délai distinct en faveur des contrats passés antérieurement à cette date entre les commerçants à l'étranger et ceux résidant en Turquie, ce serait laisser la porte ouverte à des abus et à des réclamations sans fin, vu surtout l'impossibilité de constater la date certaine de ces contrats qui se font presque toujours par correspondance et non point par des actes enrégistrés. Il est, d'ailleurs, à remarquer qu'il ne s'agit point d'une défense d'importation, pour que l'exécution des commandes puisse en souffrir et que l'on soit tenu de faire une exception à leur égard, exception qui aurait encore pour résultat de favoriser une catégorie de commerçants au détriment des autres. || Aussi le Gouvernement Impérial, dans le but de sauvegarder sous tous les rapports les intérêts du commerce, fixe-t-il le 1/14 septembre prochain, qui est un délai assez long, pour l'application de la majoration. || Relativement au 4me point, la Sublime Porte n'hésite pas de donner l'assurance que les opérations douanières ne seront point frappées de nouvelles taxes sans une entente avec les Puissances intéressées. || Enfin la durée de 7 ans à laquelle L.L. E.E. désireraient limiter cette majoration, représente une période assez longue pendant laquelle il est à espérer que les nouveaux traités de commerce qu'il est convenu de conclure seront signés ou tout au moins qu'un tarif spécifique appelé à remplacer le régime ad valorem aussi bien dans l'intérêt de l'administration que du commerce, sera appliqué dans l'intervalle. Mais en toute prévision, la Sublime Porte se croit fondée de s'assurer que si même au bout de cette période une entente n'était pas établie, les droits de douane de 11 pour cent continueront à être perçus jusqu'à ce que cette entente intervienne sans qu'il soit besoin d'aviser à de nouvelles formalités pour la continuation de ce régime. || La Sublime Porte déclare, en outre qu'elle, est prête à signer avec l'Ambassade Impériale d'Allemagne un procès-verbal spécial à l'effet de modifier, en conformité du présent accord, l'Article 1 du procès-verbal de signature du traité de commerce turco-allemand du 23 août 1890. || Pour conclure, le Ministère des Affaires Étrangères aime à espérer que L.L. E.E. voudront bien, de leur côté, faire le nécessaire dès maintenant pour la mise en application de la majoration douanière dont il s'agit à partir du 1/14 septembre prochain.

Nr. 13972. **DEUTSCHES REICH.** Der Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission an das Auswärtige Amt. Rechnungsablegung.

Monastir, den 12. Juli 1906.

Am 15. d. M. schließt der vierte Monat des Etatsjahres 1322, und schuldet die Hohe Pforte an Subventionen für die Budgets der drei Wilajets rund den Betrag von 270 000 Lt. Daß es bisher möglich war, die Zahlungen, wenigstens der Mehrzahl nach, zu leisten, ist zu verdanken den Erträgnissen der Hammelsteuer und der Steuer auf die Haustiere, die zusammen abwarfen im März 23 000 Lt., im April 110 000 Lt., im Mai 170 000 Lt. Gewisse Zahlungen mußten allerdings gestundet werden. So erfordert die Bekleidung der Truppen sieben Ratenzahlungen je zu 22 000 Lt. in der Zeit vom März bis September; hiervon konnten bis jetzt nur 31 000 Lt. bestritten werden. Desgleichen sind von den für denselben Zeitraum vorgesehenen sieben Ratenzahlungen für militärische Bauten im Gesamtbetrag von 33 000 Lt. bis jetzt nur 5000 Lt. gezahlt worden. || Heute stellt sich die Finanzlage für die nächsten 6 Monate folgendermaßen dar:

I. Ausgaben.

A. Militärbedürfnisse pro Monat:

1. Verpflegungskosten	60 000 Lt.
2. Gehälter	37 000 „
3. Transportkosten	2 500 „
4. Bekleidung	22 000 „
5. Militärische Bauten	4 750 „
6. Redifs I. Klasse	6 000 „
7. Redifs II. Klasse	2 500 „
Summe	134 750 Lt.
Also Gesamtbedürfnis für 6 Monate	808 500 „
Hierzu das Bedürfnis für die	
B. Zivilverwaltung während dieses Zeitraumes mit rund	200 000 „
Summe	1 008 500 Lt.

Demgegenüber beträgt der Voranschlag der

II. Einnahmen,

deren voller Eingang aber keineswegs gesichert:

1. Juni	157 000 Lt.	
2. Juli	84 000 „	
3. August	86 000 „	
4. September	121 000 „	
5. Oktober	99 000 „	
6. November	127 000 „	674 000 „
	Defizit . . .	334 500 Lt.

Für dieses Defizit hat die Hohe Pforte vertragsmäßig aufzukommen. Würde sie ihre Verpflichtung der monatlichen Zuschußleistung von 68 000 Lt. erfüllen, so ergäbe sich ein Überschuß von 73 500 Lt., und würde dadurch sogar die Inanspruchnahme des bei der Ottomanbank eingeräumten Kredits von 100 000 Lt. entfallen.

gez. Griesinger.

Nr. 13973. **TÜRKEI.** Die Pforte an die Botschafter in Konstantinopel. Ergänzung zu Nr. 13971.

Sublime Porte, le 18 juillet 1906.

En complément de sa réponse en date du 20 juin dr. relative à la majoration de 3 pour cent des droits de douane, la Sublime Porte fait les déclarations suivantes: || Les nouveaux règlements sur les analyses et l'emmagasinage du pétrole ont déjà été mis en vigueur: un récent décret ordonne également l'application de la nouvelle loi sur les mines. || Quant au règlement douanier, les diverses questions qui s'y rattachent ont été résolues. || Les deux seuls points restés en suspens ont été étudiés et le Gouvernement Impérial donne l'assurance qu'ils recevront bientôt leurs solutions satisfaisantes. || Les sommes encaissées du chef de la majoration seront versées à l'Administration de la Dette Publique Ottomane et les 75 pour cent qui resteront à la disposition du Gouvernement Impérial seront consacrés à combler le déficit du budget des trois Vilayets de Salonique, Kossowo et Monastir et en cas d'insuffisance la Sublime Porte accomplira l'engagement contenu dans l'article 12 du Règlement intervenu entre elle et la Banque Impériale Ottomane et confirmé par Sa Note adressée aux six Ambassadeurs sous la date du 14 décembre 1905. || La garantie effective mentionnée dans la Note collective de Leurs Excellences Messieurs les Ambassadeurs en date du 15/28 mai se trouve ainsi assurée. || Par les déclarations y contenues le Gouvernement Impérial donne pleine satisfaction aux demandes des Puissances; il ne reste plus dès lors aucune raison pour que l'adhésion unanime des Cabinets soit différée.

Nr. 13974. **DEUTSCHES REICH.** Der Geschäftsträger in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Die Pforte hat de facto die Bedingungen der Mächte angenommen.

Therapia, den 19. Juli 1906.

Die Pforte hat den Vertretern der Großmächte in Ergänzung ihrer Note vom 20. v. M. schriftlich erklärt, daß die Mehreinnahmen aus dem

3 prozentigen Zollzuschlag der Dette publique überwiesen und die zur Verfügung der Türkischen Regierung bleibenden 75 Prozent zur Deckung mazedonischen Defizits verwendet werden sollen sowie daß die Pforte im Bedarfsfalle alle die von ihr in dem bekannten Abkommen mit Ottomanbank eingegangenen Verpflichtungen einhalten werde. Im übrigen konstatiert die Pforte, daß die neuen Bestimmungen über chemische Analysen sowie Petroleumlagergebühren bereits in Kraft seien und Anwendung des neuen Minengesetzes befohlen worden sei. Bezüglich der noch unerledigt gebliebenen, das Zollreglement betreffenden Punkte verspricht die Pforte umgehende Erledigung. Damit hat die Pforte eigentlich alle von den Großmächten gestellten Hauptbedingungen erfüllt. Es erübrigt nur noch, zu den in der türkischen Note geäußerten Wünschen, betreffend die Limitierung der Zollerhöhung auf 7 Jahre, und der für die vor Inkrafttreten derselben geschlossenen Lieferungsverträge vorgesehenen einjährigen Frist Stellung zu nehmen. gez. Bodman.

Nr. 13975. **DEUTSCHES REICH.** Das Auswärtige Amt an den Geschäftsträger in Konstantinopel. Deutsche Stellung zum Zollprojekt.

Wenn wir der Zollerhöhung zustimmen, so geschieht dies hauptsächlich im Interesse der Durchführung des Mürzsteger Programms. Sie bildet für uns ein Opfer, das wir in dem aufrichtigen Bestreben bringen, die Verwirklichung der gemeinsamen, auf Herstellung von Ordnung und Frieden im Balkan abzielenden Beschlüsse zu sichern. Wenn bei diesem Anlasse einzelne Mächte besondere, nicht konnexe Forderungen stellen, so können wir deren Erfüllung nicht befürworten. Es muß vielmehr der Türkei überlassen bleiben, inwieweit sie solchen Forderungen entgegenkommen will. || Im eigenen Interesse der Türkei dürfte es wohl liegen, die Zollerhöhungsfrage an Verlangen bestimmter Zusicherung über Gendarmeriereformen nicht scheitern zu lassen. Ich stelle daher Zustimmung si omnes anheim. gez. Tschirschky.

Nr. 13976. **DEUTSCHES REICH.** Das Auswärtige Amt an die Botschafter in Rom, Wien, London, Paris und Petersburg. Mitteilung neu aufgestellter Forderungen der Mächte in der Zollfrage.

Berlin, den 30. Juli 1906.

Zu Euerer Exzellenz Orientierung: || Euere Exzellenz erhalten die Vorgänge über die türkische Zollerhöhungsfrage. Neuerdings sind

folgende Hauptforderungen aufgestellt worden: 1. Die Reservierung der gesamten Mehreinnahme aus der Zollerhöhung für Mazedonien, auch soweit sie zur Deckung des mazedonischen Defizits nicht erforderlich sind. 2. Die eventuelle Verminderung der Truppen in Mazedonien, falls auch die erhöhten Zolleinnahmen unzureichend sein sollten. Dies läßt sich anscheinend mit den vereinbarten Beschlüssen über die Reformaktion nicht in Einklang bringen. Falls aus handelspolitischen Gründen jetzt für die Mehrbelastung durch die Zollerhöhung Kompensationen und Garantien gefordert werden, ist dem entgegenzuhalten, daß auch wir, wie die anderen Länder, das Opfer der Zollerhöhung zu bringen bereit sind, damit das vereinbarte Reformwerk nicht gefährdet wird. Wir können dasselbe nicht befürworten, wenn bei diesem Anlaß besondere, nicht konnexe Forderungen gestellt werden.

gez. Tschirschky.

Nr. 13977. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in London an das Auswärtige Amt. Grey betont im Unterhaus die Notwendigkeit des einheitlichen Vorgehens der Mächte.

London, den 2. August 1906.

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fand Sir Edward Grey noch einmal Gelegenheit, den Standpunkt der Regierung in der Frage der türkischen Zollerhöhung und der mazedonischen Reformen klarzustellen. || Aus seinen Ausführungen ist besonders seine Betonung der Wichtigkeit eines Zusammenarbeitens der Mächte hervorzuheben. Wolle man etwas in Mazedonien erreichen, so könne man das nur durch diplomatischen Einfluß in Konstantinopel, und der würde bedenklich geschwächt werden, wollte eine Macht sich aus dem Konzert der Großmächte zurückziehen. Wenn in der Frage der mazedonischen Reformen noch nicht so viel erreicht worden wäre, als wünschenswert sei, so liege die Schuld nicht an einem Versagen der Finanzkommission, als vielmehr an der Tätigkeit der Banden im Lande. Das mache es auch schwer, auf eine Verringerung der türkischen Streitkräfte in Mazedonien zu dringen. Wenn die Bedingungen, welche die englische Regierung gegenüber einer türkischen Zollerhöhung niedergelegt hätte, von der Pforte erfüllt würden, so werde England seine Zustimmung nicht mehr versagen und keine neuen Forderungen aufstellen.

gez. Metternich.

Nr. 13978. DEUTSCHES REICH. Der Geschäftsträger in Wien an das Auswärtige Amt. Österreichs Standpunkt in der Zollfrage.

Wien, den 3. August 1906.

Die k. u. k. Regierung ist mit der Reservierung sämtlicher aus der Zollerhöhung zu gewärtigenden Mehreinnahmen für Mazedonien, auch soweit sie zur Deckung mazedonischen Defizits nicht erforderlich sind, einverstanden, da eine derartige Reservekasse zur Deckung etwaiger zukünftiger mazedonischer Defizits in der Theorie zweckentsprechend sei, in der Praxis aber kaum effektif werden würde. Man hege starke Zweifel, ob Überschüsse jemals vorhanden sein würden.

gez. Schwerin.

Nr. 13979. GROSZMÄCHTE. Die Botschafter in Konstantinopel an die Pforte. Die Mächte stellen neue Forderungen.

Pera, le 30 septembre 1906.

Les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de Russie, d'Italie et les Chargés d'Affaires de France et de la Grande-Bretagne, pour répondre au désir de la Sublime Porte de terminer l'affaire de la majoration douanière de 3 pour cent, ont l'honneur de lui faire connaître les conditions auxquelles leurs Gouvernements respectifs subordonnent l'acceptation par eux, pour une durée de 7 ans, de cette majoration. || 1° Les conditions déjà posées par les Représentants des Puissances à l'acceptation de la majoration des droits de douane (loi des mines, règlement douanier, loi sur les analyses et règlement pour l'emmagasinage du pétrole) seront exactement remplies par la Sublime Porte: le texte de la nouvelle loi minière et des règlements relatifs aux analyses chimiques et aux pétroles devra être officiellement communiqué aux représentants des Puissances, et tout doute relatif à l'application de ces nouvelles dispositions aux intérêts existants devra être écarté. || La Sublime Porte s'engagera en outre à effecter, dès que la majoration douanière aura été acceptée par les Puissances, une somme de 100,000 Ltqs. à la reconstruction et à l'amélioration des locaux des douanes. || La question du „hamalage" devra être également réglée d'une manière définitive et satisfaisante.

2° Les Représentants des Puissances seront assurés préalablement par une garantie effective que la part qui, en vertu des lois existantes, restera à la disposition du Gouvernement Impérial sur les sommes encais-

sées du chef de cette majoration, sera exclusivement consacrée aux besoins financiers des trois vilayets de Roumélie. || Pour assurer l'exécution de la condition ci-dessus, la Dette Publique Ottomane s'engagera à verser entièrement au budget rouméliote la part revenant au Gouvernement Impérial sur le produit de la surtaxe douanière. Cet engagement portera de plus que la dette s'astreint à couvrir annuellement le déficit du dit budget jusqu'à concurrence de 250,000 Ltqs. Il doit être bien entendu que dans le cas où la commission financière, agissant en vertu des dispositions de l'article VI du règlement pour les services financiers des trois vilayets de Roumélie, jugerait que le budget ne contient pas les prévisions nécessaires pour les besoins de l'administration civile y compris la Gendarmerie et la Police, le Gouvernement Impérial se conformera entièrement aux rectifications introduites par la commission. || De même, il est bien entendu que, dans le cas où du fait de mesures prises sans l'assentiment de la commission financière par le Gouvernement Impérial Ottoman, les dépenses des trois vilayets de Roumélie viendraient à être augmentées et que par suite les revenus affectés à leur budget se trouveraient insuffisants pour combler le nouveau déficit ainsi créé, la Sublime Porte, conformément aux dispositions de l'article 2 de la note collective des Ambassadeurs en date du 28 mai dernier, sera obligée de fournir des garanties supplémentaires pour assurer l'accomplissement de l'engagement contenu dans l'article XII du règlement intervenu entre elle et la Banque Impériale Ottomane.

3° Le Gouvernement Impérial Ottoman prendra l'engagement formel de ne point frapper les opérations douanières de nouvelles taxes incertaines et imprévues sous la forme de droit de timbre ou de toute autre manière.

4° Les engagements pris par la Sublime Porte relativement au port d'armes, au recrutement et à l'armement de la gendarmerie dans les trois vilayets de Roumélie n'étant pas exécutés et l'article 61 du règlement, qui consacre le droit d'intervention de la gendarmerie en cas de délits et de crimes, n'étant pas observé, le Gouvernement Impérial devra prendre les mesures nécessaires pour l'exécution de ces divers points et notamment pour que les autorités civiles et militaires prêtent leur concours aux officiers de gendarmerie afin d'assurer la stricte application des articles 61 et suivants du règlement de cette arme. || Pour ce qui a trait au recrutement, la Sublime Porte s'engagera à fournir le contingent intégral des recrues pour la gendarmerie et à compléter en cas de nécessité ledit contingent par des hommes pris parmi les soldats de l'armée régulière, en pleine conformité des demandes présentées par le Général réorganisateur.

5° La surtaxe douanière ne devra pas être mise en vigueur avant les deux mois qui suivront la ratification par les Gouvernements intéressés e l'accord conclu avec la Sublime Porte sur la présente question.

Nr. 13980. **DEUTSCHES REICH.** Der Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission an das Auswärtige Amt. Mitteilung eines Kommissionsbeschlusses.

Salonik, den 25. Oktober 1906.

Angesichts der überaus mißlichen Finanzlage, in der sich die Finanzkommission um Mitte Juli d. J. befunden hatte, war damals in der Sitzung vom 1. Juli beschlossen worden, alle anderen Zahlungen einzustellen, um den Ausgaben für die Gendarmerie und die Polizei genügen zu können. Auf die Mitteilung dieses Kommissionsbeschlusses hatte man von Konstantinopel mit der telegraphischen Anweisung von 60 000 Ltqs. zur Deckung der notwendigsten Bedürfnisse für den Monat Juni geantwortet. || In der gestrigen Sitzung vom 11.|24. Oktober d. J. hat sich folgende Finanzlage ergeben:

I. Ausgaben:

Militärgehälter für den Monat September . .	40 000 Ltqs.
Zivilgehälter für den Monat September	10 000 „
Lebensmittel für die Truppen und andere militärische Zahlungen bis 15. September . . wofür bereits die „Seneds“ gegeben sind.	58 795 „
Summe . . .	108 795 Ltqs.

II. Einnahmen.

Rest aus dem Kredit von 100 000 Ltqs. . . .	6 000 „
Zu erwartende Eingänge bis zum 8.|21. d. M. .	20 000 „
Summe . . .	26 000 Ltqs.

Mit Rücksicht hierauf hat die Kommission folgenden Beschluß gefaßt: „La Commission décide qu'on doit procéder en premier lieu au payement des dépenses de l'Administration civile et qu'on doit y consacrer exclusivement les disponibilités de la Trésorerie jusqu'à complet règlement de la partie de ces dépenses demeurées en souffrance.“ || Wenn die Kommission erst jetzt ihren Beschluß auf die Gesamtheit der Ausgaben für die Zivilverwaltung ausgedehnt hat, so geschah dies im Hinblick darauf, daß bisher die Möglichkeit bestanden hatte, sei es mit Hilfe der zu gewärtigenden Steuereinnahmen, sei es mit Hilfe der Zuschüsse aus Konstantinopel (Artikel 12 des Reglements vom 7. März 1905),

den Bedürfnissen der Zivilverwaltung ohne allzugroße Verzögerung zu genügen. Die heutige Finanzlage im Zusammenhang mit der Erklärung des Präsidenten, daß von Konstantinopel höchstens ein Zuschuß von 25.000 Ltqs. zu erlangen sein werde, schließt dies aus und nötigt die Kommission, das, was bisher nur für die Gendarmerie und Polizei verlangt worden ist, auch für den ganzen Bereich der Zivilverwaltung zu verlangen. || Nach dem 3. Absatz des Artikel VI des Reglements vom 8.|21. Dezember 1905 hat die Kommission „in erster Linie“ sich zu vergewissern, daß das Budget die erforderlichen Ansätze für die Bedürfnisse der Zivilverwaltung mit Einschluß der Gendarmerie und Polizei enthält. Hieraus leitet die Kommission die Verpflichtung ab, auch darüber zu wachen, daß den Ausgaben der Zivilverwaltung „in erster Linie“ genügt wird. Hat das Reglement vom 8.|21. Dezember 1905 dies auch nicht expressis verbis stipuliert, so wird diese Folgerung doch aus der Note der Botschafter vom 12. Dezember 1905 zu ziehen sein. Darin ist gesagt, daß die Aufnahme der Militärausgaben in die Budgets der drei Wilajets nur unter der Voraussetzung zugestanden werde, daß die Hohe Pforte den Bestimmungen des Reglements Artikel 12 vom 7. März 1905 nachkomme, d. h. etwaige Defizits regelmäßig monatlich mittels Tratten decke. Der Inhalt der Note vom 12. Dezember 1905 hat mich veranlaßt, dem Kommissionsbeschluß beizutreten. Der Generalinspector hat sich zwar formell nicht geweigert, ihn durchzuführen, aber darauf hingewiesen, welch ernste und peinliche Folgen aus der angeregten Bevorzugung der Zivilverwaltung vor dem Militär sich ergeben können. || Soweit ich die Dinge aus persönlicher Anschauung zu beurteilen vermag, glaube ich kaum, daß sich das von der Kommission aufgestelle Prinzip aufrecht erhalten läßt, ohne zu ernstlichen Unruhen zu führen.

gez. Griesinger.

Nr. 13981. TÜRKEI. Die Pforte an die Botschafter der Mächte in Konstantinopel. Annahme der von den Mächten gestellten Forderungen.

Sublime Porte, le 9 novembre 1906.

La Sublime Porte a eu l'honneur de recevoir la note collective que Leurs Excellences les Ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de Russie, d'Italie et Messieurs les Chargés d'Affaires de France et de la Grande-Bretagne ont bien voulu lui adresser en date du 30 septembre 1906 pour lui faire part des conditions, auxquelles leurs Gouvernements

respectifs subordonnent l'acception par eux, pour une durée de sept ans. de la majoration douanière de 3 pour cent. || Ces conditions étant conformes aussi bien aux arrangements existants qu'à la correspondance échangée à ce sujet avec les Missions Étrangères, la Sublime Porte se basant sur une décision du Conseil des Ministres, sanctionnée par Iradé de Sa Majesté Impériale le Sultan, s'empresse de faire les déclarations suivantes: || 1° La Loi des mines, le règlement sur les analyses chimiques et le règlement pour l'emmagasinage du pétrole ayant été modifiés selon les désirs exprimés par les Ambassadeurs, la communication officielle en est faite par note séparée à Messieurs les Représentants Étrangers. Quant au règlement douanier, la Sublime Porte réitère le contenu de ses différentes communications à ce sujet qui ont donné pleine satisfaction aux intérêts du commerce. Toutes ces nouvelles dispositions étant conçues de façon à sauvegarder les intérêts existants, aucun doute ne saurait plus subsister à cet égard. Le Gouvernement Impérial vient d'affecter une Somme de Ltqs. 100 000 à la reconstruction et à l'amélioration des locaux douaniers et une partie importante de ces travaux est déjà en voie d'exécution. La question du hamalage aussi vient d'être réglée d'une manière définitive et satisfaisante. Les nouveaux tarifs ainsi établis pour les douanes de Constantinople et de Smyrne et comportant des taxes fixes et modérées sont communiqués aux Ambassades également par la même note séparée. || 2° La part qui, en vertu des lois existantes, restera à la disposition du Gouvernement Impérial sur les sommes encaissées du chef de la majoration douanière sera exclusivement consacrée aux besoins financiers des trois vilayets de Roumélie. Une entente est intervenue avec l'administration de la Dette Publique Ottomane qui s'engage à verser entièrement au budget desdits Vilayets la part revenant au Gouvernement Impérial sur le produit de la surtaxe douanière. || Quant à la demande de Messieurs les Ambassadeurs que la Dette Publique s'astreint à couvrir annuellement le déficit jusqu'à concurrence de 250 000 Ltqs., les démarches nécessaires ont été déjà faites auprès de la dite Administration. L'arrangement définitif interviendra immédiatement après le retour du Président du Conseil de la Dette et les deux arrangements seront communiqués aux Ambassadeurs sans retard. || Le Gouvernement Impérial étant résolu à observer la totalité des prescriptions du règlement fixant les attributions de la Commission financière, il est bien entendu que dans le cas où ladite Commission agissant en vertu des dispositions de l'article VI du règlement précité, aura à rectifier dans les chapitres des recettes et des dépenses les dispositions qui ne seraient pas conformes aux lois existantes ou ne répon-

draient pas aux besoins économiques et financiers du pays ou que, à raison de l'insuffisance dudit budget relativement aux prévisions voulues pour le besoin de l'administration civile, y compris la gendarmerie et la police, elle y apportera les rectifications nécessaires, la Sublime Porte se conformera entièrement aux rectifications introduites par la Commission. || De même il est bien entendu que, dans le cas où du fait des mesures prises sans l'assentiment de la Commission financière par le Gouvernement Impérial, les dépenses des trois Vilayets de Roumélie viendraient à être augmentées et que par suite les revenus affectés à leur budget se trouveraient insuffisants pour combler le nouveau déficit ainsi créé, la Sublime Porte, conformément aux dispositions de l'article II de la Note Collective des Ambassadeurs en date du 28 mai dernier, sera obligée de fournir des garanties supplémentaires pour assurer l'accomplissement de l'engagement contenu dans l'article XII du règlement intervenu entre Elle et la Banque Impériale Ottomane. || 3° Le Gouvernement Impérial s'engage à ne point frapper les opérations douanières de nouvelles taxes incertaines et imprévues sous la forme de droit de timbre ou de tout autre manière. || 4° Le Gouvernement Impérial vient de donner à qui de droit les instructions nécessaires afin que la gendarmerie des trois Vilayets soit armée de fusils à répétition type nouveau. || Le Ministère de la Guerre ainsi que l'inspecteur général des trois Vilayets ont également reçu des ordres pour l'exécution des dispositions légales interdisant le port d'armes à la population civile et pour que les autorités civiles et militaires prêtent leur concours aux officiers de gendarmerie afin d'assurer la stricte application des articles 61 et suivants du règlement de cette arme. || Pour ce qui a trait au recrutement la Sublime Porte s'engage à fournir et à compléter le contingent intégral des recrues pour la gendarmerie en pleine conformité des demandes présentées par le général réorganisateur. || 5° La surtaxe douanière sera mise en vigueur deux mois après la ratification par les Gouvernements intéressés du présent accord. || L'entente s'étant ainsi définitivement établie, la Sublime Porte aime à espérer qu'elle ne tardera pas à être ratifiée par les Gouvernements intéressés afin de permettre l'entrée en vigueur du régime nouveau dans le délai le plus court.

Nr. 13982. **TÜRKEI.** Die Pforte an die Botschafter in Konstantinopel. Ergänzung des Vorigen.

Sublime Porte, le 18 décembre 1906.

Pour faire suite à sa communication en date du 9 novembre dernier relative aux conditions auxquelles les six Grandes Puissances subor-

donnent leur acceptation de la majoration douanière de 3 pour cent, la Sublime Porte a l'honneur d'informer Leurs Excellences Messieurs les Ambassadeurs d'Allemagne, de Russie, de France, d'Italie et d'Autriche-Hongrie ainsi que Monsieur le Chargé d'Affaires d'Angleterre que l'entente prévue dans ladite communication vient d'être complétée par une autre entente avec le Conseil d'Administration de la Dette Publique Ottomane. D'après une lettre, adressée par Monsieur le Commandant Berger à Son Excellence le Commissaire Impérial, le Conseil d'Administration de la Dette Publique s'engage à verser annuellement au crédit, du budget des trois vilayets de Roumélie la part revenant au Gouvernement Impérial sur le produit de la surtaxe douanière récemment décrétée, tant que cette surtaxe sera appliquée. Ledit Conseil s'engage également à couvrir annuellement le déficit éventuel du budget précité jusqu'à concurrence de Ltqs. 250,000 aussi longtemps que le produit des Revenus Divers actuellement affectés lui aura intégralement maintenu par le Gouvernement Impérial. || En portant ce qui précède à la connaissance de Messieurs les Représentants des six Grandes Puissances la Sublime Porte s'empresse de déclarer que le Gouvernement Impérial a pris l'engagement formel de maintenir intégralement à l'Administration de la Dette Publique le produit des Revenus Divers actuellement affectés, en pleine conformité des conventions existantes.

Nr. 13983. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Die englische Botschaft beobachtet die Durchführung der Zollreformen.

Pera, den 27. Februar 1907.

Die englische Botschaft verhandelt seit zwei Monaten mit der Douane, um als Vorbedingung für die Gewährung der dreiprozentigen Zollerhöhung weitere Verbesserungen im Zollwesen (Ordnung des Lastträgerwesens, verschiedene Bauten usw.) zu erwirken. Sir Nic. O'Conor teilt mir soeben mit, daß über alle Punkte eine Einigung erzielt sei; er würde heute auf Grund der Ermächtigung seiner Regierung mittels Note der Pforte die englischen Forderungen zur definitiven Genehmigung vorlegen. In der Note heißt es, daß diejenigen Maßnahmen, deren alsbaldige Durchführung möglich sei, wie z. B. Zollreglement, Lastträgerordnung, alsbald zu treffen sind. Bei denjenigen Maßnahmen, deren Durchführung längere Zeit beanspruche, wie z. B. die Bauten von Entrepots usw., will sich die Botschaft mit dem Nachweis der vorbereitenden Schritte (Vorlage der

Kontrakte u. dgl.) begnügen. Für den Fall, daß im Laufe der sieben Jahre die Pforte ihre Zusagen nicht erfüllen sollte, behalte sich die englische Regierung vor: „de reconsidérer la situation“.

gez. Marschall.

Nr. 13984. **DEUTSCHES REICH.** Der Geschäftsträger in London an das Auswärtige Amt. England hat der Zollerhöhung zugestimmt.

London, den 2. März 1907.

Nach Mitteilung Sir E. Greys hat die englische Regierung der dreiprozentigen Zollerhöhung in Konstantinopel zugestimmt. Die endgültige Regelung der Frage sei noch von einer Antwort der Pforte abhängig, doch erwarte er keine weitere Schwierigkeit. England habe seine Zustimmung unter der Bedingung gegeben, daß die Türkei die versprochenen Reformen während der sieben Jahre auch durchführe. Falls das nicht geschehe, werde die englische Regierung die Frage als „reopened“ ansehen.

gez. Stumm.

Nr. 13985. **TÜRKEI.** Die Pforte an die Botschafter in Konstantinopel.

Sublime Porte, le 4 mars 1907.

Note verbale.

Pour faire suite à ses communications des 9 novembre et 18 décembre drs., relativement aux conditions auxquelles les six Grandes Puissances subordonnent la majoration douanière de 3 pour cent, la Sublime Porte a l'honneur d'informer Leurs Excellences les Ambassadeurs d'Allemagne, de Russie, d'Angleterre, de France, d'Autriche-Hongrie et le Chargé d'Affaires d'Italie que les études entreprises depuis quelque temps à la Direction Générale des Contributions Indirectes sur certaines matières douanières indiquées dans un aide-mémoire communiqué par l'Ambassade de Sa Majesté Britannique, ont abouti à l'élaboration et à l'adoption de plusieurs règlements et mesures nouvelles qui, sur une décision du Conseil des Ministres, viennent d'être sanctionnées par Iradé de Sa Majesté Impériale le Sultan. || Ces récentes décisions complètent les dispositions précédemment prises au sujet des douanes de l'Empire et se rapportent aux points suivants:

I°. Locaux douaniers.

1° En attendant la construction des édifices des douanes de Stamboul, un magasin y a été provisoirement construit pour éviter l'encombrement des marchandises. || 2° Le Gouvernement Impérial s'est entendu avec la Société des quais pour la construction des édifices des douanes et des entrepôts de Stamboul et de Galata. Il s'engage donc à faire commencer au plus tôt les travaux de ces constructions. || 3° La Direction Générale des Contributions Indirectes a reçu l'ordre en attendant la construction des douanes de Salonique d'y faire établir un magasin provisoire pour y mettre certaines catégories de marchandises. || 4° La dite Direction Générale a également reçu l'ordre d'élargir le local douanier de Jaffa en couvrant une place ouverte y attenante et d'y établir une échelle permettant aux embarcations l'embarquement et le débarquement en tout temps des marchandises. || 5° Il a été décidé de pourvoir les douanes de Salonique, Jaffa, Bassorah et Bagdad d'élévateurs système nouveau pour faciliter les opérations d'embarquement et de débarquement. || 6° Les constructions douanières de Smyrne commenceront aussitôt que les formalités en cours de leurs adjudications seront terminées. || A Trébizonde les travaux de construction des locaux douaniers ont commencé. Ceux de Salonique commenceront aussitôt que les questions techniques surgies à cause de leur installation sur les quais seront réglées par la Commission formée à cet effet. || Quant aux locaux douaniers de Beyrouth, une entente à ce sujet devant s'établir avec les Sociétés des ports de cette ville, la Direction Générale des Contributions Indirectes a reçu l'ordre de hâter l'examen de cette question pour qu'on puisse procéder au plus tôt aux constructions projetées. || 7° La douane de Bassorah sera reconstruite. Les travaux en seront ordonnés aussitôt que les devis et plans y relatifs déjà expédiés par les Autorités locales seront reçus à la Direction Générale des Contributions Indirectes. || 8° Les locaux douaniers d'Alexandrette viennent d'être réparés. La Direction locale a également reçu l'ordre d'en réparer et prolonger l'échelle et d'y construire un nouveau magasin. || 9° La Direction douanière locale a reçu l'ordre de réparer la douane de Mersine et d'y construire trois nouveaux magasins. Il y sera aussi établi une nouvelle échelle. || 10° La Direction Générale des Contributions Indirectes a été chargée de faire établir une nouvelle échelle pour les douanes de Trébizonde. || Toutes les constructions et améliorations mentionnées ci-dessus devant nécessairement exiger quelque temps pour leur achèvement, la Sublime Porte prend l'engagement formel de faire le nécessaire pour en hâter les travaux afin de les terminer dans le délai le plus court possible.

II°. Personnel douanier.

Le Gouvernement Impérial avait déjà l'année passée augmenté le personnel de certaines douanes et avait inscrit à cet effet une somme annuelle de Piastres: 1,200,000 environ au budget des dépenses douanières. L'expérience ayant montré la nécessité d'une nouvelle augmentation du personnel, il a été décidé de procéder à la nomination de 245 nouveaux employés pour plusieurs des douanes de la Capitale et des Provinces et d'augmenter dans une certaine mesure, les allocations du personnel existant, ce qui nécessite l'augmentation dudit budget d'une nouvelle somme mensuelle de Piastres 133,875.

III°. Hamalage.

A. Constantinople. Un règlement spécial remaniant considérablement le règlement et le tarif existants vient d'être établi par Iradé Impérial pour le service de hamalage dans les douanes de Stamboul et de Galata. Le règlement modifié tient largement compte désiderata du commerce en mettant les hamals sous le contrôle des Autorités douanières, en réglementant tous les détails du tarif de façon à éviter les malentendus qui pourraient se produire sous le régime de l'ancien règlement et en fixant le mode de l'indemnisation des commerçants pour les pertes causées par les hamals des douanes. En outre, nombre de nouvelles dispositions ont été introduites dans le règlement pour répondre aux désirs exprimés dans l'intérêt du commerce. || La Direction Générale des Contributions Indirectes a, en outre, pris des mesures efficaces pour satisfaire le commerce sur certains détails du service, tel que l'emploi de crochets pointus.

B. Smyrne. Le hamalage de Smyrne aussi a fait l'objet d'un nouveau règlement sanctionné par Iradé Impérial. Ce nouveau règlement comporte une nouvelle réduction du tarif de hamalage pour quelques articles de provenance étrangère et un tarif plus réduit y est ajouté pour les marchandises d'importation que les commerçants désiraient se faire livrer à la porte des douanes pour les transporter par leurs propres moyens.

IV°. Règlement douanier.

Un nouveau règlement contenant certaines matières douanières vient d'être sanctionné par Iradé Impérial. Il fixe les heures du travail dans les douanes de l'Empire d'une façon plus conforme aux exigences du service et réglemente un mode plus précis du calcul des droits d'Ardié. Il contient une solution radicale et tout à l'avantage de la navigation de

la question du droit d'entrée des charbons de terre de provenance étrangère, réglemente l'arrimage dans les dépôts douaniers et fournit des indications précises pour les estimations en douane, ainsi que pour le calcul des prix indiqués dans les factures. Le nouveau règlement diminue, en outre, le nombre des opérations douanières au minimum strictement nécessaire, garantit les commerçants contre les pertes que la vérification des boîtes et bouteilles hermétiquement fermées pourrait leur causer dans certaines circonstances déterminées, et donne à la Direction Générale des Contributions Indirectes le pourvoir nécessaire pour raccourcir considérablement les formalités de dédouanement des colis postaux. || Enfin, le régime douanier des marchandises accompagnant les voyageurs de commerce est aussi fixé par un réglement spécial revêtu de la Sanction Impériale et conçu de manière à apporter les plus grandes facilités pour leur dédouanement et pour la restitution des droits à leur réexportation. || En outre des matières ainsi réglementées, un certain nombre de questions de détail ayant donné lieu à des plaintes, viennent d'être réglées par la Direction Générale des Contributions Indirectes. Ainsi, les employés de la section des perceptions en nature et ceux de la Caisse sont augmentés, le local de la Caisse à Stamboul est changé et des ordres sévères sont donnés à qui de droit pour ne plus donner lieu aux plaintes qui se sont élevées relativement à la gratuité des pésages en douane. || Pour résumer, la Sublime Porte se permet d'attirer la bienveillante attention des Représentants des six Grandes Puissances sur l'ensemble des mesures et réglementations précitées déjà entrées en exécution, et ne doute pas que Leurs Excellences n'apprécient à sa juste valeur l'importance de l'effort et des sacrifices que le Gouvernement Impérial n'a cessé de déployer et d'assummer pour satisfaire les demandes formulées au nom des intérêts commerciaux et Les prie, par conséquent, de vouloir bien lui notifier le consentement définitif de Leurs Gouvernements pour que la majoration douanière puisse être mise en application dans le plus court délai possible.

Nr. 13986. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Deutschlands und Frankreichs Stellung zum Handelsvertrag.

Pera, den 7. März 1907.

Da ich in der Kollectivnote vom 28. Mai v. J. bezüglich unserer Sonderstellung auf Grund des 1890er Handelsvertrags einen ausdrücklichen Vorbehalt gemacht und nachdem ich anknüpfend an die Erklärung

des Herrn Constans, daß in Frankreich die Zustimmung des Parlaments erforderlich sei, auch bezüglich unserer Lage mich in demselben Sinne geäußert habe, werde ich diese Frage in der nächsten Botschafterkonferenz zur Sprache bringen, zumal die Frage des Beginns der zweimonatlichen Frist eng damit zusammenhängt.

gez. Marschall.

Nr. 13987. **TÜRKEI.** Die Pforte an die Botschafter in Konstantinopel. Ergänzung zu Nr. 13985.

Note Verbale.

Sublime Porte, le 9 mars 1907.

En vue de compléter sa communication du 4 courant relative à la majoration douanière, la Sublime Porte a l'honneur d'informer Leurs Excellences Messieurs les Ambassadeurs d'Allemagne, de Russie, d'Angleterre, de France, d'Autriche-Hongrie et le Chargé d'Affaires d'Italie que le Gouvernement Impérial a aussi décidé de réparer et d'agrandir les locaux douaniers de Bagdad. Outre les deux nouveaux élévateurs qui doivent y être installés une échelle y sera établie permettant l'embarquement et le débarquement des marchandises à trois bateaux à la fois. || Les Autorités locales sont déjà chargées d'expédier à la Capitale les projets et devis y relatifs, et aussitôt que ceux-ci seront reçus la Direction Générale des Contributions Indirectes fera le nécessaire pour terminer les travaux dont il s'agit dans le délai le plus court.

Nr. 13988. **DEUTSCHES REICH.** Der Delegierte bei der mazedonischen Finanzkommission an das Auswärtige Amt. Mazedonische Finanzen für das Jahr 1322.

Salonik, den 18. März 1907.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich eine Zusammenstellung der budgetmäßigen Einnahmen und Ausgaben der drei Wilajets von Salonik, Kossowo und Monastir im türkischen Finanzjahr 1322 mit nachstehendem gehorsamst zur Kenntnis zu bringen: || Die Gesamtsumme der effektiven Kasseneingänge beträgt 2 285 203 Ltq., wovon 1 780 203 Ltq. auf die Steuereingänge und 505 000 Ltq. auf die von Konstantinopel zur Deckung des Defizits erfolgten Überweisungen entfallen. Die Gesamtsumme der im Laufe des Jahres geleisteten Zahlungen beträgt 2 370 887 Ltq. Der nach Abzug der vorerwähnten Kassaeingänge verbleibende Betrag von

85 684 Ltq. wurde aus den bei der Ottomanbank disponiblen Vorschüssen von 100 000 Ltq. gedeckt. ‖ Was die zu Ende des Jahres ungedeckten Fälligkeiten betrifft, so schuldet die militärische Verwaltung an Lieferanten 134 722 Ltq. und an rückständigen Gehältern und Löhnungen (Dezember, Januar und Februar) 118 000 Ltq., zusammen den Betrag von 252 722 Ltq. ‖ Von dieser Summe wird, zufolge einer vom Generalinspektor in der Finanzkommission abgegebenen Erklärung, der Teilbetrag von 54 606 Ltq. direkt von Konstantinopel gezahlt werden, nämlich für solche Ausgaben, die in den Budgets für das Jahr 1322 nicht vorgesehen sind. Der Restbetrag von 198 116 Ltq., welcher zur Deckung der budgetmäßigen Ausgaben erforderlich ist, belastet die Budgets der drei Wilajets. Zu diesem Betrage von . . . . 198 116 Ltq.
kommt hinzu an Fälligkeiten der Zivilverwaltung für die Monate Januar und Februar (Gendarmerie eingeschlossen) der Betrag von rund . . . . 70 000 „
sowie zur Überweisung der Beträge, die budgetmäßig von den Einnahmen an den Fonds für öffentliche Arbeiten abzugeben sind, der Betrag von rund . . . . 15 000 „
Summe . . . 283 116 Ltq.

Der Gesamtbetrag der ungedeckten Fälligkeiten vermindert sich aber auf 223 116 Ltq., da ein Betrag von 60 000 Ltq. zwar erst nach dem 28. Februar/13. März d. J., somit nach Schluß des türkischen Finanzjahres 1322, von Konstantinopel hier eingetroffen ist, jedoch ausdrücklich die Bestimmung hat, zur teilweisen Deckung der Februarfälligkeiten verwendet zu werden. Tatsächlich hat der Generalinspektor den Auftrag erteilt, mit diesem Betrage und dem vorerwähnten bei der Ottomanbank disponiblen Vorschußreste von 14 316 Ltq. die Polizei- und Gendarmerielöhne für den Monat Februar, die Gehälter der sonstigen Zivilverwaltung für den Monat Januar und die militärischen Gehälter und Löhnungen für den Monat Dezember zu zahlen. Während somit das Polizei- und Gendarmeriebudget des Jahres 1322 geregelt ist, bleiben außer den Forderungen der Heereslieferanten noch zwei Monatslöhnungen der Truppen und ein Monatsgehalt eines Teiles der Zivilbeamten ungedeckt. Da naturgemäß nicht alle Fälligkeiten des Monats Februar am letzten Monatstage, an dem das betreffende Finanzjahr schließt, gezahlt werden können, ist in den im Jahre 1322 erfolgten Zahlungen ein Betrag von 142 000 Ltq. zur Deckung von Fälligkeiten aus dem Jahre 1321 einbegriffen. Wenn annähernd gleich hohe Fälligkeiten des Jahres 1322 im Wege der Übertragung auf das Finanzjahr 1323 überwiesen werden, schließt das Finanzjahr 1322 mit einem ungedeckten Fehlbetrage von

81 116 Ltq. und dem bei der Ottomanbank vollständig zu rekonstruierenden Vorschusse von 100 000 Ltq. || Trotzdem die aus Konstantinopel geleisteten Zuschüsse nur den Betrag von etwas über 500 000 Ltq. erreichten, hat sich das Defizit unter dem des Vorjahres gehalten. Es ist dies der erheblichen Steigerung der Steuereingänge zu danken, die ein Mehr von 197 153 Ltq. gegenüber denen des Finanzjahres 1321 aufzuweisen hatten. Immerhin ist die Notwendigkeit einer baldigen Regelung der Zollerhöhungsfrage dringender denn je.

gez. Griesinger.

Nr. 13989. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Gemeinsame Formel der Mächte über die Zollerhöhung.

Pera, den 10. April 1907.

In der heutigen Botschafterkonferenz einigten wir uns anläßlich des neuesten englischen Vorschlags bezüglich der Rechte der andren in Konstantinopel diplomatisch vertretenen Staaten auf Zustimmung zu der dreiprozentigen Zollerhöhung über folgende Formel: || Les arrangements qui précèdent et qui tiennent le Gouvernement Impérial Ottoman aux puissances qui les signent ne sauraient en aucun cas dispenser la Porte Ottoman de demander l'assentiment des autres Puissances à la majoration, avant que cette majoration ne soit mise en vigueur.

gez. Marschall.

Nr. 13990. **DEUTSCHES REICH.** Der Botschafter in Konstantinopel an das Auswärtige Amt. Endgültige Einigung der Mächte mit der Pforte in der Zollangelegenheit.

Pera, den 20. April 1907.

In der Frage der 3 prozentigen Zollerhöhung wurde auf der heutigen Botschafterkonferenz eine Einigung erzielt. In dem von den Botschaftern und Tewfik Pascha zu zeichnenden Protokoll wird der bereits gemeldete Passus über die Wahrung der Rechte anderer Staaten eingeschoben. Am Schlusse wird dann gesagt: „Le présent accord entrera en vigueur deux mois après sa signature toutefois sous cette réserve que la surtaxe de 3 pour cent ne pourra être perçue qu'après que les Parlaments dont l'intervention est nécessaire auraient donné leur adhésion“. Dazu kommt noch unsere Reserve bezüglich unseres Spezialabkommens, für die ich

folgende Form vorschlage: „L'article I du procès-verbal de signature du traité de commerce conclu entre l'Allemagne et la Turquie le 26 avril 1890 portant que jusqu'à la date à laquelle le dit traité entrera en vigueur conformément à son article XXV le régime actuel sera maintenu l'ambassade d'Allemagne se réserve de conclure avec la Sublime Porte une convention spéciale pour modifier cet article. Ce n'est qu'après la ratification de cette convention que la surtaxe de 3 pour cent pourrait entrer en vigueur.“ || Da bei den englisch-türkischen Verhandlungen über die Dienstzeit auf der Douane sich die Berechnung nach Sonnenaufgang und -untergang als unpraktisch herausgestellt hat, besagt das neue von uns genehmigte Zollreglement: „L'horaire pour la vérification des marchandises dans les bureaux de douane ottomans est fixé: du 1 avril jusqu'à la fin d'août de deux heures et demie à dix heures et demie; en septembre de trois heures à onze heures; en octobre de trois heures et demie à onze heures, du 1 novembre jusqu'à la fin de janvier de quatre heures à onze heures, en février de trois heures et demie à onze heures; et en mars de trois heures à dix heures et demie à la turque.“

gez. Marschall.

Nr. 13991. **DEUTSCHES REICH.** Das Auswärtige Amt an den Botschafter in Konstantinopel. Zustimmung zum Vorigen.

Mit vorgeschlagenen Zusätzen im allgemeinen Protokoll einverstanden. || Bitte Zeichnungsexemplare des gemeinsamen Protokolls und des Sonderabkommens sofort einzureichen.

gez. Körner.

Nr. 13991. **TÜRKEI und GROSZMÄCHTE.** Gemeinsames Protokoll über die Zollverhandlungen.

Konstantinopel, den 25. April 1907.

Le Gouvernement Impérial Ottoman ayant manifesté le désir que les droits de douane perçus à l'entrée sur le territoire ottoman et fixés uniformément à 8 pour cent ad valorem soient portés à 11 pour cent et les Gouvernements d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, de France, de la Grande-Bretagne, d'Italie et de Russie ayant d'autre part le désir d'assurer des ressources correspondantes aux besoins financiers des trois vilayets de Roumélie, ont examiné les conditions auxquelles devrait être

subordonnée cette augmentation du tarif douanier actuellement en vigueur et l'accord s'étant établi entre eux sur ces conditions, ont convenu ce qui suit avec le Gouvernement Impérial Ottoman: || I. Toutes les marchandises importées, par voie de terre ou par voie de mer, dans l'Empire Ottoman et actuellement soumises à la taxe de 8 pour cent ad valorem, acquitteront, à partir de la mise en vigueur du présent accord et pendant une durée de sept années un droit de 11 pour cent ad valorem. || II. La loi des mines, la loi sur les analyses en douane ainsi que le règlement sur l'emmagasinage du pétrole et l'amélioration du service des douanes seront appliqués aux intérêts existants de même qu'aux intérêts qui se créeront dans l'avenir, conformément aux textes modifiés de ces lois et règlements qui ont été communiqués officiellement aux Ambassades par le Gouvernement Ottoman. || III. Le Gouvernement Ottoman affectera une somme de 100.000 livres turques à la construction et à l'amélioration des locaux des douanes. || IV. Les droits de hamalage seront dorénavant perçus dans les ports ottomans suivants les nouveaux tarifs communiqués aux Ambassades par le Gouvernement Ottoman. || V. Les Gouvernements qui consentent à la surtaxe de leurs produits, subordonnent le maintien de ce consentement pour la période précitée à la stricte et complète exécution par le Gouvernement Impérial Ottoman des engagements assumés par lui et se réservent en cas contraire d'en délibérer à nouveau. || VI. La part qui en vertu des lois existantes restera à la disposition du Gouvernement Impérial Ottoman sur les sommes encaissées du chef de la majoration douanière sera exclusivement consacrée aux besoins financiers des trois vilayets de Roumélie. || Conformément à l'engagement pris par le conseil d'administration de la Dette Publique Ottomane par lettre du 4/17 décembre 1906 adressée au Commissaire Impérial près la Dette Publique, les sommes dont il est question au paragraphe précédent, seront versées annuellement au crédit du budget des trois vilayets de Roumélie par l'administration de la dette publique ottomane. || La perception et le payement de ces sommes seront faits conformément aux accords intervenus entre la Sublime Porte et l'Administration de la Dette Publique. || VII. Conformément à l'engagement pris par la même lettre du 4/17 décembre, l'administration de la dette publique ottomane couvrira annuellement le déficit éventuel du budget des trois vilayets de Roumélie jusqu'à concurrence de 250.000 livres turques. || VIII. Le Gouvernement Impérial Ottoman étant résolu d'observer la totalité des prescriptions du réglement fixant les attributions de la Commission financière, il est bien entendu que dans le cas où la dite commission agissant en vertu des dispositions de l'article VI du règle-

ment précité, aura à rectifier dans les chapitres des recettes et des dépenses les dispositions qui ne seraient pas conformés aux lois existantes ou ne répondraient pas aux besoins économiques et financiers du pays ou que, à raison de l'insuffisance du dit budget relativement au prévisions voulues pour le besoin de l'administration civile, y compris la gendarmerie et la police, elle y apportera les rectifications nécessaires, la Sublime Porte se conformera entièrement aux rectifications introduites par la Commission. || IX. Il est de même bien entendu que, dans le cas où du fait des mesures prises sans l'assentiment de la Commission financière par le Gouvernement Impérial Ottoman, les dépenses des trois vilayets de Roumélie viendraient à être augmentées et par suite les revenus affectés à leur budget se trouveraient insuffisants pour combler le nouveau déficit ainsi créé, le Gouvernement Impérial Ottoman, conformément aux dispositions de l'article 2 de la note collective qui lui a été adressée par les Représentants des six Puissances le 28 mai 1906, sera obligé de fournir des garanties supplémentaires pour assurer l'accomplissement de l'engagement contenu dans l'article XII du règlement intervenu entre lui et la Banque Impériale ottomane. || X. Le Gouvernement Impérial Ottoman s'engage formellement à ne point frapper les opérations douanières de nouvelles taxes incertaines et imprévues sous la forme de droit de timbre ou de toute autre manière. || XI. Le Gouvernement Impérial Ottoman s'engage formellement à prendre et à faire appliquer les mesures nécessaires pour l'exécution de ses engagements antérieurs relativement au port d'armes, au recrutement et à l'armement de la gendarmerie dans les trois vilayets de Roumélie, pour l'application de l'article 61 du règlement qui consacre l'intervention de la gendarmerie en cas de délits et de crimes et notamment pour que les autorités civiles et militaires prêtent leur concours aux officiers de gendarmerie afin d'assurer la stricte application des articles 61 et suivants du règlement de cette arme. || XII. Le Gouvernement Impérial Ottoman s'engage à former le contingent intégral des recrues pour la gendarmerie et à compléter, en cas de nécessité, le dit contingent par des hommes pris parmi les soldats de l'armée régulière, en pleine conformité des demandes présentées par le général réorganisateur. || XIII. Les arrangements qui précèdent et qui lient le Gouvernement Impérial Ottoman aux Puissances qui les signent ne sauraient dans aucun cas dispenser la Sublime Porte de demander l'assentiment des autres Puissances à la majoration des droits qui fait l'objet du présent acte. || XIV. Le présent accord entrera en vigueur deux mois après sa signature, toutefois sous cette réserve que la surtaxe de 3 pour cent ne pourra être perçue qu'après que les Parlements dont l'intervention est nécessaire

auront donné leur adhésion. || XV. L'article I du procès-verbal de signature du traité de commerce conclu entre l'Allemagne et la Turquie le 26 août 1890 portant que „jusqu'à la date à laquelle le dit traité entrera en vigueur conformément à son article XXV le régime actuel sera maintenu", l'Ambassadeur d'Allemagne se réserve de conclure avec la Sublime Porte une convention spéciale pour modifier cet article. La surtaxe de 3 pour cent ne pourra être perçue qu'après la ratification de cette convention. || Fait en double original.

sig. Tewfeik. Marschall. Pallavicini.
Constans. O'Connor. Zinoview. Sforza.

Grenzstreit zwischen Ägypten und der Pforte über Taba 1906.

Nr. 13993. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Schildert die Entstehung des Streites und seine Hauptphasen bis zur Gegenwart.

Constantinople, May 3, 1906. (May 14.)*)

Sir || The presentation under your instructions of a note to the Sublime Porte, requiring the Imperial Ottoman Government to comply within ten days with the demands of His Majesty's Government for the evacuation of Taba by the Turkish troops and the delimitation of the Turco-Egyptian frontier, denotes that the question has now reached an acute stage in which there is danger that the matter may pass out of the sphere of diplomatic negotiations. || At the present juncture I think it would be well that I should endeavour to recapitulate, as briefly as possible, the main phases through which this question has passed from its origin early in January to the breakdowm of the negotiations at Cairo between the Egyptian Government and the Imperial Ottoman Government, owing to the uncompromising attitude adopted by the latter towards proposals of the Khedive for an amicable settlement. || The attention of His Majesty's Embassy was first drawn officially to the question by a message I received on the 12th January from the Sultan, complaining that an English officer, Bramly Bey, in command of a force of Egyptian troops, had pitched his camp at a place close to Akaba, on the Gaza Road, and had announced his intention of erecting a guard-house there as well as at other points within Turkish territory, and His Imperial Majesty begged that I would take steps to insure the withdrawal of this force from the position which it had occupied beyond the limits of Egyptian territory. || The action of the Ottoman Government was undoubtedly due to the exaggerated reports received from Egypt and

*) Die eingeklammerten Daten geben das Datum der Ankunft an. Red.

from the Turkish Commandant at Akaba, which represented the dispatch of Bramly Bey with a few soldiers to inspect and occupy some of the positions on the Egyptian side of the Akaba-El Rafeh frontier, as an encroachment on Turkish territory, although I frequently explained to the Porte that the object of this mission was to discuss in a friendly manner with the local Turkish authorities the exact position of certain places on the boundary which had never been accurately defined. || A similar complaint was addressed by the Grand Vizier to the Government of the Khedive with a request for explanations. To this message the Khedive replied, denying that there had been any trespass on Ottoman territory, and urging that a Turkish Commissioner should be appointed to discuss the question of a proper delimitation of the Turco-Egyptian frontier, and endeavour to settle the matter with a Delegate named by the Egyptian Government. || The Ottoman Government rejected this proposal, and the Grand Vizier replied to the Khedive that the Sublime Porte would not name a Delegate, as there was no question of frontier involved, but merely an encroachment on Ottoman territory, which could not be tolerated. || The arrival of an Egyptian gun-boat at Taba, in the Gulf of Akaba, where she discharged some tents for the use of the Egyptian troops in the neighbouring frontier posts, led to a fresh complaint from the Porte to this Embassy, and to the dispatch of several telegrams to His Highness the Khedive, demanding that Egypt should desist from constructing posts, and should withdraw the ship and her soldiers. Besides the peremptory and even minatory tone of these messages, they were important in that they contained the assertion that the neighbourhood of Akaba was under the direct authority of Turkey and was not included in „privileged" Egyptian territory, and the statement was reported that, as Egypt was itself an integral part of Turkey, there was no necessity to appoint a frontier Commission. This assertion appeared to indicate the intention of the Ottoman Government to disregard the provisions of the Grand Vizier's telegram of the 8th April 1892, by which the administration of the Sinai Peninsula was confided to Egypt. || A message, however, which I received from the Sultan did not raise these points, but merely suggested that the moment was unfavourable for the discussion of the Turco-Egyptian frontier, and expressed the opinion that it would be advisable to leave matters *in statu quo*. His Imperial Majesty disclaimed all agressive designs, and recommended the friendly discussion of any specific ground of complaint on either side. || At an interview with the Minister for Foreign Affairs on the 28th January I took exception to the unbecoming and minatory tone of

the communication recently addressed to the Khedive by the Grand Vizier; and as I had just received news from Cairo of the action of the Turkish troops in preventing the Egyptian coastguard cruiser from landing men at Taba and in threatening to fire on them, I made very strong representations to the Minister for Foreign Affairs, and asked that orders be at once sent to the Commandant of the Turkish troops at Akaba to abstain from all interference with the Egyptian posts. || Tewfik Pasha said that he would lay the matter before the Council of Ministers, and that he hoped the affair would be amicably and satisfactorily settled. || On two occasions during the last days of January the question was broached at the Foreign Office by the Turkish Ambassador, who asked for the recall of the ship and the troops sent under Colonel Bramly Bey to a place near Akaba, and insisted on the objection of the Ottoman Government to any demarcation of frontier between Egypt and other parts of the Ottoman Empire on the same grounds as those advanced by the Grand Vizier. Musurus Pasha was referred to the telegram of April 1892 addressed by the Grand Vizier to the Khedive, maintaining the *status quo* in the Sinai Peninsula, and to the negotiations preceding the dispatch of that telegram, whereby it was agreed that the Government of Egypt should continue to be intrusted with the exclusive administration of that peninsula up to a line drawn from El Arish to Akaba. It was essential that that boundary should be strictly defined, and His Majesty's Government trusted that the Ottoman Government would agree to the immediate appointment of a Joint Commission to undertake its demarcation—a measure which recent events had proved to be urgently required. || In the meantime the Report of the Officer Commanding the Egyptian troops near Akaba had confirmed the continued occupation of Taba by the Turkish troops, and contradicted a statement made to me some days previously by the Minister for Foreign Affairs that an amicable arrangement had been arrived at between the British Officer Commanding the Egyptian troops and the Turkish Commandant at Akaba. Musurus Pasha, in a communication made to you on the 9th February, had even gone further than Tewfik Pasha, and had maintained that the Egyptian officers had recognized the right of the Imperial troops to occupy Taba. When calling the Minister for Foreign Affairs' attention to this erroneous statement of the Turkish Ambassador, I again insisted on the immediate necessity of the Ottoman troops being withdrawn from Taba, which was indisputably within Egyptian territory, and pointed out that their withdrawal was now a more immediately pressing measure than even the delimitation of the frontier.

The Grand Vizier, to whom I showed a copy of the map indicating the respective positions of Taba and Akaba, contented himself by maintaining the distinction between the „privileged“ territory of Egypt and the Sinai Peninsula. || About this time news arrived that the Turkish troops had occupied other places presumed to be in Egyptian territory, and, upon hearing that the Commandant at Akaba had also demanded the withdrawal of the Egyptian troops from Faroun Island, I ventured to suggest the immediate dispatch of a British ship of war to that locality. His Majesty's ship „Diana“ was ordered to proceed to the Gulf of Akaba without delay, and no further mention was made, either here or at Cairo, of the right of the Egyptian troops to remain at Faroun. || On sending to the Palace to ascertain the result of the Military Council which was held on the 14th February, I found the Sultan in a most uncompromising mood. His Imperial Majesty contended that the places occupied by his troops were not within the territory administered by Egypt in virtue of the Firmans, and that he regretted that the question of delimitation had ever been raised. He also denied that any aggression had been committed by his troops. || I was at first at a loss to understand the reason of the Sultan's attitude, but I subsequently discovered that it was due to some confused impression that the Agreement in regard to the Sinaitic Pininsula of the 8th April, 1892, had been limited by a previous Arrangement whereby the administrative boundary between Turkey and Egypt was to run in a straight line from Ras Mohammed to El Arish. This view was, as Lord Cromer at once pointed out, entirely erroneous and inadmissible, as the telegram of the 8th April, 1892, had superseded all previous arrangements and negotiations. || On the 17th February I received a conciliatory message from the Sultan, in which he stated that Moukhtar Pasha had declared Taba to be a dependency of Akaba, and the Turkish Commandant of the latter place had reported that Taba, as well as the other places whose occupation we had complained of, were within the Ottoman boundary; but as it was possible that they might be mistaken on this point, His Imperial Majesty proposed to send a Commission composed of Ottoman officials to make inquiries on the spot, and if the result of their investigation were to establish the fact that the places occupied by the Turkish troops were included in the territory under the administration of Egypt, orders would be given for them to be evacuated. || I sent a reply to this message to the effect that if the Ottoman troops were previously withdrawn from the places which we maintained were exclusively under Egyptian administration, and provided that the Egyptian Government were also re-

presented on the proposed Commission, I would recommend to His Majesty's Government that, pending the result of the inquiry, the places should not be occupied by Egyptian troops. || On the 19th February I was informed by the Minister for Foreign Affairs that the Sultan had sent telegraphic orders to Moukhtar Pasha to proceed from Cairo to Akaba to inquire into the boundary question. I demurred to the selection of this officer, and pointed out that the Commission must be a mixed one and the inquiry bilateral. Tewfik Pasha said he presumed that this would be the case, though he admitted that nothing had been said in this sense at the Palace. He added that orders had been sent to Akaba that the Egyptian troops on the Island of Faroun were not to be interfered with, and asked the reasons for the presence of His Majesty's ship „Diana" in the Gulf. I replied that she had been sent there as a precautionary measure, and without hostile intention, and that there were no reasons for her withdrawal. || Eventually the Sultan, recognizing the validity of our objections to the appointment of Moukhtar Pasha, sent me a further message to say that he did not question the Arrangement of the 8th April, 1892, and that two officers from Constantinople would be sent as Joint Commissioners, and that the matter would be discussed at a Council of Ministers which was to be held at once at the Palace. I expressed satisfaction at these assurances, but again insisted on the withdrawal of the Turkish troops from the places in dispute as a necessary preliminary to the inquiry. || Two Staff Officers, appointed to act as Imperial Delegates on the Boundary Commission, left Constantinople for Alexandria on the 20th February. On arrival at Cairo they lodged in Moukhtar Pasha's house, and held no communication with any member of the Egyptian Government, or with His Majesty's Agent and Consul-General. || Acting on your instructions, I made representations to the Grand Vizier, urging that the Turkish officers should be authorized to negotiate at once with the Egyptian Government. His Highness, however, disclaimed knowledge of the instructions given by the Palace to the Turkish Commissioners, and remarked that no complaint had been received from the Egyptian Government. || On the 2nd March I had a lengthy audience of the Sultan, in which I raised the question of the Turco-Egyptian frontier. I pressed His Majesty to authorize the Turkish Commissioners to place themselves in communication with the Khedivial authorities, and to give orders for the withdrawal of the Ottoman troops from the points occupied in the Sinai Peninsula as a condition preliminary to the inquiry, in which both sides must participate. I laid stress on the official character of the telegram of the 8th April, 1892, as being a supplement

to the Firman of Investiture of the present Khedive, and I produced a map to show that the places occupied by the Turkish troops were unquestionably on the Egyptian side of the boundary. || Beyond the fact that the Sultan repeatedly maintained that he had no intention of questioning the telegram of the 8th April, 1892, or the other Firmans and Conventions with Egypt, his reply to my representations was extremely unsatisfactory, as His Majesty maintained that he could come to no decision as to the withdrawal of his forces from the places in dispute until he had received the Report of his Delegates on the spot. He begged that I would not press this point, but allow the negotiations with his Ministers to follow their natural course. || Finding that His Imperial Majesty seemed to consider that our action on the Turco-Egyptian frontier harboured some aggressive design upon Akaba, which, owing to its proximity to the Holy Places of Islam, and the projected construction of a branch line of the railway to connect with the Hedjaz Pilgrim line was a position of vital importance, I was at pains to give such assurances as would dispel this impression from his mind. || On the 4th March the two Turkish Commissioners left Cairo for Beyrout, whence they were to proceed to Akaba, and although the circumstances of their visit and their sudden departure were not calculated to inspire confidence in the loyalty of the assurances given to His Majesty's Embassy, time was allowed for them to reach Akaba. When, however, no proposals for a joint delimitation followed, the conclusion was forced upon our minds that the Ottoman Government were abusing the patience of His Majesty's Government and trifling with the question at issue. || In the meantime, confirmation was received at Cairo of the continued occupation of Taba, El Gattar, and Marashesh by the Turks, and information began to reach this Embassy of the dispatch of troops from Damascus and other towns in Syria to reinforce those posted on the Egyptian frontier. || Several further interviews which I had with the Grand Vizier and the Minister for Foreign Affairs were without result, and it was becoming evident that we were nearing the time when further representations would be useless and the resources of diplomacy exhausted.

On the 21st March the Turkish Ambassador in London made a communication to you of a very unsatisfactory character, to the effect that the Ottoman Government held that it was unnecessary to send officials from Egypt to inquire into the Akaba frontier question, that Taba was a dependency of Akaba, and that therefore no objection could be taken to the presence there of a Turkish force. Upon this you instructed me to make strong representations to the Ottoman Government

demanding the evacuation of Taba and the other posts in the Sinai Peninsula, and to give the Sublime Porte to understand that the unfavourable impression created by the last message had made it necessary for His Majesty's Government to consider what measures they would adopt if the Imperial Government maintained their present attitude. || For some days I received no answer to the representations which I at once made to the Sublime Porte on the receipt of the foregoing instructions, but on the 26th March the Grand Vizier informed me that the Ottoman Commissioners had only reached Akaba five days before, and that their Report was daily expected. || Further delay in replying to our demands occurred owing to the interruption of the telegraphic service, and I somewhat reluctantly agreed to await for a few days more the result of the meeting of the Council of Ministers convoked at the Palace to discuss the Report of the Ottoman Commissioners. || The Report was received on the 2nd April. I gathered that from our point of view it was eminently unsatisfactory, and I found myself obliged to warn the Ottoman Government that, unless our demands were complied with, I should be compelled to report to you that it was mere waste of time to endeavour to arrive here at a settlement by diplomatic means. || Id did not conceal from you at this stage the conclusion, to which I had been reluctantly driven by the tergiversations and procrastination of the Ottoman Government throughout the whole duration of the negotiations, that nothing short of measures which would convince the Porte of His Majesty's Government's resolute intention to have recourse, if necessary, to force would enable us to settle this question in a satisfactory manner. || The Ottoman Government meantime, in their anxiety to avoid the pressure which was being put upon them here, changed their tactics, and decided to refer the Report of the Turkish Commissioners to Moukhtar Pasha, with instructions that he should discuss the matter with the Khedive, His Majesty's Government did not object to this procedure on the understanding that Moukhtar Pasha's appointment as Imperial Commissioner to discuss this question with the Egyptian Government were officially notified to the Khedive. This was done, and in the negotiations which ensued Moukhtar Pasha put forward pretensions as to the boundaries of the Sinai Peninsula and the interpretation of the Vizirial telegram of the 8th April, 1892, which were found absolutely inadmissible. According to the Ottoman Government's claim, the Peninsula of Sinai consisted only of the territory lying south of a line drawn directly from Akaba to Suez, and the boundaries between Egypt and Turkey were lines drawn from Rafeh to Suez, and from Suez to Akaba. A com-

promise was hinted at by Moukhtar Pasha, by whose orders it is not clear, of a frontier from Ras Mohammed to El Arish. || After consultation with the Earl of Cromer, His Highness the Khedive addressed a reply to the Grand Vizier, pointing out that the Egyptian Government took its stand upon the Vizirial telegram of the 8th April, 1892, as forming part of the Firmans regulating the relations between Egypt and Turkey, and could only admit the interpretation given to that telegram in the letter addressed by the British Consul-General to the Egyptian Minister for Foreign Affairs on the 13th April, 1892. The message suggested as a basis for a solution the resurvey of the frontier line between Rafeh and Akaba, with a view to deciding any doubts wich might exist as to the relative position of certain places near that line, and the reversion to the *status quo* previous to the recent occupation of Taba by the Imperial troops. || The Grand Vizier replied to the Khedive's message on or about the 22nd April in a communication wich practically asserted the claim of the Sultan to interpret the Vizirial telegram of the 8th April, 1892, in the manner he pleased, and maintained that the Gulf of Akaba and all but the „western side“ of the Sinai Peninsula were excluded from the territory defined by the Imperial Firman. || The message was of such a character as to preclude any reply being sent by the Khedivial Government, or, indeed, any possiblity of the continuance of negotiations at Cairo. || There was no longer any doubt that the Ottoman Government were trifling both with His Majesty's Government and the Government of the Khedive, and it was evident that the question could only be settled by direct pressure at Constantinople. || A few days, however, were allowed to elapse during which earnest endeavours were made by me both at the Palace and at the Porte in the faint hope of persuading the Imperial Government even at the eleventh hour to agree to the reasonable demands of His Majesty's Government. These representations were attended with no results, and the patience of His Majesty's Government being exhausted, I received on the 30th April your instructions to address an official note to the Minister for Foreign Affairs, informing the Ottoman Government that ten days would be given them to comply with our demands, failing which the situation would become grave.

I have &c.

(Signed) N. R. O'Conor.

Nr. 13994. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. Beschwerde wegen Besetzung Tabas.

Constantinople, May 3, 1906.

M. le Ministre. || Your Excellency is doubtless aware that by its *note verbale* of the 13th April, 1892, the Imperial Ministry for Foreign Affairs was good enough to transmit to this Embassy a copy of the Firman of Investiture granted on the 27th Shaaban, 1309, to His Highness Abbas Hilmi Pasha, Khedive of Egypt, together with a copy of the telegram addressed on the 26th March, 1308 (the 8th April, 1892), by Jevad Pasha, then Grand Vizier, to His Highness on the subject of the Sinaitic Peninsula. In virtue of these instruments that peninsula is to be administered by the Khedivate in the same manner as it was administered by Abbas Hilmi Pasha's predecessors, Tewfik Pasha and Ismail Pasha. || Notwithstanding this provision, the Imperial Government has occupied Taba with a military force, which it refuses to withdraw, though repeatedly requested to do so, and though Taba is indubitably situated within the territory the administration of which is vested in His Highness the Khedive. || Both the substance and tone of the Grand Vizier's communication to the Khedive have made further negotiations at Cairo impossible. The contentions as to the frontier put forward in the Grand Vizier's reply are quite inadmissible; if admitted, they would seriously prejudice the position as regards the Suez Canal and Egypt. Negotiations have now been prolonged over several weeks not only without progress, buth with increasing claims on the part of the Porte, to the prejudice of the administrative frontier of Egypt. || The Imperial Government is well aware that His Majesty's Government cannot remain indifferent in presence of any act tending to circumscribe the territories of Egypt, nor view without concern any violation or infringement of the rights of His Highness the Khedive as defined and established in the Acts and Treaties now in force. || I have consequently the honour to inform your Excellency that I have received from His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs instructions to request that Ottoman Government will agree to the demarcation of the line from Rafeh to the head of the Gulf of Akaba on the basis of the aforesaid telegram of the 8th April, 1892, and that, pending such demarcation, Taba shall be evacuated. || Further delay must increase the difficulties of the situation, and I am therefore to add that if this request should not

have been complied with within a period of ten days, the position will become grave.

I avail, &c.
(Signed) N. R. O'Conor.

Nr. 13995. TÜRKEI. Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter. Die Besetzung Tabas hat nur prinzipielle Bedeutung.

Sublime Porte, le 11 Mai, 1906.

M. l'Ambassadeur, || J'ai eu l'honneur de recevoir la note que votre Excellence a bien voulu m'adresser le 3 Mai relativement à l'occupation de Taba. || Je tiens tout d'abord à déclarer que, si le Gouvernement Impérial a envoyé des troupes dans ces parages, c'était uniquement pour y maintenir le *statu quo* et sauvegarder les droits souverains de l'Empire, en y empêchant la construction de corps de garde et autres édifices par les autorités Égyptiennes, comme le bruit en avait couru. || Mais du moment que des assurances formelles lui sont données qu'aucune pareille intention ne subsiste, le Gouvernement Impérial a décidé de faire rentrer ces troupes dans leurs anciens cantonnements. || Aussi, des communications ont-elles été faites à Son Altesse le Khédive afin que les autorités Égyptiennes aient à s'entendre avec le Commandant et les deux officiers d'État-Major se trouvant sur les lieux pour remettre les choses en leur ancien état, et aviser d'un commun accord aux moyens d'assurer le maintien stricte du *statu quo*.

Veuillez, &c.
(Signé) Tewfik.

Nr. 13996. GROSZBRITANNIEN. Der Botschafter in Konstantinopel an den türk. Minister des Auswärtigen. Verlangt Neuabsteckung der Grenze. Ernste Mahnung.

Constantinople, May 12, 1906.

M. le Ministre, || I have the honour to acknowledge receipt of the note of yesterday's date which your Excellency has been good enough to address to me on the subject of the occupation of Taba. || In reply, I have to express my regret that the Imperial Government should in this official communication ignore the provisions of the telegram addressed on the 8th April, 1892, by the Grand Vizier to the Khedive, in virtue of which the administration of the Sinaitic Peninsula is confided

to His Highness the Khedive, or should question His Highness' right to occupy a place in the Peninsula, within wich Taba is indisputably situated. || The wording of your Excellency's note, and the occurrence of incidents of this nature, to which His Majesty's Government cannot be indifferent, render more than ever necessary the formal delimitation of the boundary of the Peninsula, based on a line running from Rafeh approximately straight in a south-easterly direction to the head of the Gulf of Akaba; a definite assurance is therefore required from the Imperial Governments that this boundary line will be surveyed and fixed by a Joint Commission appointed by the Imperial Government and His Highness the Khedive of Egypt, and marked upon a map prepared by the Joint Commissioners. || It must be evident to your Excellency that any vagueness of expression at the present moment in regard to the serious difficulty which has unfortunately arisen in regard to Taba would only perpetuate friction and give rise to dangerous complications between His Majesty's Government and the Imperial Ottoman Government, with whom they are desirous of maintaining friendly relations, and that it is imperative, in the interests of the preservation of these good relations that the Imperial Government should before the expiration of the delay notified to your Excellency in my note of the 3rd instant, agree definitely to comply with the demands formulated in my above-mentioned note, and categorically stated in this present communication.

I avail, &c.

(Signed) N. R. O'Conor.

Nr. 13997. **TÜRKEI.** Der Minister des Auswärtigen an den englischen Botschafter. Verspricht die Räumung.

Le 14 Mai, 1906.

M. l'Ambassadeur. || J'ai eu l'honneur de recevoir la note que votre Excellence a bien voulu m'écrire le 12 de ce mois concernant l'occupation de Taba. || Permettez-moi de vous faire observer qu'il n'est jamais entré dans la pensée du Gouvernement Impérial de méconnaître le contenu du télégramme du 8 Avril de feu Djevad Pasha à Son Altesse le Khédive. Du reste, la communication que j'ai eu l'honneur d'adresser à votre Excellence le 11 de ce mois était tout à fait explicite. || L'évacuation de Taba a été décidée et les ordres ont été déjà donnés en conséquence. || Il est entendu que les officiers d'État-Major se trouvant à Akaba et les fonctionnaires qui seront envoyés par Son Altesse le Khédive se réuni-

ront pour effectuer sur les lieux et d'après les données topographiques, une enquête technique pour la désignation sur une carte des points de nature à assurer le maintien sur la base du télégramme précité de Djevad Pasha du *statu quo* dans la Presqu'île de Sinaï et pour tracer la ligne de démarcation à partir de Rafeh, près d'El Arich, et allant vers le sud-est en une ligne approximativement directe jusqu'à un point sur le Golfe d'Akaba à une distance d'au moins 3 milles d'Akaba. || Les vues exprimées dans la communication précitée de votre Excellence se trouvent ainsi pleinement réalisées. || En priant votre Excellence de vouloir bien communiquer ce qui précède à Londres, nous espérons que le Gouvernement de Sa Majesté le Roi y verra une nouvelle preuve de notre vif désir de maintenir toujours nos relations sur le pied de la plus parfaite cordialité. En nous exprimant, de son côté, sa pleine satisfaction, il nous aura témoigné lui-même du prix qu'il attache à la conservation et au raffermissement des bons rapports qui existent si heureusement entre les deux États.

Veuillez, &c.

(Signé) Tewfik.

Nr. 13998. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den Minister des Auswärtigen. Weitere Darstellung der Verhandlungen: Haltung der Botschafter.

Constantinople, May 14, 1906 (May 21.).

Sir, || The note of the 14th instant signed by the Minister for Foreign Affairs, copy of which I had the honour to inclose in my immediately preceding despatch of to-day's date, stating the Imperial Ottoman Government accept the entire demands of His Majesty's Government, and agree to evacuate Taba, to restore the *status quo ante* in the Sinai Peninsula, and to demarcate the frontier, which is to run from Rafeh in a south-easterly direction and in an approximately straight line to a point not less than 3 miles from Akaba, marks the satisfactory conclusion of the third stage of the protracted negotiations to which the Akaba incident has given rise. || In the brief historical review of this question which I had the honour to submit to you in my despatch of the 3rd instant I showed that the negotiations had up to that date been divided into two distinct phases. The first was occupied by the representations made by His Majesty's Embassy to the Sublime Porte to secure the withdrawal of the Turkish troops from Taba and the other

places occupied by them which were believed to be on Egyptian territory pending the appointment of a joint Turco-Egyptian Commission to delimitate the frontier; the second stage marks the transfer of the focus of interest from Constantinople to Cairo as the result of the decision of the Imperial Ottoman Goverment to intrust the settlement of the question to Moukhtar Pasha, who was specially instructed to enter into direct negotiations with the Egyptian Government. || I need not revert to the preposterous pretensions put forward by Moukhtar Pasha on behalf of the Imperial Government in respect of the boundaries of the Sinai Peninsula and the interpretation of the Vizirial telegram of the 8th April, 1892; it is sufficient to say that they were of such a character as to render futile all further discussion between the Government of the Khedive and the Sublime Porte, and, as a natural consequence, to retransfer the negotiations to Constantinople in a somewhat aggravated form. || During the few days which elapsed while I was obtaining your approval to the terms of the note which His Majesty's Government desired should be addressed to the Sublime Porte, I had several interviews with the Grand Vizier and the Minister for Foreign Affairs, but my efforts to arrive at a satisfactory settlement remained without effect. In the meantime, the patience of His Majesty's Government had been more seriously tried by the news which arrived from the Captain of His Majesty's ship „Minerva" that the pillars which marked the Turco-Egyptian boundary at Rafeh had been pulled down and that Turkish soldiers were encamped at some distance to the west on the Egyptian side of the frontier. || On the 2nd instant I received your telegraphic instructions, and on the following day I presented to the Minister for Foreign Affairs the note, copy of which was inclosed in my despatch of the 3rd instant, requiring full compliance with the demands of His Majesty's Government within a period of ten days. || No responsive move on the part of the Sublime Porte followed the presentation of the note, but I soon had indications that the reports which had arrived of the naval and military measures adopted by His Majesty's Government had not been without effect in Constantinople as well as in Cairo. || I began to receive private messages from the Palace with the object partly of diverting the question from the points immediately at issue, and partly no doubt in the hope of arriving at a settlement on more agreable terms than those exacted by His Majesty's Government. But I felt convinced that it was most important, for various reasons, that the negotiations should be conducted strictly through the proper official channel. I did not hesitate to brush aside these o ertures, and I need not dwell upon them further, beyond re-

marking that they were principally concerned with the prestige of the Khalifate and the security of the Holy Places, issues which in some degree were no doubt affected by the conflict which the Ottoman Government had so wantonly provoked. When, however, these messages were followed at a later stage by a request from the same quarter for a fresh recognition by His Majesty's Government of the Sultan's sovereigny over Egypt, I replied that the moment was exceedingly ill chosen for asking His Majesty's Government to make any such declaration, but still I did not depart from the attitude of forbearance which His Majesty's Government had so consistently displayed throughout the negotiations, and continued to strive for an amicable and diplomatic settlement while making it clear to the Porte that we were determined to insist upon the Ottoman Government respecting the rights and privileges of the Egyptian Government as defined by Treaty. || I therefore decided to await the result of a Council of Ministers which had been summoned to discuss the question. || For some days the Porte remained silent, and I had reason to believe that during this period fresh overtures were made at Cairo with a view to inducing His Highness the Khedive to reopen direct negotiations with the Imperial Ottoman Government; but these efforts were unsuccessful, as the Government of the Khedive replied that they had nothing to add to their previous declarations. || On the 10th May I received a visit from Tewfik Pasha, who, acting under instructions from the Sultan, informed me that the *status quo ante* would be re-established in the Sinai Peninsula and the Turkish troops withdrawn from Taba. || I asked his Excellency whether this also implied the evacuation of Marashesh, El Gattar and Nakb-el-Akaba and the other places occupied by the Ottoman troops. He said that he presumed that this would be so, as his instructions were to inform me that the *status quo* would be restored, but he would make inquiries on this point and give me a definite answer later. Personally he did not believe that there were any troops in those places. || I explained to his Excellency that it was in order to be able to report to you exactly how matters stood that I had asked the question, but that I must make it clear to him that His Majesty's Government were resolved to insist that the Turco-Egyptian frontier should be demarcated in the manner laid down in the note which I had addressed to his Excellency on the 3rd May, and that the assurances which he had just given me were, in the circumstances, absolutely inadequate. I felt that the moment had now come to solemnly warn the Imperial Government of the increasing gravity of the situation, and I took the opportunity to tell the Minister for Foreign Affairs that unless a satisfactory settlement

were reached by the following Sunday it was impossible for me to say what further demands His Majesty's Government might be obliged to prefer or what consequences might ensue on the failure of the Imperial Ottoman Government to comply with our requirements. || Later on in the day I received a visit from the Grand Vizier, who made proposals of a very similar character to those of the Minister for Foreign Affairs, and I gave his Highness the same answer as I had returned to his colleague. || On the following day, the 11th instant, I received a note from the Minister for Foreign Affairs in reply to the one which I had addressed to him on the 3rd. It proved to be quite inadmissible, as it did not offer to comply with our demand for the demarcation of the frontier on the basis of a line from Rafeh to Akaba, and was, moreover, obviously designed to exclude our intervention in any arrangement which might be come to between the Egyptian and Turkish Governments. || The Grand Vizier sent word to me the same evening that the evacuation of Taba and the other places occupied by the Turkish troops had already commenced, and that he had requested the Khedive to appoint Delegates to ascertain, in concert with the Turkish Commissioners, the strict limits of the Egyptian Administration and jointly to record the result of their inquiries. || I considered that the contents of the note which I had just received from the Porte, asserting the Sultan's sovereignty and contesting the Khedive's administrative rights in the Sinai Peninsula, but avoiding to give the specific declaration which His Majesty's Government desired, was unsatisfactory, and certain to lead to fresh difficulties in proceeding with the work of demarcation. I therefore informed the Grand Vizier that I could not accept the note, and that I had your authority to say that, unless our demand were fully complied with within the period specified in my note of the 3rd May, weshould present others, and be reluctantly compelled to take our own measures to enforce them. || I was also of opinion that the communication of the Sublime Porte should not be left unanswered, and accordingly, having received your authorization to do so by telegraph, I addressed a note in reply to the Minister for Foreign Affairs, dated the 12th May, copy of which, as well as of the note from the Sublime Porte of the 11th May, was forwarded in my despatch of the 12th instant. || In this reply I expressed regret that the official communication from the Sublime Porte appeared to ignore the provisions of the Vizirial telegram of the 8th April, 1892, and the rights thereby conferred upon His Highness the Khedive. I said that a formal delimitation of the frontier based on a line running in an approximately straight line from Rafeh south-east to the head of the

Gulf of Akaba was now more imperative than ever, and I dwelt on the absolute necessity of the Imperial Ottoman Government accepting definitely before the expiry of the prescribed period the demands formulated in my note of the 3rd May. || A Council of Ministers was held at the Palace on the 13th May to discuss the whole question, and although I was able to keep in communication with them trough the Acting First Dragoman of His Majesty's Embassy, I failed to obtain satisfactory assurances that they would recommend to the Sultan that the boundary of the peninsula should be marked from Rafeh or any other fixed point on the Mediterranean coast to head of the Gulf of Akaba. || The Grand Vizier had previously informed me that the Turkish troops which had occupied Taba and all the other places in the neighbourhood had been withdrawn to Akaba, and my efforts were now concentrated on obtaining from the Ottoman Government a written declaration that the demarcation of the frontier would be on the basis of a line drawn from Rafeh to Akaba. || In the course of the 14th May I received two further notes from the Sublime Porte, but owing to their unsatisfactory character I thought it advisable and in the best interests of both countries to decline to accept the proposals they contained, and I therefore returned the notes to the Minister for Foreign Affairs. By this time I was in possession of your telegram giving an account of your conversation with the Turkish Ambassador, in the course of which you had informed his Excellency that the settlement of the question now entirely depended upon the Sublime Porte returning an official reply to my note explicitly accepting the line from Rafeh to the head of the Gulf of Akaba as the basis of a joint demarcation of the boundary, and instructing me to communicate to the Grand Vizier the statement which you had made to Musurus Pasha to the effect that His Majesty's Government were determined to put forward their whole force to uphold the British position in Egypt and their right to intervence in Egyptian affairs, but that they did not intend to make their position incompatible with the Sultan's suzerainty over the country unless His Imperial Majesty himself made it so. || Armed with these instructions, I decided to make a final effort to induce the Ottoman Government to comply with the demands of His Majesty's Government and to secure an amicable settlement of the dispute before the expiry of the period of grace, and with this end in view I called both on the Grand Vizier and the Minister for Foreign Affairs during the evening and night of the 13th, and I left with the latter a résumé in French of the observations which you had made to the Turkish Ambassador. || Finally, after a prolonged discussion, lasting late into the night, I

succeeded in clinching the negotiations, and I obtained from the Grand Vizier an engagement that I should receive before 11 A.M. of the following day a reply to my note of the 12th May which would be couched in the terms framed in my note to his Highness, and would state that the Sublime Porte did not question the telegram of the 8th April, 1892, that, with a view to securing the maintenance of the *status quo* on the basis of the aforesaid telegram, a Joint Commission would be appointed to make a topographical survey and a map, and that the boundary would run in a south-easterly direction from Rafeh and in an approximately straight line to a point not less than 3 miles from Akaba, || On the following morning, a little after the specified time, the Minister for Foreign Affairs informed me that the Imperial Iradé had been issued approving the note, and an hour later I received the document, which corresponded almost literally with the draft note I had suggested to the Grand Vizier, and gave full satisfaction to the demands of His Majesty's Government on all points. || I had the honour to inform you by telegraph of the receipt of this reply and of its contents, and you were good enough to instruct me on the same day that His Majesty's Government considered the note satisfactory, and that in acknowledging, its receipt to the Sublime Porte I was to take act to the Imperial Ottoman Government's engagements in respect to the evacuation of the places occupied by the Turkish troops in the Sinai Peninsula and the demarcation of the boundary, and to add that His Majesty's Government's acceptance of the note was conditional upon the withdrawal of the Turkish troops from Rafeh to the eastern side of the boundary pillars which had been pulled down, and which the Ottoman Government had undertaken to restore. || It is very satisfactory for me to be able to report that, during the course of these prolonged negotiations with the Porte the Representatives of all the Great Powers frequently evinced and gave proof of their good-will towards His Majesty's Government. || The French Ambassador energetically supported my representations at the Porte, and in many other ways showed his desire to be of assistance, while the Russian Ambassador, M. Zinoview, readily expressed his willingness to give me any support I might require at the Porte. || The Italian Chargé d'Affaires, acting, I believe, partly on instructions from his Government, spoke to the Grand Vizier in favour of compliance with our demands. The German Ambassador assured me he had warned the Porte that he considered they had placed themselves entirely in the wrong by the occupation of Taba; and at the Conference of the Foreign Representatives to-day in connection with the 3 per cent customs increase he warmly

and publicly congratulated me on the success of the negotiations. || The Austro-Hungarian Ambassador was absent at Broussa during the later stages of the controversy, but the Chargé d'Affaires, M. Otto, was throughout sympathetic in his remarks. || It seems, happily, almost superfluous for me to add that I experienced the most cordial good-will on the part of the United States' Minister.

I have, &c.

(Signed) N. R. O'Conor.

Nr. 13999. **GROSZBRITANNIEN.** Der Botschafter in Konstantinopel an den türkischen Minister des Auswärtigen. — Antwort auf Nr. 13997.

Constantinople, May 15, 1906.

M. le Ministre, || I lost no time in refering to my Government the note which your Excellency was so good as to address to me on the 14th instant in reply to my note of the 12th on the subject of the occupation of Taba and delimitation of the Peninsula of Sinai. || His Majesty's Government have received with pleasure your Excellency's declaration that the Sublime Porte does not question the contents of the telegram addressed by the deceased Grand Vizier, Djevad Pasha, to His Highness the Khedive on the 8th April, 1892; that the withdrawal of the Imperial troops from Taba has been decided upon; and that instructions have been sent to the Ottoman Staff Officers now at Akaba to delimit and record on a map, jointly with the officials to be appointed by His Highness the Khedive, the line of demarcation running approximately straight from Rafeh in a south-easterly direction to a point on the Gulf of Akaba not less than 3 miles from Akaba so as to insure the maintenance of the *status quo* in the Sinai Peninsula on the bases of the telegram above mentioned of the 8th April, 1892. || On behalf of His Majesty's Government I have the honour to take act of the foregoing declarations, as also of the declaration of his Highness the Grand Vizier that orders have been sent for the withdrawal of the Ottoman troops into Turkish territory to the east of Rafeh should any have crossed to the Egyptian side, and the restoration of the pillars said to have been lately destroyed there, and to express their satisfaction at the settlement of this question, which cannot fail to contribute to the maintenance and consolidation of those friendly relations which are so desirable in the interests of both countries, and which are no less appre-

ciated by the Government of my august Sovereign than by that of His Imperial Majesty the Sultan.

I avail, &c.

(Signed) N. R. O'Conor.

Nr. 14000. **GROSZBRITANNIEN.** Der Sirdar von Ägypten an den Minister des Auswärtigen. Nähere Darstellung des Streites.

Cairo, May 21, 1906. (May 29.)

(Extract.) || In order to understand the somewhat complicated question which has recently arisen in connection with the frontier of the Sinai Peninsula, some knowledge of the previous history of the claim of Egypt to administer the peninsula is necessary. || It cannot be doubted that Egypt has, as a matter of fact, been in possession of this territory for many centuries. || A well-known Arab geographer and historian, who lived and wrote between 1274 and 1332 (El Malik Abu-el-Fida by name), described the eastern frontier of Egypt as follows: — || „Egypt is bounded on the east from a point on the Bahr-el-Kalzam [Red Sea] opposite Assouan to Izab Kosseir Kalzam [present Suez], to the wandering desert of the Israelites, and thence turns northwards to the Mediterranean at Rafeh of El Arish.“ || The position of Egypt in more modern times is based mainly on the Firmans of 1841, confirming Mehemet Ali and his heirs in the possession of the Pashalik. A map showing the boundaries of the territories which were to be henceforth regarded as Egyptian was drawn up in duplicate in 1841. One copy was retained by the Porte and one copy was given to Mehemet Ali. This map is supposed to have been lost in a fire which destroyed a great part of the Egyptian archives. The Turkish copy is occasionally alluded to by the Porte in correspondence, but, as far as I know, no one has ever seen it, and its existence appears doubtful. The Turkish Government claims that, according to this map, the eastern frontier of „the privileged Province of Egypt“ runs from El Arish to Suez. In addition, however, to the territory defined in this map (and guaranteed by the Powers), Mehemet Ali was empowered to administer the Sinai Peninsula and to hold the posts of Akaba, Dibbah (not the same as Taba), Muelh, and El Wijh, in the Hedjaz, on the eastern shore of the Gulf of Akaba. In this connection it may be observed that, as already stated, the Sinai Peninsula had been administered by Egypt from of old; and, further, that, as regards the posts in the Hedjaz, Mehemet Ali was already in possession of them, having

saved Arabia for the Sultan by the suppression of the Wahabi rebellion raised by Saoud. The suppression of this rebellion was completed by Ibrahim Pasha, eldest son of Mehemet Ali, in 1818. The grant of the administration of Sinai was therefore merely a formal recognition of the existing state of things. || The successors of Mehemet Ali continued to administer this territory without question until the accession of the present Khedive. Of this there is abundant proof in the Egyptian archives. || On the death of Tewfik Pasha and the accession of his son, Abbas Hilmi Pasha (the present Khedive), a fresh Firman of Investiture was issued by the Sultan. It was noticed that the text of this Firman differed from that of former Firmans. The object of this difference was apparently to exclude Egypt from the administration of the Sinai Peninsula. || After considerable difficulty and correspondence the then Grand Vizier. Jevad Pasha, addressed a telegram to the Khedive, dated the 8th April, 1892, according to which the Sultan resumed possession of the posts garrisoned by Egypt on the Hedjaz (or eastern) coast of the Gulf of Akaba, viz., of El Wijh, Muelh, Dibbah (not to be confused with Taba), and Akaba. The telegram ended thus:— || „As regards the Tor-Sinai Peninsula, the *status quo* is maintained, and it will be administered by the Khedivate in the same manner as it was administered in the time of your grandfather, Ismaïl Pasha, and of your father, Mehemet Tewfic Pasha.“ || As the above-named posts in the Hedjaz reclaimed by Turkey were of no importance to Egypt, this telegram was considered satisfactory, and was publicly read with the Firman of Investiture, of which it has always been considered to form a complementary part. | However, in order to avoid any possible misunderstanding as to the meaning of this telegram, I addressed a note, dated the 13th April, 1892, to Tigrane Pasha, at that time Egyptian Minister for Foreign Affairs, stating that, as his Excellency was aware, no alteration could be made in the relations between the Sublime Porte and Egypt without the consent of Her Majesty's Government. I added – || „The telegram from the Grand Vizier, which your Excellency has done me the honour to communicate to me, makes it clear, however, that the Sinai Peninsula — that is to say, the territory bounded to the east by a line running in a south-easterly direction from a point a short distance to the east of El Arish to the head of the Gulf of Akaba — is to continue to be administered by Egypt. The fort of Akaba, which lies to the east of the line in question, will thus form part of the Vilayet of the Hedjaz.“ || This note, which was subsequently approved by Lord Salisbury, was published, with other correspondence respecting the Firman of Investiture, and copies of

the latter and of the Grand Vizier's supplementary telegram, were officially communicated to Her Majesty's Ambassador at Constantinople. || This point is of importance, as the claim of His Majesty's Government to be entitled to object to any alteration of the situation thus created is thereby fully justified. || Copies of the Firman of Investiture and of the annexed telegram were also communicated to other Powers, and the Representatives of France and Russia in Cairo officially „took act" of the communication. || From what I have stated it will be seen that the southern end of the eastern frontier of the territory administered by Egypt was at Akaba, but excluded the fort at that place. Rafeh, at some distance east of El Arish, has always been recognized as the point from which this frontier begins on the north. || At Rafeh there is a tree, and on each side of this tree there has been for many years a marble pillar marking the Egyptian and Turkish boundary. || The following passage, which I quote from my Annual Report for 1905 („Egypt, No. 1 of 1906," p. 15), will serve to give some idea of the state of the Sinai Peninsula up to the end of last year, and of the grounds on which it was decided to carry out certain necessary administrative reforms:— || „Early in 1905 the Bedouins of the Peninsula became very restless. Several raids took place. In the month of May two brothers were brutally murdered. This lawlessness was for the most part due to the length of time that had been allowed to elapse before any final settlement had been made of many outstanding disputes between tribes and individuals. The Commandant was able to give judgment, and to decide the various issues at stake but seemed unable to carry out his decisions. || „Under these circumstances it was decided to send Mr. Jennings Bramly, who speaks the Bedouin Arabic thoroughly, and has a perfect acquaintance with the Bedouin customs, to settle the many disputes which were pending, and to report generally on the affairs of the Peninsula. Mr. Bramly in a very short time investigated and settled some thirty or forty cases. . . | „Mr. Bramly has now been appointed Commandant and Inspector, with full control over the affairs of the Peninsula. A sum of about £ E. 5,000 has been provided in the Estimates for the current year in order to carry out various improvements. A well-equipped and efficient camel corps will be organized; a rest-house will be built a Nekhl; some money will be spent on the purchase of trees and implements for gardening, the construction of sakias, the improvement of the water supply at Tor, and the construction of a small dam at Khor-el-Arish, where it is hoped a large area of land will be capable of being placed under cultivation. A mosque, barracks, and police-station are to be built at Nekhl. There

is every reason to hope and believe that by the adoption of these measures a distinct improvement will soon be visible in the condition of the Sinai Peninsula.“

It would appear impossible that reforms of such a purely administrative nature should have been construed into evidence of a design on the part of the Egyptian Government and their British advisers to use the Sinai Peninsula as a basis for future interference in the Hedjaz, and more especially with the Hedjaz Railway, which had recently been completed as far as Maan, situated about 100 kilom. from Akaba. Some Pan-Islamic papers, published in Cairo, however, spread abroad the rumour that the Egyptian Government intended to construct „fortifications“ with aggressive designs. || This entirely baseless report appears to have obtained credence at Constantinople. Such a belief would probably have been impossible if the ground had not been carefully prepared. This, however, had been done. There is good reason for believing that during the summer and autumn of last year several reports were sent from Cairo to Constantinople alleging that His Majesty's Government were aiding the rebels in the Yemen with arms, ammunition, and supplies, and that they were further assisting deserters from the Turkish army. || I need hardly say that neither His Majesty's Government nor the Egyptian Government gave, or permitted assistance to be given, to the rebels fighting against Turkish rule in the Yemen. Nevertheless, this report, though frequently officially contradicted, appears to have been believed. || As regards the alleged assistance to deserters, the following are the facts of the case. Large numbers of starving Turks kept on arriving at the British posts in the neighbourhood of Aden. Some may have been deserters, but it appears that most were prisoners taken by the insurgent tribes, who had been handed on from tribe to tribe till they reached the British lines. || They could not be allowed to starve. To keep them at Aden was equally impossible. They were therefore shipped off elsewhere, and, after considerable trouble and friction had been caused by the passage of these waifs and strays through the Suez Canal, the authorities at Aden, on suggestion of His Majesty's Agency in Cairo, decided to forward them to the nearest Turkish port in the Red Sea. The Sublime Porte at the same time made strong representations to the Egyptian Government, alleging that there were numbers of Turkish deserters in Egypt, and demanding their surrender. The Egyptian Government, in reply, requested the Porte to furnish some means of identifying the alleged deserters. This request was never complied with. It is evident, from what I have stated above, that the conduct of both the Egyptian and of the

British authorities was perfectly correct and straightforward throughout. || I have already stated that towards the end of last year one or two articles appeared in Pan-Islamic papers stating that the Egyptian Government intended to adopt a forward policy in the Sinai Peninsula, that barracks and other „works" — a mischievously vague term — were about to be constructed, and so on. || Shortly afterwards I received information to the effect that the Turkish Governor of Syria had reported to Constantinople that he had ascertained that the Egyptian Government had decided to construct barracks between Djarafi, on the frontier near Akaba and Kosaiyema, and that British troops were to be employed on the construction. || I was further informed that telegraphic instructions had been sent to the Governor and to the Officer Commanding the Turkish troops in Syria to anticipate the Egyptians by erecting a guard-house at the spot indicated. || The Sultan's suspicions of the action and intentions of the Egyptian Government in the Sinai Peninsula appear to have become henceforward intensified. I may state that, as a matter of fact, the only Englishman at this time in the Sinai Peninsula was Mr. Bramly, who had recently been appointed Civil Inspector of the district, and that there was not a single regular soldier, either British or Egyptian, east of Suez. || On the 13th January Sir Nicholas O'Conor, His Majesty's Ambassador at Constantinople, informed me that he had received a message from the Sultan to the effect that a report had been received from the Turkish Commandant at Akaba, stating that the Egyptian military authorities intended to construct a guard-house on the road from Akaba to Gaza, and also at other places which were within Turkish territory, and that His Imperial Majesty had requested him to induce the Egyptian Government to withdraw the force which had encroached on Turkish territory, and which was commanded by a British officer. At the risk of being tedious, I repeat the statement that Mr. Bramly and a few police constituted the whole force at that time in the Sinai Peninsula. || In the meantime reports of Turkish encroachments had begun to come in, and Mr. Bramly was instructed to proceed to the neighbourhood of Akaba to communicate with the Turkish Commandant, and to endeavour to ascertain the real cause of all the suspicion which had been aroused. || On the 15th January I telegraphed to Sir Nicholas O'Conor, pointing out that these mutual recriminations would inevitably continue until the frontier was properly delimited, and informing him that a telegram had been adressed to the Grand Vizier by the Khedive, urging that a Joint Commission should be appointed to demarcate the boundary. || The Khedive's request for the appointment of a Boundary

Commission was rejected. || In view of the uncompromising attitude assumed by the Turkish Government, it was considered necessary to send a small Egyptian force (fifty men, under an Egyptian officer) to meet Mr. Bramly on the frontier near Akaba, and to occupy Taba, a spot situated on the western shore of the Gulf, at a distance of about 5 miles from the fort of Akaba by water, and about 8 miles by land. | Instructions were further sent to Mr. Bramly to occupy Nakb-el-Akaba and El Gattar, which command the difficult mountain passes through which the road runs from the coast into the interior of the Sinai Peninsula. || This little Egyptian force (which up till quite recently was the only military force in the Sinai Peninsula) was dispatched to Taba in the Egyptian coast-guard cruiser „Nur-el-Bahr." Communications across the desert and mountain ranges of Sinai are difficult. It takes about four days to transmit a letter by camel-man from Suez to Akaba. Before these instructions reached Mr. Bramly he had been warned off from a place called Marashesh by the Turkish Commandant, and had returned to his headquarters at Nekhl to report. On receipt of his instructions, he at once proceeded to Taba as fast as camels could take him; but on his arrival he found the English captain of the „Nur-el-Bahr", and the Egyptian officer in command of the detachment which had been brought to Taba on board that vessel, in parley with the Commander of a Turkish force, who had occupied Taba and who stated categorically that he had orders to repulse any landing by force. As the Egyptians had instructions to avoid a conflict unless actually fired upon, and as in any case they were not in sufficient strength to force a landing, they were withdrawn to Geziret-el-Faroun, a small island close to the western coast of the Gulf, and a few miles south of Taba. There a detachment of twenty-five Egyptian soldiers remained ever since „en vedette." || On the 20th January I was obliged to leave Cairo for Port Soudan, in order to open the Nile-Red Sea Railway. I left Mr. Findlay in charge of His Majesty's Agency in Cairo until my return early in February. || About this time three strongly-worded telegrams were addressed to the Khedive by the Grand Vizier, and were communicated to His Majesty's Agency on the 25th January. || The Grand Vizier's first telegram demanded that Egypt should desist from constructing posts, and stated that no Turkish Commissioner would be appointed to delimitate the frontier. || The second telegram claimed that not only Akaba but its neighbourhood, including Taba, was Turkish territory, and that it was not included in the „privileged territory" of Egypt. The Grand Vizier went on to complain that an Egyptian gunboat (the „Nur-el-

Bahr") had been sent to Taba with soldiers, and concluded by stating that, as Egypt itself was an integral part of Turkey, there was no need to delimit the boundary between Egyptian and Turkish territory, and that if Egypt persisted in landing men and constructing posts, this „act of disobedience whould necessitate the employment of strong measures of expulsion." || The third telegram simply requested the Khedive to withdraw the „Nur-el-Bahr" and the Egyptian detachment from Faroun Island, and to abstain from constructing posts; otherwise, „there would be an incident." || In reporting the contents of these telegramm to you, Mr. Findlay pointed out that allusion to the „privileged territory of Egypt"(namely, the territory the hereditary possession of which was vested in Mehemet Ali by the Firmans of 1841 under the guarantee of the Powers, but which does not include the Sinai Peninsula) seemed to imply an intention on the part of Turkey to ignore the arrangement based on the Grand Vizier Jevad Pasha's telegram of the 8th April, 1892, which was a complementary part of the Firman of Investiture of the present Khedive, and which was accepted as giving to Egypt the administration of the Sinai Peninsula up to the line from Rafeh to Akaba, as stated in my letter to Tigrane Pasha of the 13th April, 1892. || Mr. Findley suggested that His Majesty's Ambassador at Constantinople should receive instructions to enter a protest against:— || 1. The Sultan's refusal to agree to a Joint Boundary Commission. || 2. His Imperial Majesty's apparent intention to ignore the telegram of the 8th April, 1892, which contained no mention of the district or environs of Akaba. || 3. The threats of the Grand Vizier that force would be used against Egyptian posts in what was believed to be Egyptian territory. || Mr. Findlay further suggested that the Sultan should be informed that Egypt merely wished to administer in peace the territory confided to the Khedive for that purpose in 1892, and that if Egyptian posts were threatened the Egyptian Government would be forced to appeal for support to His Majesty's Government, at whose instance the arrangement respecting Sinai had been arrived at in 1892.

Instructions were sent to Mr. Bramly and the officer commanding the Egyptian post at Faroun Island, impressing upon them that they must do everything in their power to avoid hostilities, as it was evident that the question could not now be settled locally; they were also informed that negotiations were proceeding between London, Cairo, and Constantinople, with a view to finding a satisfactory solution. || In the meantime, fruitless communications were passing between His Majesty's Ambassador at Constantinople, the Sublime Porte, and the Palace, the

prevailing note of the Turkish replies to Sir Nicholas O'Conor's representations being that the Sultan was reluctant to delimit; that the moment was not propitious for delimitation; that the Turkish military authorities on the spot were to blame: that the *status quo* should be maintained (oblivious of the fact that it had been violated by Turkey); and, finally, that by an arrangement between the Turkish and Egyptian commanders, the Egyptians had reoccupied the posts claimed by them (which report was quite devoid of foundation). ‖ Until the end of January, more or less friendly communications continued to pass between Mr. Bramly and Saad Bey Rifaat (the officer in command of the Egyptian detachment at Faroun Island) on the one hand, and Rushdi Pasha, the Turkish Commandant at Akaba, on the other. However, the latter suddenly changed his tone, and on the 29th January he addressed a letter to Saad Bey Rifaat, summoning him to evacuate Faroun Island. ‖ In the meantime, considerable Turkish reinforcements had arrived at Akaba, and Rushdi Pasha had occupied Nakb-el-Ababa and El Gattar, two posts which, as already stated, command the difficult pass through the coast-range into the interior of the Sinai Peninsula. Mr. Bramly, in face of the summons to evacuate Faroun, was compelled to retain the „Nur-el-Bahr," in order to prevent any possible attack on the Egyptian detachment. Consequently, the news of these fresh acts of aggression did not reach Cairo for some little time. As soon as I received Mr. Bramly's Report, I at once telegraphed its substance to the Foreign Office and to Sir Nicholas O'Conor. ‖ In a Memorandum, addressed on the 13th February to the Turkish Ambassador in London, you protested against the aggressive attitude of the Turkish Government, and pointed out that the withdrawal of the Turkish troops from Taba was imperatively necessary in order to insure a peaceful settlement of the frontier question. ‖ Sir Nicholas O'Conor made similar representations to the Grand Vizier and the Minister for Foreign Affairs at Constantinople; but in spite of unofficial assurances which had previously been given to the latter, that neither His Majesty's Government nor the Egyptian Government had the slightest wish to interfere with the construction of a branch of the Hedjaz Railway to Akaba, no satisfactory result was obtained. In view of Rushdi Pasha's demands for the withdrawal of the Egyptian troops from Faroun, and his statement that Mr. Bramly and Saad Bey Rifaat would be responsible for any consequences in the event of their refusing to comply with these demands, it became necessary to protect this Egyptian post. You accordingly authorized me on the 14th February to request Captain Phipps Hornby, R. N., commanding His Majesty's ship

„Diana“ (which had been kept in readiness at Suez), to proceed to Faroun Island and to report on the situation. || On the same day you addressed a further Memorantum to the Turkish Ambassador in London, informing his Excellency that His Majesty's ship „Diana“ had been dispatched to Faroun Island in order to prevent any acts of aggression on Egyptian territory. || In the meantime a Military Council had been held at Constantinople to consider the question of the Turco-Egyptian frontier. There was some reason to hope that a satisfactory decision would be arrived at. This hope was, however, not realized. The Porte contended that the places in dispute were not within the territory subject (under the Firmans) to Egyptian administration, and regretted that the question of delimitation should have been raised. || It was evident that something had happened to influence the attitude of the Sultan, which had recently appeared conciliatory, and it appears that in the interval His Imperial Majesty had received a Report from Moukhtar Pasha to the effect that „Taba was a dependency of Akaba.“ The Sultan also appeared to be under the impression that the arrangement based on the telegram of the 8th April, 1892, was limited by a previous understanding between Moukhtar Pasha and myself, according to which the administrative boundary between Turkey and Egypt should run in a straight line from El Arish (on the Mediterranean) to Ras Mohamed, a headland on the Red Sea, a short distance from the mouth of the Gulf of Akaba. || Some such suggestion was made in the correspondence which preceded the dispatch of the Grand Vizier's telegram of the 8th April, 1892. || In a telegram of the 17th February, 1892, I expressed an opinion strongly adverse to the adoption of this suggestion. Even if such had not been the case it would have been cancelled by the wording of the Grand Vizier's telegram of the 8th April, 1892 — namely, that „as regards the Peninsula of Tor-Sinai, the *status quo* is maintained,“ &c. || On the 14th February you informed the Turkish Ambassador of the dispatch of His Majesty's ship „Diana“ to Faroun Island: On the 18th February Sir Nicholas O'Conor received a conciliatory message from the Sultan, to the effect that though both the military Comandant at Akaba and Moukhtar Pasha had informed His Imperial Majesty that Taba and the other places in dispute (Nakb-el-Akaba and El Gattar) were in Turkish territorry, still it was possible that they might be mistaken; that Commissioners would, therefore, be appointed to proceed to the spot to inquire into the question; and that, if the Commission decided that Taba and the other posts recently occupied by Rushdi Pasha were in territory subject to Egyptian administration, the Turkish troops would

be withdrawn. || In reply, Sir Nicholas O'Conor informed the Minister for Foreign Affairs that, if the Turkish troops were withdrawn from the disputed posts previous to the inquiry, and if the Egyptian Government were represented on the Commission, he would recommend that, pending the result of the inquiry, these posts should not be reoccupied by Egypt. Sir Nicholas O'Conor further pointed out that such an offer was a conclusive proof of the friendly disposition of His Majesty's Government. || From subsequent conversations between Sir Nicholas O'Conor and the Minister for Foreign Affairs, it appears doubtful whether the above proposal for a bilateral Commission was ever clearly laid by his Excellency before the Sultan, who shortly afterwards proposed to send Moukhtar Pasha to Akaba to inquire into the question. Sir Nicholas O'Conor and I demurred to this proposal, as we both considered that Moukhtar Pasha was responsible for the unfounded claims advanced by the Turkish Government, and that he must, therefore, be regarded as prejudiced. Sir Nicholas O'Conor having caused these objections to be laid before the Sultan, His Imperial Majesty sent the Minister for Foreign Affairs to state that he did not question the arrangement of the 8th April, 1892, and that, as Sir Nicholas O'Conor had objected to the appointment of Moukhtar Pasha, he would send two officers as Joint Commissioners. || Sir Nicholas O'Conor again pressed for the withdrawal of the Turkish troops previous to inquiry, and the Minister for Foreign Affairs, on his side, pressed for the withdrawal of the „Diana". In the meantime, I had received a report from Captain Phipps Hornby, stating that, on the arrival of the „Diana" off Akaba, Rushdi Pasha had prepared to resist a landing, and had sent his troops (between 3,000 and 4,000 men) to their fighting stations. Captain Hornby, however, got into communication with Rushdi Pasha, and soon succeeded in establishing friendly relations. He is, nevertheless, convinced that Rushdi Pasha — who appears to be a fine specimen of the fighting type of Turkish officer — meant to defend the place to the bitter end if he had been attacked. || I cannot doubt that Captain Hornby's opinion on this subject is perfectly correct, as not only on this occassion, but on the first arrival of the „Nur-el-Bahr" at Taba, and subsequently when His Majesty's ship „Minerva" visited Rafeh, the Turkish troops openly prepared to repel by force any attempt to land men. || I take this opportunity of placing on record my high appreciation of the invariable tact displayed by Captain Hornby in his relations with the Turkish authorities at Akaba, and of the great assistance which I have derived from his clear and exhaustive Reports. His Majesty's ship „Diana" had a long and tedious watch of over three

months in the Gulf of Akaba, but I firmly believe that she has done good service preventing the Turks from extending their encroachments, and from thus rendering a friendly settlement more difficult. || All hopes of a speedy settlement now centred in the Joint Commission. || The Turkish Commissioners proceeded from the Cairo station straight to the house of Moukhtar Pasha, and remained there for a week without communicating either with any Egyptian Government official or with His Majesty's Agency. || They finally left Cairo in plain clothes by an early train, and embarked for Beyrout *en route*, it was said, for Akaba. || It is difficult to guess the true reason of this extraordinary behaviour on the part of the Turkish Commissioners. I can only suppose that during their visit to Moukhtar Pasha a fresh plan had been decided on, and that the „Joint" Commission was therefore abandoned*). || The Khedive was absent on a trip in the desert during the stay of the Turkish Commissioners in Cairo, but on his return His Highness assured me that no communication had reached him from them. || About the middle of March Mr. Bramly reported that two Bedouin Sheikhs, namely, Musmeh-el-Kebeish and Suleiman-el-Khalifi, whose tribes had been from time immemorial under Egyptian jurisdiction, and in receipt of annual subventions from the Egyptian Government, had been bribed by Rushdi Pasha and had gone over to the Turks. I merely mention the point, as their evidence will probably be forthcoming on the Turkish side when tribal limits are discussed. || Your warning to the Turkish Ambassador that His Majesty's Government could not continue to allow themselves to be trifled with, and Sir Nicholas O'Conor's energetic protests and representations at Constantinople, remained fruitless. Evasive and temporizing answers were returned; the telegram of the 8th April, 1892, was admitted, but „Taba was a dependency of Akaba"; the date trees at Taba (there are only six or seven, and they are dead) belonged to people in Akaba," &c. || In the meantime, the Porte was plied with stories of encroachments on Turkish territory by troops under British officers, the only possible foundation for which was a journey undertaken by some French priests, who had been visiting Sinai. || I do not know the source of these stories, but their effect, and probably their object, was to keep alive the suspicions which had been so carefully instilled into the mind of the Sultan. At the same time the Pan-Islamic

---

*) It is probable, however, that Moukhtar Pasha had still further developed his theory of the interpretation of the Firmans, as evidence soon began to appear that his latest idea was that the „Sinai Peninsula" was bounded on the north by a line from Akaba to Suez, from which the frontier ran north-eastwards to El Arish.

papers redoubled their efforts to excite fanatical and anti-English feeling amongst the Egyptians, and it became evident that — in view of the possibility that no solution of the frontier question might be obtainable without the adoption of coercive measures — it would be advisable to increase the British garrison in Egypt. I accordingly addressed a telegram to you in this sense.

The negotiations were now to enter on a new phase. On the 5th April I had the honour to report to you that Moukhtar Pasha had informed the Khedive that the Report of the Turkish Commissioners had been sent to him with instructions to discuss matters with His Highness. || The Kedive, acting on advise you had authorized me to offer, replied that, although he did not recognize Moukhtar Pasha's position as Turkish High Commissioner in Egypt, he was nevertheless prepared to discuss matters with him, provided that his Excellency was specially accredited for this purpose, and that the interviews took place in the presence of His Highness' President of the Council and Minister for Foreign Affairs. || After some further representations at Constantinople, the Grand Vizier telegraphed to the Khedive officially, informing him that Moukhtar Pasha had been instructed to discuss the frontier question with His Highness. The Grand Vizier's telegram alluded to the points in dispute in vague and unsatisfactory language, from which it appeared probable that, so far from intending to withdraw, Turkey was about to increase her claims. This had been anticipated both by Sir Nicholas O'Conor and by myself, since the visit of the Turkish Commissioners to Cairo in the month of March. || I may perhaps here devote a few words to explaining the anomalous position which Moukhtar Pasha has occupied in Egypt for some twenty years. || In 1886, as you are aware, the Sublime Porte and Her Majesty's Government appointed Commissioners to discuss matters connected with the existing situation in Egypt. These Commissioners were Ghazi Moukhtar Pasha and Sir Henry Drummond Wolff. The negotiations which ensued resulted in what is generally known as the „Wolff Convention", which the Sultan signed but afterwards refused to ratify. Her Majesty's Government, therefore, considered that Moukhtar Pasha's Commission ceased, and determined on the Sultan's refusal to ratify the Convention, for the negotiation of which his Excellency had been specially appointed. || Consequently, since that time I have regarded the Khedive as the only legal representative of the Sultan in Egypt, and I have always declined to recognize Moukhtar Pasha's pretension to act in this capacity. At the same time I have, in my personal relations with his Excellency,

treated him with the respect due to a distinguished Turkish General. || On the 11th April I had the honour to report that an interview had taken place between the Khedive and Moukhtar Pasha in the presence of the two Egyptian Ministers, in the course of which Moukhtar Pasha had at last shown his hand. || Moukhtar Pasha recognized that the frontier question must be settled on the basis of the telegram addressed to the Khedive by the Grand Vizier on the 8th April, 1892, but he interpreted this telegram as follows: — || 1. That the Peninsula of Mount Sinai consisted only of the territory south of a straight line from Akaba to Suez. As Taba lies south of this line, his Excellency recognized Taba as being within the Sinai Peninsula, the administration of which had been confided to Egypt. || 2. That the Egyptian frontier in the territory north of this line is traced from Rafeh to Suez. It followed that the territory bounded on the north-west by the line from Rafeh to Suez on the south by the line from Suez of Akaba, and on the east by the line from Akaba to Rafeh, fell within Turkish territory. || Moukhtar Pasha explained that the Sultan attached great importance to the adoption of these lines of frontier, in view of His Imperial Majesty's intention to make a railway to Akaba, and eventually to construct branches to Suez and Port Saïd. || Moukhtar Pasha also stated that, although this was the view of the Porte, he might be able to make a compromise in the following sense, namely, that a line should be drawn direct from Rafeh to Ras Mohamed, which would constitute the frontier. The whole of the western shore of the Gulf of Akaba would, therefore, fall within Turkish territory. || In reporting to you the claims advanced by Moukhtar Pasha, as above stated, I had the honour to point out that the dispute no longer turned on a local question as to the possession of Taba and a few other places in the neighbourhood of Akaba, but that we now had to deal with a deliberate attempt to carry the Turkish frontier and strategical railways to Suez on the banks of the Canal; or that if, on the other hand, the Ras Mohamed-Rafeh line (proposed by Moukhtar Pasha as a compromise) were adopted, the Turkish frontier would be advanced to the neighbourhood of Nekhl — *i. e.*, within easy striking distance of Egypt — and that, as Ras Mohamed is on the Red Sea outside the narrow entrance to the Gulf of Akaba, this gulf would practically become a *mare clausum* in the possession of Turkey, and a standing menace to the security of the trade-route to the east. || I had the honour to submit that the question had now ceased to be merely local; that it was of the highest importance to British, Egyptian, and general European interests to prevent Turkey

from carrying out the programme which she had now announced, and that the extension of this programme would obviously constitute a serious menace, not merely to the liberties of Egypt and the Khedivial dynasty, but also to the freedom of transit through the Canal. || I, therefore, submitted to you for your approval the terms in which I proposed to advise the Khedive to telegraph to the Grand Vizier; and as you fully concurred in the gravity of the situation, His Highness agreed to dispatch a telegram in the following sense: — || After reporting the claims advanced by Moukhtar Pasha, as above stated, His Highness pointed out that the telegram of the 8th April, 1892, formed part of the Firmans regulating the relations between the Ottoman Empire and Egypt; that it was communicated to the Powers concerned; and that it, therefore, was not in his Highness' power to give his consent to any alteration of those Firmans on his own authority. Further, that it would not be doubted that, as a matter of fact, the territory west of a line from the head of the Gulf of Akaba to Rafeh had been continuously administered, not only by His Highness, but also by his predecessors. || His Highness called the Grand Vizier's attention to the fact that His Majesty's Government, at any rate, had not understood the telegram of the 8th April, 1892, in the manner in which it was now interpreted by Moukhtar Pasha, and that this had been clearly shown by the letter addressed by His Majesty's Representative in Cairo (myself) to Tigrane Pasha on the 13th April, which had been published in the official journal, and which defined the eastern frontier of the Sinai Peninsula as a line running in a south-easterly direction, from a point a short distance to the east of El Arish to the head of the Gulf of Akaba. || His Highness suggested that the only means of arriving at an amicable arrangement was to take as a basis the Grand Vizier's telegram of the 8th April, 1892, as explained in my letter to Tigrane Pasha of the 13th April, 1892. Further, that, as the exact position of certain places might be doubtful, competent engineers should be employed to survey the boundary-line between Rafeh and Akaba, but that the frontier, instead of ending at the fort of Akaba, should be traced to a point on the coast of the gulf not less than 3 miles west from the fort. || While not excluding the idea of entertaining proposals for minor modifications of the Rafeh-Akaba line, which might be for the convenience of both parties, His Highness warned the Grand Vizier that it was most improbable that Moukhtar Pasha's proposals would be entertained. || In conclusion, the Khedive requested that, as Taba was now admitted to be within the territory subject to Egyptian administration, the Tur-

kish troops should now be withdrawn from that place: and His Highness undertook, on behalf of the Egyptian Government, that if this were done no „works“ would be constructed at Taba — at any rate until after the final delimitation of the frontier. || During the next ten days nothing occurred which is worth recording, but on the 22nd April the Grand Vizier addressed a telegram to the Khedive, in reply to His Highness' last telegram, which I have summarized above. In this telegram the Grand Vizier stated that the territory defined in the Imperial Firman did not include the Peninsula of Sinai or the Gulf of Akaba, and that the telegram of the 8th April, 1892, which was supplementary to the Firman of Investiture, together with the previous documents relating thereto, referred only to the western side of the Sinai Peninsula. His Highness further stated that no outside interpretation of this telegram could be recognized, and that the Imperial Government alone was entitled to interpret it. A Mutessariflik (Sub-Governorship) of Akaba had been created, with Akaba as its headquarters. The Khedive was to take such steps as would insure the question being closed, and was not to afford any opportunity for outside interference of any kind. || No reply was sent to this telegram. || On the 25th April Moukhtar Pasha requested an audience, and the Khedive received him, as before, in the presence of his Prime Minister and Minister for Foreign Affairs. || Moukhtar Pasha made no further proposals, but gave His Highness to understand that the question could no longer be discussed and that the orders of the Imperial Government must be obeyed. || On the same day a report was received that Rafeh, the point on the Mediterranean where the eastern frontier of Egypt begins, had been occupied by Turkish troops, who had removed two marble pillars which for many years had marked the Turkish and Egyptian boundaries. It was further reported that the Turkish authorities had appropriated, in the name of the Sultan, certain lands cultivated by Bedouins on the Egyptian side of the boundary mark. With your approval and the consent of the Commander-in-chief in the Mediterranean I requested Captain Waymouth, commanding His Majesty's ship „Minerva“, to proceed to Rafeh with an Egyptian official, and to report on the situation. Captain Waymouth and the Egyptian official who accompanied him carried out their mission with great tact. When Captain Waymouth landed a detachment of Turkish soldiers advanced towards the shore, on the Egyptian side of the boundary, in skirmishing order, and the Turkish Commandant openly stated that he had orders to fire if any troops had been landed from the cruiser. He refused to recognize

Captain Waymouth in any official capacity, and regarded him merely as a visitor. || The reports ultimately received from Captain Waymouth fully confirmed the first accounts of the occupation of Rafeh, with the addition that the Turks appeared to have removed eleven Egyptian telegraph poles on the western, or Egyptian, side of Rafeh, and to have replaced them by Turkish telegraph poles. The Turkish officer stated in the course of conversation that they had a force of 5,000 men and over 1,000 horses between El-Arish and Gaza. This may very possibly have been an intentional exaggeration. || It was also reported that the Turkish garrison at Akaba had received considerable reinforcements in men and guns, and the officer in command spoke openly of his intention to advance on Nekhl. || As I have already stated, the frontier dispute had entered on an acute phase when the Turkish officers, who had left Constantinople as Delegates to a Joint Commission, quitted Cairo without communicating with the Egyptian Government or with His Majesty's Agency. In view of the aggressive attitude of the Turkish Government, and of the efforts of the Pan-Islamic press to excite the Mussulman population, it appeared desirable to reinforce the British garrison in Egypt, and thus enable the army of occupation to suppress instantly any disorders which might arise. It was, therefore, decided that two battalions of infantry, one regiment of cavalry, and a battery of horse artillery should be sent to Egypt, and, further, that the three companies of the Inniskilling Fusiliers on detachment duty in Crete should rejoin the head-quarters of their battalion in Cairo. Towards the beginning of May these reinforcements began to arrive. Their arrival had a sedative effect on popular feeling.

I now return to the pending negotiations with Turkey. It was clear that no satisfactory settlement could by obtained by ordinary diplomatic methods. After the whole situation had been carefully considered, His Majesty's Government decided to take decisive action. || You accordingly instructed Sir Nicholas O'Conor to present an official note to the Sublime Porte, stating the demands of His Majesty's Government, and warning the Turkish Government that unless these demands were complied with within ten days a situation of much gravity would be created. || In obedience to these instructions, Sir Nicholas O'Conor presented to the Sublime Porte, on the 3rd May, a note couched in the following terms: — [Folgt Nr. 13994].

On the 4th May, the British fleet, under Admiral Lord Charles Beresford, was ordered to proceed to the Piræus. || Ever since the dispute with Turkey had become acute His Majesty's Government had

been in communication with the French and Russian Governments— whose Representatives, it will be remembered, had officially „taken act" of the 1892 arrangement—and had kept them fully informed as to the progress of the negotiations. Satisfactory assurances were received from both Governments, and the French and Russian Ambassadors at Constantinople were instructed to support the demands of His Majesty's Government. The German and Austrian Ambassadors and the Italian Government were also informed of the reason and nature of these demands. || In the meantime, constant reports were received in Cairo that Turkish troops were being massed in the neighbourhood of Gaza and of Akaba. The nature of the deserts which lie to the east of the Suez Canal and the scarcity of water preclude the possibility of an advance on the Suez Canal by any large force, unless considerable numbers of camels, or other means of transport, are collected. Such preparations cannot be made quickly, and can scarcely escape notice. A serious attack on Egypt by a large Turkish force seemed therefore, out of the question. It appeared, however, to be possible, though not probable, that a „raid" on the Canal or Nekhl (a place of some strategical importance on one of the two practicable lines of advance) might be attempted in the hope that the appearance of a Turkish force on the Canal would cause an outburst of fanaticism in Egypt, which might seriously hamper any defensive operation on the part of the army of occupation. Such an attempt would have been of the most desperate nature, as a reverse on the Canal would have meant the absolute annihilation of the attacking force. It seemed, however, undesirable to take any risks. The navy, with characteristic promptitude, undertook to defend the Canal against any possible attack, if called upon to do so, thus leaving the army to act as circumstances might require. Communications were also made to some of the Powers, with a view to avoiding any delay in complying with the formalities prescribed by the Suez Canal Convention, in case of an attack on the Canal; a powerful squadron of cruisers and torpedo-boats was dispatched to Egyptian waters under the command of Rear-Admiral Sir Hedworth Lambton; arrangements were made to prevent the possibility of Nekhl being taken by a *coup de main*; and a large force of troops was held in readiness to be dispatched to Egypt at a moment's notice in case of necessity. || In the meantime I may observe that the provisions of the Suez Canal Convention were carefully respected by the British squadron, and that no action on their part was contemplated except in the event of an actual attack on the Canal, and of an appeal on the part of the Egyptian Government for the support

and assistance of His Majesty's Government in defending the Canal, for the neutrality of which Egypt is responsible. || I need not go into the arrangements for the action of the main body of the fleet under Lord Charles Beresford, which, during this time, was kept in readiness at Phalerum. It is sufficient to say that, in the event of the Sublime Porte having failed to comply with the British demands, plans hat been made for the application of pressure which could not but have produced an effect on the Ottoman Government. || During the second week of May various proposals had been made to Sir Nicholas O'Conor by the Turkish Government, and had been rejected by his Excellency as unsatisfactory. || A last effort was made by Turkey to evade the recognition of the right of His Majesty's Government to intervene by settling the question direct with the Khedive. This attempt also failed. || On the 13th May the Turkish Ambassador in London communicated to you a note, which had already been sent to Sir Nicholas O'Conor, and which had been considered unsatisfactory. You took the opportunity to impress upon his Excellency that it was absolutely necessary that the Sublime Porte should address an official note to His Majesty's Ambassador, explicitly accepting, as a basis of a joint delimitation of the eastern frontier of Egypt, the line from Rafeh to the head of the Gulf of Akaba. You added that it was important that such a note should be received before the following morning (the 14th May). || You also pointed out that several instances had occurred of an attempt on the part of Turkey to ignore the right of His Majesty's Government to intervene in this question; and you quoted, as a case in point, the refusal of the Turkish officer in command at Rafeh to communicate officially with the Captain of His Majesty's ship „Minerva". A request had been made that His Majesty's Government should officially recognize the suzerainty of the Sultan over Egypt. You stated that His Majesty's Government had never failed to recognize the suzerainty of His Imperial Majesty, but that if it were found that this suzerainty were incompatible with the right of His Majesty's Government to interfere in Egyptian affairs, and with the British occupation, the British position in Egypt would be upheld by the whole force of the Empire. In conclusion, you impressed upon his Excellency that His Majesty's Government had no intention of making the suzerainty of the Sultan over Egypt incompatible with the British position in that country, and that it depended upon His Imperial Majesty whether it became so. || When the Sublime Porte had received communication of the substance of the above conversation, it was laid before the Sultan, and His Imperial Majesty decided that a note should be immediately addressed to Sir

Nicholas O'Conor fully accepting the demands of His Majesty's Government. || The terms of this note were approved by Imperial Iradé, and were accepted by you as satisfactory. Sir Nicholas O'Conor accordingly addressed a note to the Sublime Porte formally acknowledging and taking act of their acceptance of the British demands. I have the honour to insert the text of these two State papers, by which the protracted negotiations on the subject of the eastern frontier of the Sinai Peninsula have been happily brought to a close: — (Folgt Nr. 13996 u. Nr. 13998)

In a separate despatch of to-day's date I dwell on the feelings which recent events had evoked amongst the Moslem population of this country. I may perhaps with advantage add a few remarks on this subject. || It is perfectly natural that an Opposition should exist in Egypt. Moreover, in view of the full liberty granted to the press, of the stimulus which for the last twenty years and more has been given to education, and of the fact that the new generation are only very partially acquainted with the abuses of the past, it can be no matter for surprise that the leaders of the Opposition should for the most part be ambitious young men with a very superficial acquaintance with public affairs, and with very little serious sense of responsibility. The point, however, which is worthy of attention is not so much the existence of an opposition, to which no reasonable objection can be urged, but rather the grounds on which the opposition mainly bases its attacks. The enormous material benefits conferred on Egypt by the British occupation are so patent to all the world that criticism in that direction, save perhaps on some very minor points of detail, is debarred. Endeavours have, indeed, been made to show that moral progress has been neglected, more especially in the matter of education; but here also the facts speak for themselves, and they are so strong as to be incapable of distortion by misrepresentation, however gross. The attempt to create a National party by demanding an extension of parliamentary institutions has been made, but has met with no hearty response. The time has not yet arrived when an idea so eminently exotic can take firm root amongst the Egyptians. Moreover although they may be unwilling to express their opinions openly, the whole of the thinking and intelligent portion of the native population are fully aware that, under existing institutions, full opportunity is given for an expression of their opinions, and that any radical change of system would be premature, if not absolutely dangerous. In default of these ordinary, and relatively unobjectionable, methods of attack, the Egyptian opposition is almost necessarily obliged to resort to the use of an instrument which, more especially in dealing with a Moslem population,

most of whom are in a very backward state of education, is certainly more effective than any other—they appeal to religious fanaticism. || In this despatch, most of which, I may observe, has been drafted by Mr. Findlay, of whose assistance during the recent crisis I cannot speak too highly, incidental allusion has been made to the writings of the Pan-Islamic press. I am aware that even the most violent of these newspapers occasionally make use of a few conventional phrases exhorting Moslems to remain calm; but half-hearted advice of this sort, which is merely given for the sake of appearances, does not explain away the fact that the general tendency of the writing, which has for some long time past appeared in these papers, has been of a nature to inflame Moslem sentiment against Christians and Europeans. Further, there can be no doubt that this writing has not been discouraged, even if it has not been actually encouraged, by many persons occupying very high positions both inside and outside Egypt. That these utterances have produced a certain amount of effect, more especially on the more ignorant classes in the large towns, cannot be doubted. || Many will ask why should not these newspapers be suppressed, more especially as the existing law, although it has for a long time been allowed to remain in abeyance, furnishes the Government with complete powers to suppress them? If I allude to this subject, it is mainly because the view generally taken as regards the liberty of the press in Egypt by those most interested—namely, the Egyptians themselves—is so wholly different from that which most Europeans, and notably most of my own countrymen, would think that they should take, that a few words of explanation will perhaps not be out of place. The ordinary English idea, I conceive, is that the Egyptians value the full liberty now allowed to the press, and would resent any measure tending to impose restrictions on that liberty. My strong belief is that the Egyptian view, though it would probably not find expression in any of the vernacular papers, is quite different. In my Report for the year 1904 („Egypt. No. 1, of 1905", p. 58) I alluded to the fact that in 1902, and again in 1904, the Egyptian General Assembly urged the Government to take strong action against the press. I have talked to scores of Egyptians on this subject, and I have heard of their views through many other sources. I do not think I have ever heard a single expression of opinion in favour of the liberty, degenerating into licence, which the vernacular press now enjoys. On the other hand, I have been urged over and over again to adopt repressive measures The truth is that British policy in this matter is not understood. An educated native said a short time ago to a high British official in the

Soudan, „I cannot understand your press policy.“ The answer was, „You will not do so until the Gordon College has been in existence for 300 years.“ Probably the time limit was rather unduly long; otherwise there is much truth in the remark. || I do not make these remarks with a view to advocating repressive measures, to which I am, for the time being, opposed; but rather in order that the facts of the situation should be understood. I do not think that the failure to adopt those measures, in respect to the particular section of the Egyptian press to which I am now alluding, can be defended on the general ground that the Pan-Islamic papers do any sort of good to any class whatsoever of Egyptian society; they do no good, while the harm they do is obvious. I doubt whether in any newspapers in the world it would be possible to rival the mendacity of the statements of fact which appear in these papers; whilst, as regards opinion, they lead the Egyptian public in a direction which is the very reverse of that dictated by Egyptian interests, properly understood. Neither can full liberty, in these particular cases, be defended on the ground that, if certain opinions exist, they had better find expression rather than be suppressed. The Pan-Islamic press is not the mouthpiece of opinions which exist. It creates, by every process of misrepresentation, opinions which would otherwise be non-existent. || The grounds for abstention from repressive measures are, in my opinion different from any of these. In the first place, I think the present Government in Egypt ought to be, and is, quite strong enough to stand on its own merits, and to neglect the ravings of the Pan-Islamic press. In the second place, as a strong advocate of the general principle that the press should be free, I think that any Government is infringing that principle if it begins to pick and choose between those newspapers of which it approves and those of which it disapproves. Under a system of government such as that which exists in Egypt, and which is necessarily more or less bureaucratic, it is most desirable that the press should be free. This freedom, in respect to the whole European press— the writing in which appears to me to have greatly improved, not merely in tone, but also in ability, during the last few years—and to a considerable section of the vernacular press, is, I consider, an almost unmixed benefit to the country. I should be sorry to have even the appearance of threatening it. I am of opinion, therefore, that the Pan-Islamic press should be left alone, for the present at all events, and that reliance should be placed on time, and on the true facts of the case being known, to convince the Egyptian public of the folly of those who preach Pan-Islamism. The efforts of any true reformer in this country

should be in the direction of creating a fusion, rather than a separation, of European and native Egyptian interests. I may add that the attempt to separate them has, at all events, had one good effect, and that is, to convince the numerous nationalities of Europeans residing in Egypt that they have a common interest in opposing the Pan-Islamic propaganda. || Whilst holding this opinion at present, however, I am not prepared to say that if, in consequence of the misrepresentations of the Pan-Islamic press, any section of the public passed from words to deeds, and public tranquillity became seriously menaced, it would not be the duty of the Government to brush aside these objections, and to resort to measures of repression. I trust that the occasion will not occur. || I should add that, however strongly the conduct of those educated or semi-educated men who, by their writings, have excited Moslem opinion be condemned, I do not consider that this condemnation can, with any degree of justice, be extended to those who were their dupes. On the contrary, I think that no impartial person can fail to recognize that the Moslems of Egypt have recently been placed in a position of much difficulty. Their religious sympathies drew them in one direction. Their material interests drew them in another and absolutely opposite direction. Apart from the fact that the former is, for a while at all events, probably the more powerful of these two sentiments, it is to be observed that it can be no matter for surprise that a great many of the least educated classes failed to recognize the wholly contradictory nature of the two aspirations. Many wished the Sultan to triumph, because he was a Moslem, and at the same time failed to realize that such a triumph would have sounded the death-knell of Egyptian reform, and would have connoted a return to the abuses of the past. It is the extreme inconsistency of the Oriental mind which renders Eastern affairs so difficult of comprehension, and, I should add, so interesting to Europeans. || However, this may be, the conclusion to be drawn from recent events is abundantly clear. A permanent increase will have to take place in the numbers of the British garrison. The expenditure, over and above that which would be incurred in the United Kingdom, will be paid by the Egyptian Treasury. It is manifestly just that it should not fall on the British taxpayers. The extra expenditure is to be regretted, as there are many other directions in which more money might with advantage be spent in Egypt. But this is a very minor consideration in comparison with the absolute necessity for taking steps to establish confidence in the minds of the public that order and tranquillity can easily be maintained.

Nr. 14001. GROSZBRITANNIEN. Der Sirdar von Ägypten an den Minister des Auswärtigen. Haltung der ägyptischen Bevölkerung.

Cairo, May 21, 1906. (May 29.)

Sir || On occasions when, as in the present instance of the Akaba frontier question, a state of some tension exists between the Ottoman Government and the European Powers, I never fail to receive a large number of letters bearing on the subject, and written both by Egyptians and by Christians residing in Egypt. These communications, which are sometimes signed, but more frequently anonymous, usually contain little more than prayers from Christians to be protected against Moslem violence, or menaces of a more or less fierce nature from Moslems as to the consequences which will ensue from the continuance of a policy hostile to His Imperial Majesty the Sultan. || These letters, from whichever side they emanate, are seldom deserving of much consideration. They are generally inspired either by unreasonable fear or by excited fanaticism. Some days ago, however, I received an unsigned letter which, both on account of the nature of its contents and the style of its composition, appears to me to call for some degree of attention. I have the honour to inclose a translation herewith. || From the language of this document, and the signs of historical and literary education which are found in it, I should judge it to be written by a member of the Ulema class, not improbably of Turkish extraction. || You will observe that the writer in very vigorous language, defines the position of the Egyptian people under the influence of two conflicting sentiments—namely, on the one hand, gratitude for material benefits conferred by Christian reformers, and, on the other hand, that unquestioning devotion which every true Moslem is taught, both by tradition and education, that it is his duty and his privilege to render to the Khalif. || It will be seen that, in the opinion of the writer, there is no doubt as to which of these sentiments carries, at least in a time of stress, the greater weight with the Moslem population. Expression is given, in brief but cordial terms, to the feeling of gratitude which the Egyptians might be expected to entertain for acknowledged benefits received; no attempt is made to deny or to depreciate the value of what Egypt has gained from British advice and assistance; on the contrary, it is implied that, so long as nothing occurs to rouse Islamic feeling from its normally quiescent state, the Egyptians are prepared to receive with some degree of thankfulness, or at least passively, the advantages which accrue to them from British and

Christian administration. || When, on the other hand, it is publicly thought and said that active differences exist between the Christian Power and the representative head of the Moslem faith, the former must not for a moment be deluded by the hope that the Moslem will betray his faith from motives of material gain. The views set forth in this letter are, I believe, those which predominate in the minds of a considerable number of Egyptian Moslems. || The frame of mind here indicated constitutes, I venture to think, an important factor in the Egyptian situation. From an historical point of view, those unacquainted with the Oriental character might very probably find it a matter for surprise that the Turkish name, or the prospect of reverting in any degree to a Turkish régime should inspire in Egypt any sentiment but that of fear From the conquest of that country by the Sultan Selim I up to the time of Mehemet Ali Pasha, Turkish rule in Egypt was characterized by oppressive cruelty, and by a complete disregard for the interests of the people themselves. The country was relentlessly plundered to fill the Treasury at Constantinople, and to enrich the Valis and subordinate Ottoman officials who were named and removed in rapid succession by the Sublime Porte. There seems to be little in this state of things which the Egyptian can remember with pleasure, or which he would desire to see restored. || Moreover, the condition of the surrounding Provinces of Syria and Arabia should suffice to prove to him that the methods of Government formerly employed in his own country still remain in force elsewhere, and that no change for the better has taken place in the system pursued by a majority of the Turkish ruling class. || It must, however, be remembered that nearly a century has elapsed since the time when Egypt was ruled directly from Constantinople. None now living can speak from personal experience of the system of government which prevailed during that period; but few can remember to have heard an account of that system from their fathers; whilst none who are less than from 30 to 40 years old can speak from personal experience of the abuses which occurred prior to the inauguration of the reforms undertaken on the accession of the Khedive Tewfik. A generation is now growing up which has been born under happier auspices and in the enjoyment of a more enlightened administration. The young men of this generation, who will soon constitute the leading class in the country are very prone to regard these traditions as pure inventions, or, at least as malicious exaggerations, spread abroad from interested motives. Under these circumstances, Turkish rule appears to them in a very false light. Closing their eyes to the numerous object lessons around them, they look

only to the fact that they are themselves a Moslem people, placed to some extent under Christian guidance which they would gladly see exchanged for the rule of their co-religionists, under the direct control of the Head of their Faith. I do not, of course, wish to be understood as implying that all, or even a majority of the Egyptians of the young or older generations are inspired by this sentiment. But a strong leaven of it undoubtedly exists, and when skilfully and eloquently put forward it can hardly fail to spread among the mass of the people, whose sympathies are always keenly alive to appeals directed from this quarter.|| I need hardly point out the disastrous results which would inevitably ensue should these dreams ever be in any degree realized, or the bitter awakening which would await those who had indulged in them. A return to Turkish authority in this country in an active form could only mean ruin and suffering to the great mass of the Egyptian people. History repeats itself, and those Egyptians who have studied the pages of the eloquent historian El Jabarti may remember the enthusiasm with which the population welcomed the army of the Grand Vizier Youssuf Pasha when it entered Cairo on the departure of the French, and how soon that enthusiasm was sobered under the oppression and excesses of which they became the object. At the present day, should such an untoward event take place, its effects would be cruelly felt at once by every class, from the Khedive himself down to the humblest cultivator. That Turkish soldiers and Turkish officials possess many fine and admirable qualities is not disputed by any who know them well, but it cannot be said that the power of administering a subject province with justice and enlightenment is one of those qualities. It may safely be asserted that in a short while nothing would remain of the present structure which has been so laboriously raised. The wealth of the country would be drained off by every form of extortionate taxation to replenish the exhausted coffers of the Imperial Treasury, justice would become a thing of the past, and the mass of the population would learn by hard experience that, instead of being, as at present, the objects of the keenest interest and solicitude to those in authority over them, they were regarded merely as a subject race whose duty and privilege it was to toil for the benefit of their masters. Even the upper classes, who might, perhaps, expect to profit by the change in virtue of their influence and position, would, I cannot doubt, share to a great extent the same fate. There is little sympathy between the Ottoman Turk and the Turco-Egyptian Pasha, still less between the Turk and the rich fellah Notable. However well the Egyptian aristocracy might be treated in the first stage of the new order of things,

I am confident that in no long time they would find that they had exchanged the position of free citizens under a well-ordered government for that of subjects — in the fullest extent of the term — dependent on the pleasure of a practically irresponsible autocracy. || Nevertheless, in spite of these considerations, which are too generally overlooked or little understood, the names of the Khalif and his Imperial capital still possess the power to awaken enthusiasm in the minds of many Egyptian Moslems. In so far as this sentiment is founded upon pure devotion to religious faith and loyalty to the Head of that Faith, it cannot but excite some sympathy and respect. Such is without doubt the frame of mind of the writer of the inclosed letter. But as regards those would-be leaders of Egyptian thought who, without conviction and for their own purposes, endeavour under the guise of religious zeal to inspire the ignorant population with a craving for Turkish rule, it is difficult to speak too severely of their conduct. || It may confidently be said that there are many aspirations which may more worthily and advantageously occupy the attention of the Egyptians, and towards the reasonable attainment of which they may rely on the sympathy and co-operation of their European advisers. But it must be fully recognized that none of these aspirations could for a moment survive the accentuation of Turkish domination in the country. At the present time much is being said and written, amongst the educated classes, as to the development of self-governing institutions. I have frequently alluded to this subject in my annual Reports. Here I need only say that, in process of time and with increasing enlightenment, it may perhaps be found possible to take some steps in this direction. But for the attainment of this end it is European assistance and guidance, not Turkish rule, which are required. The first result of any tightening of the Sultan's hold over Egypt would undoubtedly be the marked limitation and diminution of the authority of the Khedive. The semiindependent position of the Khedives of Egypt has never been viewed with friendly eyes at Constantinople, and any opportunity of restricting and curtailing this independence would be gladly welcomed by the Suzerain Power. Under the conditions on which the Khedivate is now established, any attempt of this nature could, of course, be easily frustrated. But I should be happy to think that the Egyptians generally understood—as I am convinced that many of them do understand—that the only means by which they can hope to attain and to preserve that degree of administrative autonomy to which they now aspire, is by utilizing to the fullest extent the advantages which are now placed within their reach, and discouraging any insidious

attempts to draw closer the bond which connects Egypt wit the remainder of the Ottoman Empire. To this end all who dwell on Egyptian soil should, and I trust will, work together in a community of interest; the Egyptian, both Moslem and Christian, and the European who, whilst benefiting himself by the development of the country, has done, and is doing, so much to improve its resources and the material condition of its inhabitants. The real utility to Egypt of this latter category was, as is well known, for many years partly paralyzed by the existence of feelings of mutual jealously and mistrust, but these feelings seem happily to be now on the wane, a better understanding has been established, and I trust that a time may come when the Christian and Moslem residents in Egypt, the subjects of the Sultan and those of the Powers of Europe, will be cordially united in working for the common cause—the moral and material prosperity of Egypt and its inhabitants. But, I venture to repeat, the attainment of this object is not possible so long as a willing ear is lent to those who endeavour to instil into the minds of their countrymen a futile longing for the re-establishment of a past system which could only result in disappointment, and even disaster, to all those who came under its influence.

I have, &c.

(Signed) Cromer.

Anlage.

Unsigned Letter received by the Earl of Cromer.

In the Name of God, &c.

To Lord Cromer, His Britannic Majesty's Agent,
the Reformer of Egypt.

(Translation.) It is well known to you that the telegrams and newspapers appear each day, bringing nearer to us, as it seems, the likelihood of grave differences between England and the Empire on matters relating to our land of Egypt. But as the hopes of men for things desired are often disappointed, so also—for God is merciful to his creatures—do their fears of evil come to nought. We pray the Almighty that it may be so now. I who write these lines in the name of „All the People of Egypt," am not a statesman or a man of great name; my person and my dwelling are alike unknown to you, but I feel

constrained, inasmuch as I see many foolish acts committed, and hear many foolish words spoken, to stand on my feet and say the truth, as I think God has put it into my heart. || It is often said by fools, or by those who think thereby to make favour with the great, „The curse of God upon the Christian"; „May hell consume the unbeliever, his household and his possessions." These are unbecoming words, for curses pollute the lips of the curser, and the camel lies in wait for the driver who smites him unjustly. At the head of this letter I call you by the name of „The Reformer of Egypt", and by this name you are known between the seas and the deserts; also many, but not all, of the English who serve under you have followed in your footsteps as wise children carry on the traditions of their father. He must be blind who sees not what the English have wrought in Egypt: the gates of justice stand open to the poor; the streams flow through the land and are not stopped at the order of the strong; the poor man is lifted up and the rich man pulled down; the hand of the oppressor and the briber is struck when outstretched to do evil. Our eyes see these things, and we know from whom they come. You will say: "Be thankful, Oh, men of Egypt! and bless those who benefit you"; and very many of us—those who preserve a free mind and are not ruled by flattery and guile—are thankful. But thanks lie on the surface of the heart, and beneath is a deep well. While peace is in the land the spirit of Islam sleeps. We hear the Imam cry out in the mosque against the unbelievers, but his words pass by like wind and are lost. Children hear them for the first time and do not understand them; old men have heard them from childhood and pay no heed. But it is said, "There is war between England and Abdul-Hamid Khan." If that be so, a change must come. The words of the Imam are echoed in every heart, and every Moslem hears only the cry of the Faith. As men we do not love the sons of Osman; the children at the breast know their works, and that they have trodden down the Egyptians like dry reeds. But as Moslems they are our brethren; the Khalif holds the sacred places and the noble relics. Though the Khalif were hapless as Bayezid, cruel as Murad, or mad as Ibrahim, he is the shadow of God, and every Moslem must leap up at his call as the willing servant to his master, though the wolf may devour his child while he does his master's work. The call of the Sultan is the call of the Faith; it carries with it the command of the Prophet (blessings, &c.). I and many more trust that all may yet be peace; but, if it be war, be sure that he who has a sword will draw it, he who has a club will strike with it. The women will cry from the house-

tops, "God give victory to Islam!" You will say, "The Egyptian is more ungrateful than a dog, which remembers the hand that fed him. He is foolish as the madman who pulls down the roof-tree of his house upon himself." It may be so to worldly eyes, but in the time of danger to Islam, the Moslem turns away from the things of this world, and thirsts only for the service of his Faith, even though he looks in the face of death. May God (His Name be glorified) avert the evil!

Signed by one, in the name of the people of Egypt.

Cairo, May 10, 1906.

Bündnisse, Verträge, Konventionen, Protokolle usw.

Nr. 14002. **DEUTSCHES REICH und FRNAKREICH.** Abkommen, betreffend die Abgrenzung zwischen Kamerun und Französisch-Kongo vom 18. April 1908.

Nachdem die Regierung Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und die Regierung der Französischen Republik, vom Geiste gegenseitigen guten Einvernehmens beseelt, beschlossen haben, das von ihren beiderseitigen Delegierten behufs Abgrenzung der Kolonie Kamerun und Französisch-Kongo vorbereitete Abkommen in Kraft zu setzen, bestätigen die Unterzeichneten, nämlich || Seine Exzellenz Herr v. Schoen, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes des Deutschen Reiches, || und || Seine Exzellenz Herr Jules Cambon, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Französischen Republik bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser, || gebührend hierzu bevollmächtigt, das am 9. April d. Js. zu Berlin aufgestellte Protokoll nebst Anlagen, dessen Wortlaut hier folgt:

Protokoll.

Die Unterzeichneten || Dr. Friedrich v. Lindequist, Unterstaatssekretär im Reichs-Kolonialamt, || Dr. Otto Gleim, Geheimer Ober-Regierungsrat im Reichs-Kolonialamt, || Dr. Alexander Freiherr v. Danckelmann, Professor und Geheimer Regierungsrat im Reichs-Kolonialamt, || Albert Duchêne, Chef der afrikanischen Subdirektion im Kolonialministerium, || Henry Moll, Major (breveté) und Bataillonskommandeur in der Kolonialinfanterie, || Louis Hermite, Botschaftssekretär, || beauftragt von der Kaiserlich deutschen Regierung und von der Regierung der Französischen Republik ein Abkommen vorzubereiten, welches bestimmt ist, in Ausführung der Bestimmungen des Abkommens vom 15. März 1894, insbesondere der §§ III und VII des Anhangs des Protokolls vom 4. Februar 1894, die Grenze zwischen Kamerun und Französisch-Kongo genau festzusetzen und gewisse damit zusammenhängende Fragen zu regeln, haben sich über die nachstehenden Artikel geeinigt.

Artikel 1.

A. Die Grenze zwischen Kamerun und dem Congo français folgt, von Spanisch-Guinea (El Muni) ausgehend (Meridian 11° 20′ östlich Greenwich, 9° östlich Paris): || dem Kje(Kye)-Flusse von der Einmündung des Mwese (Mwézeu) bis zu seiner Mündung in den Ntem (Campo), || dem Ntem, von der Mündung des Kje bis zum Einfluß des Kom, || dem Kom, von seinem Zusammenfluß mit dem Ntem bis zu demjenigen linken Zufluß, welcher dem Flußgebiet des Aïna (Ajene, Ivindo) am nächsten kommt und welcher den Parallel 2° 15′ N. schneidet oder in seiner Nähe verläuft, || dem Lauf dieses Zuflusses von seiner Mündung in den Kom bis zu seinem Schnittpunkt mit dem Parallel 2° 15′ N., || dem Parallel 2° 15′ N. von seinem Schnittpunkt mit dem erwähnten Zufluß des Kom bis zu seinem Schnittpunkt mit demjenigen linken Zufluß des Aïna, der dem Flußgebiet des Kom am nächsten kommt und der von dem Parallel 2° 15′ N. geschnitten wird oder in seiner Nähe verläuft, || dem Lauf dieses Zuflusses von seinem Schnittpunkt mit dem Parallel 2° 15′ N. bis zu seiner Mündung in den Aïna, || dem Lauf des Aïna bis zu seinem östlichen Schnittpunkt mit dem Parallel 2° 10′ 20″ N. bei Pfeiler 13, || dem Parallel 2° 10′ 20″ N. vom Aïna bis zum Pfeiler 4 am Wege vom Dongo (Ndongo) nach Eta (Long) durch das Jua(Djua)-Tal, || der Wasserscheide zwischen dem Jua- und Masimlo (Masimbo) vom Pfeiler 4 bis zum Zusammenfluß der beiden Gewässer (Pfeiler 2). || Es herrscht Einverständnis, daß für den Fall, daß die Wasserscheide zwischen den beiden Punkten (Pfeiler Nr. 4 und Pfeiler Nr. 2) den deutschen Weg vom Dongo nach Eta durch das Masimlo-Tal schneiden sollte, die Grenze in gleicher Entfernung zwischen dem deutschen und französischen Wege — wie solche auf der dem gegenwärtigen Protokoll beigefügten Karte dargestellt sind — verlaufen würde. || Die Grenze folgt weiter dem Laufe des Jua vom Einfluß des Masimlo bis zum Dscha (Ngoko) und dem Laufe des Dscha bis zum Ssanga (Sangha). || Die Inseln des Kje, Ntem und des Kom bleiben bei Deutschland. || Die Inseln des Aïna und des Dscha fallen an Frankreich. || B. Die Grenze folgt dem Ssanga (Sangha), ausgehend von der Dscha(Ngoko)-Mündung bis zur Mündung des Njue(Nyoué) in den Ssanga, und zwar derart, daß sämtliche Inseln im Ssanga südlich eines Punktes 5 km nördlich des Dorfes Balbal, wie auf der Vertragskarte eingetragen, französisch, nördlich davon bis zur Njue-Mündung deutsch sind. || C. Die Grenze folgt weiterhin dem Njue bis zu einem Punkte etwa 5 km südlich Ngombaco, wie auf der diesem Vertrage beigefügten Karte angegeben ist. Dann geht sie in gerader Linie von diesem Punkt bis zu einem Punkt 15 km südlich Mauwei. || D. Der weitere Verlauf der Grenze

nach Norden wird mit der Maßgabe, daß, wenn nicht ausdrücklich anders bestimmt ist, die im einzelnen hier genannten Grenzpunkte durch gerade Linien verbunden werden, wie folgt festgesetzt: || Die Grenze geht von dem in Absatz C genannten Punkt 15 km südlich Mauwei zur nördlichsten Furt des Baches Boné (M'Boné) am Wege Jukaduma-Molei (Yocoduma-Molaï), ungefähr 7 km südwestlich Molei. || Von diesem Punkt zur Furt des Baches Baturi (Batouri) am Wege Babua-Benda (Yanga)-Bulambu dann Baturi abwärts in den Kadeï. || Dann Kadeï aufwärts bis zur Mündung des Bumbe 2 (Boumbé II) und den Bumbe 2 aufwärts bis zur Furt des Weges Wanda(Vanda)-Janga (Déson). || Dann zur Furt des Baches Mana am Weg Ngia(Nguia)-Bagari, etwa 16 km nordöstlich von Ngia. dann zur Furt des Gliba (Guirma) am Weg Binge(Bingué)-Aladji, etwa 10 km südlich Aladji, dann Gliba abwärts bis zur Mündung in den Kadeï, dann Kadaï aufwärts bis zur Quelle. || E. Von da bis zur Quelle des Bere, diesen Bach abwärts bis zu seiner Mündung in den Lom, Lom aufwärts bis zur Mündung des Bali, diesen Bach aufwärts bis zur Furt am Weg Kunde-Bóne (Kounde-M'Bone 1), etwa 18 km nordöstlich von Kunde. || Dann zu einem Punkt 3 km nördlich der auf der Vertragskarte eingetragenen Quelle des Mámbere, dann zur Furt des Baches Bóndo am Weg Kumbe-Bertua-Nu (Z. Coumbo-Bertoua-Z. No), dann zur Furt desselben Baches am Weg Kumbo-Karanga, dann zum Schnittpunkt der Wasserscheide zwischen Lom und Kongo mit dem Weg Belo Ngam(Gam)-Káranga, etwa 6 km südöstlich Belo Ngam. Von hier aus zu dem Berg etwa 9 km nördlich vom Mini am Weg Káranga-Nábemo (Nábemon). Von hier aus zur Furt des Mide am Weg Bougouda-Jakunde, zur Ngu-Furt am Weg Bone (Z. Boné II)-Baname, Ngu abwärts zur Mündung in den Mbĕrĕ. Dann den Mbĕrĕ abwärts bis zu seiner Vereinigung mit dem Wina (M'Bina). || F. Dann zu einem Punkt 5 km westlich des Ortes Di, dann zu einem Punkt 5 km westlich des Ortes M'Bé, dann zur Furt des Baches N'Diki am Weg Manti-Dol, etwa 14 km nordwestlich von Dol. || Dann zu einem Punkt halbwegs Mbongo(Bongo)-Manda Bosoro, dann zur Furt des Baches Giemgié am Wege Mbongo-M'Baqueu, dann zur Furt desselben Baches am Weg Samdsche (Diamdié)-M'Baquen, dann zur Furt des Sinabu (Sinambou) Samdsche-Tschimiang (Tieming), dann Sinabu abwärts bis zur Furt des Weges Dschĕbo-Wilĕka (Djebo-Quaïlega). || Dann zur Furt des Baches Bundeka am Wege Dari (Daré)-Weimba, ungefähr 11 km südlich Dari. Dann zur Furt des Baches Ginganfeu am Weg Mbade-Mbere (Bagi-M'Béré), etwa 12 km südwestlich von Mbade. Dann zur Furt des Baches Njebi (Ibi) an der Wegegabelung Lāme-Audjáli und Lāme-Bibene, dann Njele aufwärts zum Weg Lāme-Degolguia, dann auf

einen Punkt halbwegs zwischen Dschalume (Djaloumeï) und Wodepane (Guessalé), dann nordwärts zum Mao-Kabi (Mayo-Kabbi), dann diesen Fluß abwärts bis zum Meridian von Bipare, dann in einem Kreisbogen von etwa 2,5 km Radius westlich um den Mittelpunkt von Bipare herum bis zum Weg Bipare-Hamaiadschi (Hamajadi). || G. Dann zu einem Punkt etwa 5 km östlich Figil (Figuil) am Wege Figil-Djabili (Yabili). Dann zur Furt eines Baches etwa 6 km südlich Bidjar (Biguerh) am Weg Bidjar-Bursu (M'boursou). Dann zur Furt eines Baches etwa 3 km südöstlich Bidjar am Weg von dort nach Guébagué. Dann zur Furt des Baches More etwa 8 km nordöstlich Bidjar am Weg Bidjar-Sókeu (Sokoï). Dann zum Sasaiken an der Furt Bursu-Beduwa (Boudouba), etwa 3 km nordwestlich von Bursu. || Dann zu einem Punkt am Weg Bipare-Gubara (Goubara), etwa 2 km nördlich Bipare. Dann zu der Furt des Baches Diro (Toucoufaï) am Weg Binder-Garei (Bindéré-Garé), etwa 8 km nordwestlich Binder (astronomischer Beobachtungspfeiler). Dann zu einem Punkt am Weg Binder-Dumru (Dumru), 4 km nördlich Binder, dann zu einem Punkt am Wege Binder-Gidigis 5 km nordöstlich von Binder, dann zu einem Punkte 5 km südlich von Dsigilau (Diguélao) am Weg Dsigilau-Mindiffi. || Dann zu einem Punkt halbwegs Dudula (Doudoula)-Gouyou, dann zu einem Punkt halbwegs Duei (Doué)-Gouyou, dann zu einem Punkt halbwegs Soei-Boulambali, dann zu einem Punkt halbwegs Soei-Nim Bak'ri, dann zu einem Punkt halbwegs Koumana-Nim Bak'ri, dann zu einem Punkt halbwegs Koumana-Forkumaï, dann zu einem Punkt halbwegs Tāāla (Tala)-Forkumaï, dann zu einem Punkt halbwegs Sakumkeia (Soumkaia)-Forkumaï, dann zu einem Punkt halbwegs Sakumkeia-Fornumei (Folmaï), dann zu einem Punkt 2 km südlich Komergi (Kamargui-Irle) am westlichen Ufer des Tuburi-Sumpfes (Fianga-Sees), dann zu einem Punkt am östlichen Ufer 2 km südlich von Gisei-Gibi (Guibi). || Dann zu einem Punkt halbwegs Pia-Made, dann zu einem Punkt halbwegs Folokoi-Goumoune, dann zu einem Punkt 3 km südlich Karam. || H. Von hier aus zu einem Punkt am rechten Logone-Ufer 2 km nordwestlich von Ham (Vermessungszeichen). Von hier aus zu einem Punkt halbwegs Gaia-Tschoimbla (Gaya-Tschoymla), dann zu einem Punkt halbwegs Tschaken-Gogodon (Tchaguen-Bouloussou), dann zur Furt des Ba-Ili am Weg von Tschaken Gogodon nach Maula, dann zu einem Punkt halbwegs Mudigil-Aloa 3 km östlich Mudigil, dann zu einem Punkt 5 km westlich Tauan, dann zur Mündung des Ba-Ili in den Schari (Chari). || J. Von hier aus läuft die Grenze Schari abwärts bis zu seiner Mündung in den Tschad (Tchad)-See. || K. Von der Mündung des schiffbaren Haupt-Schari-Armes in den Tschad-See, so wie sie in der dem

Vertrag beigefügten Karte dargestellt ist, geht die Grenze bis zum Schnittpunkt des Meridians 14° 28′ östlich Greenwich (12° 8′ östlich Paris) mit dem Parallel 13° 5′ N., läuft dann auf diesem Parallel nach Westen bis zur französisch-englischen Grenze (französisch-englisches Abkommen vom 29. Mai 1906. || Es herrscht Einverständnis darüber, daß die westlich und südlich der im vorstehenden Absatz beschriebenen Grenze liegenden Inseln des Tschad zum deutschen Gebiet gehören. Die östlich und nördlich der genannten Grenze liegenden Inseln gehören zum französischen Gebiete.

Artikel 2.

Deutschland bezüglich der Gewässer des Benue und seiner Zuflüsse, soweit sie im deutschen Gebiete liegen, und Frankreich bezüglich desjenigen Teils des Mao Kabi und der anderen Zuflüsse des Benue, welche im französischen Gebiete liegen, erkennen gegenseitig ihre Verpflichtungen an, die in den Artikeln 26, 27, 28, 29, 31, 32, 33 der Berliner Akte vom 26. Februar 1885 aufgeführten, auf die Freiheit der Schiffahrt und des Handels bezüglichen Bestimmungen anzuwenden und ihnen Geltung zu verschaffen. || Deutschland und Frankreich sichern sich beiderseitig den Genuß dieser nämlichen Bestimmungen zu, soweit sie sich auf die Schiffahrt auf dem Schari, Logone und ihrer Zuflüsse beziehen. || Die vertragschließenden Mächte verpflichten sich gegenseitig, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die Freiheit der Schiffahrt auf den vorerwähnten Gewässern tatsächlich zu sichern. Zu dem Zwecke werden sie nach erfolgter Ratifizierung des gegenwärtigen Abkommens ein gemeinsames Schiffahrtsreglement vorbereiten. || Die Bestimmungen dieses Schiffahrtsreglements sollen auf die Schiffahrt auf dem Kongo, dem Ssanga und seinen Nebenflüssen in gleicher Weise Anwendung finden.

Artikel 3.

In den beiderseitigen Besitzungen, welche in den Becken des Benue und seiner Zuflüsse, des Schari, des Logone und ihren Zuflüssen liegen, sowie auch in dem französischen Gebiete südlich des dreizehnten Grades nördlicher Breite sollen die Staatsangehörigen, die Schutzgebietsangehörigen und die Schutzbefohlenen der beiden Länder bezüglich der Benutzung der Landstraßen und anderer Verbindungswege zu Lande auf dem Fuße vollkommener Gleichheit behandelt werden. In den genannten Gebieten sollen die beiderseitigen Staatsangehörigen, Schutzgebietsangehörigen und Schutzbefohlenen bezüglich der zur Ausübung und Entwicklung ihres Handels und ihrer Industrie erforderlichen Erwerbungen und Anlagen denselben Vorschriften unterworfen sein und dieselben Ver-

günstigungen genießen. || Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind die Landstraßen und Verbindungswege zu Lande in den Küstenbecken des Französisch-Kongo, die nicht in dem in der Berliner Akte festgesetzten konventionellen Kongobecken belegen sind. || Dagegen finden die oben gedachten Bestimmungen Anwendung auf die Straße Yola—Ngaundere—Kunde—Gasa—Bania und zurück. || In den in Absatz 1 dieses Artikels bezeichneten Gebieten sollen die Zoll- oder Steuertarife, welche etwa von dem einen oder dem anderen Teile aufgestellt werden, hinsichtlich der Staatsangehörigen, Schutzgebietsangehörigen und Schutzbefohlenen beider Länder keinerlei verschiedenartige Anwendung zulassen.

Artikel 4.

Die beiderseitigen Uferbewohner sollen in den deutschen und französischen Territorialgewässern des Tschad-Sees und in den in den vorstehenden Artikeln genannten Gewässern, soweit die letzteren einen Teil der Grenze bilden, gleiche Rechte betreffs Fischfang und Schiffahrt haben.

Artikel 5.

Das Protokoll vom 4. Februar 1894 nebst Anhang, ebenso wie das Abkommen vom 15. März 1894 treten außer Kraft.

Artikel 6.

Zur Unkund dessen haben die Beauftragten das gegenwärtige Protokoll errichtet und ihre Unterschrift darunter gesetzt.

Geschehen zu Berlin in doppelter Ausfertigung am 9. April 1908.

(gez.) v. Lindequist. Gleim. v. Danckelmann.
Duchêne. Moll. Hermite.

Anhang.

Artikel 1.

Die Vermarkung der im vorstehenden Abkommen beschriebenen Grenze soll innerhalb einer Frist von vier Monaten nach der Ratifikation des Abkommens an Ort und Stelle beginnen.

Artikel 2.

Die mit der Grenzvermarkung zu beauftragenden Kommissare sollen ermächtigt sein, in Fällen, in denen die Grenze zwei Punkte des nämlichen Wasserlaufs in gerader Linie verbindet, diese gerade Linie durch den betreffenden Wasserlauf zu ersetzen, sofern er sich nicht allzuweit von ihr entfernt. In gleicher Weise sollen sie ermächtigt sein,

unbedeutende Änderungen in Anlehnung an die natürlichen Geländelinien zu treffen, so oft sie es nach gemeinsamem Übereinkommen für nützlich und angemessen halten, jedoch mit der Einschränkung, daß die territoriale Zugehörigkeit der im Vertrag erwähnten Dörfer nicht geändert werden darf. || Solche Abänderungen müssen auf Spezialkarten klar verzeichnet und den heimischen Regierungen zur Genehmigung unterbreitet werden. Doch sollen diese Abänderungen der geradlinigen Grenzen vorbehaltlich der Ratifikation vorläufig als Grenzen gelten und als solche beachtet werden.

Artikel 3.

Wo irgend welches Land auf Grund des gegenwärtigen Abkommens der Jurisdiktion der einen Macht entzogen und der der anderen unterstellt wird, soll den Bewohnern solchen Landes gestattet sein, frei zu wählen, auf welcher Seite der Grenze sie sich ansiedeln wollen, und es soll ihnen innerhalb eines Jahres nach Abschluß der Ratifikation gestattet sein, auf dem Felde stehende Ernten einzubringen und die Produkte nebst allem ihrem Eigentum mit sich zu nehmen. || Nach Ablauf eines Jahres, von der Ratifikation an gerechnet, hat jede der vertragschließenden Mächte die Berechtigung, je nach Maßgabe ihrer Verfassung die Bestimmungen festzusetzen, welche die Ein- und Auswanderung der eingeborenen Bevölkerung regeln sollen.

Artikel 4.

In Fällen, in denen ein Fluß oder Bach die Grenze bildet, soll der Talweg desselben die Grenze abgeben; wenn jedoch ein eigentlicher Talweg nicht zu erkennen ist, sowie bei Flußschnellen, soll die Mitte des Bettes die Grenze bilden. || Außerdem verläuft die Grenze in dem Bereich der Inseln halbwegs zwischen diesen und demjenigen Ufer, welches nicht der gleichen Macht gehört wie die Inseln.

Artikel 5.

Unbeschadet der im Artikel 4 des Anhanges getroffenen allgemeinen Bestimmungen, daß im Kadeï, Bumbe 2 und Schari der Talweg dieser Flüsse die Grenze bildet, behalten sich die beteiligten Regierungen vor, in denjenigen Fällen, in denen eine anderweitige Regelung des Besitzstandes an den Inseln der genannten Flüsse im Interesse der beiderseitigen Uferbewohner sich später als wünschenswert herausstellen sollte, Änderungen in der territorialen Zugehörigkeit dieser Inseln auf Grund von gemeinsamen Vorschlägen der beiderseitigen örtlichen Verwaltungsorgane aus Billigkeitsgründen unter Gewährung von entsprechen-

den Kompensationen eintreten zu lassen. ‖ Sollte es sich ferner später herausstellen, daß die in dem Artikel 1, Absatz A und B des gegenwärtigen Abkommens hinsichtlich der Regelung des Besitzstandes der im Kje, Ntem, Kom, Aïna, Dscha und Ssanga gelegenen Inseln getroffenen Bestimmungen zu Unzuträglichkeiten führen, so behalten sich die beteiligten Regierungen eine Abänderung dieser Vereinbarungen jedoch unter der Voraussetzung vor, daß keiner der beiden Teile ohne entsprechende Kompensation für den anderen einen Vorteil erhält.

Artikel 6.

Durch Übereinkunft der deutschen und französischen Abteilung der Süd-Grenz-Expedition werden für die Breiten der Pfeiler, welche den Parallel 2° 10′ 20″ N. bestimmen sollen, die folgenden Werte festgesetzt:

Nr. des Pfeilers	Bezeichnung	Breite	Entfernung in m vom Parallel 2° 10′ 20″	
			südlich	nördlich
		° ′ ″		
4	Weg von Dongo nach Eta durch das Jua-Tal	2 9 59,0	644	—
5	Direkter Weg von Suanke (Suangé) nach Eta	2 10 18,2	55	—
6	Westlicher Weg von Suanke nach Eta .	2 10 20,0	—	—
7	Am Sua (Zoa)-Bach	2 10 21,7	—	52
8	Am See-Bach	2 10 22,5	—	77
9	Am Missum-Missum (Missoum-Missoum)-Bach	2 10 19,0	31	—
10	Am Karagoa-Bach	2 10 18,0	61	—
11	Nördlich von Maka	2 10 21,8	—	55
12	Am Nsanga-Bach	2 9 57,4	694	—
13	Am Aïna-Fluß	2 10 13,4	203	—

Artikel 7.

Die Grenzpfeiler Nr. 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 längs der Südgrenze sowie die bei der in Aussicht genommenen Grenzvermarkungslinie längs der Ostgrenze neu zu errichtenden Grenzpfeiler stehen unter gemeinsamem Schutz der deutschen und französischen Regierung. Sollte es später nötig werden, einen Grenzpfeiler zu erneuern, so soll jede Regierung zu diesem Zwecke einen Vertreter entsenden. Sollte es ferner später nötig werden, die Grenze durch weitere Pfeiler genauer zu mar-

kieren, so soll jede Regierung zu dem Bau von Zwischenpfeilern einen Vertreter entsenden. Die Lage dieser Zwischenpfeiler soll durch den auf der Vertragskarte niedergelegten Verlauf der Grenze bestimmt werden.

Artikel 8.

Die französische Regierung sichert Deutschland östlich der von Bomassa zum Punkt 15 km südlich Mauwei führenden geraden Linie den zusammenhängenden Besitz von 2500 qkm zu. || Für den Fall, daß die Fläche zwischen dieser geraden Linie und der durch Artikel 1, Absatz B und C bestimmten Grenze weniger als 2450 qkm betragen sollte, würde sie auf 2500 qkm zu ergänzen sein mit Hilfe eines Gebietes, das, ausgehend von der Vereinigung des Njue mit dem Ssanga, im Osten und Westen durch diese Flüsse, im Norden durch einen entsprechenden Parallel begrenzt wird. || Für den Fall, daß das fragliche Gebiet sich als größer wie 2550 qkm herausstellen sollte, würde es auf 2500 qkm zu verkleinern sein, indem man den in Artikel 1, Absatz C ins Auge gefaßten Ausgangspunkt der Grenze, von dem sie nach dem Punkt 15 km südlich Mauwei verlaufen soll, weiter westlich rückt. || Falls das fragliche Gebiet zwischen 2450 und 2550 qkm groß ist, soll keine Veränderung an der Grenzlinie, wie sie im Artikel 1, Absatz C beschrieben ist, vorgenommen werden. || Die Dörfer Ngombaco und Licagota bleiben französisch, sowohl in dem Fall, daß spätere Vermessungen eine Lageveränderung von weniger als 5 km in ost-westlicher Richtung gegenüber der Vertragskarte feststellen sollten, auch wenn die Dörfer dabei westlich der Grenzlinie zu liegen kämen, als auch in dem Fall, daß die Lageveränderung 5 km übersteigt, solange die Dörfer dabei noch östlich der Grenze bleiben. || Dagegen werden sie deutsch, wenn die ost-westliche Lageveränderung 5 km übersteigt und sie dadurch zugleich westlich der Grenze zu liegen kommen. || Auf jeden Fall bleibt die Grenze mindestens 5 km vom Mittelpunkte dieser Dörfer entfernt und wird nötigenfalls zu diesem Zweck in einem Kreisbogen von 5 km Radius westlich bezw. östlich um den Dorfmittelpunkt herumgeführt.

Artikel 9.

Für die in diesem Abkommen getroffenen Bestimmungen sind die demselben beigefügten Karten maßgebend.

Als Anlage zum Protokoll vom 9. April 1908 genehmigt.

Berlin, den 9. April 1908.

(L. S.) gez. v. Lindequist. Gleim. v. Danckelmann.
Duchêne. Moll. Hermite.

Das gegenwärtige Abkommen wird ratifiziert und die Ratifikationsurkunden werden in Berlin spätestens am 1. August 1908 ausgetauscht werden. || In einer Frist von längstens vier Monaten nach erfolgtem Austausch der Ratifikationsurkunden sollen die Verwaltungs- und militärischen Posten zurückgezogen sein, welche von jeder der vertragschließenden Mächte außerhalb der für sie durch das jetzige Abkommen bestimmten Grenzen in den beiderseitigen Besitzungen etwa errichtet sind. || Mit Ablauf dieser Frist gelten die im gegenwärtigen Abkommen vereinbarten gegenseitigen Gebietsabtretungen als vollzogen.

Geschehen zu Berlin, den 18. April 1908,
in zwei Exemplaren.
gez. v. Schoen.
gez. Jules Cambon.

Nr. 14003. **GROSZBRITANNIEN und BULGARIEN.** Handels- und Schiffahrtsvertrag.

Sofia, 9. Dezember. 1905.

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes, d'une part, et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie, d'autre part; || Désirant développer et faciliter les relations commerciales qui existent déjà entre les deux pays, ont décidé de conclure une nouvelle Convention à ce sujet, et ont désigné pour leurs Plénipotentiaires, à savoir: || Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes, Sir George William Buchanan, Chevalier Commandeur de l'Ordre Royal de Victoria, Compagnon de l'Ordre très honorable du Bain, Agent et Consul-Général de Sa Majesté Britannique à Sofia; || Et Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie, Monsieur Dimitri Stancioff, Docteur en Droit, Ministre Plénipotentiaire, Grand-Croix de l'Ordre National pour le Mérite Civil, Grand Officier de l'Ordre Princier de Saint-Alexandre en brillants; || Lesquels, après s'être réciproquement communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont convenu des Articles suivants: —

Article I.

Il y aura pleine et entière liberté de commerce et de navigation entre les territoires des deux Parties Contractantes. || Les sujets de chacune des deux Parties Contractantes ne seront pas soumis, à raison de leur commerce ou de leur industrie dans les ports, villes, ou lieux quel-

conques des États respectifs, soit qu'ils s'y établissent, soit qu'ils y résident temporairement, à des taxes, impôts, ou patentes, sous quelque dénomination que ce soit, autres ou plus élevés que ceux qui seront perçus sur les nationaux ou les ressortissants de la nation la plus favorisée. || Les privilèges, immunités, et autres faveurs quelconques dont jouissent ou jouiront en matière de commerce, d'industrie, et de navigation les nationaux de l'une des Parties Contractantes seront communs à ceux de l'autre.

Article II.

Les ressortissants des deux Parties Contractantes seront exempts dans les territoires de l'autre de tout service militaire, de toute prestation et réquisition militaires. || Sont, toutefois, exceptées les charges qui sont attachées à la possession, à titre quelconque, d'un bien-fonds, ainsi que les prestations et les réquisitions militaires auxquelles tous les nationaux et les ressortissants de la nation la plus favorisée peuvent être appelés à se soumettre comme propriétaires fermiers ou locataires d'immeubles. || Ils seront dispensés également de toute fonction officielle obligatoire, judiciaire, administrative, ou municipale quelconque autre que celles imposées par les lois relatives aux jurys.

Article III.

Les sujets de chacune des Parties Contractantes pourront, en quelque lieu que ce soit des possessions de l'autre Partie, exercer toute espèce d'industrie, faire le commerce tant en gros qu'en détail de tous produits, objets fabriqués ou manufacturés et articles de commerce licite, soit en personne, soit par leurs agents, seuls ou en entrant en société commerciale avec des étrangers ou avec des nationaux; ils pourront y acquérir, louer, et occuper des maisons et boutiques, acquérir, louer, et posséder des terres, le tout en se conformant, comme les nationaux eux-mêmes et les ressortissants de la nation la plus favorisée, aux lois et règlements des pays respectifs.

Article IV.

Chacune des deux Parties Contractantes s'engage à faire profiter l'autre, immédiatement et sans compensations, de toute faveur, de tout privilège ou abaissement dans les tarifs de droits à l'importation ou à l'exportation des articles, mentionnés ou non dans la présente Convention, qu'une d'elles a accordés ou pourrait accorder à une tierce Puissance étrangère. || Les Parties Contractantes s'engagent en outre à n'établir, l'une envers l'autre, sauf pour des motifs sanitaires ou pour empêcher soit la propagation d'épizooties soit la destruction des récoltes, ou en ce qui

concerne les articles primés, ou bien en vue d'événements de guerre, aucun droit ou prohibition d'importation ou d'exportation qui ne soit, en même temps, applicable aux autres nations. || Les sujets et marchandises Britanniques en Bulgarie, et les sujets et marchandises Bulgares dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, jouiront d'une parfaite égalité de traitement avec les ressortissants et marchandises nationales et les ressortissants et marchandises de tout autre État étranger en tout ce qui concerne la consommation, l'entreposage, les primes, les drawbacks, les facilités, la réexportation, le transit, le transbordement, l'accomplissement des formalités de douane, et en général pour tout ce qui se rapporte à l'exercice du commerce ou de l'industrie.

Article V.

Les marchandises d'origine ou de manufacture Bulgare seront admises, à l'entrée du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande, au bénéfice des taxes les plus réduites applicables aux marchandises similaires originaires des autres nations étrangères qui y sont ou y seront établies. || Les marchandises d'origine ou de manufacture Britannique acquitteront à leur entrée en Bulgarie les droits inscrits sur le Tarif annexé à la présente Convention.

Article VI.

Les droits intérieurs perçus pour le compte de l'État, des communes ou corporations qui grèvent ou qui grèveront la production, la fabrication ou la consommation d'un article dans les territoires de l'une des Parties Contractantes ne frapperont, sous aucun prétexte, les produits de l'autre d'une manière plus forte ou plus gênante que les produits indigènes de même espèce ou les produits de la nation la plus favorisée. || Les produits du sol et de l'industrie de l'un des pays importés dans les territoires de l'autre et destinés à l'entreposage ou au transit ne seront soumis à aucun droit interne.

Article VII.

Les dispositions de cette Convention quant à l'accord mutuel du traitement de la nation la plus favorisée, s'appliquent sans réserves au traitement des voyageurs de commerce et de leurs échantillons. || Il est convenu que les cartes de légitimation pour les voyageurs de commerce représentant des maisons Britanniques pourront être délivrées par les chambres de commerce dans le Royaume-Uni, conformément au modèle ci-joint. Les voyageurs de commerce devront être munis conformément à l'Article 6 de la loi Bulgare du $\frac{26 \text{ Mars,}}{8 \text{ Avril,}}$ 1905, sur les voyageurs de commerce, d'une patente spéciale dont la taxe au profit de l'Etat ne dé-

passera pas 150 francs pour toute l'année et 100 francs pour six mois, si les voyageurs de commerce représentent une seule maison commerciale. Lorsqu'ils en représentent plus d'une, cette taxe est majorée encore de 100 francs pour toute l'année et de 50 francs pour six mois. || Il est entendu que ces taxes ne frapperont que la maison commerciale et que par conséquent cette taxe ne sera payée qu'une fois, n'importe que la maison commerciale envoie un ou plusieurs voyageurs à son service.

Article VIII.

Les navires Bulgares et leurs cargaisons dans le Royaume-Uni, et réciproquement les navires Britanniques et leurs cargaisons en Bulgarie, à leur arrivée, soit directement du pays d'origine, soit d'un autre pays, et quel que soit le lieu de provenance ou la destination de leurs cargaisons, jouiront, sous tous les rapports, du même traitement que les navires nationaux et leurs cargaisons. || Aucun droit, taxe, ou charge quelconque, pesant sous quelque dénomination que ce soit, sur la coque du navire, son pavillon ou sa cargaison, et perçu au nom ou au profit du Gouvernement, de fonctionnaires publics, de particuliers de corporations ou d'établissements quelconques, ne sera imposé aux bâtiments de l'un des deux États dans les ports de l'autre, à leur arrivée, durant leur séjour et à leur sortie, qui ne serait également et dans les mêmes conditions imposé aux navires nationaux.

Article IX.

Tous les navires qui, en conformité des lois Britanniques, doivent être considérés comme navires Britanniques, et tous les navires qui, en conformité des lois de la Bulgarie, doivent être considérés comme navires Bulgares, seront, en ce qui concerne l'application de la présente Convention, considérés respectivement comme navires Britanniques ou Bulgares.

Article X.

En tout ce qui concerne le placement des navires, leur chargement et leur déchargement dans les ports, rades, havres, bassins, fleuves, rivières, ou canaux, et généralement pour toutes les formalités et dispositions quelconques auxquelles peuvent être soumis les navires de commerce, leurs équipages et leurs cargaisons, il ne sera accordé aux navires nationaux de l'un des deux États aucun privilège ni aucune faveur qui ne le soit également aux navires de l'autre, la volonté des Parties Contractantes étant que, sous ce rapport, les bâtiments Bulgares et les bâtiments Britanniques soient traités sur le pied d'une parfaite égalité

et jouissent réciproquement des avantages accordés à la nation la plus favorisée.

Article XI.

Les navires Bulgares entrant dans un port Britannique, et réciproquement les navires Britanniques entrant dans un port Bulgare, qui n'y viendraient décharger qu'une partie de leur cargaison, pourront, en se conformant, toutefois, aux lois et règlements des États respectifs, conserver à leur bord la partie de la cargaison qui serait destinée à un autre port, soit du même pays, soit d'un autre, et la réexporter sans être astreints à payer, pour cette dernière partie de leur cargaison, aucun droit de douane.

Article XII.

Les navires de l'un des États Contractants jouiront dans l'autre du traitement de la nation la plus favorisée, pour tout ce qui concerne le cabotage. || Les navires Bulgares et les navires Britanniques pourront passer d'un port de l'un des deux Etats dans un ou plusieurs ports du même État, soit pour y déposer toute ou partie de la cargaison apportée de l'étranger, soit pour y composer ou compléter leur chargement à destination étrangère.

Article XIII.

Les navires et marchandises Britanniques en Bulgarie et les navires et marchandises Bulgares dans le Royaume-Uni jouiront, quant aux taxes de tonnage, de port, de pilotage, de phare, de quarantaine, et à tous les autres droits similaires perçus dans les ports, bassins, docks, rades et havres des pays contractants, et sous tous les autres rapports, du même traitement que les navires et marchandises nationaux et ceux appartenant à la nation la plus favorisée.

Article XIV.

Tout navire de l'un des deux États qui sera forcé par le mauvais temps ou par un accident en mer de se réfugier dans un port de l'autre État aura la liberté de se radouber, de s'y pourvoir de tous les objets qui lui seront nécessaires et de se remettre en mer, sans avoir à payer d'autres droits que ceux qui seraient acquittés, en pareille circonstance, par un bâtiment sous pavillon national. || En cas de naufrage ou d'échouement, le navire ou ses débris, les papiers de bord et tous les biens et marchandises qui en auront été sauvés ou le produit de la vente, si elle a eu lieu, seront remis aux propriétaires ou à leurs agents, sur leur réclamation. || L'intervention des autorités locales dans le sauvetage ne donnera lieu à la perception de frais d'aucune espèce, hors ceux que

nécessiteraient les opérations de sauvetage et la conservation des objets sauvés, ou autres que ceux auxquels seraient soumis, en pareil cas, les navires nationaux. || Les Parties Contractantes conviennent en outre que les marchandises et effets sauvés ne seront assujettis au paiement d'aucun droit de douane, à moins qu'on ne les destine à la consommation intérieure.

Article XV.

Les sujets de l'un des États Contractants jouiront dans l'autre de la même protection que les nationaux pour tout ce qui concerne la propriété des marques de fabrique et de commerce, sous la condition de remplir les formalités prescrites à cet égard par la législation respective des deux pays.

Article XVI.

Il est fait exception aux stipulations de la présente Convention en ce qui concerne les avantages dont les produits de la pêcherie nationale sont ou pourront être l'objet. || Toutefois, sous ce rapport les ressortissants des deux Parties Contractantes jouiront du traitement de la nation la plus favorisée.

Article XVII.

Les dispositions qui précèdent ne s'appliquent point — || 1. Aux faveurs actuellement accordées ou qui pourraient être accordées ultérieurement à d'autres États limitrophes pour faciliter le trafic local en dedans d'une zone correspondante au district-frontière de chacun des deux pays, mais qui ne dépassera pas 15 kilom. de largeur de chaque côté de la frontière; || 2. Aux obligations imposées à l'une des deux Parties Contractantes par les engagements d'une union douanière déjà contractée ou qui pourrait l'être à l'avenir.

Article XVIII.

En cas qu'il surgisse entre les Parties Contractantes un litige à l'égard de l'interprétation ou de l'application des tarifs annexés à la présante Convention, y compris les dispositions additionelles relatives à ces tarifs, ainsi que des taux des tarifs conventionnels stipulés entre les Parties Contractantes et des États tiers, ce litige sera réglé, sur la demande de l'une ou de l'autre Partie, par l'arbitrage. || Le tribunal arbitral sera constitué pour chaque litige de manière que chaque Partie nomme un arbitre parmi les ressortissants compétents de son pays et que les deux Parties choisissent pour surarbitre un ressortissant d'un tiers pays ami. Les Parties Contractantes se réservent de s'entendre, d'avance et pour une certaine période, sur la personne du surarbitre à désigner. ||

Le cas échéant, et sous la réserve d'une entente spéciale à cet effet, les Parties Contractantes soumettront également à l'arbitrage d'autres litiges sur l'interprétation ou l'application de la présente Convention que ceux désignés au premier alinéa.

Article XIX.

Les Annexes ainsi que le protocole final seront considérés comme formant partie intégrante de la présente Convention.

Article XX.

Les dispositions de la présente Convention ne seront pas applicables à aucune colonie, ni possession, ni protectorat d'outre mer de Sa Majesté Britannique, que dans le cas où une notification à cet effet sera donnée de la part de telle colonie, possession, ou protectorat, par le Représentant de Sa Majesté à Sofia, au Ministre des Affaires Étrangères de Son Altesse Royale le Prince de Bulgarie, dans un délai d'un an à partir de la date de l'échange des ratifications de cette Convention. || Toutefois, les produits et les manufactures de toute colonie, possession, ou protectorat de Sa Majesté jouira absolument sans conditions en Bulgarie du traitement de la nation la plus favorisée tant que telle colonie, possession, ou protectorat accordera aux marchandises d'origine ou de manufacture Bulgare un traitement aussi favorable que celui qu'elle accorde aux produits et aux manufactures similaires de tout autre pays étranger. || Le Gouvernement de Sa Majesté Britannique aura de même le droit de faire cesser séparément, et à tout temps, les effets de la présente Convention, en donnant, douze mois d'avance, une notification à cet effet, de la part de toute colonie, possession, ou protectorat qui aurait donné son adhésion. || Il est entendu que les dispositions de cet Article s'appliquent également à l'Ile de Chypre.

Article XXI.

La présente Convention sera ratifiée, et les ratifications en seront échangées à Sofia aussitôt que possible. Elle entrera en vigueur le 1er / 14 Janvier, 1906; elle restera exécutoire jusqu'au 1er / 14 Janvier, 1911.

Dans le cas où aucune des deux Parties Contractantes n'aurait notifié, douze mois avant l'expiration de la dite période, son intention de faire cesser les effets de la Convention, cet acte demeurera obligatoire jusqu'à l'expiration d'un an à partir du jour où l'une ou l'autre des Parties Contractantes l'aura dénoncé. || En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leurs cachets.*)

(L.S.) George W. Buchanan.

(L.S.) Stancioff.

---

*) Anmerkung. Modelle und Tarife sind fortgelassen. Red.

Protocole Final.

Au moment de procéder à la signature de la Convention Commerciale conclue en date de ce jour, les Soussignés ont convenu de ce qui suit: —

Ad Article I.

Il ne sera prélevé aux frontières de mer et du Danube aucun droit de douane ni autre taxe ou charge autre ou plus élevé que ceux qui sont prélevés à toute frontière de terre sur les articles similaires.

Ad Article III.

Les dispositions de l'Article III relatives au libre exercice des professions ne seront pas appliquées en Bulgarie aux cabaretiers des villages, aux pharmaciens, aux courtiers, colporteurs et marchands ambulants.

Ad Article IV.

Il est entendu que l'expression „primes" mentionnée au second alinéa de cet Article ne vise pas les avantages qui sont accordés à l'industrie nationale en Bulgarie en vertu de la Loi Bulgare du 25 Janvier (7 Février), 1905, pour l'encouragement des industries nationales, le cas des sucres excepté.

Ad Article VI.

Droits d'Octroi et d'Accise.

Les marchandises d'origine ou de manufacture Britannique acquitteront à leur entrée en Bulgarie les droits d'octroi et d'accises indiqués dans la Loi du 31 Janvier (13 Février), 1905, sur les accises et dans la Loi du $\frac{\text{20 Janvier.}}{\text{2 Février.}}$ 1900, sur les octrois modifiées par celles du 30 Décembre, 1903 (12 Janvier, 1904), et du 28 Mars (10 Avril), 1905.

Les taux de ces droits se trouvent dans le Tableau ci-annexé à titre d'indication: —

Ad Article XVIII.

Arbitrage.

A l'égard de la procédure dans les cas où l'arbitrage a lieu d'après les dispositions de l'Article XVIII, les Parties Contractantes ont convenu de ce qui suit: — || Au premier cas d'arbitrage, le Tribunal Arbitral siégera dans le territoire de la Partie Contractante défenderesse, au second cas dans le territoire de l'autre Partie Contractante, et ainsi de suite alternativement dans l'un et dans l'autre territoire. La Partie sur le territoire de laquelle siégera le Tribunal désignera le lieu du siège. Elle aura la charge de fournir les locaux, les employés de bureau et le

personnel de service nécessaires pour le fonctionnement du Tribunal. || Le Tribunal sera présidé par le Surarbitre. Les décisions seront prises à la majorité des voix. || Les Parties Contractantes s'entendront, le cas échéant ou une fois pour toutes, sur la procédure du Tribunal Arbitral. A défaut d'une telle entente, la procédure sera réglée par le Tribunal lui-même. La procédure pourra se faire par écrit, si aucune des Parties Contractantes ne soulève d'objection. || Pour la citation et l'audition des témoins et des experts, les autorités de chacune des Parties Contractantes, sur la réquisition du Tribunal Arbitral à adresser au Gouvernement respectif, prêteront leur assistance de la même manière que sur les réquisitions des Tribunaux Civils du pays.

Les Parties Contractantes s'entendront sur la répartition des frais, soit à l'occasion de chaque arbitrage, soit par une disposition applicable à tous les cas. A défaut d'entente, l'Article LVII de la Convention de La Haye du 29. Juillet, 1899, sera appliqué.

Les stipulations de la présente Convention ne seront pas invoquées pour empêcher l'établissement ou le maintien des monopoles d'État en Bulgarie sur la poudre, le tabac, l'alcool, le pétrole, le sel, les allumettes, le papier à cigarettes, et les cartes à jouer.

Il sera permis aux Compagnies de Navigation et aux propriétaires bateaux Britanniques faisant un service régulier de transport, de louer dans le rayon dans les ports Bulgares, pour leurs bureaux, ateliers, et magasins, des terrains, même appartenant à l'État, et contre un prix convenable, lorsqu'il n'en aura pas besoin pour d'autres usages. Il reste entendu que les dits magasins seront considérés comme entrepôts dès qu'ils répondent aux exigences légales.

Taxes accessoires.

Il est entendu que les navires Britanniques et les marchandises de provenance Britannique importés par voie d'eau ou par terre, après avoir, acquittées les droits d'entrée, ne seront soumis en Bulgarie à aucun droit additionnel ou à des taxes accessoires nouvelles ou supérieures à celles qui existent actuellement à l'égard des marchandises et navires nationaux, et de ceux du pays étranger le plus favorisé, à savoir: — || 1. Le droit de plombage, à savoir: — || (*a.*) 30 centimes pour chaque grand plomb, la ficelle y comprise, et || (*b*) 5 centimes pour chaque petit plomb ou cachet, la ficelle y comprise. || 2. Il est perçu une taxe de 10 centimes pour chaque exemplaire des imprimés suivants fournis par la Douane: — || (*a.*) Manifeste, ou extrait de manifeste. || (*b*) Déclaration en Douane. || (*c.*) Feuilles délivrées pour les marchandises transportées d'un port Bulgare

dans un autre port Bulgare. || (d.) Feuilles de transit. || (e.) Feuilles de transport délivrées par les bureaux de Douane d'éntrée pour les marchandises devant être dédouanées par un autre bureau de douane. || 3. Une taxe de 5 centimes est perçue pour chaque exemplaire de quittance imprimée délivrée par la Douane. || Il est également perçu une taxe de 5 centimes pour tous les autres imprimés fournis par la Douane. || 4. Le droit de timbre est perçu conformément à la loi sur les timbres en vigueur. || Cependant, les navires Britanniques entrant dans ou sortant de plusieurs ports Bulgares après avoir payé une fois le droit de timbre sur les manifestes généraux d'entrée ou de sortie dans le premier port, ne payeront qu'une taxe supplémentaire d'un franc sur les extraits des manifestes d'entrée et de 50 centimes sur les manifestes additionnels de sortie. || 5. La taxe pour l'inspection des bestiaux; les taxes („beglik") sur les moutons. || 6. Les taxes sur les navires de commerce fréquentant les ports de la Bulgarie approuvées par la 26ᵉ décision du Conseil des Ministres, prise dans la séance du 28 Février, 1904, Protocole No. 21. || 7. Les droits de magasinage perçus conformément à l'Article 64 de la Loi Bulgare sur les Douanes. || 8. Les droits de statistiques: || (a.) 10 centimes par colis, à l'exception des envois postaux. || (b.) 15 centimes les 1,000 kilog. des marchandises chargées en vrac. || (c.) 10 centimes par tête de bétail. || 9. Une taxe prélevée seulement sur les marchandises qui jouissent de la franchise de droit de douane, dont le produit est réservé à la construction et l'amélioration des ports et échelles en Bulgarie. Le taux de cette taxe ne dépassera pas $^1/_2$ pour cent *ad valorem.* || Le présent Protocole sera considéré comme approuvé par les Puissances Contractantes sans ratification spéciale, par le seul fait de l'échange des ratifications de la Convention de Commerce, de Douane, et de Navigation.

Fait en double à Sophia, le $\frac{\text{26 Novembre,}}{\text{9 Décembre,}}$ 1905.

(L. S.) Stancioff.

Taxes à percevoir sur les navires de commerce fréquentant les ports de Bulgarie.

I. Taxes à percevoir de la navigation dans tous les ports

§ 1. — *Droit pour mettre les navires sous pavillon bulgare.*

Tout navire construit en Bulgarie ou à l'étranger, pour obtenir le droit de naviguer sous pavillon bulgare, paie:

(*a.*)	Le navire de moins de	5 tonneaux	2 francs.
(*b.*)	„ „ „	5 à 50 „	10 „
(*c.*)	„ „ „	50 à 100 „	20 „
(*d.*)	„ „ „	100 à 200 „	35 „
(*e.*)	„ „ „	200 à 500 „	45 „
(*f.*)	„ „ „	500 et au-dessus „	60 „

A cet effet, le navire doit être inscrit à l'Administration de n'importe quel port de Bulgarie, où on le munit d'un certificat de nationalité, qui porte un timbre d'enregistrement d'un franc.

§ 2. — *Droit de patente annuelle pour les navires sous pavillon bulgare.*

Les armateurs des navires sous pavillon bulgare paient le droit de patente annuelle comme suit:

(*a.*)	Pour un navire de moins de	5 tonneaux	5 francs.
(*b.*)	„ „ „ „	5 à 50 „	10 „
(*c.*)	„ „ „ „	50 à 100 „	20 „
(*d.*)	„ „ „ „	100 à 200 „	40 „
(*e.*)	„ „ „ „	200 à 500 „	50 „
(*f.*)	„ „ „ „	500 et au-dessus	70 „

Remarque. — Les petites embarcations de pêche sont exemptées du paiement de ces taxes, parce qu'elles paient le droit afférent à la pêche. || Sont exemptées aussi de ce paiement annuel les barques et embarcations des différentes sociétés de gymnastique.

§ 3. — *Droit de congé.*

Tout navire sous pavillon bulgare ne peut sortir de son port d'attache sans un acte de congé qui lui est délivré par l'Administration du port; le droit de congé est fixé comme suit:

(*a.*)	Pour les navires de	10 à 50 tonneaux	2 francs.
(*b.*)	„ „ „ „	50 à 100 „	4 „
(*c.*)	„ „ „ „	100 à 500 „	6 „
(*d.*)	„ „ „ „	500 et au-dessus „	10 „

Le congé porte un timbre de 1 franc et est valable pour un an et pour toute la durée du voyage, si ce voyage est de plus d'un an de durée. Les congés doivent être visés, dans tous les ports de Bulgarie où stationneront les navires, par les autorités de port, et dans les ports étrangers, par les agents diplomatiques ou commerciaux de Bulgarie, s'il y en a, contre le paiement d'une taxe de 2 francs. || Les petites embarcartions de cabotage, de moins de 10 tonneaux, sous pavillon bulgare, ne peuvent sortir de leur port d'attache sans être munies d'un certificat de cabotage

délivré par le bureau de leur port d'attache. || Le droit du certificat de cabotage est fixé à 1 franc et il porte un timbre de 50 centimes. || Les certificats de cabotage sont visés, dans tous les ports de Bulgarie où les navires de cabotage font escale, sans payer d'autres taxes.

§ 4. — *Droit du Rôle.*

Tout navire sous pavillon bulgare ne peut quitter son port d'attache sans être muni d'un registre d'équipage, nommé „rôle“, délivré par l'Administration du port. Le droit perçu pour le rôle est fixé pour la navigation de cabotage à 2 francs et pour toute autre navigation à 5 francs. || Le rôle est valable pour un an et pour toute la durée du voyage, si celui-ci est de plus d'un an.

§ 5. — *Taxe pour constatation des avaries survenues aux navires.*

Quand les autorités de port bulgares seront invitées à procéder à des constatations d'avaries survenues aux navires qui se trouvent dans les ports bulgares, on paiera 20 centimes par tonne de jauge, quelles que soient l'espèce et l'importance des avaries. || *Remarque.* — La somme nécessaire pour ces constatations doit être déposée préalablement dans le bureau du port par le capitaine du navire ou par les agents de sociétés d'assurances. Outre cette taxe, il est payé aux fonctionnaires et aux experts qui procéderont à la constatation, la rémunération qui leur revient.

§ 6. — *Droit de lestage et de délestage.*

Tout navire qui charge ou décharge de lest dans les ports de Bulgarie à des endroits (parcs) spécialement fixés à terre pour cela, paie la taxe établie dans chaque port; pour les ports de Varna et de Bourgas, il paie 1 fr. par mètre cube de lest. Si le lest est transbordé d'un navire dans un autre, il sera perçu la moitié de la taxe.

§ 7. — *Droit de phares.*

Le droit de phares et fanaux est perçu par la Compagnie des Phares Ottomans sur la base d'une Convention conclue en 1854 entre ladite Compagnie et le Gouvernement Ottoman.

§ 8. — *Droit sanitaire*

Ce droit est actuellement perçu par le Conseil Médical Supérieur à Constantinople, d'après la Convention de Paris de 1853. || Jusqu'au règlement de cette question, il sera perçu dans les ports de Bulgarie*), par

*) Dans les ports du Danube, ces taxes ne seront prélevées que lorsque des quarantaines y auront été édictées.

les autorités sanitaires, les taxes suivantes, prévues par les règlements de police sanitaire maritime. || Chaque nouvelle patente, délivré par les autorités de quarantaine bulgares, sera revêtue d'un timbre d'enregistrement

(*a.*) Pour les navires de	5 à 100	tonneaux,	0.50 fr.
(*b.*) „ „ „ „	100 à 500	„	1.— „
(*c.*) „ „ „ „	500 à 1000	„	1.— „
(*d.*) „ „ „ „	1000 et au-dessus	„	2.— „

Pour le garde sanitaire, embarqué à bord d'un navire en quarantaine, on percevra 3 frcs. par jour pour les bateaux à voile et 5 frcs par jour pour les bateaux à vapeur. || Comme droit de désinfection des marchandises et des bagages: || (*a.*) Il sera perçu un franc pour chaque étuve; || (*b.*) Pour la désinfection avec des produits chimiques on ne paiera que la valeur des produits chimiques employés, d'après la taxe de pharmacie, sans *taxa laborum.* || Le visa de la patente de santé est gratuit. || Tous les bateaux de guerre sont exemptés de la taxe de patente sanitaire.

II. Droits de port à percevoir sur les navires de commerce qui fréquentent les ports de Bulgarie, où l'on n'a pas construit des ouvrages d'art spéciaux.

§ 1. — Dans tous les ports de Bulgarie, où l'on n'a pas encore construit des ouvrages d'art spèciaux, on percevra les droits de ports suivants:

(*a.*) Sur les navires de moins de	5	tonneaux	1.— franc.
(*b.*) „ „ „ „	5 à 50	„	2.50 „
(*c.*) „ „ „ „	50 à 100	„	5.— „
(*d.*) „ „ „ „	100 à 200	„	10.— „
(*e.*) „ „ „ „	200 à 400	„	15.— „
(*f.*) „ „ „ „	400 à 600	„	20.— „
(*g.*) „ „ „ „	600 et au-dessus	„	25.— „
(*h.*) „ radeaux ou chaloupes			2.— „

§ 2. — Les taxes ci-dessus sont réduites de moitié pour: || (*a.*) Les navires qui stationnent dans ces ports moins de 8 jours sans faire aucune opération de chargement ou de déchargement; || (*b.*) Les navires qui viennent directement d'un autre port de Bulgarie dans lequel ils ont déja payé la susdite taxe. || *Remarque.* — Les navires qui, après l'expiration du délai de 8 jours, commencent à charger ou à décharger, ou qui continuent à stationner dans le port plus de 8 jours sans y faire aucune opération, ne bénéficient pas du rabais prévu *litt.* (*a.*) || Ne bénéficient pas non plus du rabais prévu *litt.* (*b*), les navires qui quoique ayant visité plusieurs ports de Bulgarie, ont fait, en cours de route, escale dans un port étranger. || § 3. — Sont exemptés complètement des

taxes susmentionnées: ‖ (*a.*) Les petites embarcartions de cabotage de moins de 10 tonneaux, ainsi que les navires appartenant à une même Compagnie fréquentent régulièrement, les ports bulgares où l'on n'a pas construit des ouvrages d'art spéciaux, au moins deux fois par mois, sur la base d'un itinéraire déterminé; ‖ (*b.*) Les navires qui, par suite de mauvaise mer ou d'avaries, se retirent dans des endroits où il n'est pas permis de faire des opérations de chargement et de déchargement.

III. Droits de port à percevoir sur les navires qui fréquentent les ports de Varna et Bourgas.*)

§ 1. — *Taxes pour les permis d'entrée et de sortie.*

Tout capitaine de navire, sur la base des déclarations qu'il présente à l'entrée ou à la sortie du port, reçoit un permis d'entrée ou de sortie, pour lequel il paie 2 francs. Les permis doivent porter un timbre de 50 centimes. ‖ *Remarque.* — Les navires à voile de cabotage sous pavillon bulgare, avec un tonnage de moins de 50 tonneaux, sont exemptés de l'obligation des permis d'entrée et de sortie.

§ 2. — *Droit de pilotage.*

Tout navire, sans distinction tonnage ni de nationalité, entrant dans le port, payé le droit de pilotage comme suit:

(*a.*)	Les navires de	50 à 100 tonneaux	5 francs.
(*b.*)	„ „ „	100 à 500 „	10 „
(*c.*)	„ „ „	500 à 1000 „	15 „
(*d.*)	„ „ „	1000 et au-dessus	20 „

Remarque. — Sont exemptés du droit de pilotage: ‖ (*a.*) Les navires qui ont moins de 50 tonneaux de jauge; ‖ (*b.*) Les navires de cabotage dont les capitaines sont munis d'un certificat de pilotage émanant de l'Administration des ports; ‖ (*c.*) Les navires à voile qui sont remorqués et paient le droit de remorquage.

§ 3. — *Droit le remorquage.*

Les bateaux à voile entrant dans le port paient pour remorquage les taxes suivantes:

(*a.*)	Les navires de	25 à 100 tonneaux	— 10 francs.
(*b.*)	„ „ „	100 à 300 „	— 15 „
(*c.*)	„ „ „	300 à 500 „	— 20 „
(*d*)	„ „ „	500 et au-dessus	— 25 „

Remarque I. — Les navires à voile de cabotage sous pavillon bulgare paient la moitié de ces taxes. ‖ *Remarque II.* — Les petites em-

*) Jusqu'à la livraison officielle du port de Varna à l'exploitation, les navires qui fréquenteront ce port ne paieront que le droit de pilotage prévu au § 2 et droit de navire prévu au § 4.

abrcations à voile de cabotage, de moins de 25 tonneaux, sous pavillon bulgare, qui peuvent entrer dans le port à la rame, sont exemptées du droit de remorquage.

§ 4. — *Droit de navire.*

Tous les navires de commerce de nationalité bulgare ou étrangère, qui arrivent et obtiennent libre pratique dans les ports de Bourgas ou de Varna, chargés ou sur lest, paient le droit de navire comme suit:

(*a.*)	Pour les premiers	200 tonneaux	fr. 0.20 par T.
(*b.*)	„ „ „	300 „	„ 0.15 „ „
(*c.*)	„ „ „	500 „	„ 0.10 „ „
(*d.*)	„ „ „	1000 et au-dessus	„ 0.05 „ „

Les bateaux à vapeur peuvent stationner dans le port 8 jours et les bateaux à voile 15 jours. Après l'expiration de ce délai, ces taxes seront payées une seconde fois, à moins que les navires n'aient pu commencer leurs opérations par suite du manque de place ou autre cas de force majeure. || *Remarque I.* — Les bateaux appartenant à une même Compagnie et qui fréquentent régulièrement les ports de Bourgas ou de Varna, au moins deux fois par mois, sur la base d'itinéraires déterminés des bateaux, ne paient que la moitié des taxes ci-dessus pour droit de navire. || *Remarque II.* — Sont exemptés du paiement du droit de navire: || (*a.*) Les petites embarcations à voile de moins de 100 tonneaux faisant cabotage et de nationalité bulgare; || (*b.*) Les bateaux de plaisance, les bateaux de la marine de guerre, ainsi que les bateaux de la Société „La Croix rouge“ en temps de guerre; || (*c.*) Les petits bateaux de pêche; || (*d.*) Les navires qui viennent stationner dans l'avant-port pour éviter la tempête, ou à cause d'avaries, ou bien pour recevoir des communications de leurs agents.

§ 5. — *Tarif pour les voyageurs.*

Tout capitaine de navire, en arrivant dans le port et en le quittant doit présenter au Bureau du port un manifeste indiquant le nombre de passagers et la classe dans laquelle ils voyagent; les capitaines ou les agents des bateaux percevront des passagers et paieront à l'Administration du port les taxes suivantes:

Pour les passagers de	I classe,	franc 1.—
„ „ „ „	II „	„ 0.50
„ „ „ „	III „	„ 0.20

Sont exemptés de ces taxes les enfants jusqu'à l'âge de 10 ans. || Pour les bagages que les voyageurs portent avec eux, on ne percevra pas de taxe.

§ 6. — *Droit de marchandise.*

Ce droit sera payé par les destinataires ou les expéditeurs des marchandises et sera perçu par la Douane.

1. *Tarif pour le gros et le petit bétail et pour les volailles.*

Pour le gros et le petit bétail et pour les volailles qu'on exporte à l'étranger, ou qu'on importe dans le pays, il sera payé:

(*a.*) Pour les chevaux, bœufs, buffles, vaches et mulets par tête . . . . 1.50 franc.
(*b.*) Pour les ânes, poulains, porcs et veaux, par tête . 0.80 „
(*c.*) Pour les moutons, chèvres, agneaux et chevreaux, par tête . . . . 0.15 „
(*d.*) Pour une cage de poulets . . . . 0.50 „

2. *Tarif pour voitures et matériel roulant.*

Pour voitures et matériel roulant, qu'on exporte à l'étranger, ou qu'on importe dans le pays, il sera payé:

(*a.*) Pour un wagon de voyageurs . . . . 25.— francs.
(*b.*) „ „ „ „ marchandises . . . . . . 15.— „
(*c.*) „ „ „ „ tramways . . . . 15.— „
(*d.*) „ „ fiacre ordinaire . . . . 10.— „
(*e.*) „ une voiture . . . . 2.— „
(*f.*) „ un camion . . . . 1.— „
(*g.*) „ une brouette . . . . 0.20 „

3. *Tarif des marchandises.*

Les marchandises, qu'on embarque ou débarque dans le port, sont subdivisées en quatre groupes; pour chaque groupe la taxe à payer par 1000 kgr. est fixée comme suit:

(a.) *Pour le premier groupe à fr.* 0.50.

Dans ce groupe entrent: les pierres ordinaires, gravier, sable et chaux; le bois à brûler et charbon de bois; les foins et paille pressés; les briques et tuiles du pays; les engrais et argiles divers (sauf l'argile pour coloration) et les minerais divers.

(b.) *Pour le deuxième groupe à* 1 *fr.*

Dans ce groupe entrent: les céréales et les graines oléagineuses: orge, seigle, blé, avoine, maïs, colza, riz, millet, pois, pommes de terre, haricots, son, etc.; les produits animaux: viande, beurre, graisse, fromage, casch-caval, viande salée, œufs et autres; le verre à vitre; les articles bruts en fer; le sel et le pétrole: les craie, plâtre, ciment, chaux hydraulique, houilles, briques et tuiles de l'étranger.

(c.) *Pour le troisième groupe à* 1.50 *fr.*

Dans ce groupe entrent: les denrées et les produits coloniaux; le sucre; les produits divers de farine; les peaux brutes de divers animaux; les bois de construction (sauf le noyer); les huiles diverses végétales et minérales; les graines diverses, chanvre, etc., les fruits divers frais et secs; les articles divers de fer fabriqués.

(d.) *Pour le quatrième groupe à 2 fr.*

Dans ce groupe entrent: tous les articles de manufacture, mercerie, passementerie, quincaillerie et autres; les produits divers de verre et porcelaine. || *Remarque I.* — Les marchandises, qui ne sont pas dénommées spécialement, ou en général dans les tableaux ci-dessus, paieront les mêmes taxes que les marchandises qui s'en rapprochent le plus, en tenant compte de leurs prix, poids et volumes. || *Remarque II.* — Les marchandises, qui sont transbordées, dans le bassin du port, d'un navire sur un autre, ou d'un navire de cabotage sur un autre navire, paient seulement la moitié des taxes prévues pour les marchandises || *Remarque III.* — Dans le cas où les navires seraient chargés ou déchargés sans accoster à quai et au moyen de mahonnes, on paiera seulement la moitié des taxes prévues pour les marchandises. || *Remarque IV.* — Dans le cas où les marchandises à taxer pour le droit de marchandise seraient inscrites dans le manifeste du capitaine de navire sous d'autres unités que les unités prévues, la transformation de ces unités en unités prévues se fera d'après une table dressée et publiée par l'Administration du port. || *Remarque V.* — Les pierres ordinaires, gravier, sable, chaux, bois à brûler et charbon de bois, briques, tuiles et poissons que l'on apporte dans le port de Bourgas par des barques appartenant aux ports des environs et que l'on débarque à l'extrémité ouest du port, sont exemptés du paiement du droit de marchandise.

§ 7. — *Droit de scaphandrier.*

Pour heure de travail du scaphandrier, il est percu 10 francs, sans compter la taxe qui revient au plongeur et aux marins.

Remarques générales.

1. Les taxes seront perçues sur la jauge nette des navires, mesurée d'après le système de Moorsom (un tonneau de jauge est égal à 2.83 m³). || 2. Tous les droits et taxes jusqu'à 20 francs sont payés en argent et au-dessus de 20 francs en or. || Les taxes fixées par l'ordonnance circulaire du Ministère des Finances, du 3/15 Avril, 1885, N° 8752, adressée aux Directeurs de douane et de port, sont abrogées.

Déclaration.

Au moment de procéder à la signature de la Convention conclue en date de ce jour, les Soussignés ont convenu de ce qui suit: — || 1. En cas de procès civils ou commerciaux entre les sujets Britanniques résidant en Bulgarie et les sujets Bulgares, les citations à comparaître et en général tous les documents et pièces judiciaires seront expédiés et notifiés aux sujets Britanniques d'après l'ordre établi par les lois Bulgares, sans que l'autorité Consulaire Britannique ait à intervenir. || 2. En matière de faillité commerciale l'insolvabilité commerciale des sujets Britanniques résidant en Bulgarie sera prononcée par les Tribunaux Bulgares, et la liquidation pleine et entière de la faillite sera faite par ces Tribunaux sans que l'autorité Consulaire Britannique ait à intervenir. || 3. Les sujets Bulgares dans le Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande auront un libre et facile accès auprès des tribunaux pour la poursuite et la défense de leurs droits, et jouiront à cet égard de tous les droits et immunités des nationaux. Comme ceux-ci, ils auront la faculté de se servir, en toute cause, d'avocats et d'agents de toutes classes autorisés par les lois du pays. || Il est entendu que le Gouvernement de Sa Majesté Britannique n'adhère aux stipulations précitées qu'à la condition formelle qu'elles n'entreront en vigueur qu'autant que les Gouvernements d'Allemagne, d'Autriche-Hongrie, de France, d'Italie, et de Russie auront fait un accord analogue avec la Bulgarie, qui ne mettra pas les sujets Britanniques dans des conditions moins favorables que les ressortissants de la nation la plus favorisée.

(L. S.) Stancioff.

Sophia, le $\frac{\text{26 Novembre,}}{\text{9 Decembre,}}$ 1905. George W. Buchanan.

Annexes.

Monsieur l'Agent, || En me référant aux déclarations verbales que j'ai eu l'honneur de vous faire au sujet de l'Article VII de la Convention de Commerce et de Navigation, je m'empresse de porter à votre connaissance que les dispositions de la Loi Bulgare du 26 Mars (8 Avril), 1905, sur les voyageurs de commerce concernant la protection du chef de la maison commerciale contre les malversations de ces voyageurs de commerce, restent facultatives, et ne peuvent être appliquées aux voyageurs de commerce représentant des maisons Britanniques que dans le cas où une demande serait faite au nom de la maison dont dépend le voyageur de commerce. || Je saisis cette occasion pour vous réitérer, Monsieur l'Agent l'assurance de ma haute considération.

Sophia, 26 *Novembre* (9 *Décembre*), 1905. (Signé) Stancioff.

Sir George Buchanan.

Sir, || I have the honour to acknowledge the receipt of the note in which you were good enough to inform me, with reference to Article VII of the Convention of Commerce and Navigation, that the stipulations of the Bulgarian Law of the 26th March (8th April), 1905, on commercial travellers, concerning the protection of the head of the commercial house against dishonest practices on the part of his commercial travellers, remain optional, and can only be applied to commercial travellers representing British firms in the event of an application for such protection being made in the name of the firm represented by the commercial traveller. || In taking act of this communication, I avail myself of this opportunity to renew to you, Sir, the assurance of my high consideration.

(Signed) George W. Buchanan.

Sofia, December 9, 1905.
Monsieur Stancioff.

Sir || I had the honour, in the course of our negotiations, to inform you that His Majesty's Government were unable to accapt the text of Article XIV of the draft Bulgarian Convention relative to tonnage dues in British and Bulgarian ports, and I take this opportunity to offer you the following explanations on the subject: — || The harbours in the United Kingdom, except in a few cases, are not under the control of the State, and the powers of the various harbour authorities are regulated under special Acts of Parliament. Thus, although, as a matter of fact, the provisions of the Article in question do not conflict with the practice observed in the majority of cases, it is obviously impossible for His Majesty's Government to bind the various harbour authorities by Treaty with regard to all matters covered by the terms of the Article. || I avail myself of this opportunity to renew to you, Sir, the assurance of my high consideration.

(Signed) George W. Buchanan.

Sofia, December 9, 1905.
Monsieur Stancioff.

Monsieur l Agent, || J'ai l'honneur de vous accuser réception de la note en date d'aujourd'hui, par laquelle vous avez bien voulu m'expliquer pour quels motifs le Gouvernement de Sa Majesté Britannique n'a pas pu admettre l'insertion dans la Convention de Commerce entre la Bulgarie et le Royaume-Uni d'un Article basé sur Article XIV du projet de Traité Bulgare. || En prenant acte de cette communictiaon, je saisis cette

occasion pour vous réitérer, Monsieur l'Agent, l'assurance de ma haute consideration.

(Signé) Stancioff.

Sophia, 26 *Novembre* (9 *Décembre*), 1905.

Sir George Buchanan.

Sir, || His Majesty's Government being desirous that the system of local bond at present in force, under which goods, on their arrival in Bulgaria, may be warehoused and withdrawn piecemeal on payment only of the duty on the portion withdrawn, should be maintained, I have the honour to request you to be so good as to give me an assurance to this effect. || I avail myself of this opportunity to renow to you, Sir, the assurance of my high consideration.

(Signed) George W. Buchanan.

Sofia, *December* 9, 1905.

Monsieur Stancioff.

Monsieur l'Agent, || En réponse à votre note de ce jour, j'ai l'honneur de vous communiquer que les marchandises Britanniques, à leur arrivée en Bulgarie, pourront être emmagasinées et dédouanées au fur et à mesure selon les prescriptions des Articles 117, 118, et 119 de la loi Bulgare sur les douanes du 8 (20) Janvier, 1885, modifiée le 5 (17) Janvier, 1899. || Je saisis cette occasion pour vous réitérer, Monsieur l'Agent l'assurance de ma haute consideration.

(Signé) Stancioff.

Sophia, 26 *Novembre*, (9 *Decembre*), 1905.

Sir George Buchanan.

Nr. 14004. FRANKREICH und ITALIEN. Abkommen über Arbeitsschutz.

Rom, 15. April 1904.

Convention.

Sa Majesté le Roi d'Italie et le Président de la République française désirant, par des accords internationaux, assurer à la personne du travailleur des garanties de réciprocité analogues à celles que les traités de commerce ont prévus pour les produits du travail, et particulièrement: 1° faciliter à leurs nationaux travaillant à l'étranger la jouissance de leurs épargnes et leur ménager la bénéfice des assurances sociales, 2° garantir aux travailleurs le maintien des mesures de protection déjà édic-

tées en leur faveur et concourir au progrès de la législation ouvrière. || ont résolu de conclure, à cet effet, une convention et ont nommé pour leurs plénipotentiaires: || Sa Majesté le Roi d'Italie, || Son Excellence M. Tommaso Tittoni, Son ministre des affaires étrangères; Son Excellence M. Luigi Luzzatti, Son ministre du trésor; Son Excellence M. Luigi Rava, Son ministre de l'agriculture, de l'industrie et du commerce; Son Excellence M. le comte Enrico Stelluti Scala, Son ministre des postes et des télégraphes; || Le président de la République française, || Son Excellence Camille Barrère, ambassadeur de France près Sa Majesté le Roi d'Italie; M. Arthur Fontaine, directeur du travail au ministère du commerce, de l'industrie, des postes et des télégraphes de France; || lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus des articles suivants:

Art. 1er.

Des négociations seront engagées à Paris, après la ratification de la présente convention, pour la conclusion d'arrangement fondés sur les principes énoncés ci-après et destinés à régler le détail de leur application, — exception faite pour l'arrangement relatif à la Caisse nationale d'épargne de France et à la Caisse d'épargne postale d'Italie, prévu sous le paragraphe *a*) ci-dessous, qui sera annexé à la convention. || *a*) Les fonds versés à titre d'épargne, soit à la Caisse nationale d'épargne de France, soit à la Caisse d'épargne postale d'Italie, pourront, sur la demande des intéressés, être transférés sans frais de l'une des Caisses à l'autre, chacune de ces Caisses appliquant aux dépôts ainsi transférés les règles générales qu'elle applique aux dépôts effectués chez elle par les nationaux. || Un régime de transfert, sur des bases analogues, pourra être institué entre diverses caisses d'épargne privées de France et d'Italie ayant leur siège dans de grandes agglomérations industrielles ou dans des villes frontières. Sans comporter la gratuité absolue des transferts ce régime stipulera le concours des Administrations postales, soit gratuit soit à tarif réduit. || *b*) Les deux Gouvernements faciliteront, par l'entremise tant des Administrations postales que des Caisses nationales, le versement des cotisations des italiens résidant en France à la Caisse nationale de prévoyance d'Italie et des français residant en Italie à la Caisse nationale des retraites de France. Ils faciliteront, de même, le paiement en France des pensions acquises, soit par des italiens, soit par des français, à la Caisse nationale italienne, et réciproquement. || *c*) L'admission des ouvriers et employés de nationalité italienne à la constitution de retraites de vieillesse et peut-être d'invalidité, dans le régime général

des retraites ouvrières actuellement élaboré par le Parlement français, ainsi que la participation des ouvriers et employés de nationalité française au régime des retraites ouvrières en Italie, seront réglées aussitôt après le vote de dispositions législatives dans les pays contractants. || La part de pension correspondant aux versements de l'ouvrier ou employé, ou aux retenues faites sur son salaire, lui sera acquise intégralement. || En ce qui concerne la part de pension correspondant aux contributions patronales, il sera statué par l'arrangement, dans des conditions de réciprocité. || La part de pension à provenir éventuellement de subventions budgétaires sera laissée à l'appréciation de chaque Etat et payée sur ses ressources à ses nationaux ayant acquis une retraite dans l'autre pays. || Les deux Etats contractants faciliteront, par l'entremise tant des Administrations postales que de leurs caisses de retraite, le paiement en Italie des pensions acquises en France et réciproquement. || Les deux Gouvernements étudieront, pour les ouvriers et employés ayant travaillé successivement dans les deux Pays pendant des périodes minima à déterminer, sans remplir dans aucun des deux les conditions requises pour les retraites ouvrières, un régime spécial d'acquisition de retraite. || *d*) Les ouvriers et employés de nationalité italienne, victimes en France d'accidents par le fait ou à l'occasion du travail, ainsi que leurs représentants résident en France, auront droit aux mêmes indemnités que les français, et réciproquement. || Les italiens béneficiaires de rentes cessant de résider en France, ainsi que les représentants de la victime qui ne résidaient pas en France au moment de l'accident, auront droit à des indemnités a déterminer. Les capitaux constitutifs de ces indemnités, évalués d'après un tarif annexé à l'arrangement, pourront être versés à la Caisse nationale italienne de prévoyance, à Charge par elle d'assurer le service des rentes. La Caisse nationale italienne d'assurance contre les accidents du travail acceptera également, suivant tarif conventionnel, pour le risque d'indemnité aux représentants ne résidant pas en France des ouvriers italiens victimes d'accidents, les réassurances des assureurs français désireux de se décharger éventuellement de toutes recherches et démarches à cet égard. Des avantages équivalents seront réservés, par réciprocité, pour les français victimes d'accident du travail en Italie. || *e*) L'admission des ouvriers et employés italiens, en France, à des institutions d'assurance ou de secours contre le chômage subventionnées par les pouvoirs publics, l'admission des ouvriers et employés français, en Italie, aux institutions de même nature, seront réglées, le cas échéant, après le vote dans les deux pays de dispositions légales relatives à ces institutions. || *f*) Les arrangements prévus au présent article seront conclus pour une durée

de cinq années. Les deux Parties contractantes devront se prévenir mutuellement, une année à l'avance, si leur intention est d'y mettre fin à l'expiration de ce terme. A défaut d'un tel avis, l'arrangement sera prorogé d'année en année, pour un délai d'un an, par tacite réconduction.

Art. 2.

a) Les deux Gouvernements détermineront, pour éviter les erreurs ou les fausses déclarations, la nature des pièces à présenter aux consulats italiens par les jeunes italiens embauchés en France, ainsi que la forme des certificats à fournir aux mairies par les dits consulats, avant délivrance aux enfants des livrets prescrits par la législation sur le travail des enfants. Les inspecteurs du travail se feront représenter les certificats à chaque visite; ils retireront les livrets indûment détenus. || *b*) Le Gouvernement français organisera des comités de patronage comprenant, autant que possible, des italiens parmi leurs membres, pour les régions industrielles où seront employés en grand nombre de jeunes italiens logés en dehors de leurs familles par des intermédiaires. || *c*) Les mêmes mesures seront prises pour la protection des jeunes ouvriers français en Italie.

Art. 3.

Au cas où l'initiative serait prise par l'un des deux Etats contractants, ou par l'un des Etats avec qui ils entretiennent des relations diplomatiques, de convoquer divers Gouvernements à une conférence internationale dans le but d'unifier, par des conventions, certaines dispositions des lois protectrices des travailleurs, l'adhésion de l'un des deux Gouvernements au projet de conférence entraînerait, de la part de l'autre Gouvernement, une réponse favorable en principe.

Art. 4.

Au moment de signer cet accord, le Gouvernement italien prend l'engagement de compléter l'organisation dans tout le royaume, et plus particulièrement dans les régions où le travail industriel, est développé, d'un service d'inspection fonctionnant sous l'autorité de l'Etat et offrant, pour l'application des lois, des garanties analogues à celles que présente le service de l'Inspection du travail en France. || Les inspecteurs feront observer les lois en vigueur sur le travail des femmes et des enfants, et notamment les prescriptions qui concernent: 1°) l'interdiction du travail de nuit; 2°) l'âge d'admission au travail dans les ateliers industriels; 3°) la durée du travail journalier; 4°) l'obligation du repos hebdomadaire. || Le Gouvernement italien s'engage à publier un rapport annuel

détaillé sur l'application des lois et règlements relatifs au travail des femmes et des enfants; le Gouvernement français prend le même engagement. || Le Gouvernement italien déclare en outre qu'il a l'intention de mettre à l'étude et de réaliser graduellement la réduction progressive de la durée du travail journalier des femmes dans l'industrie.

Art. 5.

Chacune des deux Parties contractantes se réserve la faculté de dénoncer à toute époque la présente convention et les arrangements prévus à l'article 1er en faisant connaître son entention un an d'avance, s'il y a lieu de reconnaître que la législation relative au travail des femmes et des enfants n'a pas été réspectée par l'autre partie, sur les points énoncés spécialement à l'article 4 alinéa 2, faute d'une inspection suffisante, ou par suite de tolérances contraires à l'esprit de la loi, ou que le législateur aura diminué sur les mêmes points la protection édictée en faveur des travailleurs.

Art. 6.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications seront échangées à Rome aussitôt que possible. || En foi de quoi, les plénipotentiaires ont signé la présente convention et y ont apposé leurs cachets. || Fait à Rome, en double expédition, le quinze avril mil-neuf-cent-quatre.

(L.S.) Tittoni.
„ L. Luzatti.
„ L. Rava.
„ E. Stelluti-Scala.

(L.S.) Camille Barrère.
(L.S.) Arthur Fontaine.

Arrangement.

Le Gouvernement de S. M. le Roi d'Italie et le Gouvernement de la République française, désirant assurer des facilités nouvelles aux déposants à la Caisse nationale d'épargne de France et à la Caisse d'épargne postale d'Italie, sont convenus de ce qui suit:

Art. 1er.

Les fonds versés à titre d'épargne, soit à la Caisse nationale d'épargne de France, soit à la Caisse d'épargne postale d'Italie, pourront, sur la demande des intéressés et jusqu'à concurrence d'un maximum de 1,500 francs, être transférés sans frais de l'une des Caisses dans l'autre, et réciproquement. || Les demandes de transferts intérnationaux seront reçues, en France et en Italie, dans tous les bureaux de poste chargés, dans ces pays, du service de la Caisse d'épargne. || Les fonds transférés seront,

notamment en ce qui concerne le taux et le calcul des intérêts, les conditions de remboursement, d'achat et de revente de rentes ou d'acquisition de carnets de rentes viagères, soumis aux lois, décrets, arrêtés et règlements régissant le service de l'administration dans la Caisse de laquelle ces fonds auront été transférés.

Art. 2.

Les titulaires de livrets de la Caisse nationale d'épargne de France ou de la Caisse d'épargne postale d'Italie pourront obtenir, sans frais, le remboursement, dans l'un de ces pays, de sommes déposées par eux à la Caisse d'épargne de l'autre pays. || Les demandes de remboursements internationaux, rédigées sur des formules spéciales mises à la disposition du public, seront déposées par les intéressés entre les mains du chef de bureau ou du receveur des postes de leur résidence, qui les fera parvenir en franchise de port, à la Caisse d'épargne détentrice des fonds. || Les remboursements seront effectués en vertu d'ordres de payement qui ne pourront excéder 1,500 francs chacun. || Les ordres de remboursement seront payables seulement dans les établissements de poste ou autres chargés du service de la Caisse d'épargne. Il seront adressés, directement et en franchise de port, par la Caisse d'épargne qui les aura délivrés, aux bureaux désignés pour le payement.

Art. 3.

Chaque administration se réserve le droit de rejeter les demandes de tranferts ou de remboursements internationaux qui ne rempliraient pas les conditions exigées par ses réglements intérieurs.

Art. 4.

Les sommes transférées d'une Caisse dans l'autre porteront intérêt à charge de l'administration primitivement détentrice des fonds jusqu'à la fin du mois pendant lequel cette demande s'est produite et à charge de l'administration qui accepte le transfert à partir du premier jour du mois suivant.

Art. 5.

Il sera établi, à la fin de chaque mois, par la Caisse nationale d'épargne de France et la Caisse d'épargne postale d'Italie, un décompte des sommes qu'elles se doivent respectivement du chef des opérations faites pour le service de la Caisse d'épargne et, après vérification contradictoire de ces décomptes, la Caisse reconnue débitrice se libérera, dans

le plus bref délai possible, envers l'autre Caisse, au moyen de traites ou chèques sur Rome ou sur Paris.

Art. 6.

La Caisse d'épargne de chacun des pays contractants pourra correspondre directement et en franchise, par la voie postale, avec la Caisse de l'autre pays.

Art. 7.

Les bureaux de poste des deux pays se prêteront réciproquement concours pour le retrait des livrets à régler ou à verifier. || L'échange des livrets entre la Caisse d'épargne de chaque pays et les bureaux de poste ou agences de l'autre pays aura lieu en franchise.

Art. 8.

La Caisse nationale d'épargne de France et la Caisse d'épargne postale d'Italie arrêteront d'un commun accord, après entente avec les Administrations des postes des deux pays, les mesures de détail et d'ordre nécessaires pour l'exécution du présent arrangement, y compris celles relatives au change.

Art. 9.

Chaque Partie contractante se réserve la faculté, dans le cas de force majeure ou de circonstances graves, de suspendre en tout ou en partie les effets de la présente convention. || Avis devra en être donné à l'Administration correspondante par la voie diplomatique. || L'avis fixera la date à partir de laquelle le service international cessera de fonctionner

Art. 10.

Le présent arrangement aura force et valeur à partir du jour dont les Caisses d'épargne des deux pays conviendront, dès que la promulgation en aura été faite d'après les lois particulières à chacun des deux Etats. || Sauf les cas prévus à l'article 5 de la convention en date de ce même jour, il demeurera obligatoire pendant une durée de cinq années. Les deux Parties contractantes devront se prévenir mutuellement, une année à l'avance, si leur intention est d'y mettre fin à l'expiration de ce terme. A défaut d'un tel avis, il sera prorogé d'année en année, pour un délai d'un an, par tacite réconduction. || Lorsque l'une des deux Parties contractantes aura annoncé à l'autre son intention d'en faire cesser les effets, l'arrangement continuera d'avoir son execution pleine et entière pendant les douze derniers mois, sans préjudice de la liquidation et du solde des comptes entre les Caisses d'épargne des deux pays après l'ex-

piration dudit terme. || En foi de quoi, les soussignés, à ce dûment autorisés ont dressé le présent acte auquel ils ont apposé leurs signatures et leurs cachets.

Fait, en double expédition, à Rome, le quinze avril 1904.

(L.S.) Tittoni. (L.S.) Camille Barrére.
„ L. Luzzatti. (L.S.) Arthur Fontaine.
„ L. Rava.
„ E. Stelluti Scala.

Protocole.

Au moment de procéder à la signature de la Convention en date de ce jour, les Plénipotentiaires soussignés, se réferant à l'article 5 de cette Convention, ont d'un commun accord déclaré ce qui suit: || La loi française sur le travail des enfants et des femmes, visée par l'article 5 de la Convention, est celle du 2 novembre 1892, modifiée par l'article 1er de la loi du 30 mars 1900. Toutefois, il est entendu que, éventuellement, les modifications à la dite loi déjà votées par le Sénat français à la date du 24 mars 1904, dans la mesure où elles prendraient force légale par le vote des deux Chambres, se substitueraient aux dispositions actuellement en vigueur pour l'appréciation prévue à l'article 5 de la dite Convention. || La loi italienne sur le travail des femmes et des enfants, visée par l'article 5 de la Convention, est celle du 29 juin 1902. || Il sera tenu compte, pour les appréciations prévues au dit article 5: en France, des avis de la Commission Supérieure du Travail dans l'Industrie, établie par la loi du 2 novembre 1892, et du Conseil Supérieur du Travail; en Italie, de l'avis du Conseil Supérieur du Travail, organisé par la loi du 29 juin 1902.

Fait, en double expédition, à Rome, le 15 avril 1904.

(L.S.) Tittoni. (L.S.) Camille Barrére.
„ L. Luzzatti. (L.S.) Arthur Fontaine.
„ L. Rava.
„ E. Stelluti Scala.

Nr. 14005. BELGIEN und NIEDERLANDE. Abkommen über Verbesserung der Scheldemündung.

Haag, 5. April 1905.

Sa Majesté le Roi des Belges et Sa Majesté la Reine des Pays-Bas, ayant pris connaissance de l'arrangement tendant à améliorer l'éclairage de l'Escaut et de ses embouchures, signé à Flessingue le 27 octobre

1904 par les délégués belges et néerlandais, ont résolu de consacrer cet arrangement par une convention diplomatique et ont nommé à cet effet pour Leurs plénipotentiaires, savoir: || Sa Majesté le Roi des Belges: || Le Baron Guillaume, Son Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire près Sa Majesté la Reine des Pays-Bas; Sa Majesté la Reine des Pays-Bas: || Le Vice-Amiral A.-G. Ellis, Son Ministre des affaires étrangères ad interim; || Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme sont convenus des articles suivants:

Article premier.

Est approuvé l'arrangement ci-annexé en copie, signé, en textes français et néerlandais à Flessingue le 27 octobre 1904 par les commissaires permanents des deux Pays pour la surveillance commune de la navigation et des services de pilotage, etc., dans l'Escaut et à ses embouchures. || Il sera considéré comme inséré mot à mot dans la présente convention et comme faisant partie intégrante de cette dernière.

Article 2.

La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à La Haye aussitôt que possible. || En foi de quoi les plénipotentiaires l'ont signée et y ont apposé leurs cachets.

Fait en double à la Haye, le 5 avril 1905.

(*L. S.*) Guillaume.
(*L. S.*) Ellis.

Convention pour l'amélioration de l'éclairage de l'Escaut et de ses embouchures.

Le Gouvernement belge et le Gouvernement néerlandais, voulant améliorer l'éclairage de l'Escaut et de ses embouchures, ont désigné, pour régler les conditions des installations à établir et des changements à apporter aux feux existants: || Le Gouvernement belge: || MM. N. Allo || et L. Roger; || Le Gouvernement néerlandais: || MM. C. J. de Vriese || et J. W. A. F. van Maren Bentz van den Berg, || commissaires permanents des deux pays pour la surveillance commune de la navigation et des services de pilotage, etc., dans l'Escaut et à ses embouchures; || lesquels, s'étant réunis à Flessingue en vertu des pouvoirs respectifs qui leur ont été conférés, sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1er.

L'établissement et les modifications des feux dont la nomenclature suit, ont été jugés nécessaires: || 1° Mouiller une bouée lumineuse près

du point d'intersection des alignements des feux du Frédéric et du Reigersbergschen Polder; || 2° Mouiller une bouée lumineuse à la hauteur de la bouée plate noire n° 31, dans la courbe de Walsoorden; || 3° Mouiller une bouée lumineuse à la hauteur de la bouée plate noire n° 5, à cône tronqué, dans la passe de Terneuzen || 4° Modifier le caractère du feu du bateau-phare, „Wielingen", de manière qu'à deux éclats rouges succède un éclat blanc; || 5° Augmenter l'intensité du feu du bateau-phare „Wandelaar"; || 6° Remplacer la bouée conique rouge n° 2, à cône, des „Wielingen" par une bouée lumineuse; || 7° Remplacer la bouée plate noire n° 8, à cône tronqué, des „Wielingen", par une bouée lumineuse; || 8° Renforcer les feux du Nieuwe Sluis et changer le feu supérieur en un feu à éclairs, qui soit en même temps visible de tous les points de la passe; || 9° Changer le feu supérieur du Nordzeeboulevard, à Flessingue, en un feu fixe avec occultations; || 10° Placer une bouée lumineuse dans le Sardyngeul; || 11° Mouiller une bouée lumineuse à la hauteur de la bouée sphérique n° 5, de l'Oastgat; || 12° Remplacer la bouée conique rouge n° 1, à sphère, de l'Oostgat par une bouée lumineuse; || 13° Renforcer les feux de Kaapduinen et changer le feu supérieur en un feu fixe avec occultations; || 14° Renforcer le feu de Zoutelande.

Article 2.

Les améliorations seront réalisées dans l'ordre indiqué à l'article 1°. || Celles dont l'éxécution simultanée sera reconnue possible seront effectuées en même temps. || Toutes les bouées lumineuses seront sonores pour autant qu'il existe un système qui, répondant à cette condition, convient pour une rivière.

Article 3.

Le Gouvernement belge se chargera de faire construire, placer et entretenir la bouée lumineuse à mouiller à l'intersection des alignements des feux du Frédéric et du Reigersbergschen Polder. || Les modifications à apporter à l'éclairage des bateaux-phares „Wielingen" et „Wandelaar" seront exécutées par ses soins. || La construction, le placement et l'entretien des autres bouées lumineuses, ainsi que les changements aux feux établis sur le territoire néerlandais, seront exécutés par les soins du Gouvernement des Pays-Bas, qui fera aussi construire deux bouées lumineuses de réserve et une lanterne de réserve pour lesdites bouées.

Article 4.

Les plans et devis estimatifs de tous les travaux et constructions prévus à l'article 1er, à l'exclusion de ceux nommés sub 1°, 3°, 4°, 5°

et 9° de cet article, seront soumis à l'approbation des commissaires permanents et arrêtés de commun acord.

Article 5.

Tous les travaux et installations, sous réserve des exceptions stipulées à l'article 4, feront autant que possible l'objet de contrats et ceux-ci ne seront admis qu'après qu'ils auront été approuvés par les deux Gouvernements.

Article 6.

Les commissaires belges auront le droit d'inspecter et de surveiller les travaux et constructions à faire exécuter par l'administration néerlandaise pour compte de la Belgique, ainsi que l'entretien de ces installations.

Article 7.

Les deux Gouvernements s'engagent à prendre les mesures nécessaires pour que les bouées lumineuses soient mises à bref délai en place et pour que les modifications de feux soient effectuées promptement.

Article 8.

Tous les frais à faire par le Gouvernement des Pays-Bas pour les installations et travaux dont la dépense incombe à la Belgique, savoir ceux dont question à l'article 5, et pour leur entretien, seront payés par le Gouvernement belge et ce à des époques à fixer par les conditions d'entreprise. || Ces payements auront lieu un mois après la remise par le Gouvernement néerlandais au Gouvernement belge de déclarations accompagnées des comptes justificatifs.

Article 9.

Le Gouvernement néerlandais veillera à ce que les feux et les bouées lumineuses, dont question à l'article 5, soient conservés en bon état de service. Ile ne pourra ni les enlever, ni les détourner de leur destination sans le consentement de la Belgique, sauf en cas de guerre ou de danger éventuel de guerre. || Les feux à modifier et les bouées à placer par les soins du Gouvernement néerlandais pour compte de l'Etat belge resteront la propriété du Gouvernement des Pays-Bas aussi longtemps qu'ils seront employés à leur destination, mais, en cas de modifications qui amèneront la suppression ou la mise hors d'usage de l'un ou de l'autre de ces objets, ces derniers seront restitués à la Belgique.

Article 10.

Les commissaires des deux pays auront la faculté d'apporter, de commun accord, à l'éclairage les modifications qui deviendraient nécessaires par suite de changements dans la direction des passes.

Article 11.

Le Gouvernement néerlandais s'étant chargé de placer, déplacer réparer et alimenter les bouées lumineuses qu'il fera construire pour compte de la Belgique, il lui sera dû, par le Gouvernement belge, pour le couvrir de ses frais, une redevance fixe de douze cents florins P. B., par bouée par an et pour le temps que les engins de l'espèce auront été mouillés. Ces payements auront lieu sur déclaration de l'Administration néerlandaise.

Article 12.

La présente convention ne deviendra exécutoire qu'après avoir été approuvée par les Gouvernements respectifs. || Aainsi fait à Flessingue, le 27 octobre 1904, en double expédition, dont une en français et une autre en néerlandais.

Les commissaires permanents belges,
Allo.
L. Roger.

Les commissaires permanents néerlandais,
C. J. de Vriese
van den Berg.

(*L. S.*) Guillaume.
(*L. S.*) Ellis.

Nr. 14006. **VERTRAGSSTAATEN.** Zweites Zusatzübereinkommen zu dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890.

Bern, 19. September 1906.

Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen, im Namen des Deutschen Reichs, Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn, gleichzeitig im Namen Seiner Durchlaucht des Fürsten von Liechtenstein handelnd, Seine Majestät der König der Belgier, Seine Majestät der König von Dänemark, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König von Italien, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg, Ihre Majestät die Königin der Niederlande, Seine Majestät der König von Rumänien, Seine Majestät der Kaiser aller Reußen und der Schweizerische Bundesrat, für angemessen erachtend, in den Bestimmungen des Internationalen Übereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 und der darauf bezüglichen Zusatzvereinbarung vom

16. Juli 1895, sowie des Zusatzübereinkommens vom 16. Juni 1898, gewisse Abänderungen eintreten zu lassen, haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein neues Zusatzübereinkommen abzuschließen, und zu ihren Bevollmächtigten ernannt: || Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König von Preußen: Seine Exzellenz Herrn Alfred von Bülow, Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Seine Majestät der Kaiser von Österreich, König von Böhmen usw. und Apostolischer König von Ungarn: || Seine Exzellenz Herrn Carl Freiherrn Heidler von Egeregg und Syrgenstein, Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Seine Majestät der König der Belgier: || Seine Exzellenz Herrn Maurice Michotte de Welle, Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Seine Majestät der König von Dänemark: || Herrn Henrik Vedel, Abteilungschef im Ministerium des Innern. || Der Präsident der Französischen Republik: || Seine Exzellenz Herrn Paul Révoil, Botschafter der Französischen Republik bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Seine Majestät der König von Italien: || Seine Exzellenz Herrn Grafen Roberto Magliano di Villar San Marco, Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Luxemburg: || Herrn Grafen A. F. L. de Rechteren Limpurg Almelo, Minister-Resident Ihrer Majestät der Königin der Niederlande bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Ihre Majestät die Königin der Niederlande: || Herrn Grafen A. F. L. de Rechteren Limburg Almelo, Allerhöchstihren Minister-Residenten bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Seine Majestät der König von Rumänien: || Herrn Emile Miclesco, Generaldirektor der rumänischen Eisenbahnen. || Seine Majestät der Kaiser von Rußland: || Seine Excellenz Herrn B. von Bacheracht, Allerhöchstihren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft. || Und der Schweizerische Bundesrat: || Herrn Bundesrat Zemp, Vorsteher des Schweizerischen Post- und Eisenbahndepartements. || Welche, nachdem sie einander ihre betreffenden Vollmachten mitgeteilt, die in guter Ordnung befunden wurden, folgende Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Das Internationale Übereinkommen wird wie folgt abgeändert: || I. — Artikel 5 erhält folgenden neuen Absatz: || „(5) Die Auflieferung und die Verladung der Güter richten sich nach den für die Versand-

bahn geltenden gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen.“ || II. — Artikel 6. Absatz (1), lit. c, erhält folgende Fassung: || „c) die Bezeichnung der Bestimmungsstation, den Namen und den Wohnort des Empfängers, sowie die etwaige Angabe, daß das Gut bahnlagernd zu stellen ist;“ || Absatz (1), lit. h, erhält folgende Fassung: || „h) das genaue Verzeichnis der für die zoll- oder steueramtliche Behandlung oder für die polizeiliche Prüfung nötigen Begleitpapiere und den aus Artikel 10, Absatz (4), sich ergebenden Vorbehalt;“ || Der Eingang des Absatzes (1) lit. l, erhält folgende Fassung: || „l) die Angabe des einzuhaltenden Transportwegs unter Bezeichnung der Stationen, wo die Zollabfertigung, sowie eine etwa nötige polizeiliche Prüfung stattfinden soll;“ || Absatz (1), lit. l, Ziffer 1, erhält folgende Fassung: || „1. daß die zoll- oder steueramtliche Abfertigung, sowie eine etwa nötige polizeiliche Prüfung immer in den vom Absender bezeichneten Stationen stattfindet;“ || Absatz (1), lit. l, Ziffer 3, des deutschen Textes erhält folgende Fassung: || „3. daß die Lieferfrist der Ware nicht länger ist, als sie gewesen wäre, wenn die Sendung auf dem im Frachtbriefe bezeichneten Wege befördert worden wäre;“ || III. — Artikel 7. Dem Absatz (5) wird folgende lit. d beigefügt: || „d) bei einer während des Transports eingetretenen Gewichtszunahme, welche eine Überlastung nicht herbeiführt, insofern der Absender nachweist, daß die Gewichtszunahme auf Witterungseinflüsse zurückzuführen ist.“ || Außerdem erhält Artikel 7 folgenden neuen Absatz (6): || „(6) Der Anspruch auf Zahlung oder Rückzahlung von Frachtzuschlägen (§ 3, Absätze (1) bis (5), und § 9, Absatz (2), der Ausführungsbestimmungen) verjährt in einem Jahre, sofern er nicht unter den Parteien durch Anerkenntnis, Vergleich oder gerichtliches Urteil festgestellt ist. Die Verjährung beginnt bei den Ansprüchen auf Zahlung von Frachtzuschlägen mit der Zahlung der Fracht, oder, falls eine Fracht nicht zu zahlen war, mit der Auflieferung der Güter; bei den Ansprüchen auf Rückzahlung von Frachtzuschlägen beginnt sie mit der Zahlung der Zuschläge. Auf die Verjährung finden die Bestimmungen des Artikels 45, Absätze (3) und (4), Anwendung. Die Bestimmung des Artikels 44, Absatz (1), findet keine Anwendung.“ || IV. — Artikel 10. Im französischen Texte des ersten Satzes des Absatzes (3) wird das Wort „ou“ durch den Ausdruck „et“ ersetzt. || Absatz (5) erhält folgende Fassung: || „(5) Bei der Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte steht dem Empfänger das Recht zu, die zoll- und steueramtliche Behandlung zu besorgen, falls nicht im Frachtbrief etwas anderes festgesetzt ist. Falls diese Behandlung weder durch den Empfänger noch gemäß anderweitiger Festsetzung im Frachtbriefe durch einen Dritten erfolgt, ist die Eisenbahn verpflichtet, sie zu

besorgen.“ || V. — Artikel 12. Absatz (1) wird durch folgenden Satz ergänzt: || „Es ist gestattet, auf die Fracht einen beliebigen Teil als Frankatur anzuzahlen.“ || Absatz (4) erhält folgende Fassung: || „(4) Wurde der Tarif unrichtig angewendet, oder sind Rechnungsfehler bei der Festsetzung der Frachtgelder und Gebühren vorgekommen, so ist das zu wenig Geforderte nachzuzahlen, das zu viel Erhobene zu erstatten und zu diesem Zwecke dem Berechtigten tunlichst bald Nachricht zu geben. Ein derartiger Anspruch . . . usw.“ (Wie der jetzige Text.)

VI. — Artikel 13. Im Absatz (1) wird das Wort „Nachnahme“ durch die Worte „Nachnahme nach Eingang“ ersetzt und der zweite Satz weggelassen. || Außerdem wird folgender Absatz (5) beigefügt: || „(5) Barvorschüsse werden nur nach den für die Versandbahn geltenden Bestimmungen zugelassen.“ || VII. — Artikel 15. Der erste Satz des Absatzes (1) erhält folgende Fassung: || „(1) Der Absender allein hat das Recht, die Verfügung zu treffen, daß das Gut auf der Versandstation zurückgegeben, unterwegs angehalten oder an einen anderen als den im Frachtbriefe bezeichneten Empfänger am Bestimmungsort oder auf einer Zwischenstation oder auf einer über die Bestimmungsstation hinaus oder seitwärts gelegenen Station abgeliefert oder an die Versandstation zurückgesendet werde.“

Im deutschen Texte des Absatzes (2) wird statt des Wortes „Duplikatfrachtbriefes“ das Wort „Frachtbriefduplikats“ gesetzt. || Absatz (5) erhält folgende Fassung: || „(5) Die Eisenbahn darf die Ausführung der im ersten Satze des Absatzes (1) vorgesehenen Verfügungen nur dann verweigern oder verzögern, oder solche Verfügungen in veränderter Weise ausführen, wenn durch deren Befolgung der regelmäßige Transportverkehr gestört würde.“ || VIII. — Artikel 16. Im französischen Texte des Absatzes (2) wird am Schlusse des ersten Satzes anstatt „pour l’exécution“ gesagt „moyennant l’exécution“. || IX. — Artikel 17. Im französischen Texte wird gesetzt: „La réception de la marchandise et de la lettre de voiture oblige“ . . . (nicht obligent). || X. — Artikel 18. Folgender Satz wird am Schlusse des Absatzes (3) hinzugefügt: || Falls das Gut auf einem anderen Wege dem Bestimmungsorte zugeführt wird, ist die Eisenbahn berechtigt, die Zahlung der Mehrgebühren zu fordern.“

XI. — Artikel 24. Absatz (1) erhält folgende Fassung: || „(1) Bei Ablieferungshindernissen hat die Ablieferungsstation den Absender durch Vermittelung der Versandstation von der Ursache des Hindernisses sofort in Kenntnis zu setzen und seine Anweisung einzuholen. Wenn ein Antrag auf Benachrichtigung schon im Frachtbriefe gestellt ist, so muß die Benachrichtigung an den Absender sofort auf telegraphischem Wege ge-

schehen. Das Gut haftet für die Kosten der Benachrichtigung. Verweigert der Empfänger die Annahme des Gutes, so steht dem Absender das volle Verfügungsrecht auch dann zu, wenn er das Frachtbriefduplikat nicht vorweisen kann. In keinem Falle darf das Gut ohne ausdrückliches Einverständnis des Absenders zurückgesandt werden. || XII. — Artikel 40. Absatz (4) erhält folgenden Zusatz: || „Ist jedoch der deklarierte Betrag niedriger als die ohne Interesse-Deklaration nach Absatz (2) zu leistende Frachtvergütung, so kann die letztere beansprucht werden.“ || XIII. — Artikel 45. Die Verweisung im Absatz (1) wird in „Artikel 44 Absatz (2), Ziffer 1,“ abgeändert. || XIV. — Artikel 59. Absatz (1) erhält folgende Fassung: || „(1) Wenigstens alle fünf Jahre nach dem Inkrafttreten der auf der letzten Revisionskonferenz beschlossenen Änderungen wird eine neue Konferenz aus Delegierten der vertragschließenden Staaten zusammentreten, um die für notwendig erachteten Abänderungen und Verbesserungen des Übereinkommens in Vorschlag zu bringen.“

Artikel 2.

Das Reglement, betreffend Errichtung eines Zentralamts, wird wie folgt abgeändert: || Artikel 1. Absatz (3) erhält folgende Fassung: || „(3) Die Kosten dieses Amtes, welche bis auf weiteres den jährlichen Betrag von 110 000 Franken nicht übersteigen sollen, werden von jedem Staate im Verhältnisse zu der kilometrischen Länge der von ihm zur Ausführung internationaler Transporte als geeignet bezeichneten Eisenbahnstrecken getragen. || Außerdem wird dem schweizerischen Post- und Eisenbahndepartement eine einmal zahlbare Summe von 25 000 Franken zur Verfügung gestellt, um mit ihr sowie mit den Zinsen des Kapitals einen Fonds zu bilden, der dazu dienen soll, den Beamten, Angestellten und Unterbeamten des Zentralamts für den internationalen Eisenbahntransport Unterstützungen oder Entschädigungen für den Fall zu bewilligen, daß sie infolge vorgerückten Alters, durch Unglücksfälle oder Krankheit zur Ausübung ihrer dienstlichen Pflichten dauernd unfähig werden.“

Artikel 3.

Die Ausführungsbestimmungen zum Übereinkommen und deren Anlagen werden wie folgt geändert: || I. — Paragraph 1 erhält folgende Fassung: || „(1) Von der Beförderung ausgeschlossen sind, soweit nicht die Bestimmungen der Anlage 1 Anwendung finden: || 1. alle der Selbstentzündung oder Explosion unterworfenen Gegenstände, wie || a) Nitroglyzerin (Sprengöl), Dynamit, || b) andere Spreng- und Schießmittel aller Art, || c) geladene Schußwaffen, || d) Knallquecksilber, Knallsilber und

Knallgold, sowie die damit hergestellten Präparate, || e) Feuerwerkskörper, || f) Pyropapier, || g) pikrinsaure Salze; || 2. ekelerregende oder übelriechende Erzeugnisse. || (2) Bedingungsweise werden zur Beförderung zugelassen: || 1. Die in Anlage 1 verzeichneten Gegenstände unter den daselbst aufgeführten Bedingungen. Ihnen sind besondere, andere Gegenstände nicht umfassende Frachtbriefe beizugeben. || 2. Gold- und Silberbarren, Platina, Geld, geldwerte Münzen und Papiere, Dokumente, Edelsteine, echte Perlen, Pretiosen und andere Kostbarkeiten, ferner Kunstgegenstände, wie Gemälde, Statuen, Gegenstände aus Erzguß, Antiquitäten. Zu den Kostbarkeiten sind beispielsweise auch besonders wertvolle Spitzen und besonders wertvolle Stickereien zu rechnen. || Diese Gegenstände werden im internationalen Verkehr auf Grund des internationalen Frachtbriefs, und zwar entweder nach Maßgabe von Vereinbarungen zwischen den Regierungen der beteiligten Staaten, oder von Tarifbestimmungen, welche von den dazu ermächtigten Bahnverwaltungen aufgestellt und von allen zuständigen Aufsichtsbehörden genehmigt sind, zugelassen.

3. Leichen. || Sie werden zum internationalen Transporte mit dem internationalen Frachtbrief unter folgenden Bedingungen zugelassen: || a) die Beförderung erfolgt als Eilgut; || b) die Transportgebühren sind bei der Aufgabe zu entrichten; c) die Leiche muß während der Beförderung von einer dazu beauftragten Person begleitet sein; || d) die Beförderung unterliegt im Gebiete jedes einzelnen Staates den daselbst in polizeilicher Beziehung geltenden Gesetzen und Verordnungen, soweit nicht unter den beteiligten Staaten besondere Abmachungen getroffen sind. || (3) Einzelne oder alle Vertragsstaaten können für ihren wechselseitigen Verkehr vereinbaren, daß die nach dem gegenwärtigen Übereinkommen vom internationalen Verkehr ausgeschlossenen Gegenstände unter gewissen Bedingungen, oder daß die in der Anlage 1 aufgeführten Gegenstände unter leichteren Bedingungen, zur Beförderung zugelassen werden. Solche Vereinbarungen können — erforderlichenfalls unter Vermittelung des Zentralamts für den internationalen Eisenbahntransport in Bern — auf schriftlichem Wege oder auf einer zu diesem Zwecke einzuberufenden fachmännischen Konferenz getroffen werden. Auch die beteiligten Eisenbahnen können durch Tarifbestimmungen von der Beförderung ausgeschlossene Gegenstände zulassen oder für bedingungsweise zugelassene Gegenstände leichtere Bedingungen zugestehen, wenn || a) die Beförderung der betreffenden Gegenstände oder die hierfür in Aussicht genommenen Bedingungen nach den inneren Reglements zulässig sind, und b) die Tarifbestimmungen von allen zuständigen Aufsichts-

behörden genehmigt werden.“ || II. — Paragraph 2. Dem Absatz (1) werden folgende Sätze beigefügt: || „Die roten Streifen auf den Eilgutfrachtbriefen müssen mindestens 1 Zentimeter breit sein.“ || Diese Bestimmung wird indessen erst nach einer Maximalfrist von einem Jahre seit dem Inkrafttreten des abgeänderten Übereinkommens obligatorisch.“ || Dem Absatze (4) wird folgender Satz beigefügt: || „Bei Aufgabe von Gütern, welche der Absender zu verladen hat, sind von diesem auch die Nummer und die Eigentumsmerkmale des Wagens an der vorgeschriebenen Stelle einzutragen.“ || Als neuer Absatz (5) wird eingeschaltet: || (5) Bei Sendungen nach Orten mit Bahnhöfen verschiedener Bahnverwaltungen oder nach Orten, deren Namensbezeichnung derjenigen anderer Orte gleich oder ähnlich lautet, ist auch die Bezeichnung der Empfangsbahn an der hierfür vorgesehenen Stelle der Frachtbriefspalte einzutragen.“ || Die bisherigen Absätze (5) bis (9) erhalten die Nummern (6) bis (10).

III. — Paragraph 3. Absatz (1) erhält folgende Fassung: || „(1) Wenn die im § 1, Absatz (1) und in der Anlage 1 aufgeführten Gegenstände unter unrichtiger oder ungenauer Deklaration zur Beförderung aufgegeben oder wenn die in Anlage 1 gegebenen Sicherheitsvorschriften bei der Aufgabe außer acht gelassen werden, beträgt der Frachtzuschlag 15 Franken für jedes Brutto-Kilogramm des ganzen Versandstücks.“ || Der erste Satz des Absatzes (4) erhält folgende Fassung: || „(4) Im Falle der Überlastung eines vom Absender beladenen Wagens beträgt der Frachtzuschlag das Sechsfache der Fracht von der Aufgabe- bis zur Bestimmungsstation für dasjenige Gewicht, das die im Absatze (5) festgesetzten äußersten Belastungsgrenzen übersteigt.“ || IV. — Paragraph 6. Absatz (4) erhält folgende Fassung: || „(4) Wenn eine Eisenbahn in die Notwendigkeit versetzt ist, von den in diesem Paragraphen, Absatz (3), Ziffer 1 bis 4, für die einzelnen Staaten als fakultativ zulässig bezeichneten Zuschlagfristen Gebrauch zu machen, so soll sie auf dem Frachtbriefe den Tag der Übergabe an die nachfolgende Bahn mittels Abstempelung vormerken und darauf die Ursache und Dauer der Lieferfrist-Überschreitung, welche sie in Anspruch genommen hat, angeben.“ || Absatz (6) erhält folgende Fassung: || „(6) Dieselben Bestimmungen sind maßgebend für die Art und Weise, wie die Übergabe des Avisbriefs festzustellen ist. Für Güter, welche nicht avisiert und bahnseits nicht zugestellt werden, ist die Lieferfrist gewahrt, wenn das Gut innerhalb derselben auf der Bestimmungsstation zur Abnahme bereit gestellt ist.“

V. — Paragraph 7. Als Absatz (2) wird beigefügt: || „(2) Für die Ausstellung der Verfügungen gelten die Vorschriften des § 2, Absätze (2)

und (3), über die Ausstellung der Frachtbriefe.“ || VI. — Paragraph 8. Absatz (1) erhält folgende Fassung: || „(1) Der Normalsatz für regelmäßigen Gewichtsverlust beträgt zwei Prozent bei flüssigen und feuchten, sowie bei nachstehenden trockenen Gütern: || geraspelte und gemahlene Farbhölzer, || Rinden, || Wurzeln, || Süßholz, || geschnittener Tabak, || Fettwaren, || Seifen und harte Öle, || frische Früchte, || frische Tabaksblätter, || Schafwolle, || Häute, || Felle, || Leder, || getrocknetes und gebackenes Obst, || Tierflechsen, || Hörner und Klauen, || Knochen (ganz und gemahlen), || getrocknete Fische, || Hopfen, || frische Kitte, || Schweinsborsten, || Pferdehaare, || Salz.“ || VII. — Paragraph 9. Absatz (2) erhält folgende Fassung: || „(2) In diesem Falle wird der Frachtzuschlag mit 0,25 Centimen für unteilbare Einheiten von je 10 Franken und 10 Kilometer berechnet. || Der sich ergebende Betrag kann auf volle 5 Centimen aufgerundet werden.“

Anlage 1.

I. — Nummer VI erhält folgende Fassung: || „(1) Bisheriger Text. || (2) Amorpher (roter) Phosphor ist in dichte, gut verlötete Blechbüchsen, welche in starke Kisten mit Sägespänen eingesetzt sind, zu verpacken. Diese Kisten dürfen nicht mehr als 90 Kilogramm wiegen und müssen äußerlich als „roten Phosphor enthaltend“ bezeichnet sein. || (3) Phosphorkalzium wird unter den gleichen Bedingungen zur Beförderung angenommen. Die Aufschrift der Kisten hat zu lauten: „Phosphorkalzium enthaltend“. (4) Mischungen von amorphem Phosphor mit Harzen oder Fetten, deren Schmelzpunkt über 35 Grad Celsius liegt, werden zur Beförderung zugelassen, wenn sie durch Zusammenschmelzen ihrer Bestandteile hergestellt sind. Sie sind entweder in Kisten, die kein Ausstreuen gestatten, zu verpacken, oder müssen in ungeladene Geschosse eingegossen sein. || (5) Anderthalbfacher Schwefelphosphor muß in dichte Metallzylinder, die selbst wieder in gut gefügte hölzerne Kisten eingeschlossen werden müssen, verpackt sein.“ || II. — Absatz (2) der Nummer VII erhält folgende Fassung: || „(2) 1. Gebrauchte eisen- oder manganhaltige Gasreinigungsmasse wird — sofern sie nicht in dichte Blechbehälter verpackt zur Aufgabe gelangt — nur in eisernen Wagen zur Beförderung übernommen. Falls diese Wagen nicht mit festschließenden eisernen Deckeln versehen sind, ist die Ladung mit Wagendecken, welche so präpariert sind, daß sie durch direkte Berührung mit Flammen nicht entzündet werden, vollständig einzudecken. Der Absender und der Empfänger hat das Auf- beziehungsweise Abladen selbst zu besorgen. Auch hat der Absender auf Verlangen der Bahnverwaltung die Wagendecken selbst zu beschaffen. || 2. Wenn die in Ziffer 1 erwähnte Gas-

reinigungsmasse vollständig oxydiert ist, und dieser Umstand vom Absender im Frachtbrief ausdrücklich bestätigt wird, wird dieselbe bei Aufgabe als Stückgut in beliebiger Verpackung und bei Aufgabe in Wagenladungen in gewöhnlichem, offen gebauten Wagen ohne Deckenschutz zur Beförderung übernommen.“

III. — Nummer VIIIa fällt weg. || IV. — Nummer IX erhält folgende Fassung: || „(1) Schwefeläther und Lösungen von Nitrozellulose in Schwefeläther (Kollodium), in Methylalkohol, in Äthylalkohol, in Amylalkohol, in Essigäther, in Amylazetat, in Azeton, in Nitrobenzol oder in Gemengen dieser Flüssigkeiten, sowie andere Flüssigkeiten, die Schwefeläther in größeren Quantitäten enthalten (wie Hoffmannstropfen) werden nur befördert: || entweder || 1. in dichten Gefäßen aus starkem, gehörig vernietetem oder geschweißtem oder gefalztem Eisenbleche mit höchstens 500 Kilogramm Inhalt, || oder || 2. in vollkommen dicht verschlossenen Gefäßen aus Metall oder Glas von höchstens 60 Kilogramm Bruttogewicht, deren Verpackung nachstehenden Vorschriften entspricht: || a) Werden mehrere Gefäße in einem Frachtstücke vereinigt, so müssen sie in starke Holzkisten mit Stroh, Heu, Kleie, Sägespänen, Kieselgur oder anderen lockeren Substanzen fest verpackt sein. || b) Bei Einzelverpackung ist die Versendung der Gefäße in soliden, mit Handhaben versehenen und mit einer gut befestigten Schutzdecke, sowie mit hinreichendem Verpackungsmaterial eingefütterten Körben und Kübeln zulässig; die Schutzdecke muß, falls sie aus Stroh, Rohr, Schilf oder ähnlichem Materiale besteht, mit Lehm- oder Kalkmilch oder ähnlichem Stoffe unter Zusatz von Wasserglas getränkt sein. || (2) Die Füllung von Blech- oder anderen Metallgefäßen darf bei 15 Grad Celsius nicht mehr als neun Zehntel des Rauminhalts der Behälter ausmachen. || (3) Die Beförderung soll in offenen Wagen ohne Decke erfolgen. Auch ist sie zulässig in geschlossenen Wagen, wenn in diesen durch seitliche Öffnung, Luftklappen oder Jalousien ein solcher Luftzug erzeugt wird, daß entstehende Dämpfe sicher abgeführt werden. || (4) Lösungen von Nitrozelloluse in Essigsäure dürfen nur in dichten, gut verschlossenen Ton- oder Glasgefäßen in Mengen bis zu 90 Kilogramm Bruttogewicht versandt werden. Für die Verpackung der Gefäße gelten die im Absatz (1), Ziffer 2a) und b), gegebenen Vorschriften. || (5) Wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV. || (6) Die Bestimmungen im Absatz (1), Ziffer 2, und im Absatze (5) finden auch auf Zinkäthyl Anwendung, jedoch dürfen brennbare Stoffe zur Verpackung nicht benutzt werden.“ || V. Nummer XI erhält folgende Fassung: || Holzgeist in rohem und rektifiziertem Zustand und Azeton werden — sofern sie nicht in besonders dazu gebauten

Wagen (Kesselwagen) oder in Fässern zur Aufgabe gelangen — nur in Metall- oder Glasgefäßen zur Beförderung zugelassen. Diese Gefäße müssen in der unter Nr. XV, Ziffer 1, vorgeschriebenen Weise verpackt sein. || (2) Wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV.“ || VI. — Nummer XV erhält folgende Fassung: || Flüssige Mineralsäuren aller Art, insbesondere Schwefelsäure, Vitriolöl, Salzsäure, Salpetersäure (Scheidewasser) mit einem spezifischen Gewichte von weniger als 1,48 [46,8 Grad Baumé] (wegen hochkonzentrierter Säure vergleiche Nr. XVII), sowie Chlorschwefel unterliegen nachstehenden Vorschriften: || 1. Falls diese Stoffe in Ballons, Flaschen oder Kruken verschickt werden, so müssen die Behälter dicht verschlossen, wohl verpackt und in besondere, mit starken Vorrichtungen zum bequemen Handhaben versehene Gefäße oder geflochtene Körbe eingeschlossen sein. Statt geflochtener Körbe können auch Metallkörbe verwendet werden; in diesem Falle muß das Verpackungsmaterial zwischen dem Behälter und dem Metallkorbe so beschaffen sein, daß es den Behälter gegen Bruch sichert und weder durch den Inhalt des Behälters noch durch Funken in Brand geraten kann. || Falls die Stoffe in Metall-, Holz- oder Gummibehältern versendet werden, so müssen die Behälter vollkommen dicht und mit guten Verschlüssen versehen sein. || Bei Salpetersäure muß aus dem Frachtbriefe das spezifische Gewicht bei 15 Grad Celsius zu ersehen sein. Fehlt eine solche Angabe im Frachtbriefe, so wird die Säure als hochkonzentrierte behandelt. || 2. Vorbehaltlich der Bestimmungen unter Nr. XXXV müssen diese Stoffe stets getrennt verladen und dürfen namentlich mit anderen Chemikalien nicht in einen und denselben Wagen gebracht werden.“ || 3. Die Vorschriften unter Ziffer 1 und 2 gelten auch für die Gefäße, in welchen die genannten Stoffe transportiert worden sind. Derartige Gefäße sind stets als solche zu deklarieren. || 4. Das Auf- und Abladen von Sendungen, bei welchen sich auch nur ein Kollo im Gewichte von mehr als 75 Kilogramm befindet, ist vom Absender beziehungsweise Empfänger zu besorgen. || 5. Falls das Abladen und Abholen solcher Sendungen seitens der Empfänger nicht binnen drei Tagen nach der Ankunft auf der Empfangsstation, beziehungsweise nach der Avisierung der Ankunft erfolgt, so ist die Eisenbahnverwaltung berechtigt, die Sendungen unter Beachtung der bezüglichen reglementarischen Bestimmungen in ein Lagerhaus zu bringen oder an einen Spediteur zu übergeben. Sofern dies nicht tunlich ist, kann sie die Sendungen ohne weitere Förmlichkeiten verkaufen.“

VII. — Als Nummer XVa wird aufgenommen: || „Abfallschwefelsäure aus Nitroglyzerinfabriken wird nur dann zur Beförderung zuge-

lassen, wenn sie nach einer von dem Fabrikanten auf dem Frachtbrief ausgestellten Bescheinigung vollständig denitriert worden ist. Im übrigen finden die Vorschriften unter Nr. XV Anwendung.“ || VIII. — Als Nummer XVb wird aufgenommen: || „Gefüllte elektrische Akkumulatoren werden geladen oder ungeladen unter folgenden Bedingungen befördert: || 1. Die Akkumulatoren sind in einem ihrer Größe angepaßten Batteriekasten so zu befestigen, daß die einzelnen Zellen sich nicht darin bewegen können. || 2. Der Batteriekasten ist in eine Versandkiste einzusetzen und der Zwischenraum ringsum mit Kieselgur, Sägespänen, Kohlenpulver, Sand oder anderen ähnlichen aufsaugenden Stoffen auszufüllen. || 3. Die Pole müssen gegen Kurzschluß gesichert sein. || 4. Die Kisten müssen mit zwei Handhaben versehen sein und auf den Deckeln deutlich die Aufschriften „Elektrische Akkumulatoren“ und „Oben“ tragen.“ || IX. — Nummer XVI erhält folgende Fassung: || „(1) Ätzlauge (Ätznatronlauge, Sodalauge, Ätzkalilauge, Pottaschenlauge), ferner Ölsatz (Rückstände von der Ölraffinerie) unterliegen den Vorschriften unter Nr. XV, Ziffer 1, 3 (mit Ausnahme der in Ziffer 3 angezogenen Bestimmung der Ziffer 2), 4 und 5. || Die gleichen Vorschriften finden auch auf Brom, jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß seine Beförderung nur in offenen Wagen zu erfolgen hat und daß die damit gefüllten Glasgefäße in festen Holz- oder Metallkisten bis zum Halse in Asche, Sand oder Kieselgur eingebettet werden müssen. || (2) Wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV.“ || X. — Nummer XVII erhält folgende Fassung: || „Auf den Transport von konzentrierter Salpetersäure mit einem spezifischen Gewichte von 1,48 (46,8 Grad Baumé) und darüber, sowie von roter rauchender Salpetersäure finden die unter Nr. XV gegebenen Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Ballons und Flaschen in den Gefäßen mit einem mindestens ihrem Inhalte gleichkommenden Volumen Kieselgur oder anderer geeigneter trockenerdiger Stoffe umgeben sein müssen, es sei denn, daß die Ballons und Flaschen in eiserne Vollmantelkörbe eingesetzt und durch gut federnde, mit Asbest belegte Schließen so gehalten werden, daß sie sich in den Körben nicht bewegen können. Die eisernen Mäntel müssen so beschaffen sein, daß der Inhalt der Ballons und Flaschen im Falle des Bruches nicht aus der Umschließung herauslaufen kann.“

XI. — Nummer XVIII erhält folgende Fassung: || „(1) Wasserfreie Schwefelsäure (Anhydrid, sogenanntes festes Oleum) darf nur befördert werden: || entweder || 1. in gut verlöteten, starken, verzinnten Eisenblechbüchsen, || oder || 2. in starken Eisen- oder Kupferflaschen, deren Öffnungen luftdicht verschlossen, verkittet und überdies mit einer Hülle von Ton

versehen sind. || Die Büchsen und Flaschen müssen von einem fein zerteilten anorganischen Stoffe, wie Schlackenwolle, Kieselgur, Asche oder dergleichen, umgeben und in starke Holzkisten fest verpackt sein. || (2) Im übrigen finden die Bestimmungen unter Nr. XV, Ziffer 2 bis 5, Anwendung.“ || XII. — Nummer XIX erhält folgende Fassung: || „(1) Für Firnisse und mit Firnis versetzte Farben, für ätherische und fette Öle, sowie für sämtliche Ätherarten mit Ausnahme von Schwefeläther (vergleiche Nr. IX) und von Petroleumäther (vergleiche Nr. XXII), für absoluten Alkohol, Weingeist (Spiritus), Sprit und andere unter Nr. XI nicht genannte Spirituosen, sowie für Amylazetat sind, sofern sie in Ballons, Flaschen oder Kruken zur Beförderung gelangen, die Vorschriften unter Nr. XV, Ziffer 1, Absatz 1 maßgebend. || (2) Wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV.“ || XIII. — Nummer XX erhält folgende Fassung: || „(1) Petroleum, rohes und gereinigtes, sofern es bei 17,5 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von mindestens 0,780 hat, oder bei einem Barometerstande von 760 Millimeter (auf die Meereshöhe reduziert) im Abelschen Apparate nicht unter 21 Grad entzündliche Dämpfe gibt (Testpetroleum); || (2) die aus Braunkohlenteer bereiteten Öle (Torf- und Schieferöle, Asphaltnaphtha und Destillate aus solchen), sofern sie mindestens das vorgenannte spezifische Gewicht haben (Solaröl, Photogen usw.); || (3) Steinkohlenteeröle, die bei 17,5 Grad Celsius ein geringeres spezifisches Gewicht als 1,00 haben (Benzol, Toluol, Xylol, Cumol usw.), sowie Mirbanöl (Nitrobenzol; || (4) Kohlenwasserstoffe anderen Ursprunges, die bei 17,5 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von mindestens 0,830 haben, || unterliegen nachstehenden Bestimmungen: || 1. Diese Gegenstände dürfen, sofern nicht besonders dazu gebaute Wagen (Kesselwagen) zur Verwendung kommen, nur befördert werden: || entweder || a) in besonders guten, dauerhaften Fässern, || oder || b) in dichten und widerstandsfähigen Metallgefäßen, || oder || c) in Gefäßen aus Glas oder Steinzeug; in diesem Falle jedoch unter Beachtung folgender Vorschriften; || aa) Werden mehrere Gefäße in einem Frachtstücke vereinigt, so müssen sie in starke Holzkisten mit Stroh, Heu, Kleie, Sägespänen, Kieselgur oder anderen lockeren Stoffen fest verpackt sein; || bb) bei Einzelverpackung ist die Versendung der Gefäße in soliden, mit einer gut befestigten Schutzdecke, sowie mit Handhaben versehenen und mit hinreichendem Verpackungsmaterial eingefütterten Körben oder Kübeln zulässig; die Schutzdecke muß, falls sie aus Stroh, Rohr, Schilf oder ähnlichem Materiale besteht, mit Lehm- oder Kalkmilch oder einem gleichartigen Stoffe unter Zusatz von Wasserglas getränkt sein. Das Bruttogewicht des einzelnen Kollo darf bei Ver-

wendung von Glasgefäßen 60 Kilogramm und bei Verwendung von Gefäßen aus Steinzeug 75 Kilogramm nicht übersteigen; || 2. während des Transports etwa schadhaft gewordene Gefäße werden sofort ausgeladen und mit dem noch vorhandenen Inhalte für Rechnung des Absenders bestmöglich verkauft; || 3. die Beförderung geschieht nur auf offenen Wagen. Auf eine Abfertigung im Zollansageverfahren, welche eine feste Bedeckung und Plombierung der Wagendecke erforderlich machen würde, wird die Beförderung nicht übernommen; || 4. die Bestimmungen der vorstehenden Ziffer 3 gelten auch für die Fässer und sonstigen Gefäße, in welchen diese Stoffe befördert worden sind. Derartige Gefäße sind stets als solche zu deklarieren; || 5. wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV; || 6. aus dem Frachtbriefe muß zu ersehen sein, daß die im Absatz (1) und (2) dieser Nummer aufgeführten Gegenstände ein spezifisches Gewicht von mindestens 0,780 haben, oder daß das Petroleum der im Eingang angeführten Bestimmung, betreffend den Entflammungspunkt, entspricht. Fehlt im Frachtbrief eine solche Angabe, so finden die Beförderungsbedingungen unter Nr. XXII (betreffend Petroleumäther usw.) Anwendung.“

XIV. — Nummer XXI erhält folgende Fassung: || „Petroleum, rohes und gereinigtes, Braunkohlenteeröle, ferner Torf- und Schieferöle, Asphaltnaphtha, sowie Destillate aus solchen, sofern diese Stoffe nicht unter die Bestimmungen von Nr. XX fallen und bei 17,5 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von weniger als 0,780 und mehr als 0,680 haben; || Petroleumnaphtha und Destillate aus Petroleum und Petroleumnaphtha (Benzin, Ligroin usw.), sowie Lösungen von Kautschuk oder Guttapercha, die vorwiegend aus Petroleumnaphtha bestehen, sofern diese Stoffe bei 17,5 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von mehr als 0,680 haben, || unterliegen nachstehenden Bestimmungen: || 1. Diese Gegenstände dürfen, sofern nicht besonders dazu gebaute Wagen (Kesselwagen) zur Verwendung kommen, nur befördert werden: || entweder || a) in besonders guten, dauerhaften Fässern, || oder b) in dichten, widerstandsfähigen Metallgefäßen, || oder || c) in Gefäßen aus Glas oder Steinzeug; in diesem Falle jedoch unter Beachtung folgender Vorschriften: || aa) Werden mehrere Gefäße in einem Frachtstücke vereinigt, so müssen sie in starke Holzkisten mit Stroh, Heu, Kleie, Sägespänen, Kieselgur oder anderen lockeren Stoffen fest verpackt sein; || bb) bei Einzelverpackung ist die Versendung der Gefäße in soliden, mit einer gut befestigten Schutzdecke, sowie mit Handhaben versehenen und mit hinreichendem Verpackungsmaterial eingefütterten Körben oder Kübeln zulässig; die Schutzdecke muß, falls sie aus Stroh, Rohr, Schilf oder ähnlichem Materiale besteht, mit Lehm- oder Kalkmilch oder einem

gleichartigen Stoffe unter Zusatz von Wasserglas getränkt sein. Das Bruttogewicht des einzelnen Kollo darf 40 Kilogramm nicht übersteigen; || 2. während des Transports etwa schadhaft gewordene Gefäße werden sofort ausgeladen und mit dem noch vorhandenen Inhalte für Rechnung des Absenders bestmöglich verkauft; || 3. die Beförderung geschieht nur auf offenem Wagen. Auf eine Abfertigung im Zollansageverfahren, welche eine feste Bedeckung und Plombierung der Wagendecke erforderlich machen würde, wird die Beförderung nicht übernommen; || 4. die Bestimmungen der vorstehenden Ziffer 3 gelten auch für die Fässer und sonstigen Gefäße, in welchen diese Stoffe befördert worden sind. Derartige Gefäße sind stets als solche zu deklarieren; || 5. wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV; || 6. bei der Verladung und Entladung dürfen die Körbe oder Kübel mit Glasballons nicht auf Karren gefahren, noch auf der Schulter oder auf dem Rücken, sondern nur an den an den genannten Behältern angebrachten Handhaben getragen werden: || 7. die Körbe und die Kübel sind im Eisenbahnwagen sicher zu lagern und entsprechend zu befestigen. Die Verladung darf nicht übereinander, sondern nur in einer einfachen Schicht nebeneinander erfolgen; || 8. jedes einzelne Kollo ist mit einer deutlichen, auf rotem Grunde gedruckten Aufschrift „Feuergefährlich" zu versehen. Körbe oder Kübel mit Gefäßen aus Glas oder Steinzeug haben außerdem noch die Aufschrift „Mit der Hand zu tragen" zu erhalten. An den Wagen ist ein roter Zettel mit der Aufschrift „Vorsichtig rangieren" anzubringen; || 9. aus dem Frachtbriefe muß zu ersehen sein, daß die im Absatz 1 dieser Nummer aufgeführten Gegenstände bei 17,5 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von weniger als 0,780 und mehr als 0,680 haben. Fehlt im Frachtbriefe eine solche Angabe, so finden die Beförderungsbedingungen unter XXII (betreffend Petroleumäther usw.) Anwendung."

XV. — Nummer XXII erhält folgende Fassung: || „Petroleumäther (Gasolin, Neolin usw.) und ähnliche, aus Petroleumnaphtha oder Braunkohlenteer bereitete, leichtentzündliche Produkte, sofern diese Stoffe bei 17,5 Grad Celsius ein spezifisches Gewicht von 0,680 oder weniger haben, || unterliegen nachstehenden Bestimmungen: || 1. Diese Gegenstände dürfen nur befördert werden: || entweder || a) in dichten und widerstandsfähigen Metallgefäßen, || oder || b) in Gefäßen aus Glas oder Steinzeug; in diesem Falle jedoch unter Beachtung folgender Vorschriften: || aa) Werden mehrere Gefäße in einem Frachtstücke vereinigt, so müssen sie in starke Holzkisten mit Stroh, Heu, Kleie, Sägespänen, Kieselgur oder anderen lockeren Substanzen fest verpackt sein; || bb) bei Einzelverpackung ist

die Versendung der Gefäße in soliden, mit einer gut befestigten Schutzdecke, sowie mit Handhaben versehenen und mit hinreichendem Verpackungsmaterial eingefütterten Körben oder Kübeln zulässig; die Schutzdecke muß, falls sie aus Stroh, Rohr, Schilf oder ähnlichem Materiale besteht, mit Lehm- oder Kalkmilch oder einem gleichartigen Stoffe unter Zusatz von Wasserglas getränkt sein. Das Bruttogewicht des einzelnen Kollo darf 40 Kilogramm nicht übersteigen; || c) in luftdicht verschlossenen Kesselwagen; || 2. während des Transports etwa schadhaft gewordene Gefäße werden sofort ausgeladen und mit dem noch vorhandenen Inhalte für Rechnung des Absenders bestmöglich verkauft; || 3. die Beförderung geschieht nur auf offenen Wagen. Auf eine Abfertigung im Zollansageverfahren, welche eine feste Bedeckung und Plombierung der Wagendecke erforderlich machen würde, wird die Beförderung nicht übernommen; || 4. die Bestimmungen der vorstehenden Ziffer 3 gelten auch für die Gefäße, in welchen diese Stoffe befördert worden sind. Derartige Gefäße sind stets als solche zu deklarieren; || 5. wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV; || 6. bei der Verladung und Entladung dürfen die Körbe oder Kübel mit Glasballons nicht auf Karren gefahren, noch auf der Schulter oder auf dem Rücken, sondern nur an den an den genannten Behältern angebrachten Handhaben getragen werden; || 7. die Körbe und Kübel sind im Eisenbahnwagen sicher zu lagern und entsprechend zu befestigen. Die Verladung darf nicht übereinander, sondern nur in einer einfachen Schicht nebeneinander erfolgen; || 8. jedes einzelne Kollo ist mit einer deutlichen, auf rotem Grunde gedruckten Aufschrift „Feuergefährlich" zu versehen. Körbe und Kübel mit Gefäßen aus Glas oder Steinzeug haben außerdem noch die Aufschrift „Mit der Hand zu tragen" zu erhalten. An den Wagen ist ein roter Zettel mit der Aufschrift „Vorsichtig rangieren" anzubringen. || 9. Außerdem finden die Bestimmungen unter Nr. XV, Ziffer 4 und 5, Anwendung."

XVI. — Nummer XXIII erhält folgende Fassung: || „(1) Die Beförderung von Terpentinöl und sonstigen übelriechenden Ölen, desgleichen von Pyridin und Pyridinbasen, von Salmiakgeist, von Blutlausgift (einem Gemenge von Schmierseife, Karbolöl und Fuselöl), sowie von Formaldehydlösung und von Formalin (einem Desinfektionsmittel, das Formaldehyd und Ameisensäure enthält) findet nur im offenen Wagen statt. || (2) Diese Bestimmung gilt auch für die Fässer und sonstigen Gefäße, in welchen diese Stoffe befördert worden sind. Derartige Gefäße sind stets als solche zu deklarieren. || (3) Wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV."

XVII. — Nummer XXV erhält folgende Fassung: || „Flüssige Arsenikalien, insbesondere Arsensäure, unterliegen den Bestimmungen unter Nr. XXIV, Ziffer 1 und unter Nr. XV, Ziffer 1, 3 (mit Ausnahme der in Ziffer 3 angezogenen Bestimmungen der Ziffer 2), 4 und 5.“ || XVIII. — Nummer XXVI erhält folgende Fassung: || „(1) Andere giftige Metallpräparate (giftige Metallfarben, Metallsalze usw.), wohin insbesondere Quecksilberpräparate, als Sublimat, Kalomel, weißes und rotes Präzipitat, Zinnober, ferner Kupfersalze und Kupferfarben, als Grünspan, grüne und blaue Kupferpigmente, desgleichen Bleipräparate, als Bleiglätte (Massikot), Mennige, Bleizucker und andere Bleisalze, Bleiweiß und andere Bleifarben, auch Zinkstaub, sowie Zink- und Antimonasche, ferner Bleiasche, Bleikrätze, Bleirückstände und sonstige bleihaltige Abfälle gehören, dürfen nur in dichten, von festem, trockenem Holze gefertigten, mit Einlagereifen beziehungsweise Umfassungsbändern versehenen Fässern oder Kisten zum Transport aufgegeben werden. Die Umschließungen müssen so beschaffen sein, daß durch die beim Transport unvermeidlichen Erschütterungen, Stöße usw. ein Verstauben der Stoffe durch die Fugen nicht eintritt. || (2) Für Kupfervitriol und Mischungen von Kupfervitriol mit Kalk, Soda und dergleichen (Pulver zur Herstellung von Bordeauxbrühe und dergleichen) genügt jedoch eine Verpackung in starken Säcken, die so dicht sind, daß kein Verstauben des Inhalts stattfindet.“ || XIX. — Als Nummer XXVIa wird aufgenommen: || „1. (1) Cyankalium und Cyannatrium in fester Form sind zu verpacken: || a) in starken eisernen Fässern mit aufgeschraubtem Deckel und mit Rollreifen, || oder || b) in dichten, von festem, trockenem Holze gefertigten doppelten Fässern mit Einlagereifen oder in ebenso beschaffenen doppelten Kisten mit Umfassungsbändern. Die inneren Behälter müssen mit dichtem Stoffe ausgekleidet und so beschaffen sein, daß ungeachtet der beim Transport unvermeidlichen Erschütterungen und Stöße kein Staub vom Inhalte hindurchdringen kann. Statt der inneren Holzgefäße können auch verlötete Metallgefäße verwendet werden. Die Verwendung dicht verschlossener Gefäße aus Glas oder Steinzeug anstatt der inneren Holzgefäße ist zulässig, wenn diese Gefäße in dichte Stoffe eingehüllt oder eingenäht und dann in starke Holzkisten mit Heu, Stroh oder anderen geeigneten Verpackungsstoffen fest verpackt sind. || (2) Unter den vorstehenden Bedingungen des Absatzes (1), b) können auch mehrere Gefäße zu einem Frachtstücke vereinigt werden. || 2. (1) Cyankaliumlauge und Cyannatriumlauge werden zur Beförderung nur zugelassen: || a) in dichten, mit guten Verschlüssen versehenen eisernen Behältern, die in festen Holz- oder Metallkisten in Kieselgur, Sägespäne oder andere aufsaugende Stoffe

eingebettet sind, || oder || b) in besonders dazu eingerichteten Kesselwagen. Die Kessel müssen doppelwandig und vollkommen dicht sein; sie dürfen an den unteren Teilen keine Öffnungen (Hähne, Ventile oder dergleichen) haben. Die Öffnungen am Kessel müssen abgedichtet, verschlossen und durch fest eingeschraubte Metallkappen geschützt sein. || (2) Das Auf- und Abladen der Versandstücke mit Laugen, sowie das Füllen und Leeren der Kesselwagen ist durch den Absender und den Empfänger zu bewirken. Einem etwa an die Eisenbahn gerichteten Antrag auf Überlassung von Arbeitern zu derartigen Verrichtungen darf nicht stattgegeben werden. || (3) Das Bruttogewicht eines Versandstücks mit Laugen darf 75 Kilogramm nicht übersteigen. Die Beförderung ist nur in offenen Wagen zulässig. || 3. Gemeinsame Vorschriften zu Ziffer 1 und 2: || a) Auf den Versandstücken und auf den Kesselwagen muß in deutlicher, sich abhebender, dauerhafter Schrift die Bezeichnung „Gift“ und die Angabe des Inhalts („Cyankalium“, „Cyannatrium“, „Cyankaliumlauge“ usw.) angebracht sein. || b) Die Versandstücke dürfen nicht mit Säuren oder sauren Salzen und nicht mit Nahrungs-, Genuß-, Arzneimitteln und dergleichen zusammen verladen werden. Die Kesselwagen sind so in die Züge einzustellen, daß sie von Wagen, die mit flüssigen Säuren beladen sind, mindestens durch einen Wagen getrennt sind. || 4. Die Vorschriften in Ziffer 1 bis 3 finden auch auf Gefäße und Kesselwagen, in denen Cyankalium oder Cyannatrium befördert worden ist, sinngemäße Anwendung. Derartige Gefäße sind stets als solche zu deklarieren.“ || XX. — Nummer XXIX erhält folgenden neuen Absatz (4): || „(4) Ganze, (unzerkleinerte) Holzkohle wird nur dann zum Transport angenommen, wenn in dem Frachtbrief erklärt wird, daß sie wenigstens 48 Stunden gelagert hat.“ || XXI. — Als neue Nummer XXIXa wird aufgenommen: || „Erdschwarz wird nur in stark vernagelten, dicht verschlossenen, vollgefüllten Holzkisten oder Tonnen zum Transport angenommen.“ || XXII. — Nummer XXXI erhält folgende Fassung: || „(1) Wolle, Haare, Kunstwolle, Baumwolle, Seide, Flachs, Hanf, Jute, in rohem Zustande, in Form von Abfällen vom Verspinnen und Verweben, als Lumpen oder Putzlappen; ferner Seilerwaren, Treibriemen aus Baumwolle und Hanf, Weber-, Harnisch-, und Geschirrlitzen [wegen gebrauchter Putzwolle vergleiche Absatz (3)] werden, wenn sie gefettet oder gefirnißt sind, nur in bedeckt gebauten oder in offenen Wagen unter Deckverschluß befördert. Diese Gegenstände dürfen, vorbehaltlich der Bestimmungen im Absatze (4), nur in trockenem Zustand aufgeliefert werden; auch dürfen die Abfälle vom Verspinnen und Verweben nicht in Ballen gepreßt sein. || (2) Die genannten Gegenstände werden stets als gefettet oder gefirnißt behandelt,

wenn nicht das Gegenteil aus dem Frachtbriefe hervorgeht. || (3) Gebrauchte Putzwolle wird nur in festen, dicht verschlossenen Fässern, Kisten oder sonstigen Gefäßen zum Transporte zugelassen. || (4) Gefettete oder gefirnißte Putzlappen (Putztücher) werden in der im Absatze (3) vorgesehenen Verpackung auch in nassem oder feuchtem Zustande zur Beförderung zugelassen.“

XXIII. — Nummer XXXII erhält folgende Fassung: || „Fäulnisfähige tierische Abfälle, wie ungesalzene frische Häute, Fette, Flechsen, Knochen, Hörner, Klauen, nicht gekalktes, frisches Leimleder, sowie andere in besonderem Grade übelriechende und ekelerregende Gegenstände, jedoch mit Ausschluß der unter Nr. LII und LIII aufgeführten, werden nur unter nachstehenden Bedingungen angenommen und befördert: || 1. Genügend gereinigte und trockene Knochen, abgepreßter Talg, Hörner ohne Schlauch, das heißt ohne den Hornfortsatz des Stirnbeins, in trockenem Zustande, Klauen, das heißt die Hornschuhe der Wiederkäuer und Schweine ohne Knochen und Weichteile, werden in Einzelsendungen, in gute Säcke verpackt, zugelassen. || 2. Einzelsendungen der vorstehend unter Ziffer 1 nicht genannten Gegenstände dieser Kategorie werden nur in feste, dicht verschlossene Fässer, Kübel oder Kisten verpackt zugelassen. Einzelsendungen ungesalzener frischer Häute dürfen jedoch während der Monate November, Dezember, Januar und Februar auch in gut verschlossene, nicht schadhafte Säcke aus dichtem, starkem Gewebe verpackt aufgeliefert werden, wenn die Säcke derart mit Karbolsäure angefeuchtet sind, daß der üble Geruch des Inhalts nicht wahrnehmbar wird. Die Frachtbriefe müssen die genaue Bezeichnung der in den Fässern, Kübeln, Kisten oder Säcken verpackten Gegenstände enthalten. Die Beförderung hat nur in offenen Wagen zu erfolgen. || 3. Frische Flechsen, nicht gekalktes, frisches Leimleder, sowie die Abfälle von beiden, desgleichen ungesalzene, frische Häute, sowie ungereinigte, mit Haut- und Fleischfasern behaftete Knochen unterliegen bei der Aufgabe in Wagenladungen folgenden Bestimmungen: || a) in der Zeit vom 1. März bis zum 31. Oktober müssen diese Gegenstände in starke, nicht schadhafte Säcke verpackt sein, die derart mit verdünnter Karbolsäure angefeuchtet sind, daß der faulige Geruch des Inhalts nicht wahrnehmbar ist. Jede Sendung muß mit einer Decke aus starkem Gewebe (sogenanntem Hopfentuche), die mit verdünnter Karbolsäure getränkt ist, und diese wieder mit einer großen, wasserdichten, nicht geteerten Wagenplane vollständig bedeckt sein. Die Bedeckung hat der Absender zu stellen; || b) in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar ist eine Verpackung in Säcke nicht erforderlich. Die

Sendung muß jedoch ebenfalls mit einer Decke aus starkem Gewebe (Hopfentuch) und diese wiederum mit einer großen, wasserdichten, nicht geteerten Wagenplane vollständig bedeckt sein. Die untere Decke ist nötigenfalls derart mit verdünnter Karbolsäure anzufeuchten, daß ein fauliger Geruch nicht wahrnehmbar ist. Die Bedeckung hat der Absender zu stellen; || c) solche Sendungen, bei denen der faulige Geruch durch Anwendung von Karbolsäure nicht beseitigt werden kann, müssen in feste, dicht verschlossene Fässer oder Kübel derart verpackt sein, daß sich der Inhalt des Gefäßes nicht durch Geruch bemerklich macht. || 4. Trockene oder ausgepreßte feuchte Kesselrückstände von der Lederleimfabrikation (Leimkalk, Leimkäse oder Leimdünger) müssen mit zwei übereinander liegenden großen, wasserdichten, nicht geteerten Wagenplanen vollständig bedeckt sein. Die untere Decke ist mit verdünnter Karbolsäure derart zu tränken, daß ein fauliger Geruch nicht wahrnehmbar ist. Zwischen den beiden vom Absender zu stellenden Decken ist eine Schicht von trockenem, gelöschtem Kalke, von Torfmull oder von gebrauchter Lohe anzubringen. || Nicht ausgepreßte, nasse derartige Rückstände müssen in feste, dicht verschlossene Fässer oder Kübel derart verpackt werden, daß sich der Inhalt der Gefäße nicht durch Geruch bemerklich macht. || 5. Die Beförderung der vorstehend unter 3 und 4 nicht genannten Gegenstände dieser Art in Wagenladungen findet in offenen Wagen unter Deckenverschluß statt. Die Bedeckung hat der Absender zu stellen. || 6. Die Eisenbahn kann Vorausbezahlung der Fracht verlangen. || 7. Die Säcke, Gefäße und Decken, in und unter denen Gegenstände dieser Art befördert worden sind, werden nur dann zum Transporte zugelassen, wenn sie durch entsprechende Behandlung mit Karbolsäure den fauligen Geruch verloren haben. || 8. Die Kosten etwa nötiger Desinfektion fallen dem Absender beziehungsweise dem Empfänger zur Last. || 9. Trockene Häute werden nur in verschnürten Ballen zur Beförderung angenommen."

XXIV. — In Nummer XXXV wird zweimal die Nummer VIIIa gestrichen. || XXV. — Nummer XL erhält folgenden Inhalt: || „(1) Schießbaumwolle in Flockenform und Kollodiumwolle werden, sofern sie mit mindestens 35 Prozent Wasser angefeuchtet sind, in luftdichten Gefäßen, die in dauerhafte Holzkisten fest verpackt sind, zur Beförderung angenommen. || (2) Auf dem Frachtbriefe muß vom Absender und von einem der Bahn bekannten Chemiker unter amtlicher Beglaubigung der Unterschriften bescheinigt sein, daß die Beschaffenheit der Ware und die Verpackung obigen Vorschriften entspricht. || (3) Die Verpackungsvorschriften im Absatz (1), sowie die Bestimmungen im Absatze (2) finden

auch auf Kollodiumwolle, die mit mindestens 35 Prozent Alkohol angefeuchtet ist, Anwendung.“ || XXVI. — Als Nummer XLIIa wird aufgenommen: || „Zündbänder und Zündblättchen (amorces) unterliegen nachstehenden Bestimmmungen: || 1. Dieselben sind zu höchstens je 100 Zündpillen — die im ganzen nicht mehr als 0,75 Gramm Zündmasse enthalten dürfen — in Pappschachteln zu verpacken. Höchstens je 12 Schachteln sind zu einer Rolle zu vereinigen und höchstens je 12 Rollen zu einem festem Pakete mit Papierumschlag zu verbinden. || 2. Die Pakete sind in Behälter von starkem Eisenblech oder in sehr feste hölzerne Kisten, beide von nicht über 1,2 Kubikmeter Größe, ohne Beilegung anderer Gegenstände so zu verpacken, daß zwischen den Wänden des Behälters und seinem Inhalt ein Raum von mindestens 30 Millimeter mit Sägespänen, Stroh, Werg oder ähnlichem Material ausgefüllt und eine Bewegung oder Verschiebung der Pakete auch bei Erschütterungen ausgeschlossen ist. || 3. Die Behälter müssen neben der Angabe des Inhalts die deutliche Bezeichnung des Absenders und der Fabrik tragen. || 4. Jeder Sendung muß eine vom Fabrikanten und von einem der Bahn bekannten Chemiker ausgestellte Bescheinigung über die Beachtung der vorstehend in Absatz 1 bis 3 getroffenen Vorschriften beigegeben werden.“

XXVII. — Nummer XLIV. Als Ziffer 5 wird aufgenommen: || „5. Die verflüssigten Gase können in kleinen Mengen, und zwar Kohlensäure und Stickoxydul bis höchstens 3 Gramm, Ammoniak und Chlor bis höchstens 20 Gramm, wasserfreie schweflige Säure und Chlorkohlenoxyd (Phosgen) bis höchstens 100 Gramm, auch in starken zugeschmolzenen Glasröhren unter folgenden Bedingungen befördert werden: Die Glasröhren dürfen für Kohlensäure und Stickoxydul nur zur Hälfte, für Ammoniak und Chlor nur zu zwei Dritteilen, für schwefliche Säure und Chlorkohlenoxyd (Phosgen) nur zu drei Vierteilen gefüllt werden. Jede Glasröhre muß in eine zugelötete, mit Kieselgur gefüllte Blechkapsel und diese in eine starke Holzkiste verpackt werden. Es ist zulässig, mehrere Blechkapseln in eine Kiste einzulegen, doch dürfen Röhren mit Ammoniak nicht mit Röhren, die Chlor enthalten, in dieselbe Kiste gelegt werden. || Ferner können metallene Kohlensäurekapseln (Sodor, Sparklett) befördert werden, die höchstens 25 Gramm flüssiger Kohlensäure enthalten. Die Kohlensäure muß frei von Luft sein. Die Kapseln dürfen höchstens 1 Gramm Flüssigkeit auf 1,34 Kubikzentimeter Fassungsraum enthalten.“

XXVIII. — Als Nummer XLIVa wird aufgenommen: || „(1) Flüssige Luft wird zur Beförderung zugelasssen in doppelwandigen, die Leitung

und Strahlung der Wärme verhindernden Glasflaschen, die mit Filz umkleidet und mit einem Filzpfropfen so verschlossen sind, daß die verdampfenden Gase entweichen können, ohne im Innern einen erheblichen Überdruck zu erzeugen, daß jedoch ein Ausfließen des Inhalts nicht möglich ist. Der Filzpfropfen muß so auf der Flasche befestigt sein, daß er sich beim Kippen und Umkehren der Flasche nicht lockert. Jede Flasche oder mehrere Flaschen gemeinschaftlich müssen durch einen sicher stehenden Drahtkorb oder ein ähnliches Gefäß gegen Stöße geschützt sein. Die Beförderung der Drahtkörbe oder Gefäße hat in oben offenen oder nur durch ein Drahtnetz, einen mit Löchern versehenen Deckel oder eine ähnliche Vorrichtung geschlossenen Metallkästen oder Holzkisten mit den Aufschriften „Flüssige Luft", „Oben", „Unten", „Sehr zerbrechlich" zu erfolgen. In diesen Behältern dürfen sich keine leicht brennbaren Verpackungsstoffe, wie Sägespäne, Holzwolle, Torf, Stroh, Heu, befinden. Die Kästen und Kisten müssen an dem unteren Teile bis zu einer solchen Höhe dicht sein, daß im Falle eines Bruches der Flaschen die Flüssigkeit nicht ausfließen kann. Die Kästen und Kisten sind im Eisenbahnwagen so aufzustellen, daß sie nicht umfallen oder herabfallen können und daß die Flaschen aufrecht stehen und gegen Beschädigungen durch andere Frachtstücke geschützt sind. Leicht brennbare kleinstückige oder leicht brennbare flüssige Stoffe sind nicht in unmittelbarer Nähe der flüssigen Luft zu verladen. || (2) Statt der doppelwandigen, mit Filz umkleideten Glasflaschen können andere Behälter verwendet werden, wenn sie gegen Erwärmung so geschützt sind, daß sie nicht beschlagen oder bereifen. Diese Behälter brauchen, wenn sie fest genug sind und sicher stehen, nicht von Drahtkörben oder dergleichen umschlossen zu sein. Im übrigen finden die Vorschriften des Absatzes (1) sinngemäße Anwendung."

XXIX. — Als Nummer XLIVb wird aufgenommen: || „Gasförmige Kohlensäure und Grubengas werden zur Beförderung nur dann angenommen, wenn ihr Druck den von 20 Atmosphären nicht übersteigt und wenn sie in Behältern aus Schweißeisen, Flußeisen oder Gußstahl aufgeliefert werden, welche bei einer innerhalb der letzten vier Jahre vor der Aufgabe stattgehabten amtlichen Prüfung ohne bleibende Veränderung der Form mindestens das Anderthalbfache desjenigen Druckes ausgehalten haben, unter dem die Kohlensäure oder das Grubengas bei ihrer Auflieferung stehen. Jeder Behälter muß mit einer Öffnung, welche die Besichtigung seiner Innenwandungen gestattet, einem Sicherheitsventil, einem Wasserablaßhahn, einem Füll- beziehungsweise Ablaßventile, sowie mit einem Manometer versehen sein und muß alle vier Jahre auf seine gute Beschaffenheit amtlich geprüft werden. Ein an leicht sicht-

barer Stelle angebrachter amtlicher Vermerk auf dem Behälter muß deutlich erkennen lassen, wann und auf welchen Druck die Prüfung desselben stattgefunden hat. In dem Frachtbrief ist anzugeben, daß der Druck der aufgelieferten Kohlensäure oder des Grubengases auch bei einer Temperatursteigerung bis zu 40 Grad Celsius den Druck von 20 Atmosphären nicht übersteigen kann. Die Versandstation hat sich von der Beachtung vorstehender Vorschriften und insbesondere durch Vergleichung des Manometerstandes mit dem Prüfungsvermerke davon zu überzeugen, daß die Prüfung der Behälter auf Druck in ausreichendem Maße stattgefunden hat.“

XXX. — Nummer XLVI erhält folgende Fassung: „Chlormethyl und Chloräthyl werden nur in luftdicht verschlossenen starken Metallgefäßen und auf offenen Wagen befördert. In den Monaten April bis Oktober einschließlich sind derartige Sendungen von dem Absender mit Decken zu versehen, falls nicht die Gefäße in Holzkisten verpackt sind.“

XXXI. — Nummer XLVII erhält folgende Fassung: || „Phosphortrichlorid, Phosphoroxychlorid und Azetylchlorid dürfen nur befördert werden: || entweder || 1. in vollkommen dichten und mit guten Verschlüssen versehenen Gefäßen aus Schweißeisen, Flußeisen, Gußstahl, Blei oder Kupfer, || oder || 2. in Gefäßen aus Glas; in diesem Falle jedoch unter Beobachtung folgender Vorschriften: || a) zur Beförderung dürfen nur starkwandige Glasflaschen verwendet werden, welche mit gut eingeschliffenen Glasstöpseln verschlossen sind. Die Glasstöpsel sind mit Paraffin zu umgießen; auch ist zum Schutze dieser Verkittung ein Hut von Pergamentpapier über den Flaschenhals zu binden; || b) die Glasflaschen sind, falls sie mehr als 2 Kilogramm Inhalt haben, in metallene, mit Handhaben versehene Behälter zu verpacken und darin so einzusetzen, daß sie 30 Millimeter von den Wänden abstehen; die Zwischenräume sind mit Kieselgur dergestalt vollständig auszustopfen, daß jede Bewegung der Flaschen ausgeschlossen ist; || c) Glasflaschen bis zu 2 Kilogramm Inhalt werden auch in starken, mit Handhaben versehenen Holzkisten zur Beförderung zugelassen, welche durch Zwischenwände in so viele Abteilungen geteilt sind, als Flaschen versandt werden. Nicht mehr als vier Flaschen dürfen in eine Kiste verpackt werden. Die Flaschen sind so einzusetzen, daß sie 30 Millimeter von den Wänden abstehen; die Zwischenräume sind mit Kieselgur dergestalt vollständig auszustopfen, daß jede Bewegung der Flaschen ausgeschlossen ist. Statt Kieselgur (b, c.) können bei Versendung von Azetylchlorid auch Sägespäne verwendet werden; || d) auf dem Deckel der unter b) und c) erwähnten Behälter ist neben der Angabe des Inhalts das Glaszeichen anzubringen.“

XXXII. — Als Nummer XLVIIIa wird aufgenommen: || „Natrium und Kalium sind in starken Blechbüchsen mit verlötetem Deckel oder in starken, dicht verschlossenen Glasflaschen zu versenden, die mit Petroleum beschickt oder trocken sein müssen. Die Glasflaschen sind in Kieselgur oder in Sägespäne einzubetten. Die Blechbüchsen oder die Glasflaschen müssen in Holzkisten verpackt sein; diese Kisten müssen bei Verwendung von Glasflaschen einen verlöteten Blecheinsatz haben."

XXXIII. — Als Nummer XLIXa wird aufgenommen: || „Natriumsuperoxyd und Bariumsuperoxyd (Oxylith) sind in starken, vollkommen wasserdichten Blechbüchsen, die in eine mit verlötetem Blecheinsatz ausgestattete starke Holzkiste verpackt sind, aufzugeben." || XXXIV. — Als Nummer XLIXb wird aufgenommen: || „Kalziumkarbid muß in genügend starke, luftdicht verschlossene eiserne Gefäße verpackt sein. Andere Stoffe dürfen in die Gefäße nicht beigepackt werden. Die Beförderung darf nur in gedeckten Wagen geschehen." || XXXV. — Nummer L erhält folgende Fassung: || „Präparate, welche aus Terpentinöl, Spiritus, Petroleumnaphtha oder anderen leicht entzündlichen Flüssigkeiten einerseits und Harz andrerseits bereitet sind, wie Spirituslacke und Sikkative, unterliegen den nachstehenden Vorschriften: || 1. Wenn diese Präparate in Ballons, Flaschen oder Kruken verschickt werden, so müssen die Behälter dicht verschlossen, wohl verpackt und in besondere, mit starken Vorrichtungen zum bequemen Handhaben versehene Gefäße oder geflochtene Körbe eingeschlossen sein. || Wenn die Versendung in Metall-, Holz-, oder Gummibehältern erfolgt, so müssen die Behälter vollkommen dicht und mit guten Verschlüssen versehen sein. || 2. Die aus Terpentinöl oder Petroleumnaphtha und Harz bereiteten übelriechenden Präparate dürfen nur in offenen Wagen befördert werden. || 3. Wegen der Zusammenpackung mit anderen Gegenständen vergleiche Nr. XXXV." || XXXVI. — Als Nummer La wird aufgenommen: || „(1) Gefettete Eisen- und Stahlspäne (Dreh-, Bohr- und dergleichen Späne) und Rückstände von der Reduktion des Nitrobenzols aus Anilinfabriken werden, sofern sie in nicht luftdicht verschlossenen Behältern aus starkem Eisenbleche verpackt zur Aufgabe gelangen, nur in eisernen Wagen mit Deckeln oder unter Deckenverschluß befördert. || (2) Aus dem Frachtbriefe muß ersichtlich sein, ob die Eisen- oder Stahlspäne gefettet sind oder nicht, anderenfalls werden sie als gefettet behandelt. || XXXVII. — Nummer LI erhält folgende Fassung: || „(1) Mit Fett oder Öl getränktes Papier, sowie Hülsen aus solchem, werden nur in gedeckten Wagen oder in offenen Wagen unter Deckenverschluß befördert. || (2) Bei Sendungen von Hülsen dieser Art muß der Frachtbrief eine Erklärung des Ab-

senders enthalten, daß die Hülsen nach der Tränkung erhitzt und darauf in Wasser völlig abgekühlt worden sind.“ || XXXVIII. — Nummer LIII erhält folgende Fassung: || „(1) Frische Kälbermagen werden nur in wasserdichte Behälter verpackt und unter folgenden Bedingungen zur Beförderung angenommen: || 1. sie müssen von allen Speiseresten gereinigt und derart gesalzen sein, daß auf jeden Magen 15 bis 20 Gramm Kochsalz verwendet sind; || 2. bei der Verpackung ist auf dem Boden des Gefäßes, sowie auf die oberste Magenschicht je eine etwa 1 Zentimeter hohe Schicht Salz zu streuen; || 3. im Frachtbrief ist von dem Absender zu bescheinigen, daß die Vorschriften in Ziffer 1 und 2 beobachtet sind; || 4. die Eisenbahn kann die Vorausbezahlung der Fracht bei der Aufgabe verlangen; || 5. die Kosten etwa nötiger Desinfektion fallen dem Absender beziehungsweise dem Empfänger zur Last. || (2) Während der Monate Oktober, November, Dezember, Januar, Februar und März werden auch ungesalzene frische Kälbermagen, sofern sie von allen Speiseresten gereinigt sind, in festen, dicht verschlossenen Fässern oder Kübeln und unter Beachtung der Bestimmungen im Absatz (1), Ziffer 4 und 5, zur Beförderung zugelassen. Die Deckel der Kübel müssen mit einem eisernen Überwurfe befestigt sein.“ || XXXIX. — Die Schlußbestimmung fällt weg.

Anlage 2.

Das Frachtbriefformular wird geändert wie folgt: || Das Wort „Eigentümer“ wird in „Eigentumsmerkmale (¹)“ abgeändert, auch werden in der Anmerkung (¹) zwischen den Wörtern „Wagennummern“ und „hier“ die Wörter „und die Eigentumsmerkmale“ eingeschaltet. || Die Spalte „Nr.“ wird verbreitert, die beiden Spalten „Ladegewicht“ und „Ladefläche“ werden in eine vereinigt. || Im Formulare II für den Eilgutfrachtbrief werden zwischen den Wörtern „weißes Papier mit einem“ und „roten Streifen“ die Wörter „mindestens 1 Zentimeter breiten“ eingeschaltet.

Artikel 4.

Das gegenwärtige Zusatzübereinkommen hat dieselbe Dauer und Wirksamkeit wie das Übereinkommen vom 14. Oktober 1890, von dem es einen integrierenden Bestandteil bildet. Die Ratifikation wird vorbehalten. Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden soll sobald als möglich stattfinden, und zwar in derselben Form wie bei dem Übereinkommen selbst und bei den Zusatzvereinbarungen. Es tritt drei Monate nach der Niederlegung der Ratifikationen in Kraft. || Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten das gegenwärtige Zusatzübereinkommen unterfertigt und ihre Siegel beigedrückt.

So geschehen zu Bern, in elf Exemplaren, den 19. September 1906.

(Unterschriften.)

Vollziehungs-Protokoll.

Die unterzeichneten Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche die Übereinkunft vom 14. Oktober 1890 über den Eisenbahnfrachtverkehr vollzogen haben oder ihr beigetreten sind, haben sich heute am 19. September 1906 im Bundeshause zum Zwecke der Unterzeichnung des von den betreffenden Regierungen vereinbarten zweiten Zusatzübereinkommens zu dem gedachten internationalen Übereinkommen versammelt. || Sie haben nach Vergleichung der in eben so vielen Exemplaren, als Vertragsstaaten sind, vorbereiteten diplomatischen Instrumente anerkannt, daß diese Urkunden sich in guter und gehöriger Form befanden, und haben denselben ihre Unterschriften und Siegel beigefügt. || Dem gegenwärtigen Protokoll ist ein deutscher Text beigefügt. Man ist darüber einverstanden, daß dieser Text den gleichen Wert haben soll wie der französische Text, sofern es sich um den Eisenbahnverkehr handelt, bei welchem ein Staat, wo das Deutsche ausschließlich oder neben anderen Sprachen als Geschäftssprache gilt, beteiligt ist. || Von der Revisionskonferenz vom Juli 1905 waren unter die im § 8 der Ausführungsbestimmungen zum Internationalen Übereinkommen speziell genannten Güter auch die Artikel Hölzer, Flachs, Hanf, Dünger, Erden und Steinkohlen aufgenommen. Diese Artikel sind im Zusatzübereinkommen auf Verlangen der Österreichischen Regierung und der Ungarischen Regierung weggelassen worden, welche ihr Begehren wie folgt begründen: || „Die Güterklassifikationen der einzelnen Vertragsstaaten umfassen unter den Bezeichnungen Holz, Dünger, Erde die verschiedenartigsten Artikel, zum Teil sogar Halbfabrikate, welche bezüglich ihrer natürlichen Beschaffenheit so sehr voneinander abweichen, daß es jedenfalls ungerechtfertigt wäre, auf alle diese Güter den höheren Prozentsatz für regelmäßigen Gewichtsverlust anzuwenden. || Zudem weichen die Güterklassifikationen der einzelnen Vertragsstaaten hinsichtlich der unter die gedachten Sammelbezeichnungen subsumierten Artikel auch untereinander in wesentlichen Punkten ab, so daß sich zweifellos bezüglich der Tragweite der beantragten Bestimmung Meinungsverschiedenheiten ergeben müßten und voraussichtlich eine verschiedene Behandlung der in Frage kommenden Artikel in den einzelnen Vertragsstaaten eintreten würde. || Aber auch abgesehen hiervon wäre die Voraussetzung für die beantragte Erweiterung der Haftungsbeschränkung der Eisenbahnen in Ansehung des Gewichtsverlustes zufolge Artikel 32, Absatz (1) des erwähnten Internationalen Übereinkommens nur in dem Falle gegeben, wenn die betreffenden Artikel nach ihrer natürlichen Beschaffenheit regelmäßig und nicht etwa nur unter außergewöhnlichen Verhältnissen einen Gewichtsverlust bis zu

2 Prozent erleiden. || Die eingehenden Erhebungen, welche diesbezüglich gepflogen wurden, haben jedoch ergeben, daß diese Voraussetzung nicht nur hinsichtlich der Artikel Holz, Dünger und Erden, sondern auch bei Flachs, Hanf und Steinkohlen im allgemeinen nicht zutrifft und daß sich daher rücksichtlich der vorbezeichneten Artikel die Erhöhung des Normalsatzes für regelmäßigen Gewichtsverlust aus deren natürlichen Beschaffenheit nicht rechtfertigen läßt. || Insoweit jedoch einzelne dieser Artikel, wie gewisse Düngerarten und Erden, tatsächlich im feuchten Zustande zur Aufgabe zu gelangen pflegen, erscheint eine Maßnahme im Sinne des eingangs erwähnten Beschlusses als überflüssig, da für derartige Güter bei Versendung im feuchten Zustande zufolge des § 8 Absatz (1) der Ausführungsbestimmungen zum Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr der Normalsatz für regelmäßigen Gewichtsverlust ohnehin schon derzeit mit 2 Prozent bemessen ist. || So geschehen zu Bern, in elf Exemplaren, am 19. September 1906.

(Unterschriften.)

Das vorstehende Zusatzübereinkommen nebst dem Vollziehungsprotokoll ist ratifiziert, die Ratifikationsurkunden sind in den Archiven der Regierung der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Bern am 22. September 1908 niedergelegt worden.

Nr. 14007. **VERTRAGSSTAATEN.** Internationaler Funkentelegraphenvertrag.

Berlin, 3. November 1906.

Convention radiotélégraphique internationale

conclue entre

l'Allemagne, les États-Unis d'Amérique, l'Argentine, l'Autriche, la Hongrie, la Belgique, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, le Danemark, l'Espagne, la France, la Grande-Bretagne, la Grèce, l'Italie, le Japon, le Mexique, Monaco, la Norvège, les Pays-Bas, la Perse, le Portugal, la Roumanie la Russie, la Suède, la Turquie et l'Uruguay.

Les soussignés, plénipotentiaires des Gouvernements des Pays ci-dessus énumérés, s'étant réunis en Conférence à Berlin, ont, d'un commun accord et sous réserve de ratification, arrêté la Convention suivante:

Article 1er.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à appliquer les dispositions de la présente Convention dans toutes les stations radiotélé-

graphiques — stations côtières et stations de bord — ouvertes au service de la correspondance publique entre la terre et les navires en mer qui sont établies ou exploitées par les Parties contractantes. || Elles s'engagent, en outre, à imposer l'observation de ces dispositions aux exploitations privées autorisées, soit à établir ou à exploiter des stations côtières radiotélégraphiques ouvertes au service de la correspondance publique entre la terre et les navires en mer, soit à établir ou à exploiter des stations radiotélégraphiques ouvertes ou non au service de la correspondance publique à bord des navires qui portent leur pavillon.

Article 2.

Est appelée station côtière toute station radiotélégraphique établie sur terre ferme ou à bord d'un navire ancré à demeure et utilisée pour l'échange de la correspondance avec les navires en mer. || Toute station radiotélégraphique établie sur un navire autre qu'un bateau fixe est appelée station de bord.

Article 3.

Les stations côtières et les stations de bord sont tenues d'échanger réciproquement les radiotélégrammes sans distinction du système radiotélégraphique adopté par ces stations.

Article 4.

Nonobstant les dispositions de l'article 3, une station peut être affectée à un service de correspondance publique restreinte déterminé par le but de la correspondance ou par d'autres circonstances indépendantes du système employé.

Article 5.

Chacune des Hautes Parties contractantes s'engage à faire relier les stations côtières au réseau télégraphique par des fils spéciaux ou, tout au moins, à prendre d'autres mesures assurant un échange rapide entre les stations côtières et le réseau télégraphique.

Article 6.

Les Hautes Parties contractantes se donnent mutuellement connaissance de noms des stations côtières et des stations de bord visées à l'article 1er, ainsi que de toutes les indications propres à faciliter et à accélérer les échanges radiotélégraphiques qui seront spécifiées dans le Réglement.

Article 7.

Chacune des Hautes Parties contractantes se réserve la faculté de prescrire ou d'admettre que dans les stations visées à l'article 1er, indépendamment de l'installation dont les indications sont publiées conformément à l'article 6, d'autres dispositifs soient établis et exploités en vue d'une transmission radiotélégraphique spéciale sans que les détails de ces dispositifs soient publiés.

Article 8.

L'exploitation des stations radiotélégraphiques est organisée, autant que possible, de manière à ne pas troubler le service d'autres stations de l'espèce.

Article 9.

Les stations radiotélégraphiques sont obligées d'accepter par priorité absolue les appels de détresse provenant des navires, de répondre de même à ces appels et d'y donner la suite qu'ils comportent.

Article 10.

La taxe totale des radiotélégrammes comprend: || 1° la taxe afférente au parcours maritime, savoir: || a) la „taxe côtière" qui appartient à la station côtière, || b) la „taxe de bord" qui appartient à la station de bord || 2° la taxe pour la transmission sur les lignes du réseau télégraphique calculée d'après les règles générales. || Le taux de la taxe côtière est soumis à l'approbation du Gouvernement dont relève la station côtière; celui de la taxe de bord, à l'approbation du Gouvernement dont le navire porte le pavillon. || Chacune de ces deux taxes doit être fixée suivant le tarif par mot pur et simple, avec minimum facultatif de taxe par radiotélégramme, sur la base de la rémunération équitable du travail radiotélégraphique. Chacune d'elles ne peut dépasser un maximum à fixer par les Hautes Parties contractantes. || Toutefois chacune des Hautes Parties contractantes a la faculté d'autoriser des taxes supérieures à ce maximum dans le cas de stations d'une portée dépassant 800 kilomètres, ou de stations exceptionnellement onéreuses en raison des conditions matérielles de leur installation et de leur exploitation. || Pour les radiotélégrammes originaires ou à destination d'un pays et échangés directement avec les stations côtières de ce pays, les Hautes Parties contractantes se donnent mutuellement connaissance des taxes applicables à la transmission sur les lignes de leurs réseaux télégraphiques. Ces taxes sont celles qui résultent du principe que la station côtière doit être considérée comme station d'origine ou de destination.

Article 11.

Les dispositions de la présente Convention sont complétées par un Réglement qui a la même valeur et entre en vigueur en même temps que la Convention. || Les prescriptions de la présente Convention et du Réglement y relatif peuvent être à toute époque modifiées d'un commun accord par les Hautes Parties contractantes. Des conférences de plénipotentiaires ou de simples conférences administratives, selon qu'il s'agira de la Convention ou du Réglement, auront lieu périodiquement; chaque conférence fixera elle-même le lieu et l'époque de la réunion suivante.

Article 12.

Ces conférences sont composées de délégués des Gouvernements des Pays contractants. || Dans les délibérations, chaque pays dispose d'une seule voix. || Si un Gouvernement adhère à la Convention pour ses colonies, possessions ou protectorats, les conférences ultérieures peuvent décider que l'ensemble ou une partie de ces colonies, possessions ou protectorats est considéré comme formant un pays pour l'application de l'alinéa précédent. Toutefois le nombre des voix dont dispose un Gouvernement, y compris ses colonies, possessions ou protectorats, ne peut dépasser six.

Article 13.

Un Bureau international est chargé de réunir, de coordonner et de publier les renseignements de toute nature relatifs à la radiotélégraphie, d'instruire les demandes de modification à la Convention et au Réglement, de faire promulguer les changements adoptés et, en général, de procéder à tous travaux administratifs dont il serait saisi dans l'intérêt de la radiotélégraphie internationale. || Les frais de cette institution sont supportés par tous les Pays contractants.

Article 14.

Chacune des Hautes Parties contractantes se réserve la faculté de fixer les conditions dans lesquelles elle admet les radiotélégrammes en provenance ou à destination d'une station, soit de bord, soit côtière, qui n'est pas soumise aux dispositions de la présente Convention. || Si un radiotélégramme est admis, les taxes ordinaires doivent lui être appliquées. || Il est donné cours à tout radiotélégramme provenant d'une station de bord et reçu par une station côtière d'un Pays contractant ou accepté en transit par l'Administration d'un Pays contractant. || Il est également donné cours à tout radiotélégramme à destination d'un navire, si l'Administration d'un Pays contractant en a accepté le dépôt ou si

l'Administration d'un Pays contractant l'a accepté en transit d'un Pays non contractant, sous réserve du droit de la station côtière de refuser la transmission à une station de bord relevant d'un Pays non contractant.

Article 15.

Les dispositions des articles 8 et 9 de cette Convention sont également applicables aux installations radiotélégraphiques autres que celles visées à l'article 1e.

Article 16.

Les Gouvernements qui n'ont point pris part à la présente Convention sont admis à y adhérer sur leur demande. || Cette adhésion est notifiée par la voie diplomatique à celui des Gouvernements contractants au sein duquel la dernière Conférence a été tenue et par celui-ci à tous les autres. || Elle emporte de plein droit accession à toutes les clauses de la présente Convention et admission à tous les avantages y stipulés.

Article 17.

Les dispositions des articles 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 11, 12 et 17 de la Convention télégraphique internationale de St.-Pétersbourg du 10/12 juillet 1875 sont applicables à la radiotélégraphie internationale.

Article 18.

En cas de dissentiment entre deux ou plusieurs Gouvernements contractants relativement à l'interprétation ou à l'exécution, soit de la présente Convention, soit du Réglement prévu par l'article 11, la question en litige peut, d'un commun accord, être soumise à un jugement arbitral. Dans ce cas, chacun des Gouvernements en cause en choisit un autre non intéressé dans la question. || La décision des arbitres est prise à la majorité absolue des voix. || En cas de partage des voix, les arbitres choisissent, pour trancher le différend, un autre Gouvernement contractant également désintéressé dans le litige. A défaut d'une entente concernant ce choix, chaque arbitre propose un Gouvernement contractant désintéressé; il est tiré au sort entre les Gouvernements proposés. Le tirage au sort appartient au Gouvernement sur le territoire duquel fonctionne le Bureau international prévu à l'article 13.

Article 19.

Les Hautes Parties contractantes s'engagent à prendre ou à proposer à leurs législatures respectives les mesures nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Convention.

Article 20.

Les Hautes Parties contractantes se communiqueront les lois qui auraient déjà été rendues ou qui viendraient à l'être dans leurs Pays relativement à l'objet de la présente Convention.

Article 21.

Les Hautes Parties conctractantes conservent leur entière liberté relativement aux installations radiotélégraphiques non prévues à l'article 1 et, notamment, aux installations navales et militaires, lesquelles restent soumises uniquement aux obligations prévues aux articles 8 et 9 de la présente Convention. || Toutefois, lorsque ces installations font de la correspondance publique, elles se conforment, pour l'exécution de ce service, aux prescriptions du Réglement en ce qui concerne le mode de transmission et la comptabilité.

Article 22.

La présente Convention sera mise à exécution à partir du 1er juillet 1908, et demeurera en vigueur pendant un temps indéterminé et jusqu'a l'expiration d'une année à partir du jour où la dénonciation en sera faite. || La dénonciation ne produit son effet qu'à l'égard du Gouvernement au nom duquel elle a été faite. Pour les autres Parties contractantes, la Convention reste en vigueur.

Article 23.

La présente Convention sera ratifiée et les ratifications en seront déposées à Berlin dans le plus bref délai possible. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé la Convention en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

(Unterschriften.)

Engagement additionnel.

Les soussignés plénipotentiaires des Gouvernements de l'Allemagne, des États-Unis d'Amérique, de l'Argentine, de l'Autriche, de la Hongrie, de la Belgique, du Brésil, de la Bulgarie, du Chili, du Danemark, de l'Espagne, de la France, de la Grèce, de Monaco, de le Norvège, des Pays-Bas, de la Roumanie, de la Russie, de la Suède, de la Turquie, de l'Uruguay s'engagent à appliquer à partir de la date de la mise

en vigueur de la Convention les dispositions des articles additionnels suivants:

I.

Chaque station de bord visée à l'article 1er de la Convention sera tenue d'intercommuniquer avec toute autre station de bord sans distinction du système radiotélégraphique adopté respectivement par ces stations.

II.

Les Gouvernements qui n'ont pas adhéré à l'article ci-dessus peuvent, à toute époque, faire connaître, en adoptant la procédure indiquée à l'article 16 de la Convention, qu'ils s'engagent à en appliquer les dispositions. || Ceux qui ont adhéré à l'article ci-dessus peuvent, à toute époque, faire connaître, dans les conditions prévues à l'article 22 de la Convention, leur intention de cesser d'en appliquer les dispositions.

III.

Le présent engagement sera ratifié et les ratifications en seront déposées à Berlin dans le plus bref délai possible. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le présent engagement en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie. || Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

(Unterschriften)

Protocole final.

Au moment de procéder à la signature de la Convention arrêtée par la Conférence radiotélégraphique internationale de Berlin, les plénipotentiaires soussignés sont convenus de ce qui suit:

I.

Les Hautes Parties contractantes conviennent qu'à la Conférence prochaine le nombre des voix dont chaque pays dispose (article 12 de la Convention) sera décidé au début des délibérations de manière que les colonies, possessions ou protectorats, admis à bénéficier de voix puissent exercer leur droit de vote au cours de tous les travaux de cette Conférence. || La décision prise aura un effet immédiat et restera en vigueur jusqu'à sa modification par une Conference ultérieure. || En ce qui concerne la prochaine Conférence, les demandes tendant à l'admission de nouvelles voix en faveur de colonies, possessions ou protectorats qui auraient adhéré à la Convention seront adressées au Bureau international

six mois au moins avant la date de la réunion de cette Conférence. Ces demandes seront immédiatement notifiées aux autres Gouvernements contractants qui pourront, dans un délai de deux mois, à partir de la remise de la notification, formuler des demandes semblables.

II.

Chaque Gouvernement contractant peut se réserver la faculté de désigner, suivant les circonstances, certaines stations côtières qui seront exemptées de l'obligation, imposée par l'article 3 de la Convention sous la condition que, dès l'application de cette mesure, il soit ouvert sur son territoire une ou plusieurs stations soumises aux obligations de l'article 3, et assurant le service radiotélégraphique dans la région desservie par les stations exemptées d'une manière satisfaisant aux besoins de la correspondance publique. Les Gouvernements qui désirent se réserver cette faculté doivent en donner notification dans la forme prévue au deuxième alinéa de l'article 16 de la Convention, au plus tard trois mois avant la mise en vigueur de la Convention ou, dans le cas d'adhésions ultérieures, au moment de l'adhésion. || Les Pays dont les noms suivent déclarent, dès à présent, qu'ils ne se réserveront pas cette faculté: || Allemagne, États-Unis d'Amérique, Argentine, Autriche, Hongrie, Belgique, Brésil, Bulgarie, Chili, Grèce, Mexique, Monaco, Norvège, Pays-Bas, Roumanie, Russie, Suède, Uruguay.

III.

Le mode d'exécution des dispositions de l'article précédent dépend du Gouvernement qui se sert de la faculté d'exemption; ce Gouvernement a pleine liberté de décider de temps en temps, suivant son propre jugement, combien de stations et quelles stations seront exemptées. Ce Gouvernement a la même liberté en ce qui concerne le mode d'exécution de la condition relative à l'ouverture d'autres stations soumises aux obligations de l'article 3 et assurant le service radiotélégraphique dans la région desservie par les stations exemptées d'une manière satisfaisant aux besoins de la correspondance publique.

IV.

Il est entendu qu'afin de ne pas entraver les progrès scientifiques, les dispositions de l'article 3 de la Convention n'empêchent pas l'emploi éventuel d'un système radiotélégraphique incapable de communiquer avec d'autres systèmes, pourvu toutefois que cette incapacité soit due à la nature spécifique de ce système et qu'elle ne soit pas l'effet de dispositifs adoptés uniquement en vue d'empêcher l'intercommunication.

V.

L'adhésion à la Convention du Gouvernement d'un pays ayant des colonies, possessions ou protectorats ne comporte pas l'adhésion de ses colonies, possessions ou protectorats, à moins d'une déclaration à cet effet de la part de ce Gouvernement. L'ensemble de ces colonies, possessions et protectorats ou chacun d'eux séparément peut faire l'objet d'une adhésion distincte ou d'une dénonciation distincte dans les conditions prévues aux articles 16 et 22 de la Convention. || Il est entendu que les stations à bord de navires ayant leur port d'attache dans une colonie, possession ou protectorat peuvent être désignées comme relevant de l'autorité de cette colonie, possession ou protectorat.

VI.

Il est pris acte de la déclaration suivante: || La délégation italienne en signant la Convention doit toutefois faire la réserve que la Convention ne pourra être ratifiée de la part de l'Italie qu'à la date de l'expiration de ses contrats avec M. Marconi et sa Compagnie, ou à une date plus rapprochée si le Gouvernement du Roi d'Italie pourra la fixer par des négociations avec M. Marconi et sa Compagnie.

VII.

Dans le cas où une ou plusieurs des Hautes Parties contractantes ne ratifieraient pas la Convention, celle-ci n'en sera pas moins valable pour les parties qui l'auront ratifiée. || En foi de quoi, les plénipotentiaries ci-dessous ont dressé le présent Protocole final, qui aura la même force et la même valeur que si ses dispositions étaient insérées dans le texte même de la Convention à laquelle il se rapporte, et ils l'ont signé en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

(Unterschriften.)

Réglement de Service Annexé à la Convention Radiotélégraphique Internationale.

1. Organisation des stations radiotélégraphiques.

I.

Le choix des appareils et des dispositifs radiotélégraphiques à employer par les stations côtières et les stations de bord est libre. L'installation de ces stations doit répondre, autant que possible, aux progrès scientifiques et techniques.

II.

Deux longueurs d'onde, l'une de 300 et l'autre de 600 mètres, sont admises pour le service de la correspondance publique générale. Toute station côtière ouverte à ce service utilise l'une ou l'autre de ces deux longueurs d'onde. Pendant toute la durée de son ouverture au service, chaque station doit être en état de recevoir les appels faits au moyen de sa longueur d'onde, et il n'y peut être fait usage d'aucune autre longueur d'onde pour le service de la correspondance publique générale. Toutefois, chaque Gouvernement peut autoriser l'emploi dans une station côtière d'autres longueurs d'onde destinées à assurer un service de longue portée ou un service autre que celui de la correspondance publique générale et établi conformément aux dispositions de la Convention, à condition que ces longueurs d'onde ne dépassent pas 600 mètres ou qu'elles soient supérieures à 1600 mètres.

III.

1. La longueur d'onde normale pour les stations de bord est de 300 mètres. Toute station de bord doit être installée de manière à pouvoir se servir de cette longueur d'onde. D'autres longueurs d'onde peuvent être employées par ces stations à condition de ne pas dépasser 600 mètres. || 2. Les navires de faible tonnage qui seraient dans l'impossibilité matérielle de réaliser le dispositif assurant la longueur d'onde de 300 mètres peuvent être autorisés à employer une longueur d'onde inférieure.

IV.

1. Il est procédé, par les soins du Bureau international, à l'établissement d'une nomenclature des stations radiotélégraphiques visées à l'article 1er de la Convention. Cette nomenclature donne pour chaque station les renseignements suivants: || 1° nom, nationalité et position géographique pour les stations côtières; nom, nationalité, signal distinctif du Code international et indication du port d'attache du navire, pour les stations de bord; || 2° indicatif d'appel (les indicatifs doivent être différenciés les uns des autres et chacun doit être formé d'un groupe de trois lettres); || 3° portée normale; || 4° système radiotélégraphique; || 5° catégorie des appareils récepteurs (appareils écrivants, à réception auditive ou autres); || 6° longuers d'onde utilisées par la station (la longueur d'onde normale est soulignée); || 7° nature du service effectué par la station: || Correspondance publique générale; || Correspondance publique restreinte (correspondance avec les navires . . . .; correspondance avec les lignes de navigation de . . . .; correspondance avec les navires munis d'appareils du

système . . . . etc.); || Correspondance publique de longue portée; || Correspondance d'intérêt privé; || Correspondance spéciale (correspondance exclusivement officielle); || etc. || 8° heures d'ouverture; || 9° taxe côtière ou de bord.

2. Sont compris, en outre, dans la nomenclature les renseignements relatifs aux stations radiotélégraphiques autres que celles visées à l'article 1er de la Convention qui sont communiqués au Bureau international par l'Administration dont dépendent ces stations.

V.

L'échange de signaux et de mots superflus est interdit aux stations visées à l'article 1er de la Convention. Des essais et des exercices ne sont tolérés dans ces stations qu'autant qu'ils ne troublent point le service d'autres stations.

VI.

1. Aucune station de bord ne peut être établie ou exploitée par une entreprise privée sans autorisation du Gouvernement dont dépend le navire. Cette autorisation fait l'objet d'une licence délivrée par ce Gouvernement. || 2. Toute station de bord autorisée doit satisfaire aux conditions suivantes: || a) le système employé doit être un système syntonisé; || b) la vitesse de transmission et de réception, dans les circonstances normales, ne doit pas être inférieure à 12 mots par minute, le mot étant compté à raison de 5 lettres; || c) la puissance transmise à l'appareil radiotélégraphique ne doit pas, dans les circonstances normales, dépasser un kilowatt. Une puissance supérieure à un kilowatt peut être employée si le navire se trouve dans la nécessité de correspondre à une distance de plus de 300 kilomètres de la station côtière la plus rapprochée, ou si, par suite d'obstacles, la communication ne peut être réalisée qu'au moyen d'une augmentation de puissanc. || 3. Le service de la station de bord doit être assuré par un télégraphiste possesseur d'un certificat délivré par le Gouvernement dont dépend le navire. Ce certificat constate la valeur professionnelle du télégraphiste en ce qui concerne: || a) le réglage des appareils, || b) la transmission et la réception auditive à une vitesse qui ne doit pas être inférieure à 20 mots par minute, || c) la connaissance des réglements applicables à l'échange des communications radiotélégraphiques. || 4. En outre, le certificat constate que le Gouvernement a soumis le télégraphiste à l'obligation du secret des correspondances.

VII.

1. Si une Administration a connaissance d'une infraction à la Convention ou au Règlement commise dans une des stations qu'elle a autorisées, elle constate les faits et fixe les responsabilités. || En ce qui concerne les stations de bord, si la responsabilité incombe au télégraphiste, l'Administration prend les mesures nécessaires, et, le cas échéant, retire le certificat. S'il est constaté que l'infraction résulte de l'état des appareils ou d'instructions données au télégraphiste, il est procédé de même à l'égard de la licence accordée au navire. || 2. Dans le cas d'infractions réitérées à la charge du même navire, si les représentations faites à l'Administration dont dépend le navire par une autre Administration restent sans effet, celle-ci a la faculté, après en avoir donné avis, d'autoriser ses stations côtières à ne pas accepter les communications provenant du navire en cause. En cas de différend entre les deux Administrations, la question est soumise à un jugement arbitral à la demande de l'un des Gouvernements en cause. La procédure est celle indiquée à l'article 18 de la Convention.

2. Durée du service des stations côtières.

VIII.

1. Le service des stations côtières est, autant que possible, permanent le jour et la nuit, sans interruption. || Toutefois certaines stations côtières peuvent avoir un service de durée limitée. Chaque Administration fixe les heures de service. || 2. Les stations côtières dont le service n'est point permanent ne peuvent prendre clôture avant d'avoir transmis tous leurs radiotélégrammes aux navires qui se trouvent dans leur rayon d'action et avant d'avoir reçu de ces navires tout les radiotélégrammes annoncés. Cette disposition est également applicable lorsque des navires signalent leur présence avant la cessation effective du travail.

3. Rédaction et dépôt des radiotélégrammes.

IX.

Si le parcours d'un radiotélégramme s'effectue en partie sur des lignes télégraphiques ou par des stations radiotélégraphiques relevant d'un Gouvernement non contractant, il peut être donné cours à ce radiotélégramme, sous la réserve, tout au moins, que les Administrations dont dépendent ces lignes ou ces stations aient déclaré vouloir appliquer, le cas échéant, les dispositions de la Convention et du Règlement qui sont indispensables pour l'acheminement régulier des radiotélégrammes et que la comptabilité sont assurée.

X.

1. Les radiotélégrammes portent en préambule la mention de service „Radio“. || 2. Dans la transmission des radiotélégrammes des stations de bord aux stations côtières, il est fait abstraction, dans le préambule, de la date et de l'heure de dépôt. || A la réexpédition sur le réseau télégraphique, la station côtière inscrit, comme indication du bureau d'origine, son nom suivi de celui du navire et elle donne, comme heure de dépôt, l'heure de réception.

XI.

L'adresse des radiotélégrammes destinés aux navires en mer doit être aussi complète que possible. Elle est obligatoirement libellée comme suit: || a) nom du destinataire avec indication complémentaire, s'il y a lieu; || b) nom du navire, tel qu'il figure à la nomenclature, complété par la nationalité et, au besoin, par le signal distinctif du Code international, en cas d'homonymie; || c) nom de la station côtière, tel qu'il figure à la nomenclature.

4. Taxation.

XII.

La taxe côtière ne peut dépasser 60 centimes par mot, celle de bord 40 centimes par mot. || Un minimum de taxe, qui ne peut dépasser la taxe côtière ou de bord d'un radiotélégramme de 10 mots, peut être imposé en ce qui concerne les taxes côtière ou de bord.

XIII.

Le pays sur le territoire duquel est établie une station côtière servant d'intermédiaire pour l'échange de radiotélégrammes entre une station de bord et un autre pays est considéré, en ce qui concerne l'application des taxes télégraphiques, comme pays de provenance ou de destination de ces radiotélégrammes et non comme pays de transit.

5. Perception des taxes.

XIV.

La taxe totale des radiotélégrammes est perçue sur l'expéditeur. || Les stations de bord doivent posséder à cet effet les tarifs utiles. Elles ont toutefois la faculté de se renseigner auprès des stations côtières au sujet de la taxation de radiotélégrammes pour lesquels elles ne possèdent pas toutes les données nécessaires.

6. Transmission des radiotélégrammes.

a. Signaux de transmission.

XV.

Les signaux employés sont ceux du Code Morse international.

XVI.

Les navires en détresse font usage du signal suivant:

• • • — — — • • •

répété à de courts intervalles.

Dès qu'une station perçoit le signal de détresse, elle doit suspendre toute correspondance et ne la reprendre qu'après avoir acquis la certitude que la communication, motivée par l'appel de secours, est terminée. || Dans le cas où le navire en détresse ajoute à la fin de la série de ses appels de secours l'indicatif d'appel d'une station déterminée, la réponse à l'appel n'appartient qu'à cette dernière station. A défaut de l'indication d'une station déterminée dans l'appel de secours, chaque station qui perçoit cet appel est tenue d'y répondre.

XVII.

1. L'indicatif d'appel, suivi des lettres

• — — • • — • — • • •

„P R B", signifie que le navire ou la station faisant l'appel désire communiquer avec la station appelée à l'aide du Code international de signaux. La combinaison des lettres P R B est interdite, comme indication de service, pour tout autre objet que celui indiqué ci-dessus. || 2. Les radiotélégrammes peuvent être rédigés à l'aide du Code international de signaux. || Ceux qui sont adressés à une station radiotélégraphique en vue d'une transmission ultérieure ne sont pas traduits par cette station.

b. Ordre de transmission.

XVIII.

Entre deux stations, les radiotélégrammes de même rang sont transmis isolément dans l'ordre alternatif ou par séries de plusieurs radiotélégrammes suivant l'indication de la station côtière, à la condition que la durée de la transmission de chaque série ne dépasse pas 20 minutes.

c. Appel des stations radiotélégraphiques et transmission des radiotélégrammes.

XIX.

1. En règle générale, c'est la station de bord qui appelle la station côtière. || 2. L'appel ne peut être fait, en règle générale, que lorsque le

navire se trouve à une distance de la station côtière inférieure à 75 pour cent de la portée normale de cette dernière. ‖ 3. Avant de procéder à un appel, la station de bord doit régler le plus sensiblement possible son système récepteur s'assurer que la station côtière qu'elle veut appeler n'est pas en communication. Si elle constate qu'une transmission est en cours, elle attend la première suspension. ‖ 4. La station de bord fait emploi, pour l'appel, de l'onde normale de la station côtière. ‖ 5. Si, malgré ces précautions, un échange radiotélégraphique public est entravé, l'appel doit cesser à la première demande d'une station côtière ouverte à la correspondance publique. Cette station doit alors indiquer la durée approximative de l'attente.

XX.

1. L'appel comporte le signal

— · — · —

l'indicatif répété trois fois de la station appelée, le mot „de" suivi de l'indicatif de la station expéditrice répété trois fois. ‖ 2. La station appelée répond en donnant le signal

— · — · —

suivi de l'indicatif répété trois fois de la station correspondante, du mot „de", de son indicatif et du signal

— · —

XXI.

Si une station appelée ne répond pas à la suite de l'appel (article XX) répété 3 fois à des intervalles de 2 minutes, l'appel ne peut être repris qu'après un intervalle d'une demi-heure, la station faisant l'appel s'étant d'abord assurée qu'aucune communication radiotélégraphique n'est en cours.

XXII.

1. Aussitôt que la station côtière a répondu, la station de bord fait connaître: ‖ a) la distance du navire à la station côtière en milles nautiques. ‖ b) le relèvement vrai en degrés comptés de 0 à 360, ‖ c) la route vraie en degrés comptés de 0 à 360, ‖ d) la vitesse en milles nautiques, ‖ e) le nombre de mot qu'elle a à transmettre. ‖ 2. La station côtière répond en indiquant le nombre de mots à transmettre au navire. ‖ 3. Si la transmission ne peut avoir lieu immédiatement, la station côtière fait connaître à la station de bord la durée approximative de l'attente.

XXIII.

Lorsqu'une station côtière est saisie d'appels provenant de plusieurs stations de bord, la station côtière décide de l'ordre dans lequel les

stations de bord seront admises à échanger leurs correspondances. || Pour régler cet ordre, la station côtière s'inspire uniquement de la nécessité de permettre à toute station intéressée d'échanger le plus grand nombre possible de radiotélégrammes.

XXIV.

Avant de commencer l'échange de la correspondance, la station côtière fait connaître à la station de bord si la transmission doit s'effectuer dans l'ordre alternatif ou par séries (article XVIII); elle commence ensuite la transmission ou fait suivre ces indications du signal

— · —

(invitation à transmettre).

XXV.

La transmission du radiotélégramme est précédé du signale

— · — · —

et terminée par le signal

· — · — ·

suivi de l'indicatif de la station expéditrice.

XXVI.

Lorsque le radiotélégramme à transmettre contient plus de 40 mots, la station expéditrice interrompt la transmission après chaque série de 20 mots environ par un point d'interrogation

· · — — · ·

et elle ne reprend la transmission qu'après avoir obtenu de la station correspondante la répétition du dernier mot bien reçu suivi d'un point d'interrogation. || Dans le cas de transmission par séries, l'accusé de réception est donné après chaque radiotélégramme.

XXVII.

1. Lorsque les signaux deviennent douteux, il importe d'avoir recours à toutes les ressources possibles pour l'achèvement de la transmission. A cet effet, le radiotélégramme est répété, à la demande de la station réceptrice, sans toutefois dépasser trois répétitions. Si, malgré cette triple transmission, les signaux sont toujours illisibles, le radiotélégramme est annulé. Si l'accusé de réception n'est pas reçu, la station transmettrice appelle de nouveau la station correspondante. Si aucune réponse n'est faite après trois appels, la transmission n'est pas poursuivie. || 2. Si la

station réceptrice juge que, malgré une réception défectueuse, le radiotélégramme peut être remis, elle inscrit la mention de service: „Réception douteuse“ à la fin du préambule et donne cours au radiotélégramme.

XXVIII.

Toutes les stations sont tenues d'échanger le trafic avec le minimum de dépense d'énergie nécessaire pour assurer une bonne communication.

d. Accusé de réception et fin du travail.

XXIX.

1. L'accusé de réception se donne dans la forme prescrite par le Réglement télégraphique international précédé de l'indicatif de la station transmettrice et suivi de l'indicatif de la station réceptrice. || 2. La fin du travail entre deux stations est indiquée par chaque station au moyen du signal

● ● ● ▬ ● ▬

suivi de son indicatif.

e. Direction à donner aux radiotelegrammes.

XXX.

1. En principe, la station de bord transmet ses radiotélégrammes à la station côtière la plus rapprochée. || 2. Toutefois un expéditeur à bord d'un navire a le droit d'indiquer la station côtière par laquelle il désire que son radiotélégramme soit expédié. || La station de bord attend alors jusqu'à ce que cette station côtière soit la plus rapprochée. Si cette condition n'est pas réalisable, il n'est donné satisfaction à l'expéditeur que si la transmission peut s'effectuer sans troubler le service d'autres stations.

7. Remise des radiotélégrammes à destination.

XXXI.

Lorsque pour une cause quelconque un radiotélégramme provenant d'un navire en mer ne peut être remis au destinataire, il est émis un avis de non-remise. Cet avis est transmis au navire s'il est possible. Lorsqu'un radiotélégramme parvenu à une station de bord ne peut être remis, cette station en fait part au bureau d'origine par avis de service. Cet avis est transmis, autant que possible, à la station côtière par laquelle a transité le radiotélégramme, ou, le cas échéant, à la station côtière la plus raprochée.

XXXII.

Si le navire auquel est destiné un radiotélégramme n'a pas signalé sa présence à la station côtière dans le délai indiqué par l'expéditeur ou, à défaut d'une telle indication, jusqu'au matin du 29e jour suivant, cette station côtière en donne avis à l'expéditeur. || Celui-ci a la faculté de demander par avis de service taxé, télégraphique ou postal, adressé à la station côtière, que son radiotélégramme soit retenu pendant une nouvelle période de 30 ours pour être transmis au navire et ainsi de suite. A défaut d'une telle demande, le radiotélégramme est mis au rebut à la fin du 30e jour (jour de dépôt non compris). || Toutefois, si la station côtière a l'assurance que le navire est sorti de son rayon d'action avant qu'elle ait pu lui transmettre le radiotélégramme, cette station en avise l'expéditeur.

8. Télégrammes spéciaux.

XXXIII.

Ne sont pas admis: || a) les télégrammes avec réponse payée, || b) les télégrammes-mandats, || c) les télégrammes avec collationnement, || d) les télégrammes avec accusé de réception, || e) les télégrammes à faire suivre, || f) les télégrammes de service taxés, sauf en ce qui concerne le parcours sur les lignes du réseau télégraphique, || g) les télégrammes urgents, sauf en ce qui concerne le parcours sur les lignes du réseau télégraphique sous réserve de l'application des prescriptions du Réglement télégraphique international, || h) les télégrammes à remettre par exprès ou par poste.

9. Archives.

XXXIV.

Les originaux des radiotélégrammes et les documents y relatifs retenus par les Administrations ou les exploitations privées sont conservés au moins pendant 12 mois à compter du mois qui suit le mois du dépôt du radiotélégramme avec toutes les précautions nécessaires au point de vue de secret. || Ces originaux et documents sont, autant que possible, envoyés au moins une fois par mois, par les stations de bord, aux Administrations dont elles relèvent.

10. Détaxes et remboursements.

XXXV.

1. En ce qui concerne les détaxes et remboursements il est fait application des dispositions du Réglement télégraphique international en tenant compte des restrictions indiquées à l'article XXXIII du présent

Réglement et sous les réserves suivantes: || Le temps employé pour la transmission radiotélégraphique, ainsi que la durée du séjour du radiotélégramme dans la station côtière ou dans la station de bord, ne comptent pas dans les délais concernant les détaxes et remboursements. || Le remboursement est supporté pas les différentes Administrations ou exploitations privées qui ont participé à l'acheminement du radiotélégramme, chaque Administration abandonnant sa part de taxe. Toutefois, les radiotélégrammes auxquels sont applicables les articles 7 et 8 de la Convention de St. Pétersbourg restent soumis aux dispositions du Réglement télégraphique international, sauf lorsque l'acceptation de ces radiotélégrammes est le résultat d'une erreur de service. || 2. Lorsque l'accusé de réception d'un radiotélégramme n'est pas parvenu à la station qui l'a transmis, la taxe n'est remboursée que lorsqu'il a été établi que le radiotélégramme donne lieu à remboursement.

11. Comptabilité.

XXXVI.

1. Les taxes côtières et de bord n'entrent pas dans les comptes prévus par le Réglement télégraphique international. || Les comptes concernant ces taxes sont liquidés par les Administrations des Gouvernements intéressés. Ils sont établis par les Administrations dont relèvent les stations côtières et communiqués par elles aux Administrations intéressées. || 2. Pour la transmission sur les lignes du réseau télégraphique, le radiotélégramme est traité, au point de vue des comptes, conformément au Réglement télégraphique international. || 3. Pour les radiotélégrammes originaires des navires, l'Administration dont relève la station de bord est débitée par celle dont relève la station côtière des taxes côtières et télégraphiques ordinaires perçues à bord des navires. || Pour les radiotélégrammes à destination des navires, l'Administration qui a perçu les taxes est débitée directement par l'Administration dont relève la station côtière des taxes côtières et de bord. Cette dernière crédite l'Administration dont relève le navire de la taxe de bord. || Toutefois, dans le cas où l'Administration qui a perçu les taxes est la même que celle dont relève la station de bord, la taxe de bord n'est pas débitée par l'Administration dont dépend la station côtière. || 4. Les comptes mensuels servant de base à la comptabilité spéciale des radiotélégrammes sont établis radiotélégramme par radiotélégramme avec toutes les indications utiles et dans un délai de 6 mois à partir du mois auquel ils se rapportent. || 5. Les Gouvernements se réservent la faculté de prendre entre eux et avec les exploitations privées (entrepreneurs exploitant des stations

radiotélégraphiques, compagnies de navigation, etc.) des arrangements spéciaux en vue de l'adoption d'autres dispositions concernant la comptabilité.

12. Bureau international.

XXXVII.

Le Bureau international des Administrations télégraphiques sera chargé, sous réserve du consentement du Gouvernement de la Confédération suisse et de l'approbation de l'Union télégraphique, des attributions déterminées à l'article 13 de la Convention. || Les dépenses supplémentaires résultant du fonctionnement du Bureau international, en ce qui concerne la radiotélégraphie, ne doivent pas dépasser 40000 francs par an, non compris les frais spéciaux auxquels donne lieu la réunion d'une Conférence internationale. || Ces dépenses font l'objet d'un décompte spécial et il est fait application à leur sujet des dispositions du Réglement télégraphique international. Toutefois, en attendant la réunion de la prochaine Conférence, chaque Gouvernement contractant fait connaître au Bureau international la classe dans laquelle il désire être inscrit.

XXXVIII.

Les différentes Administrations font parvenir au Bureau international un tableau conforme au modèle ci-joint et contenant les indications énumérées dans le dit tableau pour les stations visées à l'article IV du Réglement. Les modifications survenues et les suppléments sont communiqués par les Administrations au Bureau international du 1er au 10 de chaque mois. A l'aide de ces communications, le Bureau international dresse une nomenclature qui'il tient au courant. La nomenclature et ses suppléments sont imprimés et distribués aux Administrations intéressées; ils peuvent également être vendus au public au prix de revient. || Le Bureau international veille à ce que l'adoption d'indicatifs identiques pour les stations radiotélégraphiques soit évitée.

13. Disposition diverses.

XXXIX.

Les Administrations facilitent la communication aux agences d'informations maritimes qu'elles agréent des renseignements concernant les avaries et sinistres maritimes ou présentant un intérêt général pour la navigation dont les stations côtières peuvent régulièrement donner communication.

XL.

Les transmissions échangées entre les stations de bord visées à l'article 1er de la Convention doivent s'effectuer de manière à ne pas troubler le service des stations côtières, celles-ci devant avoir, en règle générale, le droit de priorité pour la correspondance.

XLI.

1. A moins d'arrangements spéciaux entre les intéressés, les dispositions du présent Réglement sont applicables, par analogie, à l'échange radiotélégraphique entre deux navires en mer, sauf les exceptions suivantes: || a) Article XIV. La taxe de bord revenant au navire transmetteur est perçue sur l'expéditeur et celle revenant au navire récepteur est perçue le destinataire. || b) Article XVIII. L'ordre de transmission est réglé chaque fois de commun accord entre les stations correspondantes. || c) Article XXXVI. Les taxes des radiotélégrammes en question n'entrent pas dans les comptes prévus à cet article, ces taxes étant acquises aux Administrations qui les ont encaissées. || 2. La retransmission des radiotélégrammes échangés entre les navires en mer est subordonnée à des arrangements spéciaux entre les intéressés.

XLII.

Les dispositions du Réglement télégraphique international sont applicables, par analogie, à la correspondance radiotélégraphique en tant qu'elles ne sont pas contraires aux dispositions du présent Réglement. || Conformément à l'article 11 de la Convention de Berlin, ce Réglement entrera en vigueur le 1er juillet 1908. || En foi de quoi les plénipotentiaires respectifs ont signé le Réglement en un exemplaire qui restera déposé aux archives du Gouvernement Impérial d'Allemagne et dont une copie sera remise à chaque Partie.

Fait à Berlin, le 3 novembre 1906.

(Unterschriften.)

Nr. 14008. **VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA** und **JAPAN.**
Notenaustausch über die ostasiatische Politik.

30. November 1908.

Der japanische Gesandte in Washington an den amerikanischen Staatssekretär des Auswärtigen.

Sir: || The exchange of views between us, which has taken place at the several interviews which I have recently had the honor of holding

with you, has shown that Japan and the United Staates holding important outlying insular possessions in the region of the Pacific Ocean, the Governments of the two countries are animated by a common aim, policy, and intention in that region. || Believing that a frank avowal of that aim, policy, and intention would not only tend to strengthen the relations of friendship and good neighborhood, which have immemorially existed between Japan and the United States, but would materially contribute to the preservation of the general peace, the Imperial Government have authorized me to present to you an outline of their understanding of that common aim, policy, and intention: || 1. It is the wish of the two Governments to encourage the free and peaceful development of their commerce on the Pacific Ocean. || 2. The policy of both Governments, uninfluenced by any aggressive tendencies, is directed to the maintenance of the existing status quo in the region above mentioned and to the defense of the principle of equal opportunity for commerce and industry in China. || 3. They are accordingly firmly resolved reciprocally to respect the territorial possessions belonging to each other in said region. || 4. They are also determined to preserve the common interest of all powers in China by supporting by all pacific means at their disposal the independence and integrity of China and the principle of equal opportunity for commerce and industry of all nations in that Empire. || 5. Should any event occur threatening the status quo as above described or the principle of equal opportunity as above defined, it remains for the two Governments to communicate with each other in order to arrive at an understanding as to what measures they may consider it useful to take. || If the foregoing outline accords with the view of the Government of the United States, I shall be gratified to receive your confirmation. || I take this opportunity to renew to Your Excellency the assurance of my highest consideration.

K. Takahira.

Honorable Elihu Root,
Secretary of State.

Der Staatssekretär des Auswärtigen an den japanischen Gesandten.

November 30, 1908.

Excellency: || I have the honor to acknowledge the receipt of your note of to-day setting forth the result of the exchange of views between us in our recent interviews defining the understanding of the two Governments in regard to their policy in the region of the Pacific Ocean. || It is a pleasure to inform you that this expression of mutual understanding

is welcome to the Government of the United States as appropriate to the happy relations of the two countries and as the occasion for a concise mutual affirmation of that accordant policy respecting the Far East which the two Governments have so frequently declared in the past. ‖ I am happy to be able to confirm to Your Excellency, on behalf of the United States, the declaration of the two Governments embodied in the following words: ‖ 1. It is the wish of the two Governments to encourage the free and peaceful development of their commerce on the Pacific Ocean. ‖ 2. The policy of both Governments, uninfluenced by any aggressive tendencies, is directed to the maintenance of the existing status quo in the region above mentioned, and to the defense of the principle of equal opportunity for commerce and industry in China. ‖ 3. They are accordingly firmly resolved reciprocally to respect the territorial possessions belonging to each other in said region. ‖ 4. They are also determined to preserve the common interests of all powers in China by supporting by all pacific means at their disposal the independence and integrity of China and the principle of equal opportunity for commerce and industry of all nations in that Empire. ‖ 5. Should any event occur threatening the status quo as above described or the principle of equal opportunity as above defined, it remains for the two Governments to communicate with each other in order to arrive at an understanding as to what measures they may consider it useful to take. ‖ Accept, Excellency, the renewed assurance of my highest consideration.

Elihu Root.

His Excellency
Baron Kogoro Takahira,
Japanese Ambassador.

Nr. 14009. JAPAN und KOLUMBIA. Handels-, Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag.

Washington, 25. Mai 1908.

His Majesty the Emperor of Japan and His Excellency the President of the Colombian Republic, being equally animated by a desire to establish upon a firm and lasting foundation relations of friendship and commerce between their respective States and subjects and citizens, have resolved to conclude a Treaty of Amity, Commerce and Navigation, and have for that purpose named their respective Plenipotentiaries, that is to say: ‖ His Majesty the Emperor of Japan, Baron Takahira Kogoro, Shosammi 1st Class Order of the Rising Sun, His Ambassador Extraordinary

and Plenipotentiary near the Government of the United States of America; and || His Excellency the President of the Colombian Republic, Senor Don Enrique Cortes, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of the Colombian Republic near the Government of the United States of America; who having communicated to each other their respective Full Powers, and found them in good and due form, have agreed upon the following Articles:

Article I.

There shall be firm and perpetual peace and amity between the Empire of Japan and the Colombian Republic, and their respective subjects and citizens.

Article II.

His Majesty the Emperor of Japan may, if he think proper, accredit a Diplomatic Agent to the Government of the Colombian Republic; and, in like manner, His Excellency the President of the Colombian Republic may, if he see fit, accredit a Diplomatic Agent to the Court of Tokio; and each of the High Contracting Parties shall have the right to appoint Consuls-General, Consuls, Vice-Consuls and Consular Agents, for the convenience of trade, to reside in all the ports and places within the territories of the other Contracting Party where similar Consular officers of other nations are permitted to reside; but before any Consul-General Consul, Vice-Consul or Consular Agent shall act as such he shall, in the usual form, be approved and admitted by the Government to which he is sent. || The Diplomatic and Consular officers of each of the two High Contracting Parties shall, subject to the rule of reciprocity, enjoy in the territories of the other whatever rights, privileges, exemptions and immunities, are or shall be granted there to officers of corresponding rank of any European country or of the United States of America.

Article III.

There shall be between the Territories and Possessions of the two High Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation. The subjects and citizens, respectively, of each of the High Contracting Parties shall have the right to come freely and securely with their ships and cargoes to all places, ports, rivers and straits in the Territories and Possessions of the other, where subjects or citizens of other nations are permitted so to come; they may remain and reside at all the places or

ports where subjects or citizens of other nations are permitted to remain and reside, and they may there hire and occupy houses and warehouses, and may there trade by wholesale or retail in all kinds of products, manufactures and merchandise of lawful commerce.

Article IV.

The two High Contracting Parties hereby agree that any favour, privilege or immunity whatever in matters relating to commerce, navigation, trade, occupation, travel trough or residence in their Territories or Possessions which either Contracting Party has actually granted, or may hereafter grant to the subjects or citizens of any European country or of the United States of America, exclusive of colonial subjects or citizens, shall be extended to the subjects or citizens of the other Contracting Party, gratuitously, if the concession in favour of that European country or the United States of America shall have been gratuitous, and on the same, or equivalent condition, if the concession shall have been conditional.

Article V.

No other or higher duties shall be imposed on the importation into Japan of any article, the growth, produce or manufacture of the Colombian Republic, and no other or higher duties shall be imposed on the importation into the Colombian Republic of any article, the growth, produce or manufacture of Japan, whether such importation be for the pure pose of consumption, warehousing, re-exportation or transit, than are or shall be payable on the importation for the same purpose of the like article being the growth, produce or manufacture of any European country or of the United States of America. || Nor shall any other or higher duties or charges be imposed in the Territories or Possessions of either of the two High Contracting Parties on the exportation of any article to the Territories or Possessions of the other than such as are or may be payable on the exportation of the like article to any European country or the United States of America. No prohibition shall be imposed on the importation or transit of any article, the growth, produce or manufacture of the Territories of either of the High Contracting Parties into or through Territories or Possessions of the other, which shall not equally extend to the like article being the growth, produce or manufacture of any European country or of the United States of America. Nor shall any prohibition be imposed on the exportation of any article

from the Territories or Possessions of either of the High Contracting Parties to the Territories or Possessions of the other, which shall not equally extend to the exportation of the like article to the territories of all European countries and the United States of America.

Article VI.

In all that relates to transit, warehousing, bounties, facilities, drawbacks, re-exports and transit duties, the subjects, citizens, merchandise and shipping of each of the High Contracting Parties, shall, in the Territories and Possessions of the other, be placed in all respects upon the same footing as the subjects, citizens, merchandise and shipping of European countries and the United States of America.

Article VII.

No other or higher duties or charges on account of tonnage, light or harbour dues, pilotage, quarantine, salvage in case of damage, or any other similar or corresponding duties or charges of whatever nature or under whatever denomination levied in the name or for the profit of Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments, shall be imposed in any of the ports, rivers or straits of Japan on vessels of the Colombian Republic, or in any of the ports, rivers or straits of the Colombian Republic on vessels of Japan, than are or may hereafter be payable in like cases in the same ports, rivers and straits on vessels of European countries or the United States of America.

Article VIII.

The coasting trade of both the High Contracting Parties is excepted from the provisions of the present Treaty, and shall be regulated according to the laws of Japan and the Colombian Republic respectively.

Article IX.

All vessels which, according to Japanese laws and ordinances, are to be deemed Japanese vessels, and all vessels which, according to Colombian laws and regulations, are to be deemed Colombian vessels, shall, for the purposes of this Treaty, be deemed Japanese and Colombian vessels, respectively.

Article X.

The subjects and citizens of each of the High Contracting Parties shall, in the Territories and Possessions of the other, reciprocally receive

and enjoy the same full and perfect protection for their persons and property that is granted to native subjects or citizens, and they shall have free and open access to the Courts of Justice in said countries, respectively, for the prosecution and defense of their just rights; and they shall, equally with native subjects or citizens, be at liberty to employ advocates, attorneys or agents to represent them before such Courts of Justice. || They shall also enjoy entire liberty of conscience, and subject to the laws for the time being in force, shall enjoy the right of private or public exercise of their worship, and also the right of burying their respective countrymen according to their religious customs in such suitable and covenient places as may be established and maintained for the purpose subject to the regulations in force.

Article XI.

In regard to billeting; forced or compulsory military service, whether by land or sea; contributions of war; military exactions or forced loans, the subjects and citizens of each of the two High Contracting Parties, shall, in the Territories and Possessions of the other, enjoy the same privileges, immunities and exemptions as may now or may hereafter be granted to the subjects or citizens of European countries or of the United States of America.

Article XII.

The present Treaty shall go into operation immediately after the exchange of ratifications, and shall continue in force until the expiration of six (6) months after either of the High Contracting Parties shall have given notice to the other of its intention to terminate the same, and no longer.

Article XIII.

The present Treaty shall be signed in duplicate in the Japanese, Spanish and English languages, and in case there fould be found any discrepancy between the Japanese and Spanish texts, it will be decided in conformity with the English text, which is binding upon both Governments.

Article XIV.

The present Treaty shall be ratified by the two High Contracting Parties and the ratifications shall be exchanged at Washington as soon

as possible. || In witness whereof, the respective Plenipotentiaries have signed this Treaty and hereunto affixed their respective seals. || Done in sextuplicate at Washington, this twenty-fifth day of the fifth month of the forty-first year of Meiji, corresponding to the twenty-fifth day of May of the year one thousand nine hundred and eight.

K. Takahira. [L. S.]
Enrique Cortes. [L. S.]

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.











